

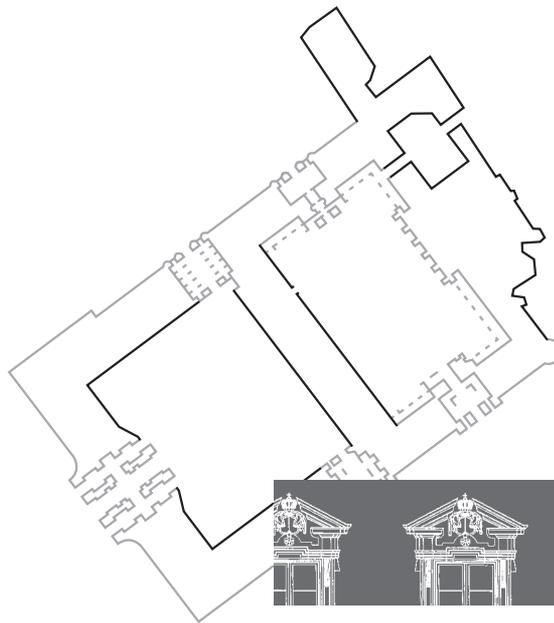


Bundesministerium
für Verkehr, Bau-
und Wohnungswesen



Berlin

Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung



Internationale
Expertenkommission

Historische Mitte Berlin

Materialien



Bundesministerium
für Verkehr, Bau-
und Wohnungswesen



Berlin

Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung

**Internationale
Expertenkommission**

Historische Mitte Berlin

Materialien

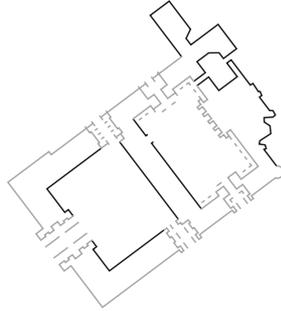
April 2002

Inhalt

I. Beiträge zur Kommissionsarbeit

- 06 **Kurt Bodewig**
Ansprache des Bundesministers für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen
26. Januar 2001
- 08 **Wolfgang Thierse**
Ansprache des Präsidenten des
Deutschen Bundestages
26. Januar 2001
- 10 **Reinhard Führer**
Ansprache des Präsidenten des
Abgeordnetenhauses von Berlin
26. Januar 2001
- 12 **Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin**
Ansprache des Staatsministers
beim Bundeskanzler, Beauftragter der
Bundesregierung für Angelegenheiten
der Kultur und der Medien
26. Januar 2001
- 14 **Peter Strieder**
Ansprache des Senators für
Stadtentwicklung
26. Januar 2001
- 15 **Dr. Christoph Stölzl**
Ansprache des Senators
für Wissenschaft, Forschung und Kultur
26. Januar 2001
- 16 **Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann**
Präsident der Stiftung Preußischer
Kulturbesitz Berlin
Kunst und Kulturen der Welt in der
Mitte Berlins
16. März 2001
- 20 **Dr. Bruno Flierl**
Zur stadträumlichen Struktur und zur
Nutzung des Areals „Mitte Spreeinsel“
16. März 2001
- 26 **Prof. Dr. Ing. Goerd Peschken**
Die Unterlagen für eine eventuelle
Rekonstruktion des Berliner Schlosses
im Überblick
19. April 2001
- 30 **Prof. Dipl.-Ing. Hannelore Deubzer**
TU München
Gegenbilder
22. Juni 2001
- 38 **Dr. Volker Hassemer**
Vorsitzender der Geschäftsführung
der Partner für Berlin –
Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH
Entwicklungschancen des Schlossplatz-
areals
22. Juni 2001
- 40 **Prof. Dr.-Ing. Wolf-R. Eisentraut**
Architekt BDA, Berlin
Beschreibung und Geschichte des Palastes
der Republik und Entwicklungspotenzial
des asbestsanierten Gebäudes
22. Juni 2001
- 42 **Prof. Dr. Ing. Goerd Peschken**
Die Stadträume rings um das Berliner
Schloss
12. Juli 2001
- 44 **Prof. Dr. Laurenz Demps**
Anmerkungen zum historischen Ort
12. Juli 2001
- 46 **Prof. Dr. Peter-Klaus Schuster**
Generaldirektor der Staatlichen Museen,
Stiftung Preußischer Kulturbesitz
Das Berliner Museumsschloss – eine
Freistätte für Kunst und Wissenschaft
12. Juli 2001
- 52 **Dr. Bruno Flierl**
Überlegungen zur Gemeinsamen Nutzungs-
konzeption der Stiftung Preußischer
Kulturbesitz, der Humboldt-Universität
und der Zentral- und Landesbibliothek
12. Juli 2001
- 54 **Prof. Dr. Hellmut Lorenz**
Universität Wien
Zur kunsthistorischen Bedeutung des
barocken Berliner Schlosses
13. September 2001

	II. Dokumentationen	III. Räumliche Darstellung der Empfehlungen
58	Prof. Dr. Helmut Engel Zur Frage nach der geschichtlichen Bedeutung des Berliner Schlosses 29. Oktober 2001	156 Grundriss
64	Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin Vorkonzept für eine künftige Nutzung des Berliner Schlossareals „Humboldt-Forum“ 29. Oktober 2001	158 Stadträumliche Einbindung
66	Dr. Jörg Haspel Landeskonservator, Landesdenkmalamt Berlin Denkmalpflegerische Aspekte der Neugestaltung der Historischen Mitte 19. November 2001	156 Perspektive
76	Thomas Krüger Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung Nutzung des Staatsratsgebäudes 19. November 2001	
82	Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann Entscheidungsgrundlage für das Nutzungskonzept Schlossplatz gemäß den Vorgaben der Kommission 19. Dezember 2001	
84	Prof. Dr. Laurenz Demps, Prof. Dr. Helmut Engel, Thomas Krüger Zur geschichtlichen Bedeutung von Schloss und Palast der Republik 19. Dezember 2001	
85	Friedrich Dieckmann, Prof. Dr. Ing. Goerd Peschken Zum Kunstwert der Stadträume im Umfeld des ehemaligen Schlosses 19. Dezember 2001	
86	Friedrich Dieckmann, Prof. Dr. Ing. Goerd Peschken Zu Kunstwert und Rekonstruktibilität des Berliner Schlosses 19. Dezember 2001	
	90 Plätze im Vergleich	
	92 Historisches Stadtschloss/ Palast der Republik Grundrisse und Schnitte	
	96 Flächenberechnungen Stadtschloss/ Palast der Republik/Ergänzungsflächen	
	106 Inventar des ehemaligen Berliner Schlosses • Schreiben der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg • Schreiben des Generaldirektors der Stiftung Stadtmuseum Berlin	
	108 Datenblatt zur Asbestbeseitigung im Palast der Republik	
	109 Historische Mitte – Schlossplatz – Ideen und Entwürfe 1991–2001 Übersicht der in der Ausstellung gezeigten Entwürfe	
	112 Dokumentation des öffentlichen Hearings der Expertenkommission am 18. April 2001	
	142 Konzeptpapier zur Nachnutzung der Dahlemer Museen	



I. Beiträge zur Kommissionsarbeit

Kurt Bodewig

Ansprache des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

26. Januar 2001

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,
sehr geehrter Herr Präsident Führer,
sehr geehrter Herr Staatsminister Nida-Rümelin,
sehr geehrte Herren Senatoren Stölzl und
Strieder,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Sie und die Mitglieder der Internationalen Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ an prominenter Stelle in der alten Mitte Berlins begrüßen zu können.

Für die konstituierende Sitzung einer Expertenkommission, die sich mit der Entwicklung des Berliner Schlossplatzes und des ihn umgebenden Areals beschäftigen wird, gibt es wohl kaum einen geeigneteren Tagungsort als das ehemalige Staatsratsgebäude. Es spiegelt in städtebaulicher, architektonischer und vor allem in geschichtlicher Hinsicht die zahlreichen Brüche in der Historie der Stadt und unseres Landes wider. Gerade das Staatsratsgebäude, das dem Bundeskanzler vorübergehend als Amtssitz dient, verbindet Vergangenheit und Gegenwart in besonderer Weise.

Es ist nicht nur ein Zeugnis der Architekturgeschichte der DDR, sondern enthält auch ein Zitat der Geschichte: Das Portal IV des ehemaligen Stadtschlusses, durch das wir das Gebäude betreten haben, erinnert nicht nur an die barocke Kraft der alten Schlossfassade. Nach dem Willen der Erbauer des Staatsratsgebäudes sollte damit die Erinnerung an die Ausrufung einer „Freien Sozialistischen Republik“ durch Karl Liebknecht am 9. November 1918 wach gehalten werden. Das geschah genau vor diesem Portal. Eine Stunde zuvor hatte der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die deutsche Republik proklamiert, und zwar ebenfalls in der Mitte Berlins, von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus. Der historische Antagonismus zweier unterschiedlicher Weltanschauungen war bereits in Ansätzen erkennbar. Das Ergebnis kennen wir.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands ergaben sich für die ehemals geteilte Stadt Berlin völlig neue Perspektiven der Stadtentwicklung. Insbesondere die historische Mitte hat seit dieser Zeit eine rasante Entwicklung genommen. Die Standorte von Parlament und Regierung haben dazu beigetragen, dass durch die überwiegende Nutzung vorhandener Altbauten historische Bausubstanz und alte Stadtstrukturen weitestgehend erhalten werden konnten. Staatliche Funktionen sind wieder größtenteils in der Stadtmitte präsent. In weitaus größerem Umfang haben private Investoren das Stadtbild verändert: Die Bauten am Potsdamer Platz oder in der Friedrichstraße sind Beispiele dafür.

Angesichts dieser großen Veränderungen – manche sprechen gar von einer neuen „Gründerzeit“ – mag es verwundern, dass gerade der Ausgangspunkt für die städtebauliche Entwicklung Berlins nach wie vor ohne konkrete Perspektive ist.

Mit der Schließung des asbestbelasteten Palastes der Republik durch die erste frei gewählte Volkskammer der ehemaligen DDR im September 1990 stellte sich die Frage nach der Nutzung und Gestaltung der historischen Mitte von neuem.

In der seit über zehn Jahren intensiv geführten Debatte haben dabei die architektonischen Vorstellungen gegenüber der Frage nach der Nutzung des Areals deutlich überwogen. Die Befürworter einer Rekonstruktion des Berliner Schlosses standen den „Palast-Anhängern“ oft unveröhnlich gegenüber. Die häufig diskutierten Kompromisslösungen, die „etwas Palast“ und „etwas Schloss“ zusammenfügen wollten, fanden in der Öffentlichkeit keine große Resonanz. So verengte sich denn die Debatte im Wesentlichen auf die Extreme „Rekonstruktion des Schlosses“ und „Erhalt des Palastes der Republik“.

Ich halte es deshalb für außerordentlich wichtig, sich der Frage der Zukunft des Schlossplatzes nicht nur über die Architektur zu nähern. Die konkrete Nutzung dieses Ortes, der seine frühere Urbanität zurückgewinnen sollte, spielt eine ganz herausragende Rolle. Vor allem auch deshalb ist der Vorschlag von Herrn Professor Lehmann, die in Dahlem beheimateten Sammlungen der außer-europäischen Kunst und Kulturen in der unmittelbaren Nähe der Museumsinsel auf dem Schlossplatz anzusiedeln, auf großes Interesse gestoßen.

Wichtig erscheint mir daneben auch der stadträumliche Kontext. So wie das ehemalige Stadtschloss Ausgangspunkt für die Entwicklung Berlins war, so muss auch ein neu zu errichtendes Gebäude den Dialog zu den (noch vorhandenen bzw. rekonstruierten) historischen Gebäuden der Museumsinsel oder des Boulevards Unter den Linden aufnehmen und das Vakuum dieses Ortes mit neuem Leben füllen. Die Frage nach der Nutzung und Gestaltung des Schlossplatzes ist daher nur in engem Zusammenhang mit dem städtebaulichen Konzept für dessen Umgebung zu beantworten.

Ich bin überzeugt, dass die Erfahrungen und die fachliche Kompetenz, die Sie, meine Damen und Herren, in die Kommission einbringen, eine sehr viel differenziertere Diskussion eröffnen als die, die wir bisher in der Öffentlichkeit hatten. Der Ihnen zur Seite stehende Moderatorenkreis wird die Arbeit der Kommission begleiten und aufmerksam verfolgen. Ich halte die Konstruktion einer Expertenkommission und eines Moderatorenkreises gerade deshalb für sinnvoll, weil sich ein der aktuellen Tagespolitik entzogenes Gremium in ganz anderer Weise mit der Frage nach der zukünftigen Entwicklung der historischen Berliner Mitte befassen kann, als dies die Politik vermag.

Ich bin davon überzeugt, dass die Einsetzung der Kommission uns einer inhaltlichen und gestalterischen Lösung für das Areal des Berliner Schlossplatzes ein gutes Stück näher bringen wird. Ich danke Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Sie bereit sind, in dieser Kommission mitzuwirken und ich danke insbesondere Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Swoboda, dass Sie sich bereit erklärt haben, den Vorsitz dieser Kommission zu übernehmen.

Ich freue mich auf die gemeinsame Zusammenarbeit und wünsche Ihnen und uns viel Erfolg.

Wolfgang Thierse

Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages

26. Januar 2001

Ich bin in einer mehrfach eigentümlichen Situation. Meine Ansprache ist laut Tagesordnung rubriziert in der Abteilung „Begrüßung“. Erst danach folgt die Abteilung „Einführung in das Thema“. Das heißt also, ich soll begrüßen ohne etwas zur Sache zu sagen: Repräsentationsgeschwätz wird von mir also erwartet, ich hoffe, Sie enttäuschen zu können.

Sodann bin ich Politiker des Bundes – und der Bund hat eine gewisse Zuständigkeit wegen des Grundstücks und finanzieller Erwartungen an ihn – und zugleich Berliner Stadtbürger, erschwerend: ein Ossi, also betroffen und befangen zugleich. Des weiteren soll ich als Parlamentspräsident für den Bundestag sprechen und kann es zugleich nicht recht tun, denn das Meinungsbild im Parlament ist uneinheitlich. Die CDU/CSU-Fraktion hat schon einen Pro-Schloss-Antrag eingebracht, bei den anderen Fraktionen herrscht Meinungsvielfalt, also eine unübersichtliche Lage. Für das ganze Haus kann ich also wirklich nicht sprechen. Überdies bin ich (als Stadtbürger) anteilnehmender Beobachter und Interessent einer nunmehr schon zehnjährigen auf- und abschwellenden Debatte, in der, so will mir scheinen, alle Argumente, egal wofür oder wogegen, schon formuliert worden sind. Was soll man noch sagen?!

Wir beginnen unsere Debatten in dieser Kommission also nicht bei Null, nicht voraussetzungslos. Die wichtigste Voraussetzung ist ein deutlich sichtbares Faktum: Der Palast der Republik wird asbestsaniert und zwar bis auf sein Skelett. Gäbe es dieses Faktum nicht, bräuchten wir nicht streiten und hätten nichts zu entscheiden. Auch ich bin kein Anhänger von Abrissen, selbstverständlich. So aber haben wir eine neue Freiheit, darüber zu streiten und zu entscheiden, ob wir den Palast wieder aufbauen wollen oder etwas ganz Neues und Modernes oder etwas ganz Altes oder eine Mischung aus allem diesem.

Die Debatte der vergangenen zehn Jahre war teilweise heftig. In ihr tobte sich viel Gefühl aus. Die vertrauten Ost-West-Mißhelligkeiten artikulierten sich: Der Palast der Republik erschien den einen als unbedingt zu verteidigendes, zu rettendes Objekt ostdeutscher und Ostberliner Identität. Und es ist ja richtig, viele Ossis verbinden mit dem Palast der Republik freundliche Erinnerungen: Man konnte da Kegeln gehen, preiswert und gut essen, sich am „Kessel Buntes“ ergötzen und überhaupt ihn als Haus des Volkes bewundern. Sollen diese freundlichen Erinnerungen nun zerstört werden, fragen empört vor allem Ostberliner und werden dabei von großzügigen Wessis wohlmeinend unterstützt.

Die Empörung anderer Bürger bezieht sich – noch 50 Jahre danach – auf die Sprengung des Berliner Schlosses sechs Jahre nach Kriegsende: Ein ideologisch motivierter Bruch mit der preußisch-deutschen Geschichte – soll der jetzt noch einmal bestätigt und endgültig beglaubigt werden dadurch, dass man die Chance zur „geschichtlichen Wiedergutmachung“ jetzt nicht nutzt?

Die Debatte der vergangenen zehn Jahre war voller auch ideologischer Vorurteile. Den einen erscheint der Palastabbriss als Akt eines westdeutschen, Westberliner Kolonialismus (die Asbestverseuchung ist demgemäß nur ein ideologisch motivierter Vorwand), den anderen erscheint der Wiederaufbau des Schlosses als reaktionäre Zurückholung preußischen Ungeistes, gänzlich unvereinbar mit Demokratie und Moderne. Ich rate schlicht zu ideologischer Abrüstung. Gebäude sind immer „unschuldiger“ als ihre Apologeten. Was immer wir bauen, es geht dabei nicht um unsere nationale Identität.

In der Debatte der vergangenen zehn Jahre konnte man viele Aversionen und Tabuisierungen beobachten. So wurde vielfach mit großer kunsthistorischer und architekturkritischer Emphase (oder soll ich sagen: Pose?) dekretiert: „Das wiederaufgebaute Schloß wäre schlicht und ergreifend Kitsch“. Oder „Man darf nicht wieder aufbauen, was nicht mehr vorhanden ist – egal, warum es nicht mehr da ist. Weg ist weg, basta!“ Dieser beeindruckende denkmalsschützerische Dogmatismus. Es ist verboten. . . .

Auf der anderen Seite und nicht minder heftig vorgetragen: Das – gelegentlich geradezu abgrundtiefe – Misstrauen gegen zeitgenössische, gegen moderne Architektur. Ästhetischen Dogmatismus zuhauf und auf beiden Seiten der Meinungsfront.

Die Debatte der vergangenen zehn Jahre war aber auch ein Streit voller, mir sehr sympathischen Inkonsequenzen und Widersprüche. Mein schönstes Beispiel: Noch die entschiedensten Schlossgegner sind – wie absolut selbstverständlich – für die Wiedererrichtung der Schinkelschen Bauakademie, die auch vollständig abgerissen ist (von der als einem frühen Industriebau des 19. Jahrhunderts allerdings die Muster für den Nachbau vorhanden sind). Oder sollte man reden von den unkalkulierbaren Wirkungen der Boddinschen Schlossattrappe, die von so beträchtlicher Suggestion war, dass ihre Gegner sie lächerlich machen zu müssen meinten. In Erinnerung zu rufen wäre auch das unüberhörbare Beschweigen der Ergebnisse eines Wettbewerbs zu modernen

architektonischen Lösungen des Schlossplatzproblems, sie waren denn doch allzu jämmerlich.

Wir haben eine Debatte voller tatsächlicher oder scheinbarer Unabschließbarkeiten hinter uns: Welche Funktionen, welche Nutzungen sind sinnvoll für diesen Ort, für einen möglichen neuen oder alten Bau? Wer soll was bezahlen, wer bestellt hier was? Diese Debatte sollen und müssen wir nun allerdings wirklich abschließen. Die zehnjährige Debatte war offensichtlich notwendig und sie war wahrlich nicht nutzlos. In dieser Zeit konnten und mussten die Berliner Stadtbürger und Stadtpolitiker lernen, dass die Stadt nicht nur ihre Angelegenheit und ihr Eigentum ist, sondern dass alle, jedenfalls sehr viele, mitreden und dreinreden. Das ist Hauptstadtschicksal. Gut so! Trotzdem sollte man die Schlossplatzfrage nicht zu einer nationalen Affäre hochstilisieren, wiewohl sie doch auch mehr als eine bloß innerstädtische Aufgabe ist.

Schmerzlich ist das Gefühl nicht weniger Berliner, dass Berlin nicht erlaubt werden soll, was anderen Städten möglich gewesen ist, nämlich Wiedererichtung von historischer Bausubstanz: München und Münster und viele westdeutsche Städte durften es, Potsdam und Dresden dürfen es, Warschau, Breslau und Danzig haben es auf vorbildliche Weise vorgeführt. Haben die alle nur Fassaden, bloße Attrappen errichtet?

In den vergangenen zehn Jahren wurde in Berlin so viel Neues gebaut wie in keiner europäischen Stadt sonst: Großartige, durchschnittliche, schlechte Jahrhundertendarchitektur und Jahrhundertanfangsarchitektur die Fülle. Mangel an Moderne, an architektonischer Gegenwartigkeit gibt es in Berlin also nicht. Auch keinen Mangel an Lust auf neue, auch internationale und avancierteste Architektur.

Vor dem Hintergrund dieser zehnjährigen Debatte sollte unsere Kommission sich freimachen von ideologischen Vorurteilen und von ästhetischen Aversionen und Tabuisierungen; die Gefühle in der Stadt in Rechnung stellen, sich aber nicht von ihnen beherrschen lassen; begreifen, dass wir über die kostbarste Stelle der Stadt Berlin diskutieren, nämlich die Spreeinsel als historischen Ursprungsort Berlins; gerade und eben diesen Ort nicht der Nutzung durch die Stadtbürger und die Staatsbürger entziehen, womit ich also entschieden für eine öffentliche (nicht privatwirtschaftliche) Nutzung plädiere; für eine Nutzung sich einsetzen, die dem besonderen Charakter der Stadt Berlin angemessen ist, also seiner Internationalität: Berlin ist die internationalste

deutsche Stadt, die Stadt einer besonders verdichteten europäischen und internationalen Kommunikation, des Austausches und der Begegnung von Menschen und Kulturen aus allen Teilen Europas. Deshalb erscheint mir der Vorschlag so verführerisch und überzeugend, die außereuropäischen Sammlungen aus Dahlem hierher zu verlagern. Das wäre eine Möglichkeit, ein Anker einer künftigen, die Internationalität dieser Stadt fokussierenden Nutzung; bei der Frage nach der Gestalt eines möglichen Bauwerks bzw. der Gestaltung der historischen Mitte Berlins bedenken, wie sehr eine Stadt, die so viel vorzügliche und durchschnittliche und schlechte moderne Architektur hat wie Berlin und die – so ein berühmtes Diktum – sich immer wieder selbst zerstört hat, wie sehr eine solche Stadt der historischen Vergewisserung, der Vergegenwärtigung ihrer Geschichte bedarf!

Die Stadt Berlin bedarf dessen um ihres inneren Gleichgewichts willen, um der Lebbarkeit der Stadt für ihre Bürger willen. Welche Städte gefallen uns? Rom, Prag, Paris ... Alles Städte, in denen verschiedene historische Schichten präsent, erlebbar und sichtbar sind, in denen nicht historische Eindimensionalität dominiert, sondern in denen menschenverträgliche Ungleichzeitigkeit architektonische und städtebauliche Gestalt geworden ist; die kleine Chance nicht dogmatisch vertun, die wir mit der offenen Situation in der historischen Mitte Berlins haben und sie nutzen für eine architektonische und städtebauliche Gestaltung von historischer Vergegenwärtigung, also menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit.

Wo schließlich beginnt oder endet ostwärts eine der wenigen großen, berühmten, geschichtsträchtigen, in ihrer Geschichtsträchtigkeit noch oder wieder sichtbaren und fassbaren Straßen in Deutschland, nämlich die Straße „Unter den Linden“? (Der Palast der Republik steht einfach falsch, er hat das falsche Gesicht.) Der Lustgarten – Zeughaus, Altes Museum, Alte Nationalgalerie, Berliner Dom, Schinkelsche Bauakademie, wiederaufgebaute Kommandantur, Kronprinzenpalais – und das (teilrekonstruierte) Berliner Schloss (jedenfalls sein Baukörper und wesentliche Teile seiner Gestalt, seines Gesichts): Welch ein Ensemble am östlichen Ende der Linden. Das wäre wiedergewonnene, vergegenwärtigte Geschichte umgeben von so viel verschiedener architektonischer Modernität: Alexanderplatz, Fischerinsel, Leipziger Straße, Potsdamer Platz, Parlamentsneubauten, modernisierte Friedrichstraße, modernisierter Ku-Damm, riesige Plattenbauquartiere usw., usf. Lässt sich das denken? Lässt sich das verwirklichen? Seien wir nicht feige!

Reinhard Führer

Ansprache des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

26. Januar 2001

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,
Herr Bundesminister,
Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie im Namen des Abgeordneten-
hauses von Berlin sehr herzlich.

Das Berliner Parlament – seit genau 10 Jahren
wieder das Abgeordnetenhaus von ganz Berlin –
hat sich seit 1991 immer wieder mit dem Thema
„Historische Mitte“ beschäftigt. Bei den Beratun-
gen und Debatten war allen bewusst, dass dieser
zentrale Bereich nicht nur eine Aufgabe für die
Stadt, sondern Aufgabe und Herausforderung für
die ganze Bundesrepublik war und ist.

Was im Herzen der Hauptstadt gestaltet wird, ist
immer überregional. Wir wollten es so, und wir
wollen es so. Aber jeder wird verstehen, dass die
Berliner selbst – und ihre Abgeordneten im Lan-
desparlament – mit besonderem Engagement
diskutieren.

Auch im Abgeordnetenhaus von Berlin sind – wie
in der öffentlichen Diskussion – unterschiedliche
Positionen vertreten worden. Die Frage, ob das
Stadtschloss wieder aufgebaut werden soll, stand
auch dort im Zentrum der Debatten. Sie ist die
Kardinalfrage: Denn das von Andreas Schlüter
entworfene Schloss hat 300 Jahre lang – wenn
auch immer wieder verändert – das Stadtbild
und den Schlossplatz geprägt, und auch das
künftige Aussehen der historischen Mitte wird
durch die Entscheidung über das Schloss be-
stimmt.

Im Abgeordnetenhaus haben die Befürworter des
Wiederaufbaues argumentiert, dass es bei dieser
Frage um das Gesicht der Stadt und die Konti-
nuität unserer Kulturgeschichte gehe. Vor allem
eine freie Gesellschaft habe das Recht und die
Mittel, die Geschichte dort zu korrigieren, wo sie
zerstört ist.

Es wurde darauf hingewiesen, dass Berlin das
Glück hat, dass der Schlossplatz von Zeugnissen
hoher architektonischer Qualität umgeben ist
und diese historischen Bauwerke auf das Schloss
ausgerichtet waren: das Alte Museum, der Mar-
stall und – mit begründeter Aussicht auf Wieder-
aufbau – Schinkels Bauakademie und das Kom-
mandantenhaus.

Die Wiederkehr des Schlosses sei nicht Disney-
land, sondern Heilung und Wiedergutmachung
des barbarischen Umgangs eines diktatorischen
Systems mit Stadtoberfläche. Berlin müsse die
Chance nutzen, mit dem Wiederaufbau des
Schlosses seine Mitte wiederzugewinnen. Eine
Mitte, die 1443 durch die ersten Schlossbauten
begründet wurde.

Zu Recht wurde in der Debatte an das Beispiel
anderer Städte erinnert: den Wiederaufbau der
Frauenkirche in Dresden und den entsprechenden
Beschluss für das Stadtschloss in Potsdam, aber
auch an Vorbilder in Warschau und St. Petersburg.
Man könnte hinzufügen: Moskau, wo die Erlöser-
Kirche aus dem Nichts heraus neu errichtet wurde.

Die Gegner des Schlosswiederaufbaues sprachen
sich im Parlament zunächst für eine Zwischen-
nutzung des Palastes der Republik aus – dieser
Vorschlag ist inzwischen durch die Asbestsanie-
rung nicht mehr aktuell. Dann wandten sie sich
gegen einen, wie sie formulierten, „Rückbau in
die Vergangenheit“ und forderten, den Schloss-
platz zu einem „öffentlichen Politikforum“ zu
machen.

In den vergangenen Monaten dann richtete sich
auch im Abgeordnetenhaus die Aufmerksamkeit
auf die angekündigte Expertenkommission, die
nun heute hier zusammentritt. Meine Damen
und Herren, Stadtgestaltung sollte in der Demo-
kratie immer als gemeinsame Aufgabe – und
Verpflichtung – empfunden und realisiert wer-
den. Denn Stadtgestaltung ist auch Selbstdar-
stellung.

Möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sollten
daran beteiligt werden, denn sie sind es, die das
neugestaltete Stadtquartier später mit Leben und
Urbanität erfüllen müssen. Es sind die Bürger und
nicht – mit Verlaub – nur die Planer und Archi-
tekten, die darin leben und arbeiten. Obwohl die
historische Mitte nicht mit anderen Teilen der
Stadt vergleichbar ist: Auch in der historischen
Mitte muss Berlin Heimat sein. Sicherlich wird
sich dort nicht das für Berlin so typische Kiez-
Milieu entwickeln, – aber auch dort muss sich
der Bürger mit seiner Stadt identifizieren können.
Dort – und ganz besonders dort – müssen Ver-
gangenheit, Gegenwart und Zukunft städtebau-
lich sinnvoll und für jedermann erkennbar mit-
einander in Einklang gebracht werden.

Meine Damen und Herren, in ihrer Dauer, Breite und Intensität entsprach die Diskussion der Bedeutung des Projekts. Zugleich war sie ein demokratischer Meinungsbildungsprozess. Vor dem Hintergrund der rasanten städtebaulichen Entwicklung in anderen Stadtbereichen – Potsdamer Platz, Friedrichstraße – hat die fast zehnjährige öffentliche Auseinandersetzung über die „Mitte der Mitte“ bei vielen verständlicherweise Ungeduld ausgelöst.

Auch ist nicht immer deutlich geworden, dass es um mehr geht als die Frage nach einem möglichen Wiederaufbau des Stadtschlusses. Dennoch kann man dem „Förderverein Berliner Stadtschloß“ bestätigen, dass er hervorragende Informations- und Öffentlichkeitsarbeit geleistet und sich auch um das Gesamtprojekt „Historische Mitte“ verdient gemacht hat. Mit der Aufstellung der provisorischen Schlossfassade hat er Perspektiven und Maßstäbe in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt, für den ganzen zentralen Bereich am Schlossplatz Dimensionen deutlich gemacht und die Bürger zur Stellungnahme herausgefordert. Dass der Förderverein darüber hinaus umfangreiches, wissenschaftlich fundiertes Material zur Rekonstruktion des Schlosses und Vorschläge zur Finanzierung vorgelegt hat, – auch dies war ein Motor für das öffentliche Nachdenken über die Berliner Mitte.

Mit den Debatten über das Schloss war naturgemäß die Auseinandersetzung über den Palast der Republik verbunden. Dabei ist auch versucht worden, dieses Bauwerk hochzustilisieren: zum angeblichen Symbol der Identifikation der Berliner im ehemaligen Ostteil der Stadt. Der Palast der Republik war jedoch, obwohl dort auch die Volkskammer ihren Sitz hatte, nicht ein DDR-Herrschaftsbau; der „Palast“ war in erster Linie ein Veranstaltungsbau, ein öffentliches Kultur- und Kommunikationszentrum, zu dem die Bevölkerung Zugang hatte. Von den meisten Berlinern im ehemaligen Ostteil der Stadt wurde er nicht als Staatssymbol empfunden. Mit dem Gebäude verbinden sich für viele von ihnen Erinnerungen an Veranstaltungen und an Erlebnisse im privaten Bereich.

Unter diesem Gesichtspunkt wurden im Verlauf der öffentlichen Schlossdebatten dann auch Überlegungen zu einer möglichen Kombination von Alt und Neu, von Schloss und „Palast“, ins Gespräch gebracht. Während der jahrelangen Diskussion sind ungezählte Vorschläge gemacht worden. Auch der „Internationale Städtebauliche Ideenwettbewerb Spreeinsel“ von 1994 und das „Interessenbekundungsverfahren“ von 1997/98 haben Ideen und Konzepte gebracht: Zu einem konkreten Ergebnis haben sie alle nicht geführt.

Sicherlich war es wichtig und hilfreich, eine ausführliche und breit angelegte Auseinandersetzung zu führen, doch jetzt ist – nicht nur im Empfinden der Bevölkerung, sondern auch angesichts der fortgeschrittenen städtebaulichen Entwicklung allgemein in Berlin – die Zeit reif für Entscheidungen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine persönliche Anmerkung: Ich habe mich vor einigen Tagen – gemeinsam mit Vertretern der Stiftung Denkmalschutz Berlin – über die Restaurierung des Brandenburger Tores informiert. Der Blick vom Tor herab auf die Berliner Mitte zeigte eindrucksvoll, dass die große Straßenachse „Unter den Linden“ an ihrem östlichen Ende – am Schlossplatz – endlich wieder einen repräsentativen Abschluss braucht, der der Geschichte und Bedeutung des Ortes gerecht wird.

Meine Damen und Herren, die Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ wird ein umfangreiches Arbeitspensum zu bewältigen haben. Wenn ihr Bericht vorliegt, werden die politisch Verantwortlichen gefordert sein, die Gestaltung der historischen Mitte der Hauptstadt auf den Weg zu bringen und zu realisieren. Und sie sollten dies dann schnell tun.

Ich wünsche der Kommission – zugleich im Namen des Abgeordnetenhauses von Berlin – für ihre Arbeit Glück und Erfolg.

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

**Ansprache des Staatsministers
beim Bundeskanzler,
Beauftragter der Bundes-
regierung für Angelegenheiten
der Kultur und der Medien**

26. Januar 2001

I.

Nutzung und Gestaltung der historischen Mitte Berlins, also des Schlossareals und seiner Umgebung, sind in erster Linie ein Anliegen der Berliner selbst. Die Verantwortung für die Planung und Bebauung liegt grundsätzlich beim Land Berlin. Die Schlossdebatte ist für mich vor allem eine Berliner Angelegenheit, die überwiegend in und für Berlin entschieden werden muss.

Doch auch das Interesse der Bundesregierung an diesen Fragen hat eine gut fundierte Legitimität. Zwar sind die mit dem Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin direkt zusammenhängenden Entscheidungen zum Hauptstadtausbau längst gefallen. Das Bundeskanzleramt und die Ministerien haben ihre Standorte gefunden; mit der Umsetzung der infrastrukturellen Hauptstadtplanungen werden wir wohl noch eine gewisse Zeitspanne zu tun haben, die Perspektive jedoch ist deutlich. Das Berliner Schlossareal ist für diese Zwecke nicht in die Pflicht genommen worden. In der näheren Umgebung hat lediglich das Auswärtige Amt eine langfristig angelegte, eindeutig staatliche Funktion.

Dennoch ist seit 1990, seit dem Beginn der öffentlichen Debatte, kaum umstritten, dass sich die Bundesregierung an der Lösung des städtebaulichen Problems beteiligen soll, das mit der Sprengung des überwiegend barocken Hohenzollernschlosses vor fünfzig Jahren entstanden ist. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass dem Bund ein entscheidender Teil des Grundstückes gehört, sondern es ist vor allem deshalb zwingend, weil der Gesichtspunkt einer hauptstadtgerechten Lösung bedacht werden muss. Diese Erwartung haben die Berliner, aber sie entspricht auch weithin einer öffentlichen und veröffentlichten Meinung in Deutschland. Schon gar nicht kann der Bundesregierung selbst gleichgültig sein, was in der Mitte der Hauptstadt der Republik, einem Anziehungs- und Identifikationsort für die Bürger des ganzen Landes und einem Orientierungspunkt der Ausstrahlung für viele ausländischen Besucher, gebaut wird.

II.

Es wäre nahe liegend und der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik Deutschland angemessen, wenn es auch die Länder als eine kulturpolitische Aufgabe ansehen würden, sich hier einzumischen. Es sollte den Ländern wichtig sein, wie die kulturelle Ausstrahlung ihrer Hauptstadt Berlin beschaffen ist. Gerade im föderalistischen Staat fallen der Hauptstadt Aufgaben gesamtstaatlicher kultureller Repräsentanz zu, die mitzugestalten – im Sinne auch des Rückverweises auf die Länderzentren – für die Länder kulturpolitisch lohnend wäre. Eine stärkere Beteiligung der Länder am kulturellen Leben ihrer Hauptstadt durch Mitsprache bei den Fragen der historischen Mitte Berlins und Mitnutzung – das bedeutet natürlich auch: Mitfinanzierung – der entstehenden Möglichkeiten wäre ein interessanter Ansatz föderalistischer Kulturpolitik. Es wäre gerade nicht ein Projekt im Sinne der „nationalen Frage“ des 19. Jahrhunderts, deren überlebte „leitkulturelle“ Implikationen vielmehr systematisch vermieden würden. Ich warne davor, dieses Projekt zu einem Großvorhaben der Nation zu verklären. Von einer Mystifikation dieses Ortes zur „nationalen Mitte“ halte ich nichts. Und in keinem Fall kann ein Schloss das bauliche Symbol der dritten deutschen Republik sein.

III.

Seit Platon unterscheiden Philosophen gerne zwischen „eristischen“, die Kunst des Redestreits pflegenden und „elenktischen“, an Beweisen interessierten, also begründungsorientierten Dialogen. Elenktische Dialoge haben es in der Medienöffentlichkeit oft schwer; hier in dieser Kommission sollten sie gelingen.

Die Auseinandersetzung über die städtebauliche Einbindung, die Nutzungsstruktur, die architektonische Gestalt und die Finanzierung der neu zu ordnenden historischen Mitte Berlins – allzu verkürzt als „Stadtschlossdebatte“ bezeichnet – hat sich weithin auf die Alternative Wiederaufbau des Berliner Schlosses vs. neue Architektur verengt. Einige haben Bekenntnisse als entschiedene Schlossbefürworter oder rigorose Schlossgegner abgelegt. Meine feste Erwartung ist, dass ungeachtet dessen alle Kommissionsmitglieder argumentationsoffen bleiben und damit eine ergebnisoffene Beratung ermöglichen.

IV.

Sie werden es mir nicht verdenken, dass ich selbst mit der Preisgabe eigener Meinungen zurückhaltend bin, da dies als Versuch einer Richtungsvorgabe missverstanden werden könnte. Nur so viel möchte ich an dieser Stelle sagen: Die städtebauliche Situation scheint mir auf dem Stadtschlossareal eine Orientierung an den Dimensionen der einstigen Hohenzollernresidenz nahe zu legen. Meine Skepsis gegenüber einer Eins-zu-eins-Rekonstruktion des Schlosses ist Ihnen aus meinen öffentlichen Äußerungen bekannt. Bloße Kulisseneffekte, die keinen Bezug zur kulturellen Substanz des Gebäudes und seiner Nutzung haben, werden dem Rang der an dieser Stelle geforderten Architektur jedenfalls nicht gerecht. Ein modernes Kongresszentrum etwa mit einer vorgesetzten barocken Fassade könnte ein Alptraum sein.

Ob mit einer Festlegung auf die Kubatur des alten Schlosses, wie sie der Gemeinsame Ausschuss der Bundesregierung und des Landes Berlin bereits im Mai 1996 empfohlen hat, schon eine Weiche zur Rekonstruktion des historischen Bauwerks oder von Teilen davon gefallen ist oder nicht – das eben gehört zu den Grundfragen, deren Erörterung und – wenn möglich konsensuale – Klärung sich die Expertenkommission vornehmen sollte. Ihre Beratungsergebnisse und Vorgaben sollten dabei dem kreativen Potenzial von Urbanisten, Städtebauern, Architekten und Künstlern, das in einem anschließenden Wettbewerb zu aktivieren wäre, möglichst wenig Zügel anlegen. Meine Münchener Erfahrungen haben mir deutlich gemacht, dass auch nach jahrelanger Diskussion und Planung städtebauliche Wettbewerbe gelegentlich überraschende, neue Lösungen aufzeigen können.

So hoffe ich, dass die internationale Expertenkommission in angemessener Beratungszeit ihre schwierige Aufgabe lösen und zu Empfehlungen gelangen wird, die der Mitte Berlins eine überzeugende Gestalt geben können.

Peter Strieder

Ansprache des Senators für Stadtentwicklung

26. Januar 2001

Seit der Wiedervereinigung Berlins sind wichtige Bereiche des historischen Zentrums als Ergebnis einer intensiven Debatte über die Kritische Rekonstruktion des zerstörten Stadtgrundrisses neu entstanden. Ein anderer Bereich von außerordentlicher stadtgeschichtlicher Bedeutung hingegen – der des ehemaligen Stadtschlusses auf der Spreeinsel – ist seit dem Fall der Mauer nahezu unverändert geblieben. Das Schloss war Mittelpunkt und Maßstab der Entwicklung Berlins sowie Ausgangspunkt des städtischen Wachstums. Die mit dem Abriss des Schlosses verlorengegangene städtebauliche Mitte muss wieder zurückgewonnen werden. Dabei geht es nicht nur um Städtebau und Ästhetik sondern genauso um die Wiedergewinnung einer stadtbürgerlichen Öffentlichkeit.

Die bisherigen Vorschläge und Konzepte zur Nutzung und Gestaltung des Schlossareals sind bis heute ergebnislos geblieben, weil die Lösung neben der ungeklärten Nutzung und Finanzierung allein in der Erhaltung des Palastes der Republik oder in der Rekonstruktion des Schlosses bzw. in einem Schlossneubau gesucht wird. Das bloße Beharren auf der einen oder anderen Architekturposition führt jedoch seit Jahren nicht weiter. Der Ort darf nicht länger als Spielfeld überholter Ost-West-Profilierungen dienen. Er sollte im Gegenteil zum Ort der kulturellen und politischen Wiedervereinigung Berlins genutzt werden. In der Auseinandersetzung darf es nicht länger zuerst um Fassaden gehen, sondern der zukunftsorientierte Umgang mit der deutschen und Berliner Geschichte im Zentrum der Stadt muss in den Vordergrund treten.

Die bauliche Erneuerung der historischen Mitte sollte sich daher auf den Schlossbereich als Teil einer räumlich und inhaltlich komplexeren Aufgabenstellung für ein größeres Areal mit gesamtstaatlicher Orientierung richten. Dazu gehört die Bauakademie, das ehemalige Staatsratsgebäude, der Bereich Breite Straße, die ehemalige Schlossfreiheit, der historische Schlossplatz und natürlich der Standort des Stadtschlusses selbst. Für diesen Bereich der früheren „Staatsmitte“ ist eine Neuformulierung sowohl seiner funktionalen Bedeutung im Stadtgefüge als auch seiner gestalterischen Erscheinung erforderlich.

(Nach dieser Einleitung folgte eine visuelle Darstellung des Schlossareals im Wandel von der Wiedervereinigung bis heute sowie eine Vorstellung der bisherigen Planungs- und Nutzungsideen.)

Dr. Christoph Stözl

Ansprache des Senators für Wissenschaft, Forschung und Kultur

26. Januar 2001

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,
sehr geehrter Herr Präsident des
Abgeordnetenhauses
Herr Minister,
Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

„Das deutsche Volk [...] hat das Recht, seiner Hauptstadt Berlin ein Antlitz zu geben, das der neuen Phase seiner Geschichte würdig ist.“ Dieses ist nicht etwa das Motto für die konstituierende Sitzung der Expertenkommission, sondern entstammt der Begründung für die Sprengung des Berliner Schlosses 1950.

Ich möchte anschließen mit einem Zitat von Karl Friedrich Schinkel, wonach Berlin nur zwei klassische Gebäude aufweist, „die von ihrer Idee etwas wirklich eigentümliches und vorzüglich Großartiges sind“, nämlich „das Berliner Schloss und das Zeughaus. Den Kunstwert beider verdanken wir Schlüter ...“.

Die Ästhetik des Berliner Stadtschlusses kann nicht verleugnet werden. Es ist Ausgangspunkt und Maßstab für die Entwicklung der Stadt gewesen. Zutreffend hat Wolf Jobst Siedler festgestellt: „das Schloss lag nicht in Berlin – Berlin war das Schloss“.

Im Vergleich zu der Ende des 17. Jahrhunderts vorhandenen Bebauung muss das Berliner Schloss ebenso wie das Zeughaus geradezu monumental angemutet haben. Als das „Hohe Haus“ als Schlossvorläufer und Sitz der Markgrafen errichtet worden ist, hat die Doppelstadt Berlin/Cölln etwa 5.000 Einwohner gezählt, als das Berliner Schloss in der bis zuletzt prägenden Schlüter-Fassung entstand, waren es 100.000, die bis zum Ende der Regentschaft der Hohenzollern auf über 4 Millionen anwuchsen.

Im Unterschied zu anderen europäischen Residenzen ist das Berliner Schloss nicht ein Zentrum nobler Adelshäuser des Hofstaates gewesen. Der Adel lebte zumeist fern von Berlin auf seinen Landsitzen. Das Schloss bildete das Zentrum einzigartiger Kulturbauten auf der einen und der Quartiere der Handwerker und Bürger auf der anderen Seite. Kein anderer Königssitz in Europa ist so dicht von den bedeutendsten Kulturbauten des Staates umgeben gewesen wie das Berliner Schloss; nirgendwo wurde eine solche umfassende und weit gespannte kulturelle und bildungspolitische Konzeption realisiert wie im Preußen der Gebrüder Humboldt.

Im Vergleich dazu ist der Palast der Republik geradezu ein Rückschritt. Diese Lösung kann nicht von Bestand sein, sie ist historisch inkonsequent. Kunst und Antriebskraft des Berliner Schlosses finden sich im Palast der Republik nicht annähernd. Das alte Schloss ist bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts Sitz preußischer Verwaltungen gewesen und hat auf dem größten Teil seiner Flächen öffentliche Funktionen gehabt. 1924 waren dies u.a. die Krongutsverwaltung, das Schlossmuseum und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (heute Max-Planck-Institut).

Während die Nationalsozialisten dem Schloss bis auf die Ansiedlung der Reichskammer für die bildenden Künste keine Bedeutung neu zuwiesen, hat der neue Magistrat nach 1945 das Schloss ebenso wie den Louvre in Paris für die Unterbringung von Museen und wissenschaftlichen Institutionen nutzen wollen. Um den Abriss des mit ersten Ausstellungen wieder der Öffentlichkeit zugänglichen und mit zahlreichen Bürofunktionen genutzten Schlosses hat sich ein heftiger Streit entzündet, der auch in die Reihen der SED hineinreichte.

Ulbricht aber hat dem Roten Platz in Moskau ein entsprechendes Pendant in seiner Hauptstadt gegenüberstellen wollen, einen Aufmarschplatz im Zentrum der Stadt für 800.000 Menschen, für den er das verhasste Schloss hat beseitigen wollen. Der 3. Parteitag der SED hat am 27. Juli 1950 das Konzept für das neue politische Zentrum der Stadt beschlossen und damit gegen das Schloss entschieden, aber auch gegen geplante Monumentalbauten, wie sie der real existierende Sozialismus in Warschau und anderen Städten in die Herzen der Städte gepflanzt hat. Diese Tatsache erst eröffnet die Chance, das Berliner Schloss zu rekonstruieren.

Aber auf dem Berliner Schlossareal kann nahezu jede Vorstellung verwirklicht werden – selbstverständlich auch ein Bau in den äußeren Formen einer älteren Kulturgeschichte (erinnert sei an die um die Wende des 20. Jahrhunderts errichtete neobarocke Neue Hofburg in Wien) – es muss nur „großartig“ sein. Diese Großartigkeit muss sich sowohl in der Form als auch im Gehäuse eines neu zu errichtenden Gebäudes widerspiegeln. Es gilt, diesem Standort Würde und Bedeutung zu verleihen, mit welchen architektonischen Mitteln auch immer. Hier darf nichts Belangloses entstehen und die Entscheidung darf auch nicht auf zukünftige Generationen verschoben werden.

Kunst und Kulturen der Welt in der Mitte Berlins

16. März 2001

1. Vorbemerkung

Die große bildungs- und kulturpolitische Leistung Preußens zu Beginn des 19. Jahrhunderts am Ende der Napoleonischen Kriege lag in den eindrucksvollen Reformbestrebungen, Bildung und Wissenschaft zum Motor der gesellschaftlichen Entwicklung zu machen. Die Gründung der modernen Universität und die Errichtung der Museumsinsel im Zeitraum von 100 Jahren (1830–1930) als Freistatt für Kunst und Wissenschaft waren äußere bauliche Zeichen dieser Verpflichtung.

Heute stehen wir vor anderen tief greifenden Veränderungen, die durch Globalisierung, mediale Flüchtigkeit, ständige Beschleunigung gekennzeichnet sind, aber auch zunehmende Nivellierung der Lebenswelten. Reformbestrebungen können kulturpolitisch heute dadurch aktiviert werden, dass der Kultur ein hoher unverwechselbarer Stellenwert als Vermittlerin eingeräumt und der eurozentrische Blick verändert wird zu einer gleichwertigen Betrachtung der Kunst und der Kulturen der Welt.

Gegenüber der Museumsinsel mit ihrer Menschheitsgeschichte des werdenden Europas sollten die außereuropäischen Kulturen auf dem Schlossplatz verankert werden – im direkten Dialog miteinander. Damit könnte Deutschland in Berlin – stellvertretend für Europa – einen neuen kulturpolitischen Akzent setzen, der die Vergangenheit zu Zukunftsaspekten werden lässt und die Gleichrangigkeit und die Einzigartigkeit der Kultur zum Inhalt macht.

2. Der Schlossplatz

Der Berliner Schlossplatz ist der herausragende Hauptstadtstandort von hoher geschichtlicher Bedeutung, städtebaulicher Akzentuierung und internationaler Identifizierung. Er muss urban, öffentlich und hochwertig gestaltet und auch genutzt werden. Die derzeitige – und seit zehn Jahren andauernde – Diskussion zur Bebauung des Berliner Schlossplatzes ist bislang ohne überzeugendes Nutzungskonzept geführt worden. Sie reduziert sich auf eine Fassadendiskussion mit einer unverbindlichen Beliebigkeit dahinter.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat 1999 einen schlüssigen Masterplan für die Museumsinsel vorgestellt. Sie stellt jetzt einen Ideenansatz für die Bebauung des Schlossplatzes vor, der in unmittelbarer Beziehung zur Museumsinsel steht. Während die Museumsinsel, eines der eindrucksvollsten – aber auch eines der gefährdetsten – kulturellen Ensembles, mit ihren archäologischen Sammlungen und denen der abendländischen Kultur dem humanistischen Bildungsideal

Wilhelm von Humboldts entspricht, könnte der Schlossplatz, im Süden der Museumsinsel gelegen, die außereuropäischen Kulturen des jetzigen Dahlemer Museumsquartiers aufnehmen. Dieses Konzept entspräche dem Denken des Weltbürgers Alexander von Humboldt. Damit ergäbe sich eine einmalige Konzentration der Kulturen der Welt in der Mitte Berlins – mit der Leitidee beider Brüder Humboldt.

Während der Masterplan für die Museumsinsel mit der Zustimmung des Stiftungsrates bereits in die Realität umgesetzt wird und seine Ausführung in zehn Jahren fertig gestellt sein soll, befindet sich auf dem Schlossplatz eine unbehaute Leere. Dies kann als große Chance begriffen werden. Die beste Adresse unseres Landes sollte als überzeugende Antwort auf die wichtigen Fragen unserer Zeit gestaltet werden. Unsere Zeit ist geprägt von organisierter Gleichzeitigkeit, medialer Flüchtigkeit und ständiger Beschleunigung. Globalisierung und Ökonomismus führen zu einer unspezifischen Vermischung der Lebenswelten, zur Nivellierung der Kulturen. Wir können aber auf einem Dialog der Kulturen nicht verzichten.

Die Dahlemer Sammlungen des Ethnologischen Museums, des Ostasiatischen Museums, des Indischen Museums und des Museums für Europäische Kulturen sind geeignet, den Kulturen der Welt in unserem Denken und Handeln eine neue Präsenz zu geben, nicht als Rangvergleich mit der abendländischen Kunst sondern in der Eigenständigkeit, im gegenseitigen Respekt, im Gespräch zwischen den Kulturen. Identität und Offenheit sind das entscheidende Begriffspaar für diese Auffassung. Weder eine eurozentrische Sicht oder imperiale Geste noch die Reduzierung dieser Kulturen auf formalästhetische Kategorien sind geeignet, das neue Konzept zu bestimmen. Auch das „musée imaginaire“ von André Malraux, das alle Bildwerke der ganzen Welt vereinigen soll, genügt wegen seiner selbstreferentiellen Ästhetik dem Ansatz der Kulturen der Welt nicht. Es muss ein Ort sein, der Kunst und Leben in Beziehung setzt, der Mythen sichtbar macht, der auch unauflösbare Fremdheit respektiert, der nicht über sondern mit dem Fremden arbeitet, eine Werkstatt zur Teilhabe, ein Reflexionsort des Staunens, Innehaltens und Verstehens. Damit kommen wir von festgefahrenen starren Bildern zu einer lebendigen gleichrangigen Zeitgenossenschaft der Weltkulturen. Wenn dieses Denken über Weltkulturen eine Werkstatt für den kulturellen Dialog wird, dann hat Berlin einen neuen kulturpolitischen Impuls gesetzt, der im Zusammenhang mit der Museumsinsel nicht nur eine enorme Ausstrahlungskraft haben wird, sondern

auch ein neues Bild für die Beziehungen unseres Landes zu anderen Kulturen formen wird.

Eine interkulturelle Werkstatt benötigt aber mehr als nur die Museen. Sie bilden den Kern. Hinzutreten müssen weitere Funktionen, wie ein interdisziplinäres Kulturkolleg mit Kolloquien, Veranstaltungen und Wissenschaftsdisziplinen, ein Haus der Kulturen der Welt mit Theater-, Literatur- und Musikaktivitäten, ein Medienzentrum zur Organisation technischer und intellektueller Netzwerke. Dieser Ort der Seherfahrung, der Experimente, der Wissenschaft und der Heiterkeit ist keine Utopie, sondern eine Vision. Eine Vision, die man in pragmatischen Schritten erreichen kann.

Deutschland hat eine besondere Mittlerfunktion. Die Kultur ist dabei ein wichtiges Ferment. Sie in der Hauptstadt wahrnehmbar zu bündeln und mit Wissenschaft, Bildung und Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit zu vernetzen ist ein zeitgemäßer kulturpolitischer Ansatz. Gerade in unserer globalisierten und virtuellen Welt sind diese Leitideen für Identität und Offenheit ein unübersehbares Zeichen.

3. Einzelargumente

1. Dahlem kann auf Dauer nur mit hohen Kosten dauerhaft saniert werden: 300–400 Mio. DM. So kann umgedacht werden von Gesamtanierung auf mittelfristige Standortsicherung. Für eine begrenzte Zeit würde für notwendige Erhaltungsmaßnahmen nur ein Bruchteil dieser Mittel benötigt.

2. Die Randlage Dahlems wird auch bei hohen Anstrengungen den Besucherschwund nicht stoppen können.

3. Nach Fertigstellung der Museumsinsel (10 Jahre) könnte ein Masterplan Schlossplatz das Dahlemer Quartier umsetzen, zeitlich eher, wenn zusätzliche Geldquellen zur Verfügung gestellt würden.

4. Es entstünde ein kulturelles Kraftzentrum mit hoher Ausstrahlung in der Mitte Berlins, an das inhaltlich nahe Einrichtungen angedockt werden: z. B. Haus der Kulturen der Welt, Collège d'Europe, Alexander v. Humboldt-Stiftung usw.

5. Der Vorschlag ist zunächst unabhängig von der äußeren Bauwerksgestalt. Das kann Schlossgegner und -befürworter versöhnen.

6. Es ist ein vorwärts gerichtetes Programm, das Fernkompetenz vermittelt, die Spezifika der Kulturen sichtbar macht und in einer Koexistenz bündelt.

7. Eurozentrierte und außereuropäische Kulturen gleichrangig aufeinander zu beziehen, setzt neue Akzente einer politischen Aufgeschlossenheit Deutschlands.

8. Die frei werdenden Liegenschaften in Dahlem könnten bis auf das ehemalige Magazingebäude des Geheimen Staatsarchivs anderen Nutzern, beispielsweise der FU Berlin, angeboten werden.

4. Zahlen

Für die Sammlungen sind ca. 50.000 m² erforderlich. Das Gebäude auf dem Schlossplatz wird ca. 150.000 m² verfügbar machen.

Das Ethnologische Museum hat etwa 500.000 Ethnographica, 140.000 ethnologische Tondokumente, 300.000 Fotos und 200.000 kulturhistorische Schriften.

Das Museum für Europäische Kulturen verfügt über etwa 300.000 Exponate, Ostasien und Indien über 30.000 Exponate. Die Kosten für den Wiederaufbau am Schlossplatz werden auf 1,2–1,5 Mrd. DM geschätzt.

5. Fazit

Ein kulturpolitisches Konzept für Berlins Mitte, auf dem Ideenansatz von Wilhelm und Alexander von Humboldt fußend, ist nicht nur ein in sich logischer Ansatz, einprägsam als Markenzeichen, sondern auch ein neuartiger, in die Zukunft weisender Entwurf. Er ist prägend für das Verhältnis Deutschlands zu den Kulturen der Welt und wird damit zu einer nationalen Aufgabe. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, von Bund und allen 16 Ländern getragen, kann diesem Auftrag in besonderer Weise gerecht werden.

(Anlage 1 auf den folgenden Seiten)

Anlage 1

Thematische Schwerpunkte

Natur und Kultur:

- Kulturentwicklung und ihre ökologischen Voraussetzungen.
- Vielfalt und Gemeinsamkeit von Kultur.

Archäologie – Kultur und die Zeit-Raum-Dimension:

- Rekonstruktion außereuropäischer Kulturen.
- Definition und Entstehung von so genannten „Hoch“-Kulturen.

Kunst:

- Ästhetische Konzepte in außereuropäischen Kulturen.
- Kunst, Gesellschaft und Genius.
- Europäische und außereuropäische Beeinflussung in der Kunst.

Indigen-europäische Begegnungen:

- Das Fremde und das Eigene.
- Kolonialer Diskurs. Globalisierung.

Evolution der Humandiversität. Heterogenität von Kultur und die Folgen der Globalisierung. Gegenströmungen:

- Überwindung von Rassendiskriminierung oder Verlust der Diversität menschlicher Kultur?
- Romantisierung voreuropäischer Kulturen, Exotik, Esoterik
- Neues Selbstbewusstsein ethnischer Minderheiten, Nationalbewegungen.

Alle Themen sind miteinander vernetzbar. Wenn man sich die Themen in der obigen Reihenfolge auf einem Kreis angeordnet vorstellt, werden die Vernetzungen in beiden Richtungen sichtbar. Beispiele aus den übrigen Häusern der Staatlichen Museen, Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SMPK) könnten zwecks Erläuterung hinzugezogen werden. Für Natur und Kultur wird ergänzendes Material aus naturkundlichen Sammlungen benötigt.

Natur und Kultur

- Kulturentwicklung und ihre ökologischen Voraussetzungen.
- Vielfalt und Gemeinsamkeit von Kultur.

Die Darstellung der unterschiedlichen Weltkulturen, ganz gleich ob monographisch oder kulturvergleichend, muss im Rahmen ihres ökologischen Umfeldes erfolgen. Als Nachbarwissenschaften sind hier insbesondere die Kulturgeographie und Biowissenschaften mit einzubeziehen. Letztere können durch ihre beliebten Präparate, Dioramen und andere Medien die Beziehung Mensch und Kultur besonders anschaulich und attraktiv gestalten. Eine Kooperation mit den in Berlin ansässigen Institutionen muss hergestellt werden.

Archäologie – Kultur und die Zeit-Raum-Dimension

- Rekonstruktion außereuropäischer Kulturen.
- Definition und Entstehung von so genannten „Hoch“-Kulturen.

Der Umzug der Museen der Weltkunst und -kulturen in die Stadtmitte böte die Möglichkeit, die gemeinsamen Fragestellungen der alt- und neuweltlichen Archäologie zu veranschaulichen, z. B. durch eine Überleitung (real oder virtuell) von Mesopotamien nach Mesoamerika. Der Vergleich zwischen den vorhandenen Ausstellungen der Berliner archäologischen Museen und dem altamerikanischen Bestand des Ethnologischen Museums, wie Teile aus Tempel- und Palastanlagen, Skulpturen, Befunde aus Gräbern, Wandmalereien und Darstellung auf Keramik oder Schriftquellen, bezeugt, dass menschliche Gesellschaft, Macht, Herrschaft und Untergang, Entstehung von Reichen oder Religionen, Riten und Bräuche im so genannten „Hochkultur“-Bereich identischen Fragestellungen und wissenschaftlichem Methoden unterliegen. Die Sammlungen der SMPK bieten hier einmalige Vergleichsmöglichkeiten. Archäologische Themen sind stets Besuchermagnete.

Kunst

- Ästhetische Konzepte in außereuropäischen Kulturen.
- Kunst, Gesellschaft und Genius.
- Europäische und außereuropäische Beeinflussung in der Kunst.

Nur der Mensch kann sich ästhetisch artikulieren. Die Fähigkeit sich künstlerisch zu artikulieren oder künstlerische Meisterwerke als solche zu erkennen ist kulturübergreifend über Zeit und Raum in allen menschlichen Gesellschaften vorhanden. In Europa hat sich seit der Renaissance der spezifische Kunstbegriff im Sinne der *l'art pour l'art* herausgebildet und weiter entwickelt. Ähnliche oder gar identische Konzepte sind aus dem ostasiatischen und indischen Bereich bekannt. Das Museum für Ostasiatische Kunst und das Museum für Indische Kunst leiten daraus ihre Existenzberechtigung ab. In den übrigen außereuropäischen Kulturen stellt sich die Situation weitaus ungesicherter dar: Ist hier gar kein Kunstbegriff vorhanden (gewesen)? Sind künstlerisches Schaffen und Leistungen rein handwerklich zu bewerten? Standen sie im Dienst einer Religion oder einer Herrschaft, vergleichbar etwa der Kunst des Mittelalters? Oder sind die Individuen, die Begabungen und Genies, also die Künstler die den Namen verdienen und deren Meisterschaft kulturübergreifend erkenntlich wird, anonym geblieben? Oder waren sie in ihrer

eigenen Gesellschaft zwar bekannt, wurden aber vom europäischen Sammler unterschlagen, als unwichtig erachtet mit der typischen Arroganz des Eroberers?

Sicher scheint, dass das Genie in seiner eigenen Gesellschaft, die es zum künstlerischen Ausdruck fördert oder animiert, nicht unerkant bleibt. Die aktuelle Diskussion um und die Suche nach den Namen dieser Namenlosen muss dem jeweiligen Kenntnisstand entsprechend reflektiert werden, sowohl am Beispiel der vorhandenen Sammlungen, wie an aktuellen Beispielen der zeitgenössischen Weltkunst. Fortschritte bei der Wiederentdeckung namentlich fassbarer Künstler als Angehörige indigener Gesellschaften müssen dokumentiert und stets aktualisiert werden. Ein dynamischer Dialog zwischen Vertretern der klassischen Kunstgeschichte (klassischen Archäologie) und Ethnologie, wie er in Nordamerika, Australien oder auch Frankreich längst geführt wird, muss verstärkt in von Ethnologen und Kunsthistorikern gemeinsam konzipierten Ausstellungen sichtbar gemacht werden. Dazu gehört selbstverständlich auch die Darstellung der gegenseitigen Beeinflussung von indigener und Weltkunst.

Indigen-europäische Begegnungen

- Das Fremde und das Eigene.
- Kolonialer Diskurs. Globalisierung.

Die völkerkundlichen Museen Europas werden gern als die Repräsentanten europäischer Kolonialisierung und europäischer Imperialismuspolitik angesehen. Das sind sie aber nur zum Teil. Häufig entstanden sie aus den ehemaligen Kuriositätenkabinetten der europäischen Fürstenhäuser. In Deutschland und insbesondere Berlin spiegeln sie zudem die akribische Sammler- und Forschertätigkeit deutscher Wissenschaftler seit der Mitte des 18. Jahrhunderts (Alexander von Humboldt war keineswegs der Erste!).

Wie auch die archäologischen Museen der SMPK verdankt das Ethnologische Museum seine einmaligen Schätze jener typisch deutschen Forschertradition. Die Sammlungen spiegeln jeweils spezifische Zusammentreffen zwischen Geberkultur und Sammler- bzw. Wissenschaftlerinteressen. Zu den Ergebnissen großer und kleiner Expeditionen kommen koloniale Situationen (Ausbeutung der Eroberten durch die Kolonialherren), Handelsbeziehungen, persönliche Beziehungen und anderes mehr.

Über all jenen Einzelfällen schwebt der postmoderne, koloniale Diskurs. Traditionelle Bilder der Kolonialisierten, der ausgebeuteten Drittländerangehörigen lösen sich auf. Die Inder beispiels-

weise sind längst in einen wissenschaftlichen Dialog eingetreten und kritisieren das eigene Kolonialverhalten auf das Schärfste. Der Siegeszug außereuropäischer Religionen in westlichen Metropolen ist nicht aufzuhalten (Schamanismus, Buddhismus). Fernöstliche Sitten, Esskultur, Ausstattung haben den Eingang in die westliche Gesellschaft gefunden. In thematischen Ausstellungen muss der jeweilige Kontext der Exponate herausgestellt werden. Aus welchem Umfeld stammen sie? Was bezweckte der Sammler? Was sagen sie über ihre Urheberkultur aus? Welche Funktion können sie heute bei der aktuellen Wissensvermittlung übernehmen?

Evolution der Humandiversität. Heterogenität von Kultur und die Folgen der Globalisierung. Gegenströmungen:

- Überwindung von Rassendiskriminierung oder Verlust der Diversität menschlicher Kultur?
- Romantisierung voreuropäischer Kulturen, Exotik, Esoterik.
- Neues Selbstbewusstsein ethnischer Minderheiten, Nationalbewegungen.

Naturkundliche Museen haben es sich längst zur Aufgabe gemacht, ihre umfangreichen Sammlungen und Präparate zur Demonstration der ursprünglich vorhanden Vielfalt von Fauna und Flora – Biodiversität – auszustellen und die Problematik der rasanten Reduzierung des ursprünglichen Reichtums an Pflanzen und Tieren für die Zukunft der Erde darzustellen.

In Völkerkundemuseen werden untergegangene Kulturen und ausgestorbene Stämme meist monographisch abgehandelt. Was der Verlust an Vielfalt menschlicher Ausdrucks- und Lebensformen, Sprachen, Kulturen, Denkmöglichkeiten, Kunstäußerung etc. bedeuten könnte, müsste pointiert herausgestellt werden. Gerade in dieser Thematik liegt die Bedeutung und Existenzberechtigung völkerkundlicher Museen der Zukunft; denn sie sind das Archiv der Vielfalt menschlicher Kulturentwicklung.

Was geht verloren wenn der Letzte seines Stammes stirbt? Was bedeutet es, wenn einst gegensätzliche Denkformen und Handlungsweisen wie die heute noch existierenden fernöstlichen mit den westlichen Kulturen gänzlich assimiliert werden? Was bedeutet die Reduzierung menschlicher Vielfalt? Das Ethnologische Museum kann solche Fragen anregen. Es bietet das Forum für Präsentation und Rekonstruktion der Vielfalt menschlicher kultureller Äußerungen über Zeit und Raum. Es wird zunehmend auch für die Naturwissenschaften zur Quelle; denn menschliches Verhalten scheint weit mehr als bisher

angenommen von biologischen Prozessen gesteuert. Die Evolution der Kulturdiversität wird heute nicht nur über soziale und kulturelle, sondern auch genetische Modelle erforscht.

Beispiel Migration, ein traditionelles Thema der Ethnologie und Soziologie. Migration und die Verbreitung menschlicher Kultur wird heute ebenso von Paläoanthropologen wie Gentechnikern untersucht, mit provozierenden Erkenntnissen.

Beispiel Rassismus, ebenfalls ein traditionell den Soziologen, Historikern und Ethnologen vorbehaltenes Thema. Die moderne Hirnforschung meint Mechanismen im menschlichen Hirn (Austausch von Gedanken und Ideen zwischen verschiedenen Hirnsphären) ausmachen zu können, die für Rassismus mit verantwortlich zeichnen könnten.

Völkerkundliche Sammlungen müssen auch auf neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse über menschliches Verhalten und die Verbreitung von Kultur kritisch befragt werden. Dies erfordert eine viel engere Zusammenarbeit mit naturwissenschaftlichen Disziplinen als bislang. In der Archäologie wird dies methodisch wie interpretativ längst praktiziert.

Dr. Bruno Flierl

Zur stadträumlichen Struktur und zur Nutzung des Areals „Mitte Spreeinsel“

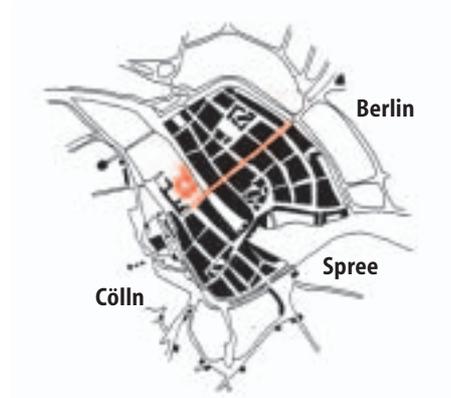
16. März 2001

Zur stadträumlichen Qualität des Areals „Mitte Spreeinsel“ werden seit zehn Jahren mit Blick auf die Vergangenheit immer wieder Ansichten vertreten, wie diese: das Schloss sei Mittelpunkt und Ausgangspunkt der Stadtentwicklung gewesen, ohne das Schloss sei die umgebende Bebauung ihres Bezugspunktes beraubt, der Blick aus Richtung Brandenburger Tor brauche das Schloss wieder als point de vue, zumal der Palast der Republik falsch im Stadtraum stehe. Also müsse das Schloss – mindestens ein Schlossbaukörper – nicht nur aus historischen, sondern auch aus räumlichen Gründen wieder errichtet werden.

Was es damit auf sich hat und was davon für die Zukunft brauchbar ist, soll untersucht werden, ohne dabei den erwarteten Entscheidungen zum künftigen Umgang mit beiden Gebäuden vorzugreifen, und zwar unter zwei Aspekten: zur stadtstrukturellen Entwicklung des Areals „Mitte Spreeinsel“ und zur visuellen Wahrnehmbarkeit des Areals „Mitte Spreeinsel“.

Dazu noch eine Erläuterung: Wenn hier vom Areal „Mitte Spreeinsel“ gesprochen wird, so deshalb, weil die heutige Bezeichnung Schlossplatz als Ersatz für Marx-Engels-Platz sowohl historisch als auch stadträumlich missverständlich ist, da sie nur für den Platz vor dem noch existierenden Palast der Republik oder als „Platz“ – nämlich Platzhalter – für ein wieder aufzubauendes Schloss einen Sinn macht, nicht aber für den gesamten Bereich zwischen Spree und Kupfergraben, um den es bei Überlegungen zu seiner Neuaneignung geht.

1650



1690



1. Zur stadträumlichen Entwicklung des Areals „Mitte Spreeinsel“

Seit 1987 werden in Diskussionen über die Stadtmittelpunkte immer wieder Darstellungen zur baulichen Entwicklung gezeigt, die – besonders auch im begleitenden Text – darauf ausgerichtet sind, lediglich die Kontinuität und Diskontinuität der Bausubstanz Berlins seit der Zeit als Festungsstadt um 1690 zu dokumentieren. Hier werden diese Figuren – und zwar 6 von 8 – benutzt, um an ihnen die stadträumliche Entwicklung – zugleich auch mit einem anderen Geschichtsverständnis – zu demonstrieren:

Berlin Stadtmittelpunkte – Etappen stadstruktureller Entwicklung

1650

Das Schloss liegt – seit seiner baulichen Anlage in der Mitte des 15. Jahrhunderts zunächst als Zwingburg – azentral zur Doppelstadt Berlin-Cölln. Der Weg von Berlin zum Schloss führt über die heutige Rathausstraße. In ihrem Blickpunkt war die Dominikanerkirche am Schlossplatz zu sehen.

1750



1910



Pläne: SenStadtUm
1987, farbige Einzeichnungen:
B. Flierl 2001

1800



1990



1690

Durch den Festungsring, der auch den Friedrichswerder einschließt, gerät das Schloss in die Mitte der Stadt. Mit dem Einzug des ersten Königs in Preußen 1701 wird die Rathausstraße – nunmehr Königsstraße genannt – zur via triumphalis. Projekte zum Neubau der Dominikanerkirche als Dom am Schlossplatz scheitern jedoch.

1750

Nach dem 1747 erfolgten Abriss der Dominikanerkirche und dem gleichzeitigen Neubau eines Doms am Lustgarten wird die Straße Unter den Linden zur neuen Prachtstraße der Königsstadt. Mit diesem Stellungswechsel der zum Schloss gehörenden Kirche wird der bereits in vollem Gang befindliche repräsentative Ausbau der Stadt in Richtung Westen bewusst akzentuiert.

1800

Die strukturelle Teilung Berlins in die Stadt des Absolutismus mit dem Schloss als point de vue in der Straße Unter den Linden und die mittelalterliche Bürgerstadt mit ihren engen Straßen – „hinter“ dem Schloss – ist vollzogen. Sie bleibt bei allen baulichen Veränderungen bis ins 20. Jahrhundert hinein bestehen.

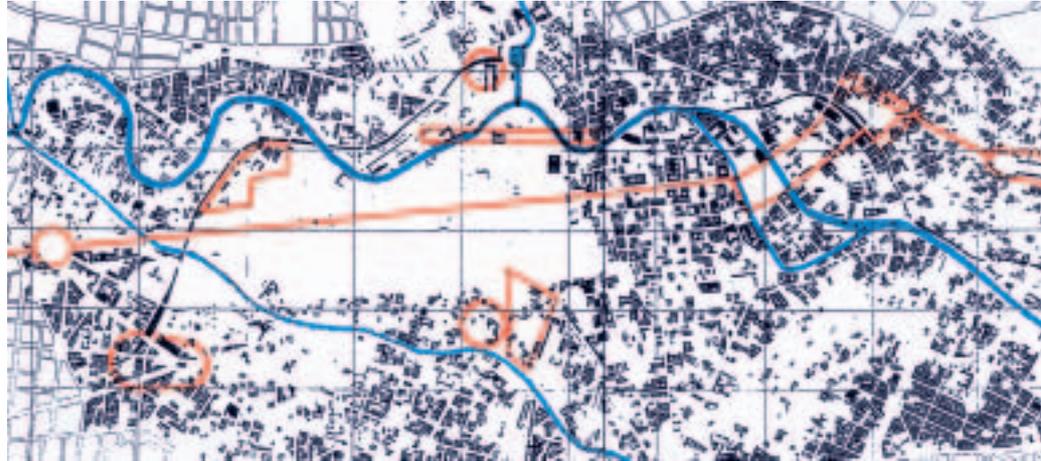
1910

Nach der Gründung des Kaiserreiches 1871 und dem notwendig gewordenen Bau einer Spreebrücke zwischen Schloss und Dom 1885/87 zur Verbesserung des Ost-West-Verkehrs durch die mittelalterliche Kernstadt hindurch entsteht mit dem Ausbau Berlins zur Weltstadt am Ende des 19. Jahrhunderts die Idee einer Ost-West-Achse als Verlängerung der historischen Stadtachse in Richtung Osten. Die Projekte im Jahr 1910 von Janssen und später 1937–1942 von Speer bleiben jedoch unverwirklicht.

1990

Nach den Zerstörungen Berlins im Zweiten Weltkrieg nutzt die DDR ab 1950 die Chance, Ostberlin über die als neue Magistrale zum Aufbau vorgesehene Stalinallee (Karl-Marx-Allee) mit der Stadtmitte zu verbinden – in Richtung Alexanderplatz und von dort bis zum Areal „Mitte Spreeinsel“, als dem neuen zentralen Ort der Stadt – um auf diese Weise die Idee einer räumlich repräsentativen Ost-West-Verbindung durch die Stadt von Osten her zu verwirklichen. Der Palast der Republik, der 1976 am Ort des im Krieg stark beschädigten und 1950/51 abgerissenen Schlosses fertig gestellt worden war, wurde so zum

Bestandsplan Berlin um 1953, Einzeichnung: B. Flierl 2/2001



bipolaren point de vue der heutigen Stadtachse: dem traditionellen Bereich Unter den Linden und dem neuen räumlichen Bereich zwischen Alexanderplatz und Spree.

Fazit: Es gab drei große Brüche in der stadträumlichen/stadtstrukturellen Entwicklung der Stadtmitte von Berlin:

1747: der Stellungswechsel der Domkirche und die Ausbildung der absolutistischen Prachtstraße Unter den Linden und damit die Abkopplung der alten Stadt vom Schlossbereich,
1885: die Verlängerung der Straße Unter den Linden über die neue Spreebrücke am Schloss vorbei durch die mittelalterliche Stadt hindurch und von 1950 – 1990: die Schaffung eines neuen stadträumlichen Zugangs zur Mitte der Stadt und zum Areal „Mitte Spreeinsel“ von Osten, – mit dem Palast der Republik als bipolarem point de vue.

Problem für heute:

Wir haben uns mit dem Areal „Mittel Spreeinsel“ stadträumlich – auch funktionell – nicht mehr allein im Zusammenhang mit der Straße Unter den Linden, wie vor 1945, sondern auch im Zusammenhang mit dem entstandenen räumlichen Zentrumsband vom Forum Fridericianum bis zum Alexanderplatz zu befassen.

Der große Bereich zwischen Spree und S-Bahnhof Alexanderplatz darf hinsichtlich seiner Zukunft weder für sich noch in Bezug auf das Areal „Mitte Spreeinsel“ aus der Planung für die historische Mitte von Berlin ausgeblendet oder wie im Planwerk Innenstadt für einen Rückbau in den mittelalterlichen Stadtgrundriss vorgesehen werden – mit der Sehnsucht nach angeblicher Urbanität und Harmonie des Stadtlebens vor dem Zweiten Weltkrieg und vor den Veränderungen der Nachkriegszeit.

Dieser Raum ist schließlich einer jeder Bereiche in Berlin, die nach dem Krieg im Prozess städtebaulicher Operationen großen Stils in Ost und West entstanden sind, als Ergebnis einer deutlich erkennbaren Entwicklungslogik primär entlang der Spree, und er sollte deshalb auch im System dieser historisch entstandenen stadtstrukturellen Veränderungen bewertet, tradiert und gestaltet werden.

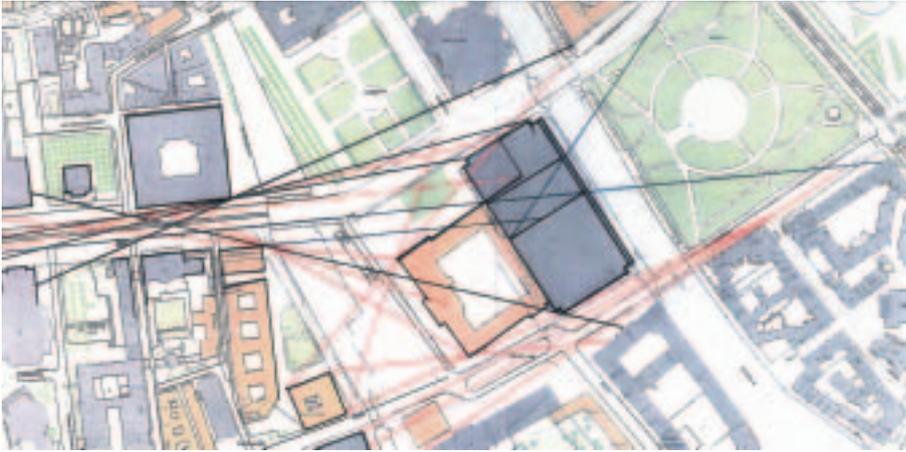
In solchen historischen Zusammenhängen sollte die stadträumliche Gestaltung des Areals „Mitte Spreeinsel“ prinzipiell bedacht werden – wie schon gesagt: zunächst ohne die erwartete Entscheidung über die Erhaltung oder den Abriss des Palastes der Republik wie auch über den Wiederaufbau des Schlosses vorwegzunehmen.

2. Zur visuellen Wahrnehmbarkeit des Areals „Mitte Spreeinsel“

Im Interesse einer künftigen baulichen Gestaltung des Areals „Mitte Spreeinsel“ sollte die visuelle Wahrnehmbarkeit eines möglichen Baukörpers aus dem umgebenden Stadtraum heraus erkundet werden. Dafür können Analysen zur Sichtbarkeit des ehemaligen Schlosses und des noch existierenden Palastes der Republik wichtige Aufschlüsse geben.

Das Schloss wurde immer nur von drei Seiten – Nord, West, Süd – als ein ganzheitliches Gebilde wahrgenommen. Seine Ostseite geriet im Blick von der alten Stadt wegen der Bebauung am Ostufer der Spree nur sehr bedingt zur Wirkung und war offenbar auch aus diesem Grund – nicht nur wegen ihrer Addition von Bautappen – nie als ganzheitliche Prachtfassade gestaltet oder überformt worden. Der Palast ist allseitig im Raum der Stadt wahrnehmbar.

Im Blick aus der Straße Unter den Linden lag die nördliche Längsfassade des Schlosses in Richtung der abgelenkten Straße Unter den Linden/



Stadträumliche
Struktur des Areals
„Mitte Spreeinsel“/
Analyse der Sichtbarkeit

(Ausschnitt Planwerk
Innenstadt Nov. 2000,
Einzeichnung:
B. Flierl Febr. 2001)

Kaiser-Wilhelm-Straße, dadurch betonte sie die Hauptbewegungsrichtung in der Stadt, allerdings erst seit 1885, als diese verlängerte Trasse geschaffen wurde. Im Blick in die gleiche Richtung liegt die Längsfassade des Palastes quer zur Längsrichtung der Trasse Unter den Linden/Karl-Liebnecht-Straße und erweckt dadurch die irritierende Vorstellung, als würde der Hauptweg nach Süden abbiegen. Das war aber nur für fließende Demonstrationen so gewünscht, sonst nicht.

Im Blick aus der Straße Unter den Linden lag die Nordfassade des Schlosses bis in die späten Nachmittagsstunden hinein im Schatten und wirkte daher wie eine dunkle Wand. Die aus der gleichen Richtung sichtbare Westfassade des Palastes liegt dagegen von den Vormittagstunden an in der Sonne und wirkt – auch wegen des verspiegelten Glases – immer hell.

Die Westfassade als Hauptfassade des Schlosses war aus dem Bereich Unter den Linden ab Zeughaus vollständig überschaubar – allerdings erst nach dem Abriss der Gebäude an der Schlossfreiheit. Die Westfassade des Palastes erscheint ab der Südwestecke des Zeughauses. Der Eingang in den Palast dagegen ist auf der südlichen Fahrbahn der Straße Unter den Linden schon vom Pariser Platz aus zu sehen.

Die Nordwestecke des Schlosses war aus der Straße Unter den Linden erst ab der Universität zu sehen, die des Palastes bereits von der Friedrichstraße her.

Der Einblick zwischen Dom und Schlossapotheke aus dem Bereich Unter den Linden in die weiterführende Kaiser-Wilhelm-Straße war erst ab Kronprinzessinnenpalais möglich. Das gilt bis heute auch für die Lücke zwischen Dom und Palast.

Der Einblick nach Westen tief in die Straße Unter den Linden vom Schloss her war erst ab Portal V möglich. Beim Palast ist er vom Eingang und vom gläsernen Foyer her möglich.

Nach Osten hin gab es vom Schloss aus keinen besonderen Ausblick, da auch nicht erforderlich. Das gläserne Foyer des Palastes vermittelt den Blick nach beiden Seiten: sowohl in den Bereich Unter den Linden als auch in den Freiraum bis zum Fernsehturm. Auf diese Weise wird auch im Inneren des Palastes die geknickte Raumachse vom Brandenburger Tor bis zum Alexanderplatz und damit zugleich die bipolare Stellung des Gebäudes als point de vue in diesem Raumsystem erlebbar.

Der Gebäudekubus der Bauakademie war und ist für die Orientierung wie auch für die Wahrnehmung ein wichtiges Element der Vermittlung beim Übergang des rechteckigen Bausystems des Bereichs Unter den Linden zur abknickenden Bebauung der Spreeinsel.

Der im Planwerk Innenstadt vorgesehene Baukörper an der ehemaligen Stechbahn erfüllt nicht den ihm zugeordneten Zweck, da er die aus Richtung Rathausstraße baulich definierte Einsicht in den Innenhof des neuen Gebäudes für das auswärtige Amt verstellt. Wie eine bauliche Befestigung dieses Ortes gestaltet werden kann und ob sie überhaupt sinnvoll ist, kann sich erst aus der Bebauung des Areals „Mitte Spreeinsel“ ergeben.

Aus dieser Analyse der visuellen Wahrnehmungsbedingungen resultiert:
erstens, dass die unter bestimmten historischen Bedingungen entstandenen Gebäude Schloss und Palast hinsichtlich ihrer visuellen Wahrnehmbarkeit im stadträumlichen Umfeld sowohl Vorteile als auch Nachteile haben und deshalb für eine künftige Bebauung nicht unbedingt Modellcharakter besitzen, sondern dass

zweitens eine bauliche Gestalt gefunden werden müsste, die optimale visuelle Wahrnehmungsbedingungen aus beiden Richtungen der historisch entstandenen Raumachse auf diesen Ort hin realisiert. Daraus folgt drittens, dass bei einer künftigen Bebauung des Areals „Mitte Spreeinsel“ Anforderungen an eine optimale visuelle Wahrnehmbarkeit ebenso zur Ausschreibung gehören sollten.

„Zur Nutzung des Areals ‚Mitte Spreeinsel‘“

Um zu einer Empfehlung für die Nutzung des Areals „Mitte Spreeinsel“ zu gelangen, ist es zweckmäßig, sich zu allererst einmal eine Übersicht über die dort bislang realisierten wie über die dort vorgesehenen Nutzungen zu verschaffen. Dafür eignet sich am besten ein Tableau, das zum einen Nutzungen und zum anderen Gebäude – reale Gebäude und Konzeptionen für Gebäude – fixiert. Auf diese Weise ist es möglich, die Nutzungsqualitäten des ehemaligen Schlosses, des Palastes der Republik (als er noch geöffnet war), zusätzlich auch des Centre Pompidou in Paris, untereinander und mit den zur Entscheidung anstehenden Nutzungskonzeptionen des Auftraggebers Bund und Land Berlin, der Gruppe um Herrn von Boddien und denen der aktuellen öffentlichen Diskussion zu vergleichen.

Die qualitative Bewertung dieser zunächst rein quantitativ aufgelisteten Nutzungen sollte in Hinsicht auf eine optimale Nutzungskonzeption für eine Bebauung des Areals „Mitte Spreeinsel“ nicht vorwiegend nur aus dem Streit einzelner Interessenvertreter über ihre Grundsatzbekenntnisse, Nutzungswünsche und Investitionsabsichten ermittelt werden, sondern in erste Linie aus übergeordneten gesellschaftlichen Interessen, über die sich die demokratische Öffentlichkeit zu verständigen hätte.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, die zu bestimmenden Funktionen und Bedeutungen des Areals „Mitte Spreeinsel“ im Kontext anderer gesellschaftlicher Orte in der Mitte von Berlin zu betrachten, also auch in ihrer räumlichen Dimension, um sie als ein Besonderes im Netz analoger und unterschiedlicher gesellschaftlicher Aktivitäten im Raum der Stadt bestimmen zu können.

Das kann in zwei Dimensionen geschehen:

1. Umfeld des Areals „Mitte Spreeinsel“

Eine Standortanalyse offenbart sofort die bereits institutionell und räumlich etablierten Funktionen der Museen, der Wissenschaft/Universität, der Bibliotheken und der Kulturinstitute: Oper, Theater und Cinema, die allesamt nicht nur von außen her im Kontext zur funktionellen Neuaneignung des Areals stehen, sondern diese – lauter geäußerten Anforderungen – wesentlich mitzubestimmen trachten.

Zugleich offenbart eine solche Analyse aber auch, dass nicht nur das Bearbeitungsfeld Probleme aufwirft, sondern dass auch im Umfeld als Raum für gesellschaftliche Aktivitäten Problemfelder bestehen: so ist die Frage zu stellen, ob die Breite Straße primär Wohnfunktion oder nicht besser eine gesellschaftlich bedeutendere Funktion haben sollte, vor allem aber ist nach einer funktionellen Neuaneignung des Freiraumes zwischen Spree und Fernsehturm zu fragen, der für die Bevölkerung – für Stadtbewohner wie für Stadtbesucher – im Interesse lebendiger Urbanität öffentlich und offen zugänglich zu halten und zu entwickeln ist. Was die Stadt hier braucht, ist ein Rathausplatz, was sie ebenso gebrauchen kann, ist ein Stadtpark, nicht nur zum Verweilen, sondern partiell und temporär auch multifunktional und variabel nutzbar als Festplatz.

Die Beantwortung solcher Fragen hat rückkoppelnde Auswirkung auf eine optimale Bestimmung des Nutzungskonzepts für das Areal „Mitte Spreeinsel“, das es nicht nur stadträumlich sondern auch funktionell allseitig zu vernetzen gilt.

2. Funktionen und Bedeutungen des Areals „Mitte Spreeinsel“ im Kontext anderer gesellschaftlicher Orte in Berlin Mitte

Das Areal „Mitte Spreeinsel“ sollte ein kulturell-kommunikativer Ort der Bürgerinnen und Bürger sein, im Unterschied zu den politischen Orten des Staates im Spreebogen und der Stadt am Rathaus. Wenn sich im Spreebogen am Platz der Republik und im Bundesforum Bürger/innen und Staat und auf dem Rathausplatz Bürger/innen und Stadt – im Konsens wie im Dissens – begegnen, so sollte die „Mitte Spreeinsel“ zum Treffpunkt der Bürgerinnen und Bürger mit sich selbst werden: zu ihrer gegenseitigen Information und Verständigung über sich und ihre Zeit: in der Dimension von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gerade an diesem geschichtsträchtigen Ort Berlins wie auch in der Dimension von Deutschland, Europa und der Welt – auf der Basis von vermitteltem Wissen und dargebotener Kunst, kulturellen Begegnungen und Erlebnissen und nicht zuletzt im Kontakt mit Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland. Hier sollte ein Forum der Bürgerinnen und Bürger entstehen, ein Bürgerforum, das durch ein Bundesforum und ein Stadtforum nicht ersetzbar ist, weil es ein spezifisches Forum ist. Damit könnte an diesem Ort die Tradition des Volkshauses, wie sie im Palast der Republik fortlebte, auf neue Weise weiterentwickelt werden.

Erst aus einer solchen stadtstrukturellen – funktionellen und räumlichen – Charakteristik des Ortes „Mitte Spreeinsel“ im Kontext anderer gesellschaftlicher Orte lässt sich eine tragende Idee für ein Nutzungskonzept dieses Areals in der historischen Mitte von Berlin entwickeln: praktisch und symbolisch, als Dach aller einzelnen Nutzungen und Nutzer. Und da dieser Ort die Bürgerinnen und Bürger des ganzen Landes angeht, sollte er – bei aller public private partnership – ideell und sicher auch finanziell vom ganzen Land – in wohl abgewogenem Maß vom Bund, von Berlin, aber auch von den anderen Bundesländern – hauptverantwortlich getragen werden.

Thesen zu Nutzungen auf dem Areal „Mitte Spreeinsel“ und zum qualitativen Anspruch an die Nutzung:

zum Charakter

- polyfunktionale Nutzung in spezifischen und/oder variablen Räumen differenziert nach Programmen und/oder Institutionen mit der Möglichkeit zur Mitnutzung von außen,
- in der Einheit von public private partnership bei Dominanz des Öffentlichen gegenüber dem Privaten weitgehend offen zugänglich, nur teilweise oder zeitweilig exklusiv,
- organisatorisch und intermediär vermittelt als ein Ganzes, nicht als Sammelsurium von Vielem, sondern als Vielfalt in der Einheit,

zur Spezifik

- Schaffung eines wesentlichen, nicht zentralen, aber spezifischen Ortes der gesellschaftlichen und kulturellen Begegnung und Kommunikation der Bürger im Sinne eines Bürgerforums,
- mit sinnstiftender und identitätsstiftender Wertsetzung für Berlin als der neuen alten Hauptstadt Deutschlands in ihren Wechselbeziehungen zu den Bundesländern, zu Europa und zur Welt – ideell und institutionell,
- einmalig und signifikant im Netz anderer gesellschaftlicher, kultureller und kommunikativer – auch politischer – Orte der Stadt und eben dadurch attraktiv und repräsentativ für deren Bewohner und Besucher aus dem In- und Ausland,

zur Historizität

- praktische und symbolische Neuaneignung des historisch bedeutenden Ortes „Mitte Spreeinsel“,
- als zukunftsorientierte – nicht retrospektive – Aufhebung der Vergangenheit in der Gegenwart,
- im Prozess der nationalen Vereinigung wie auch der europäischen und globalen Integration der Deutschen aus Ost und West.

Die Unterlagen für eine eventuelle Rekonstruktion des Berliner Schlosses im Überblick

19. April 2001

Bevor ich die Unterlagen referiere, möchte ich etwas Prinzipielles ansprechen, das Denkmalpflegern und Museumsleuten, aber wohl nicht allen Kommissionsmitgliedern geläufig ist. Wenn man plastische Formen oder Formen von räumlicher Ausdehnung reparieren und rekonstruieren möchte, hat man es mit zwei prinzipiell verschiedenen Gruppen von Objekten zu tun. Die erste Gruppe umfasst alle Formen, die mathematisch definiert sind, wie z. B. Gesimse. Die können problemlos ersetzt werden, wenn man nur die Maße hat. Die zweite Gruppe besteht aus den Darstellungen von Lebendigem, von Pflanzen, Tieren, Menschenfiguren. Die lassen sich nicht gütig nachmachen. Denn kein Künstler sieht die Welt mit denselben Augen wie ein anderer, und vor allem haben in den verschiedenen Epochen die Menschen die Welt sehr anders erlebt. Obwohl die Nachahmung solcher Formen nie vollgütig gelingen kann, lässt die Denkmalpflege so etwas fortwährend machen, wenn ein Gesamteindruck bewahrt oder wiedergewonnen werden soll. Selbst die Museen, die in puncto Originalität genauer sein können und müssen, lassen ausnahmsweise solche Ergänzungen vornehmen. Das ändert nichts am Prinzip, Darstellungen von Lebendigem sind unwiederholbar, da helfen nur Abgüsse, wenn das Original noch erreichbar ist. So wird überall verfahren, wo die Skulpturen die heutige saure Industrie- und Verkehrsluft nicht aushalten, z. B. an den großen Kathedralen.

Nun zu den Unterlagen. Originale Planzeichnungen des Barockbaus sind, wenn auch sehr lückenhaft, immerhin vorhanden. Man zeichnete bis ins 18. Jahrhundert aber, wie der Bau gemeint war; die Anpassung an lokale Bedingungen erfolgte auf dem Bauplatz. D.h. solche Originalzeichnungen sind für gewöhnlich nicht direkt baubar. Glücklicherweise aber hat Friedrich Wilhelm IV. das Schloss vermessen lassen, weil er daran umbauen wollte. Weil im Hofbauamt bekannt war, dass der König selber entwarf, sozusagen sein eigener Architekt war, wurde anständig gemessen. Es gibt die Grundrissserien und eine Anzahl Schnitte. Wirklich gebaut wurde dann nur die Kuppel mit der Kapelle darin. Auch die Entwurfszeichnungen davon sind erhalten.

Jetzt die Fassaden im Einzelnen. Ich gehe gegen den Uhrzeigersinn um das Schloss herum und fange mit der Lustgartenseite an.

Die Hofapotheke wäre im Großen schon nach Fotos rekonstruierbar. An Profilen gab es die Abfassung der Fensterlöcher und die Gesimse, die keine Probleme machen würden, zumal Architekt und Steinmetzmeister/Maurermeister und deren Art bekannt sind.

Folgt die Gartenfassade Schlüters mit elf Achsen Rücklage und seinem Gartenportal (V), dann sechs gleiche Achsen Rücklage und das zweite Gartenportal (IV), Eosander nach Schlüter. Beim Abbruch wollte man Portal IV, von wo aus Karl Liebknecht 1918 die Räterepublik ausgerufen hatte, für einen Wiederaufbau bewahren, konnte aber wegen des Zeitplans nicht abbauen, sondern musste sprengen. Deswegen wurden beide Portale mit Stroh eingewickelt und so gesprengt, dass sie auf den Rücken fielen.

So dachte man möglichst viel Material für den Aufbau des einen zu behalten. Daher sind die Balkonträger beider Portale erhalten geblieben, von Balthasar Permoser, der nach Schlüter der beste deutsche Bildhauer gewesen ist. Diese vier Hermen, Frühling, Sommer, Herbst und Winter gehören zum Besten, was die deutsche Bauplastik hat; sie sind direkte Vorläufer der Dresdner Zwinngerplastik, die Permoser später dirigiert hat. Portal V, dessen Rundgiebel müssten fotogrammetrisch bemessen werden. Unter den Giebeln saßen die Gruppen von Gerechtigkeit und Stärke, von Schlüter auf Nachsicht berechnet und von unübertrefflicher Feinheit und Schönheit. Die relativ kleinen Stücke konnten ausgebaut werden und sind im Museum. Die Berliner durften bis 1888 durch die Höfe gehen und haben im Vormärz die eine Gruppe als Spottbild Schlüters auf seinen König gedeutet. Der Löwe wäre der König, die Allegorie der Stärke dessen Mätresse die Gräfin Wartenberg.

Schlüters Rücklagen sind, was die Profile angeht, gleich drei-, vier-, fünfmal aufgemessen oder nach Fotos rekonstruiert worden. Aus dieser Bildhauerfassade kann man die Bauplastik nicht herauslösen. Beim Abbruch hat man versucht, von jedem Hauptstück eines auszubauen und beiseite zu legen. Schon in dieser Auswahl fehlten die Laubkränze. Aber auch die ausgebauten Stücke sind nur zum Teil in die Museen gelangt – vielleicht gab es Leute, die die Dokumentation verhindern wollten. Von den Adlern hat man ein zwei Leiber, aber keine Flügel. Zu den Widderköpfen fehlen die Festons. Die höchst delikate Füllung über den Hauptgeschossfenstern, ein Wappenschild, darüber die Initialen des Bauherrn z.T. à jour geschnitten und nicht dicker als mein Zeigefinger, war zu zart, um überhaupt unter den vorwaltenden Bedingungen ausgebaut werden zu können. Unter den Schweifgiebeln des Mittelgeschosses schließlich saßen phantasievoll Boukranien, von denen welche ausgebaut worden, aber nicht mehr aufzufinden sind.

Diese Lücken können nur durch Ausgrabung der Schutthalden geschlossen werden. An der Stadtseite hat Böhme, der das Karree zu Ende gebaut

hat, 16 Achsen nach Schlüter ausgeführt, Schlüter selber bis zur Ecke an der Langen Brücke und um die Ecke herum ebenfalls 16 Achsen, macht insgesamt beinahe 50 Achsen. Es hat also rund 50 Adler, 100 Widder, 50 Wappen und 50 Boukranien gegeben. Wenn man archäologische Grabungen von Steinruinen mitgemacht hat, weiß man, dass bei solchen Stückzahlen sich ganz gewiss genug finden lässt, um die Formen mit Sicherheit so rekonstruieren zu können, dass man Abgüsse machen kann. Ich habe, als der Herr Naumann noch Kulturstaaatssekretär war, ihm geschrieben, er solle doch als Beschützer des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) dessen Präsidenten vorschlagen, dass das DAI den Schutt des Schlosses aufgräbt. Das DAI untersucht in aller Welt neben äußerst wichtigen auch weit weniger bedeutende Ruinen.

Die Schulter der Gartenfassade sollte einem hinter der Apotheke verborgenen Trakt entsprechen, die Apotheke sollte nach diesem Plan auf zwei Stock heruntergesetzt werden. Eosander ging hier zu einem eigenen Fassadensystem über, das übrigens in Preußen sehr Schule gemacht hat. Meines Wissens gibt es kein verlässliches Aufmaß davon, man würde fotogrammetrisch bemessen müssen. Die skulpturalen Füllungen unter den Fenstergiebeln beider Hauptgeschosse bestanden aus Armaturen, also Waffenarrangements, die als unbelebt nach Foto modelliert werden könnten. Die freiplastische Gruppe über der Anschlussstelle ist ganz verloren.

An der Freiheit wechselte Eosander abermals das Fassadensystem. Es ist seine beste Fassade, sie konnte sich unter denen des deutschen Barock durchaus sehen lassen. Es gab darin keinerlei problematische Plastik. Sein riesiger Triumphbogen (Portal III) trug allerdings reichlich originalen Schmuck (und noch mehr wilhelminischen). Es gibt Aufmaße. Von den großen Kapitellen sind Stücke erhalten. Von der originalen Plastik kenne ich nur den Bauch des Adlers, der den Schlussstein macht – übrigens eher eine Mastgans –, und ein Stück Flügel von einer der Famen, die das Schriftband halten. Die freiplastischen Gruppen in den Kehlen, mit denen das Portal seitlich an die Fassade anschließt, sind ganz verloren.

Rechts, südlich neben dem Portal hat Böhme Eosanders Fassadensystem weitergeführt. An der Ecke zum Schlossplatz ist er wie gesagt auf Schlüters Fassadensystem übergegangen. Auch sein Portal II ist nach dem Stadtportal Schlüters (I) kopiert. Schlüters Portal I enthielt vor der Brüstung des Hauptgeschosses ein Relief, das Böhme nicht hat kopieren lassen. Von diesem Relief hat jemand nach der Sprengung ein Stückchen auf-

gelesen und ins Museum gegeben. Es sind Stücke von Schlüters Komposit-Kapitellen erhalten und eine oder zwei von den großen Rosetten im Gebälk.

Was man auf den Fotos an Balustraden und Balustradenfiguren sieht, war im 19. Jahrhundert. Um 1818 herum schon sind die Balustraden völlig erneuert, die verwitterten Figuren abgenommen worden. Von diesen originalen Balustradenfiguren haben sich aber fünf Figuren und ein Armaturenaufbau als Torsen erhalten, herrliche Stücke darunter, drei meines Erachtens Schlüter, zwei Permoser.

Der Rundgang außen herum erreicht jetzt die Spreeseite. In dem von Schlüter verkleideten Teil steckte der Bau von 1450, alles Weitere waren Anbauten. Der Chorturm der Erasmus-Kapelle datierte in seinen Grundmauern noch aus dem 15. Jahrhundert. Im Winkel zwischen Chorturm und dem Miniatur-Palästchen der Herzogin Elisabeth Magdalena steckte, im Bild nicht sichtbar, der Grüne Hut, jener Turm der Stadtmauer, der 1442 f. in den Neubau des Schlosses einbezogen worden war. Das „Herzoginnen Haus“ zeigte keine alten Fenstergewände, aber noch die kompletten Ziergiebelchen von Lang- und Schmalseite. Ich glaube nicht, dass es ein niedlicheres Renaissance-Schlösschen in Deutschland gegeben hat. Schließlich die Galerie des Großen Kurfürsten von Johann Arnold Nering ist im Großen vermessen, im Detail trug sie gewissermaßen Normprofile der Barockzeit (und schon der italienischen Renaissance). Problematisch wären allein die Schlusssteine des oberen Bogengeschosses, die schlecht fotografiert sind – es handelte sich anscheinend um Phantasiehelme ähnlich wie am Zeughaus.

Nun der innere Schlosshof, der „Schlüterhof“, der bedeutendste Hof des Barock nördlich der Alpen. Die Fenstergewände usw. der Rücklagen waren wieder die Normprofile wie eben und sind niemals gemessen worden. Die Mezzaninfenster von Schlüter nach Tessin waren entsprechend schlicht, liegen noch im Bereich fotogrammetrischer Rekonstruktion. Von den Galerien existieren Aufmaße, weil sie zum Teil um 1875 verlängert worden sind. Die Kapitelle usw. waren verschiedene Normmuster. Das Gesims könnte leicht ausgegraben werden, denn es haben darin etwa 230 Konsolen gestanden. Und da Eosander den Flügel, der die Höfe trennte, auf einen oder zwei Stock heruntersetzen wollte, hat er das Gesims auch um den äußeren Schlosshof herumgeführt, wo abermals an die 190 Konsolen standen. Die Metopen zwischen den Konsolen trugen im inneren Hof zwei verschiedene Muster, nämlich

Kronen mit Lorbeer drumherum und Schwert und Zepter gekreuzt vor Palmbllättern, von jedem Muster gab es also über 100 Stücke. Die würde man also in einer Grabung mit Sicherheit finden. An großer Bauplastik ist aus diesem Hof viel ausgebaut worden. Vor Schlüters großem Treppenhaus standen auf den Säulen sechs, an den Flanken zwei weitere Figuren. Eine war schon im 19. Jahrhundert ausgetauscht worden. Eine hatte bei einem Bombenangriff oder Brand ihren Kopf eingebüßt. Die anderen sechs sind im Museum. Diese Figuren konnten im Winter nicht eingekastet werden wie Parkplastik, teils weil das Schloss gerade im Winter Residenz war, teils weil sie 15 m hoch standen. Sie sind deswegen mehrfach geflickt. Z. B. der Rüssel des Eberkopfes, den der Meleager hält, ist aus Zinkguss. Als die DDR das Deutsche Sportfest ausrichtete, stellte Richard Paulick Güsse dieser Figuren aus Kieselzement vor die Deutsche Sporthalle in der Stalinallee (die Halle ist schon zu DDR-Zeiten wieder abgerissen worden). Ulbricht soll sich beim Betreten der Halle amüsiert erkundigt haben, welche Sportart der junge Mann mit dem Schweinskopf treiben würde.

Von der Balkonplatte haben wir noch die mittlere Rosette. Über den seitlichen Bogenfenstern saßen breitere Konsolen in Gestalt von Wildemannsköpfen, von denen einer oder zwei ausgebaut worden und erhalten sind. Die Konsolen dienten Schlüter zu Rhythmus-Konsolen über den Pfeilern. Sie sind auf keinem Foto zu erkennen. Davon hat es 30 Stücke gegeben, man müsste sie in einer Grabung finden.

Vor beiden Treppenhäusern an den schmalen Hofseiten standen auf den Säulen allegorische Frauenfiguren, vor jedem vier. Davon sind zwei oder drei ausgebaut und im Museum bewahrt. Zwischen Hauptgeschoss und Mezzanin saßen sozusagen große Münzporträts römischer Könige; zwei davon sind ausgebaut. An dem Treppenhaus am Lustgartenflügel, wo der König wohnte, waren auch an den Flanken Reliefs angebracht. Die sind beim Absturz der brennenden Dachbalken zersprungen und heruntergefallen. Von dem einen gibt es wenigstens ein gutes Foto. Gerade von diesen beiden verlorenen Stücken hat das Museum Gipse in originaler Größe. Das sind aber nicht etwa Abgüsse, sondern die Modelle, die „Bozzetti“, nach denen der Steinmetz von 1708 oder so die Reliefs geschlagen hat. Diese Bozzetti sind gegen 1845 in einem Verschluss unter dem Eosanderportal (III) gefunden worden. Man räumte damals dort frei, um die Fundamente zu untersuchen. Denn König Friedrich Wilhelm IV. wollte auf das Portal eine neue große Schlosskapelle setzen, mit der von außen unübersehbaren Kuppel, um

sein wackelndes Gottesgnadentum zu stützen. Von dem Fund muss ein Bericht in der Presse erschienen sein. Denn das böseste Gedicht Heinrich Heines gegen Friedrich Wilhelm IV. fängt mit der Strophe an:

„In Berlin im alten Schlosse
steht ein Bild aus Stein gemetzt
wie ein Weib mit einem Rosse
sodomitisch sich ergötzt.“

Im äußeren Schlosshof hatte Eosander wie gesagt Gesims und Mezzaninfenster des inneren weitergeführt. Die Metopen allerdings hat er neu entworfen, in fünf verschiedenen Mustern, so dass von jedem an 40 Stücke vorhanden gewesen sind. Von einer oder zwei Portalkrönungen sind Fragmente der Giebel und der Famen abgenommen worden und erhalten.

Das wäre ein Überblick über die Rekonstruierbarkeit der Fassaden außen herum und in den beiden großen Höfen.

Was nun die Innenräume angeht, so gibt es da nichts mehr zu ergraben, abgesehen von den steinernen Gewölben der Erasmus-Kapelle allenfalls. Von einigen Stücken Schlüters hat man Abgüsse genommen. Man könnte von seinem großen Treppenhaus die drei Vorräume wiederherstellen; davon sind auch zwei Plafonds abgossen. Aber die Ausstattung des Hauptraumes ist verloren. Die beiden seitlichen Treppenhäuser im Inneren Hof sind soweit aus Architekturformen komponiert gewesen, dass man sie wieder bauen könnte. Von den Sälen könnte man den schon ehemals fragmentarischen Elisabethsaal noch etwas fragmentarischer herstellen; Schlüters beschädigt abgegossene Atlanten würden es lohnen. Vorausgesetzt der Bau bliebe öffentlich wäre es doch besser, die Atlanten am Ort als in einem entsprechenden Saal im Museum zu zeigen. Von den berühmten großen Suiten des Barock ist also so gut wie nichts wiederherstellbar: ein Saal, zwei Treppenhäuser und drei Vorräume, die nicht einmal aneinander hängen.

Indessen war das Schloss drei Generationen später, um 1790, noch einmal Mittelpunkt der deutschen Innenarchitektur. Unter drei großen neuen Suiten Friedrich Wilhelms II. war diejenige, die der alte Erdmannsdorff eingerichtet hat, die schönste des deutschen Klassizismus. Darin hat der junge Gottfried Schadow stuckiert, seinerseits damals der führende Bildhauer in Deutschland. Von den „Königskammern“ Erdmannsdorffs könnte man Vorsaal, Saal und einen anschließenden Salon einigermaßen rekonstruieren. Von einem der zugehörigen Kabinette, seit Wilhelm II. durch Um-

bau zerstört, hat sich die Täfelung erhalten. Als Beispiel soll der Vorsaal dienen, der „Parolesaal“. Ein Kastenraum bietet der Rekonstruktion der Architektur beste Gelegenheit. Im Foto sieht man z. B. die Gesimskonsolen von vorn und von der Seite, da braucht man nicht mal komplizierte fotogrammetrische Formeln. Die Stücke Schadows sind in alten Güssen vorhanden, wenn nicht alle, so doch eine ganze Reihe. Ich habe vor einiger Zeit versucht herauszufinden, wie viele verschiedene römisch-antike Fahnenräger er für den Vorsaal modelliert hat; es gab 16 Plätze, ich habe vergessen, ob die Figuren sich wiederholten; die vorhandenen alten Abgüsse reichen jedenfalls nicht, aber wenn es auch nur vier sind, bekäme man doch einen Eindruck, wenn sie in der richtigen Raumgröße zu sehen wären.

Ich fasse zusammen. Wenn man Mühe und Kosten einer Ausgrabung nicht scheut, sind die Fassaden rekonstruierbar, sowohl außen wie diejenigen der Höfe. Man sollte dabei nicht vergessen, dass Schlüters Fassaden, Portale und sein Hof europäische Spitzenwerke waren, was zu entsprechender Sorgfalt verpflichtet, aber eben auch lohnt. Eosanders Außenfassaden gehörten immer noch zu den besten in Deutschland. Sein Hof allerdings war schwächer. An Innenräumen können nur unzusammenhängende Fetzen der berühmten barocken Raumfolgen rekonstruiert werden, was immer noch lohnen würde. Von den Königskammern Erdmannsdorffs aber könnte man eine Folge von dreien – es waren fünf – wenigstens in ihrer Atmosphäre wiedergewinnen.

Zum Schluss wiederhole ich, dass dies nur ein Überblick sein konnte und sollte; man könnte sehr viel genauer und ausführlicher sein.

Gegenbilder

22. Juni 2001

1



2



1 Historisches Schloss

Ich beginne mit einer Berliner Geschichte, die auf den ersten Blick nichts mit unserem Thema zu tun hat, auf den zweiten aber umso mehr. Botho Strauß hat in seinem Buch „Die Widmung“ davon erzählt.

Herr Schroubek, der Held der Erzählung, steckt in einer tiefen Krise. Seine Freundin hat ihn verlassen, er wird von nostalgischen Gefühlen überschwemmt. Da kommt im Fernsehen ein Wunschkonzert. Ein Greis tritt auf, der „schon in Schroubeks Jugend zu den bekannten Stars von gestern gehörte“, und singt von Playback unterstützt einen alten Schlager. Dann nimmt das Unheil seinen Lauf – ich zitiere:

„Der aus der Vergessenheit herbeigezerrte Künstler besaß weder die Übung noch das Gedächtnis, sein Lied einwandfrei lippensynchron vorzutäuschen. Einmal wagte die Kamera eine Großaufnahme, sprang aber sofort erschrocken zurück. Denn während die Erinnerung noch in großen Tönen sang, war der Mund des alten Mannes plötzlich zugefallen und zuckte textvergessen und murmelte Flüche.“

2 Schlossattrappe

So endet diese Berliner Geschichte. So enden fast alle Geschichten, die auf die Vorspiegelung falscher Tatsachen bauen und einer näheren Betrachtung nicht standhalten. Wie unsere Geschichte ausgeht, die hier und heute ein weiteres Mal verhandelt wird, welche Tatsachen durch Rede und Gegenrede geschaffen werden, ist noch nicht entschieden. So viele Stimmen und Namen haben sich ins Für und Wider der Argumente eingeschaltet und zunehmend den Eindruck erweckt, es rüsteten zwei hermetische Lager gegeneinander auf – West gegen Ost, Bewahrer gegen Zerstörer, Experten gegen Ahnungslose.



3



4

3 Blick über den Lustgarten

Wäre es angesichts dieser Zuspitzung und der Wiederkehr der ewig gleichen Argumente nicht klug und konstruktiv, sich einmal zwischen die Linien zu begeben, zwischen die lähmende Alternative, die alten Platten stets von neuem auflegen oder endgültig einstampfen zu müssen? Wäre es zuviel verlangt, ohne Zorn und Eifer einen Stadtraum sich zu denken, den es so noch nicht gegeben hat, der nicht nach historischem Korsett oder modernistischem Kalkül zurechtgezimmert würde, sondern zum ersten Mal zu sich selbst fände? Aber wie geht das, das Finden zu sich selbst?

4 Schlüter Hof

Wenn eine Stadt eine Seele hätte, ein Herz, dann müsste es ja wohl in solcher Mitte schlagen. Und verständen sich Architekten nicht als Herzschrittmacher und schnelle Eingreiftruppe, wären sie weniger auf übereilte Operationen bedacht, sondern auf die behutsamen Mittel der Auskultation und Perkussion, auf das genaue Hinhören und Abklopfen, auf das feinfühliges Abtasten des Pulses dieser Stadt – wer weiß, welche heilsamen Folgen eine solch wache, geduldige Diagnose hätte.

Sollte das Berliner Schloss deshalb seine Fürsprecher finden, weil es für eine Alternative an Mut fehlt, an Kraft, Gespür und Kompetenz; sollte es wiedererstehen, weil Entscheidung und Verantwortung so am leichtesten zu tragen wären, dann käme man dem nur noch mit Karl Valentin bei: Mögen täten wir schon wollen, nur dürfen haben wir uns nicht getraut.

Wenn die meisten Alternativentwürfe und -empfehlungen bisher kaum überzeugen, so folgt daraus nicht, dass es nicht geht, sondern dass es anders gehen muss.



5



6



5 Gerkan Marg und Partner

Einen Kubus in Schlossgröße zum Beispiel in ein Glashaus zu packen, die alte Fassade durch aufgerasterte Bildpixel darauf zu projizieren, um Kontext und Konflikt zu ironisieren und durch Schein und Sinnestäuschung zu einem architektonischen und touristischen Schnäppchen hoch zu stilisieren, das kann nur provozieren, polarisieren und selbst wohlwollende Zeitgenossen in die Panik treiben: Alles, bloß das nicht. Ob man uns Architekten denn zutrauen könne, fragt Wolf Jobst Siedler, „in einem so sensiblen Zusammenhang wie es die Mitte des klassischen Berlins ist, mit zeitgenössischen Mitteln die kahlen Flächen zu füllen, die der Abriss der historischen Bauten hinterlassen hat“. Ist die Frage berechtigt, wäre dies das ultimative Armutszeugnis der Zunft.

Muss sich jeder Treppenwitz der Geschichte wiederholen? Fragt vor hundert Jahren ein Berliner Polier den Meister: „Der Rohbau ist fertig, wat soll nu für'n Stil ran?“

6 Kirmes

Und wiederum vor hundert Jahren, als Karl Kraus im Wien der Kaiserzeit gegen jenes Goldene Kalb tobte, das da hieß „Hebung des Fremdenverkehrs“: kann eine Stadt zur planmäßig vermarkteten, verniedlichten Sehenswürdigkeit verkommen? Will sie sich lauter Veduten, Panoramen und Kulissen leisten, nur damit die Fotosafaris bei ihrer Tour durch das attraktive Freigehege auf ihre Kosten kommen?

Phillip Oswald schreibt über den Pariser Platz: „Der vermeintlich rekonstruierte Stadtplatz ist zum Hauptstadtstudio der Fernsehanstalten und Werbeagenturen geworden. Fast täglich finden hier Fernseh- und Filmaufnahmen statt, um vor der historischen Kulisse Produkte, Dienstleistungen, Politiker und Kulturevents zu vermarkten. . . . Das einst Komplizierte, Widersprüchliche und Anstößige kann in das Eingängige und leicht konsumierbare überführt werden“.



7



8

7 „Central Park“

Das ist Design, Outfit und Fassade, das ist das kreative Directing einer Metropole, die sich dafür dann Komplimente einhandelt derart, dass in ihr der Bär brummt. Das ist keine städtische Perspektive, sondern ihr Ausverkauf.

Dieser verschleierte, desorientierte Blick, diese aus allen Rudern gelaufene Urteilskraft belastet die Antwort auf die Frage nach der Mitte dieser Stadt. Wenn du malst, achte nicht auf den Pinsel, sondern auf deine Mitte, sagen die Zen-Maler. Darum noch einmal die Frage, wie das geht, die Selbstachtung und das Finden zur Mitte der Architektur, zur Mitte dieser Stadt?

8 Lageplan Schloss / Schlüterhof

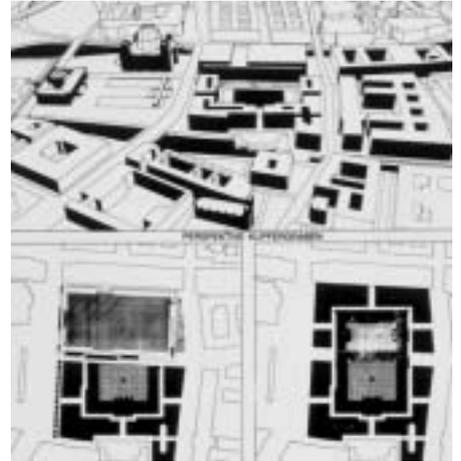
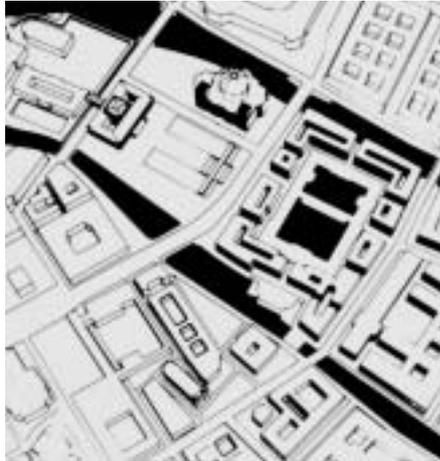
Als Peter Sloterdijk durch Amerika fuhr, machte er eine Erfahrung, über die er vor Jahren im Berliner Stadtforum berichtet hat: „Es gibt Gebäude, in denen der Geist der amerikanischen Demokratie mit einer euphorisierenden Energie sich selbst dargestellt hat. Man ist gewonnen für sein ganzes Leben, für die Staatsform, für die Weltform, für die Lebensform, die es vermocht hat, so ein Gebäude aufzustellen. Wer einmal den Neubaufügel des Nationalmuseums von

Washington durchquert hat, der erlebt in einem solchen Haus, sollte er Antidemokrat gewesen sein, ein politisches, unästhetisches Damaskus.“

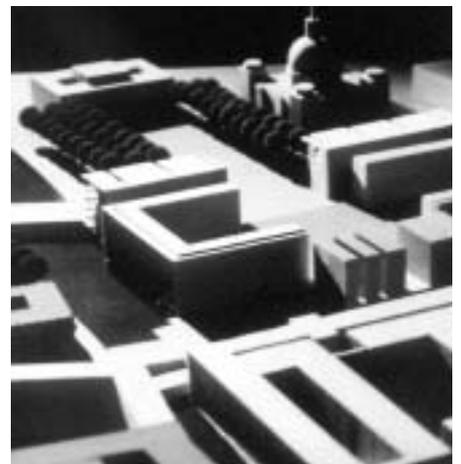
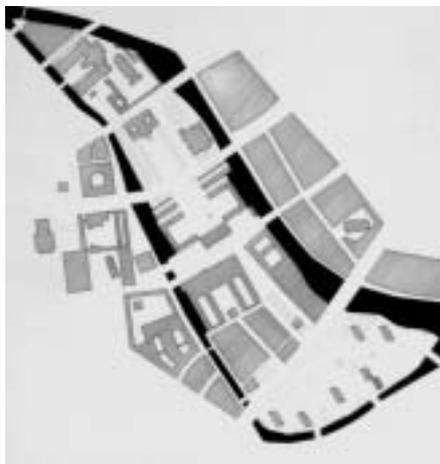
Man traut seinen Ohren kaum. Wenn das soeben Gehörte auch nur im mindestens wahr wäre – gäbe es einen besseren Ort für die Probe auf das Exempel als diesen in der Mitte der Mitte des Landes? Gäbe es eine bessere Chance, dem ausichtslosen Unterfangen, immer wieder eine neue Geschichte zu kreieren, ein Ende zu bereiten, wie Phillip Oswald schreibt, „denn die Deutschen träumen nicht von einer anderen Zukunft, sondern von einer anderen Vergangenheit“? Nein, keine neue Geschichte darf sich erfinden, sondern den ersten kleinen Schritt tun, mit dem jede neue Reise beginnt, jede Entdeckung, jede Erkundung ins Unbekannte. Bezogen auf unser Thema ließe sich dieses Ziel so formulieren, wie es 1993 der ehemalige Senatsbaudirektor Wuthe getan hat: „Was können wir tun, woran uns das Schloss 450 Jahre lang gehindert hat?“

Ich möchte Ihnen einige Beispiele zeigen.

9



10



9 Ungers

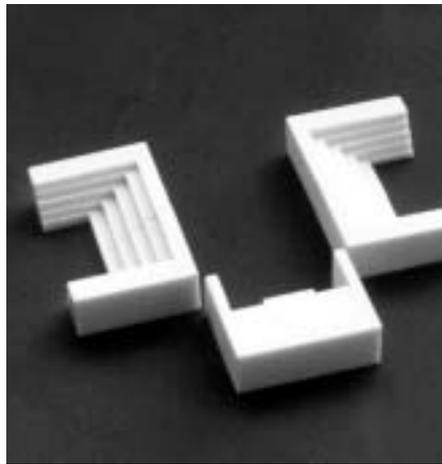
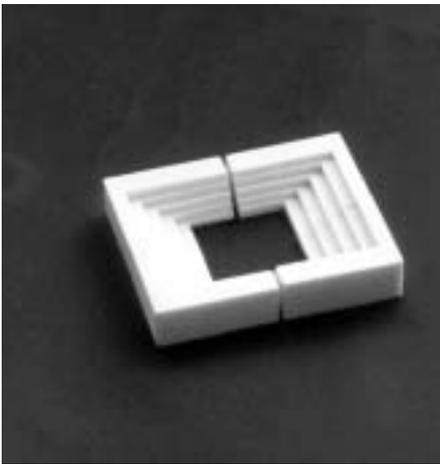
Das erste Beispiel folgt einer schlichten Strategie: den Ort in den Raum hinein zu denken, Raum dort zu schaffen, wo zuvor kompakte Masse war. Öffentlicher Raum an diesem Ort hat sogleich mehrere Auswirkungen: die Straße Unter den Linden findet hier ihren Abschluss, ein Zentrum wird aufgespannt und gesichert, und eine mögliche Reihung und Abfolge öffentlicher Räume auf der Insel deutet sich an.

10 Deubzer/König

Öffentliche Räume, Stadträume – um den Begriff einzuführen, den Berlin so sorglos immer wieder verspielt – richten sich nicht von selbst ein, platzieren sich nicht automatisch da, wo nichts im Weg steht, sondern müssen bewusst und präzise in Beziehung gesetzt werden zu den dominanten Objekten, die ihrerseits das Bild des Urbanen liefern. Der Nachteil, die Schwäche dieses Entwurfs mag in der vordergründigen Strategie liegen, Objekt und Raum einfach zu tauschen.



11



12

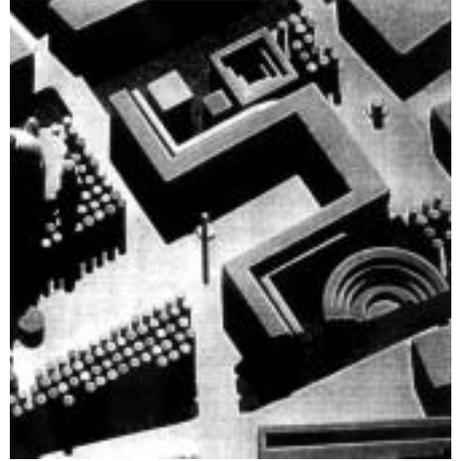
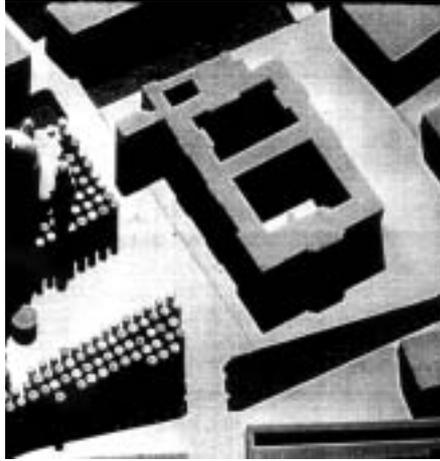
11 Braunfels

Ein zweites Beispiel, das ebenfalls auf den optischen Effekt baut, durch die Anbindung des Schlosses an den Alexanderplatz über ein lang gestrecktes Lindenforum. Die ungeminderte Wucht der Schlossmassen und Schlossfassaden riegelt den Bau hermetisch ab, zentriert einen erratischen Block, abweisend, burg- und bunkerhaft, isoliert und ohne Bezug zur Nachbarschaft, zum Kanal, zur Achse „Unter den Linden“ .

12 Axel Schultes Architekten

Sehr viel eindrucksvoller, weil Objekt, Raum und Umfeld eine funktionell wie ästhetisch überzeugende Balance eingegangen sind, ist dieses Konzept: der Raum wird horizontal entzerrt und aufgespannt, was sofort den geltungssüchtigen Gestus des Schlosses sprengt. Die Höfe öffnen sich, es entsteht ein raffiniert gesponnenes Netz von Beziehungen zu den umliegenden Bauten.

13



14



13 Axel Schultes Architekten

Der unbestreitbare Vorzug dieses Entwurfs: dass neuer öffentlicher Raum entsteht durch neue Relationen zum Alten Museum und Lustgarten. Dem Ort wird weder historisch gehuldigt noch futuristisch Gewalt angetan, seine Geschichte wird vielmehr weitergeschrieben – denkend und fühlend, reflexiv und emphatisch zugleich. Hier werden die Wurzeln und Möglichkeiten des Ortes sondiert und erzählend zum Ausdruck gebracht. Die Behutsamkeit der Maieutik, der sokratischen Hebammenkunst, das Gegenteil zum kurzen Prozess jener architektonischen Task Force.

Ein erstaunlicher Effekt dieses Entwurfs ist, dass die Statik der Schinkelschen Prospektansichten, die die Isolation der prominenten Gebäude suchte, dass diese Statik in Bewegung kommt, sich selbst dynamisiert, sich offen und ohne Berührungangst den neuen Relationen aussetzt. Das hat einen zweiten Effekt: eine eigentümliche Stabilisierung und Beruhigung, die Präsentation eines ausgewogenen, eleganten Ensembles, das sich ausnimmt, als habe es nun seine angestammte Position erreicht, als sei es endlich angekommen.

14 Axel Schultes Architekten – Gesamtmodell/historische Fassade

Gerwin Zohlen hat über diesen Entwurf geschrieben: „Gewiss ist er einer unter mehreren möglichen. Doch er hat Vorzüge, die schwer ins Gewicht fallen und nicht leicht zu überbieten sind. Er hat zudem eine – man muss das langsam verdämmende Wort noch einmal benutzen – geschichtsphilosophische Legitimation, die für die Zukunft des Gemeinwesens Bundesrepublik Hoffnung machen könnte. Feudalismus und Monarchie schufen in einem vierhundertjährigen Prozess ein Stadtensemble von unzweifelhafter Schönheit, dessen Gebäudeplaneten um das Schloss kreisten. Die Diktatur setzte dagegen eine geplante Weite und Leere, die vom Palast der Republik weder gebündelt noch gefüllt werden konnte, fahler Abglanz und Widerschein der vergangenen Schönheit. Nur die Demokratie hatte noch keine Chance, sich hier zu manifestieren. Warum soll sie es nicht in aller Schönheit, zu der sie noch fähig ist, versuchen – nicht in einem großen Palast, keinem Schloss, keiner großen Halle, sondern in einem porösen Gefüge, einer Föderation großer Architekturen?“



15

Die Debatte um den Wiederaufbau des Schlosses lässt sich nur anhand konkreter Alternativen führen. Werden die Vorschläge mit entsprechender Bild- und Imaginationskraft vorgetragen, werden sie vorurteilsfrei geprüft, wäre das eine Chance, die Diskussion auf ein angemessenes Niveau zu heben. Dies könnte uns bewahren vor dem größten anzunehmenden Unheil, der größten Erschütterung, die unserer Zunft vom anschwellenden Chorgesang der Schlossbefürworter zugefügt werden könnte. Die Dinge müssen sich ändern, um dieselben zu bleiben, heißt es, zumal dann, wenn sie schon einmal anders geplant waren.

15 Idealansicht des Schlossplatzes mit Schloss, Dom und Marstall, Zeichnung und Stich von Jean Baptiste Broebes um 1702

Ich spreche von jenem Alternativentwurf, den Hegemann 1930 in seiner Geschichte der Berliner Bauten analysiert hat, ein Entwurf, den er Schlüter, dem Baumeister des Schlosses zuschreibt, ein Entwurf, der nicht kam und nun – anders in der Form, ähnlich in der Funktion – doch noch kommen könnte. Hegemann schreibt:

„Dass dieser großartige Platzentwurf unausgeführt geblieben ist, gilt künstlerisch empfindenden Berlinern als die Tragödie der Berliner Stadtbaukunst. Wenn dieser herrliche Platz gebaut worden wäre, hätte Berlin den großen künstlerischen Maßstab besessen, der die weitere Entwicklung beherrscht und gesteigert haben müsste. Mit diesem Platz vor Augen hätten die Berliner sich nicht in dem unarchitektonischen Durcheinander verlieren können, das später über ihre Stadt hereingebrochen ist“.

Könnte der Verlust des Berliner Schlosses, könnte ein solcher Verlust einmal auch zum Besseren, zum Guten gewendet werden?

Dr. Volker Hassemer
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Partner für Berlin – Gesellschaft für Hauptstadt-
Marketing mbH

Entwicklungschancen des Schlossplatzareals

22. Juni 2001

1. Dies ist der Ort grundsätzlich für die höchsten Ansprüche. Es darf dort nichts Beliebiges sein. Denn auch dieser Platz ist nicht beliebig. Er ist, das Wort ist hier nicht übertrieben, einmalig in Deutschland.

Wobei natürlich „höchste Ansprüche“ nicht gleichzusetzen ist mit „das einzig Mögliche“. Es ist nicht die Suche nach dem Stein der Weisen, dem letztlich Unerreichbaren. Es ist auch nicht die Überheblichkeit, der Nabel der Welt sein zu wollen. Es ist eher die Herausforderung, die Selbstverpflichtung, die höchstmögliche Leistung, das bestmögliche Ergebnis zu erbringen – im Respekt vor anderen Weltorten. Im Respekt auch vor anderen bedeutsamen und charakteristischen Orten, über die Berlin verfügt. Im Bewusstsein allerdings auch, dass wir jetzt in der ungewöhnlichen Lage sind, einen solchen Weltort zu leisten; leisten zu dürfen, leisten zu müssen.

Und wieder: „Weltort“ nicht als Zeichen größter Überheblichkeit, hierarchischer Ansprüche Berlins, sondern als Zeichen höchster Selbstverpflichtung, höchster Leistungsbereitschaft. Es ist schon Selbstbewusstsein, Selbsteinschätzung genug, dass wir solche Ansprüche an uns selbst stellen. Wir wollen hier nicht groß sein, wir wollen uns dazu zwingen, Großes zu leisten. Dabei offen sein für jeden Partner, der mit uns das zu Wege bringen kann. Ohne den wir es auch nicht schaffen werden. Im Herzen Berlins, aber nicht für Berlin allein. Die Chance des Ortes ist zu groß, als das wir sie alleine nutzen können.

2. Dieser hohe Anspruch ist uns hier erlaubt, besser: wir sind zu ihm verpflichtet. Dazu ermutigt, verpflichtet uns, ich kann es nur immer wieder sagen, zu allererst ein solcher Platz. Aber auch ermutigen uns die Ansatzpunkte, die Berlin im Übrigen beisteuern kann. Das sind beispielsweise die Museen der Weltkultur und das ist die Nachbarschaft zu den deutschen Entscheidungszentren von Politik und Wirtschaft, das sind Einrichtungen wie das Wissenschaftskolleg, die Universitäten, die Akademien, das ist die kulturelle Lebendigkeit an vielen Orten der Stadtlandschaft Berlins. Das ist auch unsere Geschichte und die in ihr eingeschweißten historischen Erfahrungen. Unsere europäische Rand- und Schnittlage von Ost wie von West her.

3. Es ist eher ein deutscher Ort als ein Berliner, ein europäischer eher als ein deutscher, ein Weltort eher als ein europäischer. Berlin gehört nicht nur den Berlinern und dieser Ort schon gar nicht. Das ist kein Ausdruck der Entreichung, sondern der Bereicherung dieser Stadt. Sie kann sich verlassen und muss sich verlassen können auf das Engagement nicht nur der Berliner, sondern auch solcher, die hier nicht leben, an dem Leben hier aber Interesse haben.

Es müssen hier Dinge geschehen, die im Ergebnis eng nicht nur uns, sondern eher der Welt gehören. Unabhängig übrigens davon, wer sie verantwortet, wer sie auf die Beine stellt. Wir kennen das doch. Wir haben Gott sei Dank hier Situationen (denken Sie nur einmal an die Philharmoniker), die von der Stadt verantwortet werden, jedoch keineswegs allein der Stadt gehören. Auch eine Einrichtung wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat das Zeug dazu. So etwas wird nicht als Geburtsrecht verliehen. So etwas erweist sich durch seine anhaltende Bedeutung und Qualität und Ausstrahlung.

4. Es sollte ein Ort der Zukunft sein, nicht ein musealer Ort. Man muss sich also bei der Nutzung von dem leiten lassen, was die Zukunft ausmacht: internationale, weltumspannende Zusammenarbeit; weltweite Verfügbarkeit der besten Ideen, also auch weltweiter Wettbewerb um die besten Ideen (Zukunftslösungen). Man muss die Geduld und die Kraft haben, diese hohen Ansprüche durchzusetzen. Unter ihnen sollte man es nicht machen.

Es sollte also ein Haus werden der Öffentlichkeit, nicht der Geschlossenheit; ein Haus großer Persönlichkeiten, nicht von deren Schreibtischen; ein Haus der Präsentationen, nicht der Depots; besser noch ein Haus eines besonderen Geistes, nicht von Exponaten; ein Haus in aller Öffentlichkeit, nicht hinter geschlossenen Türen.

5. Es sollte, könnte das Haus der Weltkulturen werden. Hierhin führt der Vorschlag der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Der Umzug der Museen allerdings leistet dies alleine noch nicht. Gleichwohl ist es ein wunderbarer Grundstock. Um es übertrieben zu sagen: die authentischen Kulissen der in diesem Gebäude zu beheimatenden Weltkulturen kann Berlin bereits anbieten.

Der Auftrag des Hauses geht aber darüber hinaus: den großen Kulturen der Welt das Herz der Stadt, die Mitte Berlins anzubieten, um sich in einer zu klärenden Weise – mit den Repräsentanten dieser Kulturen gemeinsam zu klärenden Weise – dort zu zeigen, von dort aus zu kommunizieren, sich dort zu Hause zu sehen.

Das ergibt übrigens auch einen Anspruch an die Museen. Wenn die Museen aus Dahlem hierher kommen, dürfen sie nicht so ankommen, wie sie in Dahlem abreisen. Mit anderen Worten: nicht jeder Bereich jedes Museums dort hat die Weltbedeutung – die meisten allerdings schon – von der ich gerade gesprochen habe. Und mir liegt daran zu verdeutlichen: jeder, der sie in die Mitte schickt, muss wissen, dass er damit die Museen rundum in einen neuen Ligaanspruch transferiert.

Auf die Stiftung kommen also nicht nur als Aufwand die Umzugskosten zu. Und auch das muss man gleich dazusagen: die damit angesprochenen Aufwendungen, das ist der große Trost, werden geringer sein als der mit solchen Einrichtungen an einem solchen Ort erreichbare Erfolg. Und: man wird sich der Unterstützung der Repräsentanten dieser Kulturen gewiss sein können.

6. Auch wenn diesem inhaltlichen Vorschlag nicht gefolgt wird: das Haus muss einen bestimmenden Charakter, eine eindeutige Identität, einen klaren Auftrag haben. Ein Auftrag, dessen Bedeutung dem gerade Geschilderten entspricht. Alles andere ist dem unterzuordnen, wird auch dem unterzuordnen sein.

Weitere Funktionen wie Versammlungs- und Banketträume, Restauration, unter Umständen auch Übernachtungsmöglichkeiten: sie alle haben diesem Hauptzweck zugeordnete Dienstleistungen zu sein. Sie sind dann im Einzelfall auch für andere Zwecke verwendbar (auch in den Räumen des Deutschen Bundestages tagen nicht nur Parlamentsgremien).

Gerade dieses Haus darf aber eben nicht ein Platz gemischter Angebote werden. Auch andere, zur Zeit raumbedürftige Einrichtungen, dürfen nicht dort untergebracht werden. Das ist kein Platz zur „Unterbringung“ von Institutionen, auch wenn sie noch so bedeutsam sind.

Die Idee muss das Haus und den Platz gestalten. Sie muss bedeutend genug sein. Sie wird dann auch die ihr angemessene Unterstützung bekommen.

7. Wer – und das scheint mir an diesem Platz unausweichlich – Großes erreichen will, muss entsprechend vorgehen. Dies ist bisher nicht erreicht.

Ich beklage, dass offenbar bis zum heutigen Tage der Bauminister – bei allem Respekt vor seiner Person und seinem Amt – federführend für die Bundesregierung für die Spreeinsel ist. Das mag historisch begründet gewesen sein durch die Identität des Bauministers mit dem Umzugsbeauftragten. Das kann heute nicht mehr den Ausschlag geben.

Um dies zu erläutern, will ich noch einmal an den Umzug anknüpfen: natürlich war die zur Sache arbeitende Konzeptkommission des Deutschen Bundestags wichtiger als die baulich umsetzende Baukommission. Damit will ich sagen: der Bund hat am Schlossplatz primär eine Konzept-, eine Initiativ-, und erst sekundär eine Bauaufgabe – wie Berlin.

Der Bund soll hier nicht bauen, sondern gründen – mit Berlin. Er ist nicht Architekt oder Developer, sondern Bauherr – mit Berlin. Er hat inhaltlich Aufgabe und Idee eines Gebäudes zu entwickeln – mit Berlin. Mehr als nur eine von anderen (von wem?) entwickelte Idee zu bauen.

Der Zuschnitt dieser Aufgabe geht über den Ressortbereich des Bauministers ebenso hinaus wie über den des Kulturstatsministers, auch über den des Kultursenators oder des Stadtentwicklungssenators, wie sie über den der Wissenschaftsministerin oder des Wirtschaftssenators hinausgehen würde. Sie alle muss das Thema interessieren; es überfordert jeden einzelnen, es für alle zu tun. Es kann nichts anderes als eine Aufgabe der Regierungschefs sein – im Bund wie in Berlin.

Und überhaupt: welcher andere Regierungschef in welchem Land der Erde hat heute in seinem Staate die Option auf einen solchen Platz? Es ist so: Deutschland ist mit diesem Platz ein Rohdiamant geschenkt. Darüber sollte sich doch das Land freuen und nicht als erstes Bedenken bekommen, wie teuer der Schliff des Diamanten werden könnte. Eines darf auf gar keinen Fall passieren: dass der Edelstein nicht seinem Wert entsprechend geschliffen, bearbeitet wird. Noch einmal: wir haben am Schlossplatz ganz und gar nicht ein ungewöhnlich großes Problem. Wir haben dort eine ungewöhnlich große Chance, allerdings auch eine ungewöhnlich große Herausforderung. Wir sind in ungewöhnlicher Weise gefordert.

Beschreibung und Geschichte des Palastes der Republik und Entwicklungspotenzial des asbestsanierten Gebäudes

22. Juni 2001

Während viele vom Schloss träumen, wird vergessen, dass der Ort gegenwärtig noch von einem Gebäude besetzt ist, dem Palast der Republik, einem Gebäude, das die wesentlichen Elemente des gesuchten Nutzungsprogramms für den Ort schon in sich vergegenständlicht hat.

Die Geschichte des Palastes beginnt nicht mit dem Abriss des kriegszerstörten Schlosses. Zunächst verfolgte man unterschiedliche Konzepte staatlicher Repräsentationsbauten. Ein zentrales Regierungsgebäude in pseudoklassizistischem Stil wurde aber, wohl aus Geldmangel, nicht verwirklicht. Stattdessen war der Ort über Jahrzehnte Aufmarsch- und Demonstrationsplatz, mitunter auch Weihnachtsmarkt. Ansonsten zeichnete er sich aber durch grauenerregende Leere aus. So war es dann ein entscheidender stadträumlicher und kultureller Fortschritt, als von 1973 bis 1976 anstelle der Demonstrationstribüne ein Gebäude errichtet wurde, das die Stadtbrache besetzte und öffentliche kulturelle Nutzungsmöglichkeiten bot, dem Standort im Zentrum der damals halben Stadt angemessen und dieser eine Mitte gebend.

Vor dem Hintergrund des personellen Machtwechsels 1971 in der DDR, vor allem aber der damals stattfindenden außenpolitischen Aufwertung und innerpolitischen Orientierung auf die sozialpolitischen Maßnahmen, erhielt der Architekt Graffunder, ausgewiesen als erfolgreich und moderner Architekturauffassung verpflichtet, 1972 den Auftrag zum Entwurf eines Gebäudes, in welchem ein Saal für die Volkskammer und Kongresse und ein Saal für große Kultur- und Sportveranstaltungen sowie Parteitage Platz finden. Mehr war als Programm nicht vorgegeben, und dass daraus schließlich ein Gebäude aktiver kultureller Nutzung durch die Bevölkerung wurde, ein Volkshaus gleichsam, dokumentiert die geistige Leistung und die Ausschöpfung jedes möglichen Handlungsspielraumes durch die Planer des dafür gebildeten Kollektivs. So ist ein Aspekt geschichtlicher Bedeutung hervorzuheben: Anstelle eines abgeschlossenen Regierungsgebäudes entstand ein öffentliches Haus für Kultur und Kongresse, anstelle poststalinistischer Architektur entstand ein Werk der Moderne. Und ein wesentlicher Aspekt zur Entwicklung der Bautypologien der Neuzeit ist die bisher immer noch einmalige Kombination von Parlamentsbetrieb und gleichzeitiger öffentlich-kultureller Funktion, wie man das dortige Parlament auch bewerten mag.

Im Gebäudeentwurf stellen sich so die beiden Säle als bestimmende Raumelemente dar, die besondere Qualität wird aber durch die verbindenden Elemente ausgemacht. Eingangshalle und Foyer dienen nicht nur zur Erschließung derselben, sondern sind als eigenständiges Raumensemble ausgebildet. Die Foyerhalle gleichsam als überdeckter öffentlicher Stadtraum, offen zum Verweilen und für Begegnungen, anregend für vielerlei kommunikative Erlebnisse, nutzbar ebenso als Veranstaltungshalle, ist nicht nur Mittelpunkt des Gebäudes, sondern auch Schnittpunkt der wichtigen stadträumlichen Achsen Unter den Linden und Rathaus-/Liebknechtstraße/Alex. So ist auch die architektonische Erscheinung charakterisiert von der kontrastierenden Raumgliederung der Abgeschlossenheit der Säle und der Öffnung der Foyers in die Umgebung des Stadtraumes, welcher gleichsam in die Komposition des Gebäudes einbezogen ist. Solches spiegelt sich auch in der architektonischen Form in spannungsvollem Spiel zwischen geschlossenen Kuben und offenen Foyers wieder, alles in sachlicher Form, die die Nachbarschaft zum Dom und Alten Museum respektvoll anerkennt. Die Foyerhalle wird begleitet von einer Vielzahl unterschiedlicher Einrichtungen, neben den beiden Sälen gibt es Theater, Konferenzräume, Bars, Gaststätten, Jugendtreffs, Galerien, Ausstellungsräume, Studios und noch mehr, alles in polyvalenter Weise sich gegenseitig steigernd und die vielfältige Benutzung anregend. Diesem Gedanken entspricht auch die umfassende Verwandbarkeit des Gebäudeinnern, von der einfachen Trennungs- und Öffnungsmöglichkeit der Konferenz- und Clubräume durch Schiebewände über die raum- und richtungsneutrale Anordnung des Theaters zu multifunktionaler Nutzung bis hin zur einmaligen Veränderungsmechanik des Großen Saales, die nicht nur die Verwandlung vom geneigten Saalreihenparkett in einem ebenen Bankettsaal per Knopfdruck ermöglicht, sondern auch die perfekte Unterteilbarkeit in unterschiedliche Nutzungsgrößen von 5.000 über 3.500, 2.000, 1.500 bis zu 800 Sitzplätzen gewährleistet. Welch Unterschied zu herkömmlichen Kulturhäusern, Stadthallen oder Kongresszentren! Welch Leben auf dem Platz nach Aneignung des Hauses durch die Bevölkerung, letzteres auch in historischer Bedeutung: Erstmals war der Platz durch die Bevölkerung mit kultureller Nutzung besetzt worden!

Heute ist das Gebäude in nahezu asbestbefreitem Zustand, es ist also wieder für eine öffentliche Nutzung verfügbar. Vorhanden ist ein werthaltiger Rohbau auf aufwendiger Gründung, die ungefähr 50 Prozent der Gesamtinvestitionen für ein solches Gebäude verkörpert. Wer will da leichtfertig von Abriss sprechen, zumal dieser aufgrund der komplizierten Gründungsverhältnisse nur mit höchst aufwendigen Technologien (Unterwasser-tiefenenttrümmerung) zu bewältigen wäre und weitere 30 Prozent des oben genannten Wertes verschlingen würde. Mit dem gleichen Geld könnte der Ausbau des Gebäudes erfolgen, so als wäre 2002 Richtfest und 2003 Neueröffnung eines erneuerten Palastes, in neuem Stil und mit erweiterter Funktionalität, auf den Grundelementen des Gebäudes basierend.

Ohne Zweifel ist die stadträumliche Solitärstellung des Gebäudes problematisch, diese ist aber leicht zu relativieren, wenn man sich auf das schon immer geltende und auf der Museumsinsel so gut ablesbare Prinzip historischer Kontinuität beim Bau von Stadträumen besinnt: Jede Generation oder Zeitepoche trägt ihren Teil bei: Auf der Museumsinsel stehen Gebäude unterschiedlichster Entstehungszeit in friedlicher Koexistenz beieinander, warum kann der Palast da nicht mitspielen und von neuen Gebäuden eingefasst werden.

Seit Jahren verfolge ich ein diesbezügliches Entwurfskonzept, das gegenüber dem grünen Lustgarten einen steinernen Stadtplatz vorsieht. Dieser wird begrenzt von einem neuen Museumsbau vor dem Palast in Höhe des Großen Saales, gegenüber dem Alten Museum stehend sowie seitlich begrenzt vom Palast und zu den Linden hin von einem neuen viergeschossigen Baukörper anstelle des ehemaligen Kopfes der Schlossfreiheit und an der Stelle des Schlütterturmes.

Dieser Platz wirkt als Pendant zum Lustgarten und gibt der Straße Unter den Linden einen würdigen und räumlich prägnanten Abschluss, mit integrierten Raumbeziehungen zum Lustgarten und zur Museumsinsel, zu den Linden, zum Friedrichswerder und der Kirche, aber auch zur Fischerinsel und über die große Foyerhalle bis zum Alexanderplatz. Die neue Mitte des historischen Berlins eben, ausgefüllt mit hochwertiger Nutzung in gegenseitiger Steigerung: Der Palast als Gebäude öffentlicher kulturell-kommunikativer

Begegnungs- und Veranstaltungsnutzung, das neue Museum als Ort bedeutender Sammlungen von Objekten und Informationen der Weltkultur und das Gebäude an der Schlossbrücke als Museum für Schloss und Schlüter, in moderner und inszenierter Form Originalteile vom Schloss präsentierend und so an dieses auf intellektuelle und nicht auf nachgestellte Weise erinnernd.

(Der Verfasser war 1972–76 als leitender Architekt in der Entwurfsgruppe Graffunder an der Planung und am Bau des Palastes der Republik beteiligt. Er schuf zahlreiche Bauten von Kaufhäusern über Bibliotheken und Kulturhäuser bis zu einem Kino und einem Rathaus. Er ist heute als Freier Architekt und Hochschullehrer in Berlin und in den neuen Bundesländern tätig, neben Wohn- und Handelsbauten ist eines seiner jüngsten Werke ein Museum auf dem Brocken.)

Die Stadträume rings um das Berliner Schloss

12. Juli 2001

Für die Stadträume, die schließlich bis 1950 das Schloss umgeben haben, ist die Situation der Gründungszeit um 1450 nur von akademischer Bedeutung. Immerhin kam das klare großzügige Rechteck des Grundstücks den Barockarchitekten sehr zupass. Die langen geraden Mauern der ersten Zwingburg sollten von den beiden Kanonentürmen, die davor standen, bestrichen werden können. Möglich war die großzügige Form, weil das Schloss natürlich eine Wasserburg war, für die man die Gräben in dem Sumpf ziehen konnte wie man wollte. Die Hauptburg lag in der Südostecke zur Stadt hin, das Tor zur Vorburg in deren Ecke an der Stelle des späteren Portals II gegenüber der Breiten Straße.

Schon die Zwingburg wendete sich selbstverständlich der Stadt zu. Im politischen Gedränge versteckt sich mancher gern hinter Sachbehauptungen, die oft nicht stimmen. Beispielsweise das Schloss hätte sich von der Stadt abgewendet. Berlin wurde keineswegs ignoriert oder gar niedergetrampelt, Berlin sollte Steuern zahlen. Die Hohenzollern haben Berlin so gepflegt, dass gegen 1800 die Hälfte der Staatseinnahmen aus Berlin kam. Die beste Kuh im Stall weiß der Bauer zu schätzen, von der wendet er sich nicht ab. Aus dem 16. Jahrhundert gibt es schon Bilder, wie das Schloss zur Stadt Fassade machte. Der Hof veranstaltete auf dem Vorplatz Ritterspiele, daher der Name Stechbahn. Das war zugleich Lustbarkeit und Demonstration militärischer Präpotenz.

Die Lage des Tores gegenüber der Breiten Straße haben die Architekten des Barock selbstverständlich ausgenutzt. Nach dem Dreißigjährigen Krieg kam da ein Triumphbogen hin; als nach 1700 der Vorhof so hoch wie die Hauptburg umbaut wurde, trat an die Stelle des Triumphbogens das Säulenportal. Der barocke Prospekt war dem Zeitalter der Fotografie so langweilig, dass es schwer gehalten hat, ein Foto dieses Stadtraums zu finden. Soweit die Wendung des Schlosses zu Alt-Cölln.

Aus Alt-Berlin lief die Oderberger-/Königs-/Rathausstraße auf die Stechbahn zu. Geradezu stand die Schlosskirche, wieder gut im Prospekt, daher wurde ein barocker Neubau an gleicher Stelle geplant. Kurz vor der Krönung baute der angehende König die erste Steinbrücke im Lande, und zog frisch gekrönt durch diese Straße ein, daher der Name Königstraße.

Die Brücke nahm die Fluchten von Königstraße und Stechbahn auf, die etwas gegeneinander versprangen, sodass an der Königstraße links eine Lücke zwischen Brücke und Eckhaus blieb, durch die man auf das Wasser sah.

Das mittlere Brückenjoch wurde stromauf herausgezogen, darauf das Denkmal des Großen Kurfürsten gestellt. Man sah es auf dem Brückenjoch als unterem Sockel stehen. Dies war, äußerst komprimiert, dem äußerst weitläufigen Pont Neuf in Paris mit dem Denkmal von Henry IV. nachgeahmt.

Die Reiterdenkmäler des Abendlandes knüpfen an das antike Denkmal des Marc Aurel an, das auf dem Kapitol in Rom steht. Reiterdenkmäler des künstlerischen Ranges und des zeremoniellen Gewichtes des Großen Kurfürsten gibt es nördlich der Alpen nur noch dieses, seit die Franzosen in der Großen Revolution ihren Henry IV. und ihren Louis XIV. eingeschmolzen haben. In Italien stehen noch der Gattamelata in Padua, der Colleoni in Venedig, und die beiden Farnese-Herzöge in Piacenza, diese stadträumlich höchst wirkungsvoll bei den Ecken des Rathauses den Marktplatz beherrschend. Der Große Kurfürst stand so gut, dass Gottfried Semper das in Dresden nachahmen wollte. Semper kannte Paris, wo auf dem Pont Neuf ein historistischer Ersatzmann steht, und bezieht sich doch auf Berlin. Und Semper kannte schon den verdoppelten Schlossplatz, der Dom stand schon im Lustgarten. Will sagen, dass das ein Stadtraum europäischen Ranges war, auch wenn der kleine Broebes und der kleine Hege- mann es nicht kapiert haben, die sich da schematische Symmetrie des Platzes wünschten.

Der Spree wendeten die Bürgerhäuser Hinterhöfe mit Werkstätten, Abtritten usw. zu. Das Schloss hatte von jeher zur Spree Fassade gemacht, allerdings unterblieb 1700 die barocke Vereinheitlichung. Der König fing aber an, Uferstraßen auszubauen.

Die Nordwestseite des Schlosses ging auf's offene Land, die „Linden“ sind 1647 zusammen mit dem Lustgarten abgesteckt worden als dessen Verbindung zum Tiergarten. Die mittlere Bahn war ein Tapies vert, Gras, nur von Standespersonen zu betreten. Die Patte d'oise der Absteckung bestand aus Linden, Mittelweg des Lustgartens und dazwischen dem Prospekt auf die Festung Spandau, der erst 2 Kilometer entfernt anfang. D.h., das war kein Stadtraum, sondern Parkplanung, im Zusammenhang nur für den Hof und die Diplomaten sichtbar. 1690 mit Anlage der Vorstädte wurde absehbar, dass die Linden ein Stadtraum werden könnten. Ursprünglich waren sechs Reihen Linden

gepflanzt worden, von denen zwei bereits im Kaiserreich dem Verkehr geopfert wurden. Schlüter hat sein Gartenportal unter 30 Grad abgetreppert wegen des Anschnittes der Linden. So hatte man um 1700 die Raumwand am Anfang der Linden fertig.

Die Linden wurden aber schon bei der Befestigung Berlins ab 1652 von einem breiten Wassergraben und einem Festungstor durchgeschnitten. Das Tor wurde mit Auflassung der Festung um 1740 beseitigt, der Graben blieb, bis Friedrich Wilhelm III. 1816 Schinkel die Neue Wache bauen ließ. Nun wurde der Graben weit nach beiden Seiten zugewölbt. Von vornherein war eine ganz unnötige breite steinerne Ausführung der Schlossbrücke mitgeplant. Ich habe nicht nachgeschlagen, ob Schinkel überhaupt gewusst hat, warum der König diesen weiten Platz von den Linden bis vor's Schloss haben wollte. Dazu muss man wissen, dass Friedrich Wilhelm III. nicht im Schloss wohnte, sondern im Kronprinzenpalais, das aber zu eng war und 1810 erweitert worden ist. Der Bogen zum Erweiterungsbau gibt den Schlüssel zum Konzept des Königs: Petersburg, seine Zucht vor Napoleon.

Der Lustgarten ist zuletzt zum Stadtraum geworden. Friedrich Wilhelm I. hatte ihn einebnen lassen und zum Exerzierplatz gemacht. Die Orangerie wurde Zoll-Packhaus. 1823 fuhr der König für länger auf Kur, sein Sohn Friedrich Wilhelm (IV.) vertrat ihn. Man plante gerade ein Museum, es sollte Unter den Linden im Gebäude der Akademie lokalisiert werden. Der Kronprinz hielt diese Planung an und ließ das Museum dem Schloss gegenüberstellen, d.h. zu Krone (Schloss), Armee (Zeughaus), Religion (Dom) sollten die schönen Künste sich als viertes Konstituens des Staates darstellen. Schinkel gab dem Museum die schwere Säulenreihe, damit es nicht gegenüber dem doppelt so breiten und anderthalbmal so hohen Schloss aussah wie der Kutschstall. Ohne das Gegenüber wirkt die Fassade jetzt faschistoid. Der Lustgarten Schinkels war der erste moderne Stadtplatz in Deutschland, sein Vorbild das Palais Royal an der Rue de Rivoli in Paris. Als Friedrich Wilhelm IV. an die Regierung kam, ließ er sich in dieser seiner Schöpfung huldigen. Erst damit wendete sich das Schloss nach Westen den feinen Vorstädten zu. Schinkel zeichnete den Blick aus der Vorhalle des Museums. Ein Architekt, der meint, dass der Platz vor dem Museum beliebig tief usw. gemacht werden könne, und das Gegenüber beliebig zerkrümelnt werden dürfe, hat es entweder leichtfertig gemeint, ist also uninformiert, oder er versteht sein Fach nicht.

Der Bau des Museums erforderte, den natürlichen Lauf des Spreegrabens wieder zu weiten und den Packhof zu verlegen. Schinkel hat diese Bauten benutzt, um nach der Stadtmitte seines Königs und nach der Stadtmitte des Kronprinzen noch seine eigene Stadtmitte anzulegen: die Spreegrabenlandschaft aus den Kuben von Bauakademie, Schloss, Zeughaus, Museum, Packhof, aufgefädelt am natürlichen Wasserlauf. Die moderne Stadt als Landschaft hat er angesichts der englischen Industriestädte konzipiert. Und weil er nichts zerstören, nur uminterpretieren durfte, ist das seine schönste stadträumliche Arbeit gewesen.

Während dessen eigneten sich die Berliner das Schloss an, indem sie aus der Altstadt zur Friedrichstadt usw. vorzugsweise durch den inneren Schlosshof gingen. Weil es in der Altstadt keine großen Plätze gab, heißen die Schlosshöfe auf den Stadtplänen des 18. Jahrhunderts Schloss-„Platz“. Das Raumgefühl haben Sie heute ungefähr im Sony-Center, nur dass die Fassaden im Schlosshof unvergleichlich stärker waren, etwa wie wenn an dem Platz im Sony-Center die Fassade von Richard Rogers stände. Als Wilhelm II. 1890 den Berlinern den Schlosshof wegnahm, die Tore schließen ließ, erregte das erheblichen Unmut.

Zuletzt die Schlossfreiheit. Das war eine enge Straße mit der Schlossfassade an der einen Seite, was nicht Geschmack der 1890er Jahre war. Das Schloss wurde auf dieser Seite „freigestellt“, wie z.B. fast alle großen Kathedralen. Das „Denkmal Kaiser Wilhelms des Großen“ war Großgetue Wilhelms II. Jeder wusste, das (klein-)deutsche Reich hat nicht Wilhelm I., sondern Bismarck gegründet. Die Berliner spotteten: Wilhelm in der Löwengrube.

Anmerkungen zum historischen Ort

12. Juli 2001

Der folgende Text kann angesichts der Fülle des Materials nur die allgemeinsten Linien der Entwicklung an diesem Ort aufzeigen.

Drei Vorbemerkungen:

1. Die gesamte Diskussion leidet m. E. unter der kunstgeschichtlichen Bewertung und ist weniger historisch, wird sie historisch, dann wird sie vordergründig politisch.
2. Das Problem liegt auch darin begründet, dass es zu wenig Vorlauf in der Forschung gibt, die kommunale/landespolitische Ebene keine Impulse an die Forschung aussendet, sie zu wenig fördert und damit nicht fordern kann.
3. Die folgenden Bemerkungen sind historisch zu verstehen und sollen nicht von vornherein gleich kontraproduktiv gewertet werden.

Zunächst einige Allgemeinplätze: Berlin entsteht als Bürger- und Handelsstadt und übernimmt sehr früh – 1270 – eine politische Rolle für den mittleren Teil der Mark Brandenburg. In der Stadt tagte die Ständeversammlung. Damit entstand folgendes Problem: Wo wohnten die Vertreter der Stände und wie und in welcher Form unterstehen waren sie der Rechtsordnung der Stadt eingebunden oder ausgeschlossen. Es entstehen Prälatenhäuser, 1271 in der Klosterstraße 90 für den Bischof von Brandenburg, Stralauerstraße 30 für den Abt des Klosters zur Zinne, usw.. Orte, die nicht der Rechtsordnung der Stadt unterstanden, denn die übergeordnete Instanz – Landesherr und Ständeversammlung – konnten in Rechtsfällen nicht dem Magistrat der Stadt unterstellt werden. Der Sitz der Landesherrn befand sich in der Klosterstraße und stellte damit erstes überregionales politisches Zentrum in der Stadt dar.

Der Bau des Schlosses konnte nur am Rande der mittelalterlichen Stadt aufgeführt werden. Er brachte nach 1451 eine neue Situation, denn es begann die Umwandlung einer mittelalterlichen Handelsstadt, die Mitglied der Binnen-Hanse in eine Residenz der Landesherrn. Eines der dafür genutzten Instrumente war das Burglehen. Von der Lage hatten sie ihren Schwerpunkt in der Klosterstraße und ihre Aufgabe bestand im Schutz des Schlosses bei Abwesenheit der Landesherrn und des Hofes. Auf die Hofordnung des Jahres 1470 kann nur verwiesen werden, aber sie bringt uns einen ersten Einblick in die Struktur des brandenburgischen Hofes, der zu dieser Zeit noch eine „Reiseresidenz“ war, die allerdings einen festen Sitz im Schloss in Berlin hatte. Ziel aller städtebaulichen Maßnahmen war die Überwindung der Randlage des Schlosses und seine Einbindung als zentralen Ort der Stadt und des Landes. Dies ist bis heute in Resten erhalten, denn in der Neuvormessung des Deutschen Reiches nach 1871 wurde als Nullpunkt das Eosander-Portal des Berliner Schlosses, einst an seiner Westseite gelegen, angenommen.

Der Umwandlungsvorgang zur festen Residenz in Berlin erstreckte sich bis weit in das 18. Jahrhundert und hat sich nicht oft in der deutschen Geschichte wiederholt. Instrumente des Wandels waren zunächst die Burglehen und nach 1640 die sog. Freihäuser. Instrumente, die immer auf den Hof und das Schloss bezogen waren. Der Besitzer eines derartigen Anwesens war Angehöriger des Hofes oder stand zu ihm zumindest in enger Beziehung. Dieser Personenkreis war befreit von den bürgerlichen „Unpflichten“ „frei“. Darunter verstand man die städtischen Lasten und Steuern, wie Wachten, Brunnengelder und nach dem Aufbau eines stehenden Heeres nach 1653 von der Unterbringung der Soldaten. Dieser Personenkreis, also die Angehörige des Hofes, unterstanden nicht der Jurisdiktion des Magistrats. Es gab bis zu den Stein/Hardenbergischen Reformen zwei Rechtssysteme in der Stadt: das städtische und das auf Landesherrn bezogene kurfürstlich/königliche. Dem folgte nach 1918 das überregionale, ein auf den Gesamtstaat bezogenes Vorgehen, das sich allerdings nicht mehr als Dualismus erwies. Auf der anderen Seite stand das städtische Recht, dem aber nur die Bürger der Stadt, ihre Angehörigen und die übrigen Bewohner unterworfen worden waren. Auf den historischen Ort wirkten und wirken also sowohl regional/städtische als auch landesherrschäftlich/aktuell politische Momente ein, denen in aller Knappheit im folgenden nachgegangen werden soll.

Vermerkt werden muss, dass es ab der Mitte des 17. Jahrhunderts eine feste Residenz, ein Machtzentrum des Staates gab, dass aber die territoriale Zerrissenheit des Landes einerseits und die Notwendigkeit der Anwesenheit des Herrschers an unterschiedlichen Orten zu einer „fließenden“ Machtausübung zwangen. Sie fanden einerseits in den „Tagesreisen“, d.h. in den vielfältigen Besuchen der jeweiligen Landesherrn in den einzelnen Gebieten und der damit während den Fahrten vorgenommene Aktenbearbeitung und in den so genannten Randverfügungen und Aktennotizen, die der heute vergessene Samuel von Marschall einführte, ihren Ausdruck. Von einem eindeutigen Machtzentrum kann – im Gegensatz zur Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts – nicht ausgegangen werden.

Bei der Vergabe der Freihäuser sind jeweils die Maximen der Stadtplanung des jeweiligen Herrschers nachzuvollziehen. Sie stellen ein Stadtplanungsinstrument dar, mit dessen Hilfe das Schloss aus der Randlage in den Mittelpunkt der Stadt rückte. Die einzelnen Schwerpunkte waren: Kurfürst Friedrich Wilhelm – auch der „Große Kurfürst“ genannt – setzte auf den Ausbau des

Friedrichswerders und der Dorotheenstadt. Ausdruck dafür war die Anlage der Straße unter Unter den Linden sowie die Vergabe von Grundstücken im Mühlenteich, d.h. gegenüber dem Schloss.

Kurfürst Friedrich III./König Friedrich I. versuchte die Stadt nach Osten durch den Ausbau der Rathausstraße zu öffnen. Die Grundstückspreise verdreifachten sich in diesem Raum. Durch die Ordnung der Spreeufer nach Westen begann der Ausbau einer Residenzlandschaft in und um Berlin. Sie reichte im Norden bis Oranienburg, im Südwesten bis Potsdam/Caputh und im Osten bis Malchow. Anlage der Königsstadt mit der Spandauer Vorstadt, dem Königsviertel und der Stralauer Vorstadt.

Friedrich Wilhelm I. trieb den Ausbau und dann nach 1730 Erweiterung der Friedrichstadt voran. Das Schloss lag nun im Mittelpunkt der Stadt. Friedrich II. konzentrierte sich auf den weiteren Ausbau der Stadt und verwirklichte seine heute nicht mehr nachvollziehbaren Ideen am Gendarmenmarkt und in der Straße Unter den Linden. Friedrich Wilhelm II. setzte Schwerpunkte in der Oranienburger Straße und der Umgebung dieser Straße und verfolgte mit der Beseitigung der Festungsgräben westlich vom Schloss insgesamt eine Aufwertung des zentralen Bereichs der Stadt. Für ihn war der Lebensmittelpunkt des Hofes das Schloss als Wohnung des Landesherrn und Sitz der zentralen Verwaltung. Er durchbrach damit eine die bisherige Verfahrensweise. Das in Arbeit befindliche Itinerar für Friedrich I. belegt, dass dieser sich kaum im Schloss aufhielt, sondern vor allem in der Residenzlandschaft um Berlin, also in Oranienburg und dann vor allem in Charlottenburg, um während des Umbaus des Schlosses nicht auf einer Baustelle zu leben. Friedrich Wilhelm I. lebte vier Monate im Jahre in Königs Wusterhausen, deshalb hat ein Journalist von einer heimlichen Hauptstadt oder Nebenresidenz gesprochen. Friedrich II. lebte bekanntlich überwiegend Potsdam, es waren nur kurzfristige Aufenthalte im Schloss nachweisbar. Von Friedrich Wilhelm III. wissen wir von „Paretz“ und von dem Lebensmittelpunkt in Potsdam. Nach der Eröffnung der Eisenbahn – 1838 – fuhr er morgens mit dem Zug von Potsdam nach Berlin und abends zurück. Wilhelm I. bevorzugte das Palais Unter den Linden und Schloss Babelsberg. Wilhelm II. wohnte wiederum im Schloss in Berlin, hielt sich aber vor allem im Neuen Palais in Potsdam auf.

Was war das Schloss?

Ort der Repräsentation des Staates und der zentralen Verwaltung, dazu gehörte aber dann nach 1847 – Eröffnung des Vereinigten Landtages – die sich entwickelnde parlamentarische Tradition.

- Als Ort der Verwaltung diente das Schloss aber nur bedingt, denn die zentralen Gremien wie z.B. Geheimer Kriegsrat und später das Generaldirektorium folgten in der Spitze immer den Landesherren und tagten unter seinem Vorsitz an dem jeweiligen Aufenthaltsort.
- 1799, mit der Einrichtung des Hauses für den Groß-Canzler in der Wilhelmstraße 75, erfolgte der Auszug der Spitzen der Verwaltung aus dem Schloss. 1819 folgte das Kriegsministerium, 1822 das Auswärtige Amt usw.. Ab den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts saß keine zentrale Verwaltungsspitze des Staates mehr im Schloss.

Die politischen Entscheidungsorgane des Landes Preußens und des Deutschen Reiches tagten seit dem Anfang nicht im Schloss, sondern die Entscheidungsorte waren ausgelagert z.B. in die Wilhelmstraße und in die Parlamente.

Was blieb im Schloss?

- Repräsentation der Macht, Eröffnung der Ballseason, Empfänge für ausländische Gäste, Endpunkt der Triumphzüge nach den Kriegen 1864, 1866 und 1871,
- Einführung der neuen Mitglieder der Gesellschaft bei Hofe,
- Feierliche Eröffnung der Parlamente des Landes Preußen und des Deutschen Reichs,
- Nachgeordnete, zweitrangige Verwaltungsorgane.

Die uns vorliegenden Raumpläne belegen das Verhältnis von Verwaltungsräumen zu Repräsentationsräumen.

Fazit:

1. Schloss nicht alleiniger Ort der Macht – Residenzlandschaft mit Schlösserfächer. Es war nicht der herausragende, politische Entscheidungsort, aber ein Ort mit hohem Symbolcharakter.
2. Repräsentation des Staates.
3. Ort der dritten Ebene der Verwaltung. Nach der Revolution von 1918 museale Nutzung und Nutzung durch die Verwaltung. Die Idee, die Berliner Universität hierher zu verlagern, zerschlug sich. In der Zeit der NS-Diktatur lag das Schloss völlig am Rande jeglicher politischer Nutzung; es stand im Abseits.

Der Ort begann mit der Demonstration am 1. Mai 1951, nach der Sprengung des Schlosses, scheinbar eine zentrale Funktion zu übernehmen. Als Ort politischer Demonstrationen, die im Verständ-

nis der fünfziger Jahre als höchster Ausdruck politischer Kultur und Ausdruck der Legitimation des Staates DDR gesehen wurde, stand er höchstens zweimal im Jahre im Mittelpunkt des Interesses. Die übrigen Tage der Jahre lag er öd und leer. Mit dem Bau des Palastes der Republik ab dem Jahre 1973 änderte sich dies partiell. Der Palast der Republik, aus der Tradition der Volkshaus-Bewegung des 19. Jahrhunderts entstanden, diente der Öffentlichkeit, der Repräsentation des Staates und auch politischer Manifestation. Der Volkskammerteil im Norden des Palastes war nicht Ort der zentralen Entscheidungen über die Politik des Staates, diese wurden an anderen Orten getroffen. Die Parteitage der SED sowie Zusammenkünfte anderer Organisationen des Staates DDR, verändern diese Aussage nur partiell, denn gleichzeitig verlor der historische Ort seine Legitimationspflicht als Demonstrationsspunkt. Diese Demonstrationen wurden ab 1977 in die Karl-Marx-Allee verlegt.

Die Veranstaltungen, die im Palast der Republik stattfanden, waren über 90% Kulturveranstaltungen, Konzerte, Show-Veranstaltungen und ähnliches. Auch wenn der Palast der Republik einen Symbolcharakter für den Staat DDR trug, ein historischer Entscheidungsort war er nicht. Der Aufbau der Umgebung, um den historischen Ort konnte ebenfalls wenig daran ändern. Der eigentliche Ort der politischen Entscheidungen war das heute vom Auswärtigen Amt genutzte, ehemalige Reichsbank-Gebäude, bis 1989 Sitz des ZK der SED.

Prof. Dr. Peter-Klaus Schuster
Generaldirektor der Staatlichen Museen,
Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Das Berliner Museumsschloss – eine Freistätte für Kunst und Wissenschaft

12. Juli 2001

Annäherung an das Neue

Der Name des Neuen, das in der Mitte Berlins nach Vorstellung der hier versammelten Expertenkommission auf dem Schlossareal stattfinden könnte, ist nicht leicht anzugeben. Am ehesten wohl ist es ein „Museumsschloss“, in dem eine Verwandlung und Verzauberung der Besucher durch die Begegnung mit dem faszinierend Anderen, mit dem gesamten Universum der nicht-europäischen Künste und Kulturen stattfinden wird.

Die Begegnung mit der Welt des Fremden in der Mitte Berlins soll für die Besucher zugleich zur Selbstbegegnung und Selbstbefragung werden. Denn es sind ja nicht nur die weltberühmten außereuropäischen Sammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin, die – vis-a-vis der europäischen Sammlungen auf der Museumsinsel – kontrapunktisch auf dem Areal des einstigen Berliner Schlosses ihren prominenten Platz finden sollen. Es soll zugleich eine der größten öffentlichen Bibliotheken Deutschlands, die Zentral- und Landesbibliothek Berlin, gemeinsam mit den bisher meist verborgenen wissenschaftlichen Sammlungen der altherwürdigen Humboldt-Universität das Schlossareal in der Mitte Berlins beziehen.

Mit dieser Empfehlung für eine gemeinsame kulturelle Nutzung des Schlossareals bündelt die Expertenkommission die Argumente, mit denen sowohl die Staatlichen Museen zu Berlin, die Zentral- und Landesbibliothek Berlin sowie die Humboldt-Universität ihr vitales Interesse an dem Areal begründet haben. Dabei handelt es sich zumeist um kulturpolitische und museologische Begründungen, die aus der Geschichte des Berliner Schlosses mit innerer Notwendigkeit entwickelt wurden.

Für die Humboldt-Universität bedeutete dies den Rekurs auf die einst im Schloss befindliche kurfürstlich-königliche Kunstammer, in der kein geringerer als Leibniz einstmals den unteilbaren Kosmos der Künste und Wissenschaften als Forschungsideal der Neuzeit von Berlins Mitte aus konstruiert hatte. Die Herstellung von Wissen aus vergleichender Versenkung in die Realien und bildmächtiger Theoriebildung, dieser so faszinierende Expeditions- und Kunstcharakter wissenschaftlicher Forschung, der bis in die so virtuell scheinenden Netzwerke des Wissens unserer Gegenwart fortreicht, er hatte eine seiner kostbarsten, weil reflektiertesten historischen Quellen

in der barocken Kunstammer des Berliner Schlosses. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass die Universität, die Bibliotheken, die Akademie wie auch die Museen in Berlin sich alle aus dieser gelehrten Kunst- und Herzkammer des ehemaligen Schlosses entwickelt haben.

Auch den Staatlichen Museen zu Berlin ist ihre Herkunft aus den Schlössern entschieden bewusst. Die einzigartige Disposition der Berliner Museumsinsel als Tempelstadt der Weltkunst ist ohne das Schloss als antithetischem Orientierungspunkt gar nicht zu verstehen. Dies auch, weil die ethnologischen Sammlungen – der so überwältigende Reichtum Berlins an Werken aus Afrika, Mittel- und Südamerika, Asien und Ozeanien: all das, was wir heute als außereuropäische Kunst bewundern – bis weit in die Mitte des 19. Jahrhunderts in der Nachfolge der alten Kunstammer ihren Sitz noch unverändert im Berliner Schloss hatten. Die Berliner Museen, von Anfang an als Universalmuseum aller Künste und Kulturen der Welt unter dem Einfluss der beiden Brüder Humboldt konzipiert, waren also seit ihrer Gründung auf das Wechselspiel und die Ergänzung von Museumsinsel und Museumsschloss angelegt. Die Zerstörung des Schlosses, als *damnatio memoriae* des preußischen Militarismus und wilhelminischen Ungeistes gedacht, würde in der Wiederkehr der nicht-europäischen Sammlungen an ihrer alten Stelle die Wiederkehr eines anderen, gelehrten, liberalen und toleranten Preußens signalisieren. Nirgendwo wurde das Außereuropäische so großartig gesammelt wie eben in Berlin und nirgendwo würde dies zukünftig wieder so sichtbar wie in der Mitte Berlins.

Dieser gemeinsamen Argumentationen von Universität und Museen, das Schlossareal als den für Berlin so charakteristischen universalen „Weltort“ wieder zu gewinnen, verhilft die Zentral- und Landesbibliothek Berlin zu einem weiteren Sitz im Leben. Mit seinen geöffneten Höfen war schon das Berliner Schloss – wie die Veduten von Eduard Gaertner zeigen – seit langem bereits ein vom Strom der Öffentlichkeit durchlebtes Gebäude. Entsprechend würde das neue Berliner Museumsschloss als gleichzeitiger Sitz einer großen öffentlichen Bibliothek vom Andrang der schon heute bis zu 10.000 täglichen Benutzer aus der Berliner Öffentlichkeit profitieren. Als Bibliothek für die Berliner und mit ihren Spezialsammlungen zur Berliner und zur Preußischen Geschichte würde zudem die Zentral- und Landesbibliothek diesen

„Weltort“ insofern ideal ergänzen, als sie an diesen so geschichtsträchtigen Platz wieder auf Berlin als Ort des Geschehens zurückverweist.

Als gemeinsamen Nenner der unterschiedlichen Argumentationen erkannte die hier versammelte Expertenkommission somit den Rückgang auf die Historie, wodurch dem Schlossareal wieder zurückgegeben wird, was einst sein Bestes war: die Auszeichnung der Mitte Berlins als Traditionsort Preußens für eine enzyklopädisch ausgreifende Weltneugierde, als Kulminationspunkt für einen Blick auf die Welt mit allen Sinnen und sämtlichen wissenschaftlichen Erkenntnismöglichkeiten. Das Berliner Schloss als traditioneller Ort eines universellen Erkenntnisinteresses, das Künste und Wissenschaften ebenso einschließt wie die Gleichwertigkeit des Europäischen mit dem Außereuropäischen, darf Leibniz ebenso zu seinen Ahnen zählen wie die Brüder Humboldt. Es ist diese Berliner Tradition, es ist dieses „Berliner Programm“, das Friedrich Wilhelm IV. ausdrücklich fortsetzte, als er seine ebenfalls auf alle Künste ausgerichtete Museumsinsel 1841 dezidiert als „Freistätte für Kunst und Wissenschaft“ bezeichnete und in ihrem Zentrum bereits einen eigenen Tempel mit Fest- und Hörsälen zur Erbauung und Belehrung für eine breite Öffentlichkeit in der Mitte Berlins vorsah.

Es ist dieses „Berliner Programm“, das nun unverändert wiederkehrt in der Empfehlung der Expertenkommission für eine intensive kulturelle Nutzung des Schlossareals mitsamt seiner vitalen Integration in das urbane Leben der Stadtmitte. Das neue Berliner Museumsschloss auf dem Gelände der noch immer ver- und zerstörten alten Staatsmitte wieder als anschauungsgesättigten internationalen Diskussionsort über den Zustand der Welt zu etablieren und mehr noch, das neue Berliner Museumsschloss gemeinsam mit der Museumsinsel in der Mitte Berlins erstmals als jenes einzigartige Universalmuseum für die Künste und Kulturen der ganzen Welt wirklich anschaulich werden zu lassen, das so umfassend und grandios einzig die Sammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin darzustellen vermag, und diese einzigartigen Sammlungen zu den Künsten und Kulturen der gesamten Welt mitsamt den Wissenschaftssammlungen der Humboldt-Universität und den Buch- und Medienangeboten der Zentralen Landesbibliothek im Zentrum Berlins einer möglichst breiten weltneugierigen internationalen Öffentlichkeit zu

erschließen, mithin also das urbane Herz einer großen europäischen Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsmetropole so zu vitalisieren, dass diese neue alte Hauptstadt für die Offenheit, Toleranz und Humanität eines vereinten demokratischen Deutschlands entstehen kann – als Ausdruck all dieser Hoffnungen und Erwartungen wurde der Auftrag der hier versammelten Expertenkommission von der Trias aus Museen, Bibliothek und Universität aufgefasst, sich um eine gemeinsame Bespielung für das Schlossareal in der Mitte Berlins zu bemühen.

Geistige Architekturen

Bei ihren Gesprächen zur gemeinsamen Nutzung waren Universität, Bibliothek und Museen sich einig, dass sie zur architektonischen Gestalt des Berliner Museumsschlusses keinerlei Vorabfestlegungen treffen wollen. Im Gegenteil sind sie offen für viele mögliche architektonische Lösungen.

Auch hinsichtlich der Museumskonzeption soll noch nichts im Detail festgelegt werden. Viel wichtiger schien es den Beteiligten jetzt, ein Gedankenbild zu entwickeln, eine Art geistiger Architektur, welche das von allen gewünschte Zusammenspiel so verschiedener Einrichtungen in einem Gebäude anschaulich macht. Damit ist bereits als Grundüberzeugung formuliert, dass die verschiedenen Einrichtungen nicht nebeneinander mit getrennten Eingängen das Museumsschloss bespielen wollen. Erklärtes Ziel ist vielmehr ein integratives und interdisziplinäres Konzept, das dem Besucher die verschiedenen Einrichtungen und ihre unterschiedlichen Sammlungen als ein kontinuierliches Anschauungsfeld erlebbar werden lässt. Statt additivem Nebeneinander, das zu vermeiden ist, ist das Ziel eine Gesamtinszenierung, die alle öffentlichen Räume dieses Museumsschlusses in einer Komposition verbindet. Dem Besucher müssen diese Gesamtkomposition und ihre übergreifende Idee sofort einsichtig werden. Diese übergreifende Idee ist nichts weniger als „die Erfahrung der Welt“. Der Besucher soll als Sehender, als Forschender, als Reisender und schließlich als Forschungsreisender durch die ganze Welt erfahren, um schließlich nach der Durchquerung ferner Kontinente und ihrer Kulturen am idealen Ende seiner Reise bei den Meisterwerken der außereuropäischen Kunst und damit in einem Museum der Weltkunst zu enden.

Bei dieser Weltreise ins Außereuropäische soll dem Besucher allerdings stets die europäische Perspektive deutlich bleiben. Eben darin liegt ja der unschätzbare Vorteil dieser einzigartigen Berliner Verbindung von Bibliothek, Wissenschaftssammlungen und seinen Kunstsammlungen, wie im Falle des Museums für Ostasiatische Kunst oder des Museums für Indische Kunst, dass sie gemeinsam mit den ethnologischen, archäologischen und kunsthistorischen Sammlungen des Völkerkundemuseums mit seinen Schwerpunkten für Afrika, Asien, Amerika und Ozeanien allesamt hier in Berlin zusammengetragen wurden.

All das wurde von hier aus gesammelt und erforscht. Berlin als die internationale Museums-, Universitäts- und Bibliotheksstadt mit all den Gelehrten, Forschern und Sammlern, die es angezogen hat und die hier gewirkt haben, werden mit ihrem weltausgreifenden Forschungsdrang und ihrer enzyklopädischen Sammelleidenschaft in diesem Berliner Museumsschloss zuerst anschaulich. Gerade dieser europäische Blick, der von den Forschungspraktiken bis zur künstlerischen Wahrnehmung der Reisebeschreibungen und photographischen Dokumentationen und noch viel weiter bis in alle Details der musealen Präsentation reicht, gerade dieser europäische Blick macht dieses Berliner Museumsschloss zu einem wirklichen Museum der Weltkunst und Weltkulturen.

In der übergreifenden Idee des Berliner Museumsschlusses als Ort universaler Welterfahrung steckt der entscheidende Verweis auf das Reisen. Das Reisen bietet ein höchst anschauliches Gedankenbild für die Gesamtinszenierung der so verschiedenen Sammlungen und Einrichtungen. Das Gedankenbild des Reisens assoziiert Offenheit, Flexibilität und Wahlfreiheit für den Besucher ebenso wie seine aktive Teilhabe durch Planung, Vorbereitung und Durchführung der Reiserouten.

Im Kulturbereich ist das Gedankenbild des Reisens spätestens seit der Umwidmung von Bahnhöfen zu Museen durchaus üblich geworden. Die Eisenbahn als das Verkehrsmittel des 19. Jahrhunderts schlechthin inspirierte im Pariser Musée d'Orsay durchgängig die Präsentation der Sammlungen, die die Kunst und Kultur Europas von 1850 bis 1900 umfassen. Dem 20. und 21. Jahrhundert gemäßer im Hinblick auf das Gedankenbild des Reisens ist die Architekturform des Flughafens. Den futuristischen Aspekt dieser auch zukünftig

hochaktuell bleibenden Architekturform des Reisens repräsentiert im Museumsbau das Centre Pompidou. Der Schlossbau des Louvre ist freilich durch I. M. Peis Umbau mit der hochmodernen Infrastruktur seiner großen Eingangs- und Informationshalle und seiner elaborierten Logistik zur raschen Beförderung großer Besucherströme an jede gewünschte Stelle dieses Kunstkosmos nicht weniger vom Architekturbild des Flughafens geprägt.

Unter der Vorgabe einer im Bild des Flughafens inzwischen im höchsten Maße auch museumswürdig gewordenen Architekturform für Flexibilität und Mobilität haben die beteiligten Einrichtungen für das neue Berliner Museumsschloss weiterhin ein Schichtenmodell zur übersichtlichen Anordnung ihrer Sammlungen entwickelt. Dieses Schichtenmodell ist aufsteigend von unten nach oben konzipiert und führt von der anschaulichen Fülle der Realien und Bücher zum Reich reiner Kunstformen empor. Dennoch will dieses Schichtenmodell nicht statisch oder als Einbahnstraße einer verbindlichen Entwicklungsgeschichte der Wissenschaften und Künste verstanden werden. Vielmehr ist dieses Schichtenmodell auf Transparenz, Querverweise, Durchblicke und Durchdringung angelegt. Es versteht sich so als Aufforderung zu immer neuen Entdeckungsreisen ganz nach den Wünschen des Betrachters bei klarer Gliederung der verschiedenen Museumsangebote. Im Falle des Aufstieges vermag dieses Schichtenmodell als eine über die Erkenntnis zur reinen Anschauung der Kunst sich läuternde Jakobsleiter aufgefasst werden. In der umgekehrten Richtung liefert es das Gedankenbild des Hinabsteigens zu den Quellen aller Kulturen und allen Wissens.

Auf der ersten Ebene dieses Schichtenmodells befindet sich – gleichsam als Sockel unseres bisherigen Wissens – die Bibliothek gemeinsam mit den Archiven, Depots und Werkstätten. Die Leitidee für diese Ebene ist die gläserne Datenbank. Der Besucher soll sie wie einen Erlebnisraum des Wissens durchwandern können, affiziert mit all seinen Sinnen von dieser geheimnisvollen und geradezu surrealistischen Versammlung der Dinge aus aller Welt. Die Forschungsreise durch die Welt ferner Länder und fremder Kulturen wird so zugleich zur Reise durch die Welt der Sinne. Welterfahrung gerät so zur Selbsterfahrung. Zu diesem Zwecke sollen nicht nur die Depots und Magazine weitgehend zugänglich sein. Auch die Lesesäle

der Bibliothek sollen großzügigen Blickkontakt zu diesen wohlgeordneten Labyrinthen der Realien und Daten ermöglichen. Vermöge moderner Informationstechnik kann sich der Besucher bei seiner Wanderung durch die gläsernen Depots und Archive alle hier versammelten Daten sofort zugänglich machen.

Über dieser gläsernen Datenbank erhebt sich in einer zweiten Ebene der Anschauungsraum des Kulturvergleichs mit der Präsentation der Dauer- und Sonderausstellungen. Besondere Bedeutung hat auch hier die Zwiesprache des Besuchers mit den authentischen Objekten des Fremden und ihrer medialen Vermittlung durch Bild, Text und Ton, die sich der Besucher nach Wunsch zuspielen kann. Für diese mediale Vermittlung von Kulturkontexten werden die Sammlungen der Bibliothek ebenso hilfreich sein, wie die einzigartig reichen Bild- und Tonarchive der Museen sowie der Universität. Deren Wissenschaftssammlungen können etwa durch die Darstellung der ethnologischen Forschung von Virchow und seinen Nachfolgern den Fortschritt des Wissens und die Verfeinerung des Forschungsinstrumentariums im Blick auf das Fremde demonstrieren. Der Besucher wird so zum Mitwisser über Forschung und zum Mitforscher.

Zugleich vermag die Wissenschaftssammlung als komplementäre Ergänzung zu den Museums-sammlungen auf dieser Ebene des Kulturvergleiches die Weltorientierung der außereuropäischen Kulturen mit der unseren umfassend in Beziehung zu setzen. Welche Systeme des Messens, Wiegens und Zählens gibt es hier wie dort, welche Formen der Medizin, der Religion, der Ökonomie und des Sozialverhaltens. Auf dieser Ebene des Kulturvergleiches wird das neue Berliner Museumsschloss auf Grund der einzigartigen Konstellation ihrer hochqualifizierten Mitspieler zu einem Anschauungslabor anthropologischer Forschung, zu einem veritablen Musée de l'homme, das seine Besucher durch den Blick auf das Fremde auf die elementare Frage zurückverweist: was ist der Mensch und was vermögen all seine Sinne und Erkenntniskräfte?

Ergänzend und antipodisch zu dieser Schicht des Kulturvergleiches gelangt der Besucher auf einer dritten Ebene zur Kunst. Alle Forschung dient hier zuerst der Präzisierung der ästhetischen Anschauung und endet in ihr. Die unterschiedlichen Kunstsprachen der außereuropäischen Kulturen ver-

binden sich auf dieser, im obersten Ausstellungsgeschoss des Museumsschlosses gedachten Ebene zu einer Galerie der Meisterwerke. Die Skulpturen und Malereien aus Asien, Afrika, Amerika und Ozeanien bilden hier gleichwertig ein Pantheon der Weltkunst, das in dieser Qualität und Vielfalt einzig durch den Reichtum der Berliner Sammlungen anschaulich werden kann. Dieses Pantheon der außereuropäischen Kunst hat sein komplementäres Gegenstück in den Meisterwerken europäischer Kunst auf der Museumsinsel.

Um den immer wieder neu zu entdeckenden Kanon der Weltkunst als ästhetisches Ideal in seiner ganzen Fülle zu verdeutlichen, soll diese Ebene der Kunst im Museumsschloss durch entsprechende Ausstellungen in ständige Dialoge mit der europäischen und internationalen Kunst auch der jüngsten Gegenwart treten. Den Blick für die Qualität der ästhetischen Erscheinung jenseits der üblichen Kunstfelder unserer europäischen geschulten Sehweise stiften aber auch die Meisterwerke der Wissenschaftssammlung. So etwa die krass realistischen Gipsmoulagen aus den anatomischen Werkstätten von Hans Virchow oder die geradezu surrealistisch wirkenden zoologischen Modelle der Dresdner Glasmannufaktur Blaschka sowie die rein abstrakten Kugelresonatoren, die im Auftrag von Helmholtz lange vor den Skulpturen von Constantin Brancusi und Hans Arp in Paris gefertigt wurden. Wie wenig die künstlerische Kraft der Veranschaulichung einzig auf die uns geläufigen Formen europäischer Hochkunst begrenzt bleibt, ist schließlich eine der revolutionären, augenöffnenden Botschaften dieses neuen Berliner Museumsschlosses.

Schnittstellen

Das Berliner Museumsschloss als Weltmuseum der außereuropäischen Kunst und Kulturen und des Wissens von der Welt, dargestellt als synästhetischer Kosmos der Bilder, Bücher, Töne und Realien, und so einzig als Gemeinschaftswerk der einzigartig reichen Berliner Sammlungen realisierbar – dieses Berliner Museumsschloss darf in der Tat als ein Haus „mit hohem Niveau für Alle“ bezeichnet werden. Im Zentrum des urbanen und auch touristischen Lebens gelegen, sollte dieses Museumsschloss als Haus „mit hohem Niveau für Alle“ sich nicht scheuen, durch die Attraktivität seiner Museumsshops, seiner Buchläden und mit einer vielfältigen Gastronomie aus allen Kontinenten, von exotisch bis zur haute cuisine, durchaus auch den Charakter eines attraktiven Kulturkaufhauses in der Mitte Berlins zu entwickeln. Gerade durch die Esskultur aller Völker, aber auch durch ein breites Kulturprogramm mit Film, Musik, Tanz und Theater sollte das Haus dem Publikum bis weit über die Museumsöffnungszeiten bis in die späten Abendstunden zugänglich sein.

Seine gedankliche Architektur, polyfunktional und doch von einer Leitidee geprägt – der Erforschung und Wertschätzung des Fremden – bietet vielfältige Gelegenheit, dieses Museumsschloss mit entsprechendem Auditorium zudem zu einem Ort der öffentlichen Diskussion, Unterhaltung und Belehrung werden zu lassen. Die Durchführung der Fülle möglicher Veranstaltungen wird wiederum von der Kompetenz und den Ressourcen der beteiligten Einrichtungen profitieren können. So werden die Tonarchive der Universität und der Bibliothek sich mit dem musikethnologischen Archiv der Staatlichen Museen zu einem unvergleichlichen Klangkörper für die Musik und die Stimmen der ganzen Welt auf dem Schlossareal zusammenfinden und zahllose Musikprogramme speisen können.

Von Seiten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz erscheint insbesondere das auf die süd- und mittelamerikanische Welt spezialisierte Ibero-Amerikanische-Institut prädestiniert, dieses Gemeinschaftsprojekt des Museumsschlusses zu verstärken. Für den Dialog mit den europäischen Kulturen ist ferner die Mitarbeit des Museums Europäischer Kulturen bei den Staatlichen Museen geradezu unerlässlich. Unerlässlich – und so nur den Staatlichen Museen zu Berlin möglich – ist für diesen Dialog aller Kulturen und Künste der

Welt jedoch auch der ständige Austausch mit den archäologischen und kunsthistorischen Sammlungen auf der Museumsinsel sowie am Kulturforum. Man kann geradezu sagen, dass die archäologische Promenade der Museumsinsel zukünftig ihre Ergänzung in den ethnologischen Passagen durch das Museumsschloss haben wird. Und gemeinsam ermöglichen sie dem Besucher, die eine Geschichte der Weltkunst in ihrem ganzen Reichtum von Anfang bis zur Gegenwart und mit der Fülle aller nur möglichen kulturellen Bezüge zu erleben.

Ein vergleichbar reiches Wechselspiel wird sich auf Seiten der Humboldt-Universität mit ihren zahlreichen weiteren Instituts- und Universitätsmuseen entwickeln. Dieser viele Millionen Einzelobjekte zählende Bestand, der etwa im Naturkundemuseum der Humboldt-Universität thesaurisiert ist, soll ja nun nicht plötzlich auf das Schlossareal umgeleitet werden. Vielmehr geht es im neuen Berliner Museumsschloss um kunstvolle Inszenierungen jenes „Theatrum naturae et artis“ nach Leibniz, das ganz vordringlich die Anstrengungen der wissenschaftlichen Forschung im Kontext der außereuropäischen Museumsammlungen als eine wesensverwandte kunstvolle Maßnahme zur Erkenntnis der Welt und ihrer Künste verdeutlichen will. Das Faszinierende und Frappierende dieser Erfahrung im Lichte der benachbarten Museumssammlungen können die unermesslichen Sammlungen der Humboldt-Universität somit grenzenlos erneuern.

Diese so einzigartigen Ressourcen und die Fülle der inspirierenden Schnittstellen zwischen den beteiligten Einrichtungen ermutigen schließlich, die Lieblingsidee Friedrich Wilhelms IV von der „Freistätte der Kunst und Wissenschaften“, diese von ihm bereits gewünschte öffentliche Universität für alle, die er wie einen Tempel im Zentrum der Museumsinsel geplant hatte, nun auf das neue Berliner Museumsschloss zu übertragen mit dem Ziel, den Diskurs über die Kenntnis der Welt von einer europäischen Perspektive aus zu befördern. Analog zur öffentlichen Universität des Collège de France in Paris wäre ein solches „Collège d'Europe“ in der Mitte Berlins, betreut von der Kompetenz der Humboldt-Universität und weiteren Einrichtungen, sehr wohl denkbar als Kern und Keimzelle eines hochangesehenen internationalen Kongresszentrums inmitten des neuen Berliner Museumsschlusses.

Für all diese gelehrten wie auch für die überaus populären Schnittstellen wäre von den beteiligten Einrichtungen eine gemeinsame Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft zu begründen. Deren Programmbeirat ist von Vertretern der Einrichtungen unter Hinzuziehung weiterer Persönlichkeiten des kulturellen Lebens hochkarätig zu besetzen. Von dieser gemeinsamen Veranstaltungsgesellschaft und ihrem Programmbeirat wären auch die großen gemeinsamen Ausstellungsprojekte des Museumsschlusses zu koordinieren und durchzuführen. Ansonsten agieren die einzelnen Sammlungen und Einrichtungen bei ständiger gegenseitiger Unterrichtung in eigener Verantwortung.

Diese gemeinsame Veranstaltungsgesellschaft hat ferner auch die repräsentativen Räume des Museumsschlusses nach deren Schließung für die allgemeine Öffentlichkeit professionell zu vermieten. Sie kann ferner für die Gestaltung und Durchführung der Programme und Veranstaltung mit weiteren Partnern, wie dem „Haus der Kulturen der Welt“, intensiv kooperieren. Das neue Berliner Museumsschloss erscheint somit, wie ausdrücklich gewünscht, in hohem Maß auch ausgerichtet auf die Vitalisierung und Revitalisierung der Stadtmitte und auf die Integration der Museen in das urbane Leben!

Überlegungen zur Gemeinsamen Nutzungskonzeption der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, der Humboldt-Universität und der Zentral- und Landesbibliothek

12. Juli 2001

Ursprünglich entwickelten alle drei Nutzerinstitutionen ihre Konzeptionen jeder für sich, unabhängig voneinander und ohne tragende Idee für eine übergeordnete funktionelle und stadträumliche Konzeption für das neue Stadtzentrum von Berlin, der neuen alten deutschen Hauptstadt.

Der Auftraggeber – der Bund und das Land Berlin – begrüßte diese Initiativen, zumal nach dem misslungenen, allein mit privaten Investoren durchgeführten so genannten Interessenbekundungsverfahren 1997/98 nunmehr eine öffentliche Nutzung und zugleich auch Finanzierung möglich schien.

Die Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ nahm dieses Angebot auf, ebenfalls wegen seiner funktionellen und finanziellen Chancen, beauftragte die drei Nutzer jedoch, in einer gemeinsamen Nutzungskonzeption Synergieeffekte durch infrastrukturelle Integration und koordiniert erweiterte Öffentlichkeitsarbeit zu erkunden.

Die dazu erwartete Vorlage kann dem hohen Anspruch einer Sinnstiftung für die historische Mitte von Berlin nur dann gerecht werden,

- wenn sie die einzelnen speziellen Interessen der drei Hauptnutzer wie auch deren darüber hinausgehende Integration und Kooperation als Teil einer übergeordneten ganzheitlichen Nutzung und Bedeutung des Ortes „Mitte Spreeinsel“ im Interesse der Gesellschaft und ihrer Bürgerinnen und Bürger begreift, die es zu erkunden und zu fixieren gilt;
- wenn sie die Berechtigung dafür, dass die drei sich anbietenden Nutzerinstitutionen gerade an diesem Ort sinnvoll angesiedelt werden sollen, nicht allein aus den Traditionen der bürgerlichen Bildungskonzepte des 19. Jahrhunderts für die Museumsinsel und das Forum Fridericianum herleitet und als deren Fortsetzung und Vervollständigung betrachtet, sondern auch die am Ort „Mitte Spreeinsel“ zur Zeit der DDR bereits wirksam gewesene Volkshaus-tradition aufgreift und für die Bundesrepublik zukunftsorientiert überdenkt und weiterführt;
- schließlich wenn sie die heutige und künftige Bedeutung dieses Ortes im Kontext der funktionellen und stadträumlichen Struktur der gesellschaftlich bedeutenden öffentlichen Orte des neuen Stadtzentrums von Berlin – vom Spreebogen bis zum Alexanderplatz – konzipiert (Lageplan siehe S. 22).

Würde die erwartete gemeinsame Nutzungskonzeption der drei Hauptnutzer diesen über sie hinausweisenden Anspruch nicht erfüllen, stünde sie im Widerspruch zu vielen Argumenten der öffentlichen Diskussion zur funktionellen und stadträumlichen Neuaneignung dieses Ortes:

- zum einen stünde sie im Widerspruch zu jenen Argumenten, die eine bloße – wenn auch intensiv gesteigerte – Ausdehnung der Museumsinsel und des Forums Fridericianum zur zentralen Museums- und Bildungslandschaft als neue Mitte der deutschen Hauptstadt von der gesellschaftlichen Bedeutung für nicht ausreichend halten, weil dadurch – analog dem Schloss vor seiner Zerstörung – die historischen Stadtbereiche Friedrichstadt und Alexanderplatz erneut getrennt anstatt miteinander verknüpft würden;
- zum anderen stünde sie im Widerspruch zu allen jenen Konzeptionen, die hier, mitten in der Stadt, in erster Linie einen Ort der öffentlichen kulturellen Kommunikation erwarten, einen Ort der Verständigung und der Debatte über bewegende Fragen unserer Zeit in einer lebendigen Stadt der Kultur und des Wissens im Prozess der deutschen Vereinigung, der europäischen Integration und der Globalisierung, so etwas wie ein Forum der Gesellschaft und ihrer Bürgerinnen und Bürger, eine Agora der Ideen für das 3. Jahrtausend und seine Gestaltung;
- schließlich stünde sie nicht zuletzt auch im Widerspruch zu der selbst in der Expertenkommission des öfteren ausgesprochenen Ansicht, mit der funktionellen Neuaneignung des Ortes „Mitte Spreeinsel“ den „Geist“ des Palastes der Republik und damit seine Bürgernähe, Öffentlichkeit und offene Zugänglichkeit auf neue Weise fortzusetzen.

Die Frage, die es zu beantworten gilt, sollte nicht lauten: wie bringen wir einige bedeutsame Institutionen der Stadt, die sich bislang selbst angeboten haben, an diesem historisch einmaligen Ort sinnvoll unter? Sie sollte vielmehr lauten: Was ist uns Deutschen der Ort „Mitte Spreeinsel“ wert, welchen Sinn können wir ihm geben, wenn wir ihn für uns neu aneignen?

Das ist eine Frage an die Gesellschaft und ihre Bürgerinnen und Bürger prinzipiell und sollte von ihnen – auf der Suche nach ihrer eigenen Identität – auch prinzipiell beantwortet werden. Was ist uns Deutschen der Ort „Mitte Spreeinsel“ wert?

Die bislang vorliegende gemeinsame Nutzungskonzeption für einzelne Nutzer des Ortes „Mitte Spreeinsel“ versteht sich als:

- Fortsetzung und Vollendung der bürgerlichen Bildungskonzeption des 19. Jahrhunderts, wie sie auf der Museumsinsel und auch im Forum Fridericianum beispielhaft verwirklicht worden ist, ohne jedoch die Volkshaustradition des Palastes der Republik weiterzuführen und für die Bundesrepublik neu zu überdenken

Genügt das?

Sollte hier nicht wieder auch ein Ort sein für Geselligkeit, künstlerische Veranstaltungen und festliche Zusammenkünfte?

Müsste nicht vor allem nach einer, alle einzelnen Interessenten ganzheitlich vereinigenden Nutzung und Bedeutung gesucht werden? – damit ein Ort entsteht, der alle etwas angeht und offen ist für alle, ein Ort der Verständigung und der Debatten über bewegende Fragen unserer Zeit – der Gegenwart zwischen Vergangenheit und Zukunft – in einer lebendigen Stadt des Wissens und der Kultur, getragen vom Prozess der deutschen Vereinigung, der europäischen Integration und der Globalisierung, ein Forum der Begegnung, der Kommunikation und der Identifikation der Gesellschaft und ihrer Bürgerinnen und Bürger untereinander, eine Agora der Ideen für das 3. Jahrtausend und seine Gestaltung.

Zur kunsthistorischen Bedeutung des barocken Berliner Schlosses

13. September 2001

Dass das barocke Berliner Schloss ein wichtiges, in mancher Hinsicht hochbedeutendes Bauwerk der europäischen Barockarchitektur war, ist hinlänglich bekannt. Im Zuge der Diskussionen um den Wiederaufbau sind allerdings auch Qualitäten herbeigeredet worden („bedeutendster Barockbau nördlich der Alpen“), die das Schloss, so wie es letztendlich realisiert wurde, nie besessen hat. Als Kunsthistoriker ist man daher gehalten, zunächst in aller Nüchternheit zu klären, welchen Faktoren und Rahmenbedingungen das barocke Schloss sein Aussehen zu verdanken hatte, sodann das Werk daran zu messen und seine künstlerische Eigenart durch Vergleiche mit zeitgenössischen Bauten zu prüfen, ehe mit der nötigen Vorsicht über Rang und Bedeutung gesprochen werden kann. Dies soll im Folgenden versucht werden.

Das barocke Schloss, wie es bis 1950 bestand, war ein historisch gewachsenes und in seiner architektonischen Gestalt gar nicht so leicht „lesbares“ Konglomerat mehrerer Bauphasen, das nach der Barockzeit noch weiter verändert wurde – nicht immer zu seinem Vorteil. Das Schloss war also Monument und Torso zugleich, jedenfalls kein Werk aus einem Guss wie etwa die Dresdner Frauenkirche: auch dort hat man lange gebaut und manches verändert, die leitenden Ideen standen jedoch von Beginn an fest und wurden nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt. In Berlin war dies anders. Vor allem kann das barocke Schloss – im Guten wie im weniger Guten, das es hier ja auch gegeben hat – in seiner Gestalt nur dann verständlich werden, wenn man sich klarmacht, dass hier kein Neubau vorlag, sondern ein Umbau einer bereits weitgehend bestehenden Anlage. Die planerischen Eingriffe Schlüters und seiner Nachfolger waren dadurch in vielfältiger Weise vorgeprägt.

Das spätmittelalterliche Schloss war, wie wir aus der erst seit kurzem bekannt gemachten ältesten Stadtansicht Berlins von 1536/37 wissen, zunächst noch kein architektonisches Merkzeichen der Stadt. Erst der ab 1538 errichtete Renaissancebau Kurfürst Joachims II. schuf ein architektonisches Monument mit stadtbildprägender Qualität, das in dieser Form bis zu seiner barocken Umgestaltung bestanden hat. Durch einzelne Zubauten nach dem Dreißigjährigen Krieg (Lusthaus, Alabastersaal, Orangerie) waren punktuell neue Akzente gesetzt worden, die jedoch kein übergeordnetes Gesamtkonzept erkennen lassen. Auch die Idee des Großen Kurfürsten von 1688, dem Renaissanceschloss kontrastierend einen modernen Repräsentationstrakt von etwa 150 Meter Länge anzufügen, blieb in ersten Anfängen

stecken: noch im selben Jahr ließ sein Nachfolger Friedrich III. (seit 1701 dann als Friedrich I. erster König in Preußen) den Bau einstellen. Dies war die erste wichtige Weichenstellung für die Zukunft des Barockschlosses: an die Stelle des zunächst geplanten beziehungslosen Nebeneinanders von Alt und Neu trat nun die Idee, die Residenz durch einen radikalen Umbau des Bestehenden zu modernisieren. In den folgenden Jahren war Johann Arnold Nering mit dieser Aufgabe betraut und begann mit einer vereinheitlichenden Neugestaltung des Hofes. Sein Projekt für die Gesamtanlage ist jedoch nicht überliefert; wie er die Außenerscheinung des Schlosses geplant hat, wissen wir nicht.

Nach dem überraschenden Tod Nerings (1695) setzte sofort eine intensive Suche nach einem renommierten Architekten ein. Und jetzt ging es nicht mehr nur um eine längst fällige, gleichsam „normale“ barocke Modernisierung, sondern das Streben nach der Königswürde, das diplomatisch bereits konkrete Formen angenommen hatte, wurde zur Triebfeder des Geschehens. Diese Phase nach 1695 ist die zweite entscheidende Weichenstellung für das Barockschloss: der Landesfürst und seine Berater orientierten sich nun an überregionalen Standards. Erstmals in seiner Geschichte öffnete sich das bis dahin eher provinzielle künstlerische Geschehen Berlins zu den großen Zentren Europas: Rom, Paris, Wien, Warschau, Stockholm. Für die Kunst- und Kulturgeschichte Berlins ist die kurzlebige Periode der Jahre um 1700 von epochaler Bedeutung. Unter den Rahmenbedingungen der neu orientierten Kunstpolitik Friedrichs III. wurde die Stadt für kurze Zeit zu einer europaweit beachteten Metropole der Künste, und dies auf verschiedenen Ebenen: Schlüters Reiterstandbild des Großen Kurfürsten zählt ebenso dazu wie der Ankauf der Antikensammlung Belloris, der frühe französische Garten in Charlottenburg und vor allem die Gründung der Akademie der Künste (1696), die nach dem Vorbild „der wohl geordneten Akademien zu Rom und Paris“ erfolgte: in wünschenswerter Deutlichkeit sind damit die nunmehr für Berlin beispielgebenden Kunstzentren benannt. Dieser Prozess radikaler künstlerischer Neuorientierung ist geradezu ein Lehrstück dafür, wie in der Epoche des Absolutismus ein angestrebter politischer Rang (Königswürde 1701) mit den Mitteln der Kunst vorweggenommen werden konnte.

Wichtigster Schauplatz dieses Geschehens war das Residenzschloss. Auch hier wurde das lokale künstlerische Angebot nun nicht mehr als ausreichend erachtet: In den Jahren 1696/97 war man darum bemüht, einen renommierten internationalen Künstler – den in Wien tätigen römischen Virtuosen Domenico Martinelli oder den schwedischen Hofarchitekten Nicodemus Tessin – für Berlin zu gewinnen; beide Berufungen kamen jedoch nicht zustande. Andreas Schlüter, seit 1694 als Hof-Bildhauer in Berlin, war in den Planungen für das Schloss zunächst nur eine Randfigur. Erst nach dem Scheitern der Bemühungen um ausländische Künstler wurde er, zunächst vielleicht nur als Notlösung, zum leitenden Architekten berufen (wofür er sich dann als zu wenig solide ausgebildet erwies) und hat ab 1698/99 als Hofbaumeister die Neugestaltung des Schlosses in Angriff genommen. Sein in einem Kupferstich überliefertes Modell für die „Regia Berolinensis“ zeigt die Grundzüge der geplanten, jedoch nie vollendeten Modernisierung: der kleinteilig gegliederte Renaissancebau sollte zu einem monumentalen, blockartig geschlossenen „Palazzo“ umgebildet werden. Die Vorbilder dafür sind lange schon bekannt: Gianlorenzo Berninis dritter Entwurf für den Pariser Louvre und Nicodemus Tessins Stockholmer Schloss – beides nicht zufällig „königliche“ Residenzen.

Nach wie vor ging es in Berlin jedoch nur um einen Umbau: Lage und Bauvolumen des Renaissanceschlusses, seine achsiale Bezugslosigkeit zur alten und neuen Stadt, die Abgrenzung der Gartenseite durch den Gang zum Münzturn – all dies war durch den Altbau bereits vorgegeben und wurde von Schlüter respektiert. Er sah sich jedenfalls nicht gehalten, einen homogenen Neubau zu schaffen, sondern gestaltete die Modernisierung der Außenerscheinung in Abstimmung auf die vorgegebene Situation. Sein überaus variationsreicher, durchdachter Umgang mit den abgestuften Möglichkeiten architektonischer Gliederung – den „modi“ der antiken Rhetorik vergleichbar – gehört zum Bedeutendsten hochbarocker Gestaltungskunst um 1700 in ganz Europa. Am Schlossplatz dominiert der „modus gravis“: monumental, streng und repräsentativ beherrscht das klassische Motiv von Säule und Gebälk den Risalit (Portal I). Eine gänzlich andere Facette – kleinteiliger, flächenbetont, mit skulpturalen Elementen besetzt – bestimmt die Fassade zum Lustgarten, und wiederum anders sind die Akzente im Hof gesetzt: Hier steht die wuchtige Kolossalordnung der Treppenrisalite in scharfem Kontrast zu der zurückhaltenden, feingliedrigeren Gestaltung der Fassaden des Hofes; den mühevollen Weg von Schlüters Formfindung in

Auseinandersetzung mit dem Altbau hat Goerd Peschken eindrücklich nacherzählt.

Akzente, Kontraste, Varietät – Schlüter hat seine wichtigsten künstlerischen Wirkungsmittel am Schloss auf die spezifischen Notwendigkeiten des Umbaus abgestimmt und dabei auch ganz ungewöhnliche Akzentsetzungen gefunden, wie etwa die Raumlösung des großen Treppenhauses. Hier tritt sein unkonventioneller, durch seine Ausbildung als Plastiker bestimmter Zugang zur Baukunst zutage, der schließlich auch in den Paraderäumen des Schlosses zu einer engen Verschmelzung von Architektur, Skulptur und Malerei geführt hat – auch diese Werke der Dekorationskunst bewegen sich auf dem auf höchstem Niveau der Zeit um 1700. Schlüters variantenreiche Handhabung hochbarocker Wirkungsmittel – am Schloss wie auch an seinen anderen, allesamt zerstörten Bauten (Lusthaus in Bad Freienwalde, Landhaus Kameke in Berlin) – lässt die Faszination, die sich seit jeher mit seinem Namen verbindet, durchaus verständlich werden.

Im Krönungsjahr 1701 verfügte Berlin jedenfalls – eine Generation zuvor noch ein unbedeutender Ort abseits des europäischen Kunstgeschehens – über das modernste Residenzschloss im gesamten Heiligen Römischen Reich, während man in Dresden oder Wien mit entsprechenden Planungen kaum noch begonnen hatte. Und die neue Kunstblüte hatte rasch auch außerhalb Preußens Beachtung gefunden und Maßstäbe gesetzt. Bereits 1703 bemühte sich August der Starke um Kopien der Berliner Schlosspläne; einige der Neubauprojekte Pöppelmanns für Dresden verraten die intensive Auseinandersetzung mit Schlüters Fassadenkunst. 1704 besuchte der kaiserliche Hofarchitekt Johann Bernhard Fischer von Erlach Berlin, getragen vom „sonderbaren Verlangen, des preußischen Königs Hof und berühmte Gebäude zu besichtigen“. Und die bedeutendste, jedenfalls folgenreichste Architekturpublikation des Barock im deutschsprachigen Raum, Paul Deckers „Fürstlicher Baumeister“ von 1711, stellt die Raumdekorationen im Stil Schlüters eindrücklich in großformatigen Kupferstichen als exemplarische Musterlösungen für das Kunstpublikum in ganz Mitteleuropa vor Augen.

Man kann aus diesen zeitgenössischen Reflexen Verschiedenes lernen: Zunächst, dass die Wertschätzung des Berliner Barock schlüterischer Prägung nicht erst ein Produkt kunsthistorischen Rückblicks ist, sondern dass bereits die Zeitgenossen die Qualitäten seiner Kunst zu schätzen wussten. Ferner, dass die Vorbildwirkung des Berliner Schlosses weniger den Bau in seiner

Gesamtheit betraf, sondern vielmehr markante Einzelakzente – und dies wiederum sollte Anlass geben, sich bei der bevorstehenden Erinnerung an diesen Bau im Zentrum Berlins auf eben diese Qualitäten zu besinnen.

In den Jahren nach 1701 hat Schlüter weiter am Schloss gearbeitet und immer wieder neue Ideen entwickelt, zu einer Vollendung nach seinen Projekten kam es jedoch nicht. Das Planungsgeschehen am Schloss wird nun etwas undurchsichtig, seine innere Logik schwer nachvollziehbar. In hitziger Konkurrenz mit neu nach Berlin berufenen Künstlern (Eosander von Goethe, Jean de Bodt) wurden Erweiterungsprojekte unterschiedlichster Art ent- und wieder verworfen. Nachdem Schlüter 1706 aufgrund bautechnischer Mängel („Münzturm-Katastrophe“) als Hofbaumeister entlassen wurde, setzt sich Eosander durch: das Schloss wurde auf doppelte Größe gebracht, der machtvolle Akzent des neuen Triumphbogen-Portals im Westen dominierte nun das Erscheinungsbild. Durch den neuen Drang nach schierer Größe wurde das Schloss Schlüters übertönt und geriet bald ins Abseits; vor allem der vielgerühmte Schlüter-Hof blieb unfertig liegen, mit unschönen „Schmutzecken“, die bis ins 20. Jahrhundert hinein Bestand hatten. An den beiden langen, nunmehr zu doppelter Größe aufgeblähten Fassaden zum Lustgarten und zum Schlossplatz wurde überhastet und im Vorgriff auf ein Gesamtkonzept gebaut, das dann nur in Teilen verwirklicht werden konnte. Schon kurz darauf wurde diese Erweiterung wiederum – was man im Rückblick verständlich finden kann – als unbefriedigend angesehen: verschiedene Korrekturvorschläge zur Behebung der Schwächen des Erweiterungsbauwerks blieben jedoch unrealisiert, so dass die etwas verunglückten Lösungen von Schlüters Nachfolgern bis zuletzt Bestand hatten. Spätere Veränderungen – am Bau selbst, vor allem aber in seinem Umfeld (Lustgarten, Schlossplatz, Abbruch von Dom und Schlossfreiheit) – haben das Schloss wie einen Solitär aus seinem ursprünglichen Kontext heraus isoliert, so dass seine zunächst „versteckten“ Ungereimtheiten nun offen zutage lagen. Die überlieferten Fotografien des Schlosses zeigen ein machtvoll sich gebendes Monument – hochinteressant als Dokument verschiedener historischer Schichten, bei nüchterner Betrachtung jedoch auch bloß ein Konglomerat von Fragmenten nicht vollendeter Planungen.

Vor dem Hintergrund dieser Geschehnisse konnte die im Jahr 1993 aufgebaute Schlossrekonstruktion im Maßstab 1:1 fast als Mogelpackung erscheinen: während für die fundraising-Aktion mit kräftiger Posaune der publikumswirksame Name „Schlüter“ verkündet wurde, konnten die bemalten Plastikplanen lediglich die etwas verballhornte Formenwelt seiner Nachfolger vor Augen führen.

Was lehrt uns nun dies alles? Was lässt sich aus der Kenntnis der Geschichte des Schlosses zur Klärung der aktuellen Frage gewinnen, mit der sich die Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ zu beschäftigen hat?

Einige Konturen einer künftigen Lösung zeichnen sich immerhin ab. Vor allem scheint es, als ob sich für einen Baukomplex im Zentrum Berlins nicht nur respektvolle Verpflichtungen gegenüber dem historischen Ort und seiner künstlerischen Bedeutung ergeben, sondern durchaus auch Optionen und Freiräume für eine Gestaltung in der Formensprache des 21. Jahrhunderts, die auf die neuen Funktionen – die nun endlich präzise festzulegen wären – abgestimmt ist.

Die beiden extremen Möglichkeiten – völliger Neubau bzw. gänzlicher Wiederaufbau – sollten jedenfalls aus unterschiedlichen Gründen ad acta gelegt werden: Ein Neubau ohne jeden Bezug auf das barocke Schloss brächte das radikale Auslöschen der anschaulichen Erinnerung an die Geschichte an einem zentralen Platz der Stadt mit sich – selbst in Berlin, das sich gerne zum „Ort des Neuen in der Kunst“ stilisiert, eine nur schwer vorstellbare Lösung.

Der völlige Wiederaufbau des Schlosses im Zustand der Mitte des vorigen Jahrhunderts, der inzwischen lautstarke Befürworter besitzt und im Wind einer vom Beispiel der Dresdner Frauenkirche stimulierten Wiederaufbaueuphorie segelt, scheint – zumindest was die Außenfassaden betrifft – technisch machbar zu sein: entsprechende Aufmaße und exakte fotografische Dokumente sind vorhanden, etliche originale Bauteile wurden konserviert, weitere könnten vielleicht noch ergraben werden. Ein derartiges Vorgehen müsste freilich mit dem Vorwurf leben, bloß „restaurativ“ zu sein – und dies auf einem etwas kargen Niveau. Zudem muss man Angst haben vor der unerbittlichen Konsequenz eines solchen Wiederaufbaus, die dazu zwingt, jeden zufälligen Mauervorsprung und jede Schmutzecke getreulich wieder nachzumeißeln – denn nur dieser bereits verballhornte Zustand des barocken Schlosses ist so genau dokumentiert, dass man ihn originalgetreu wiederherstellen kann. Das Produkt wäre in seinem künstlerischen Wert schwerlich zu

rechtfertigen und würde jedenfalls, wie die Simulation von 1993 gezeigt hat, von Schlüters Schloss und seiner Bedeutung kaum etwas vermitteln können. Hier liegt denn auch ein fundamentaler Unterschied zur Dresdner Frauenkirche, deren Wiederaufbau immer wieder als Vorbild heraufbeschworen wird: ganz im Gegensatz zum Berliner Schloss in seiner etwas klobigen Letztfassung handelt es sich in Dresden um ein künstlerisch weitgehend homogenes Gebilde, dessen historische und vor allem künstlerische Bedeutung als barocker Zentralbau auf einen Blick klar erfassbar war; sie wird, zumindest in respektablen Ansätzen, auch in neu aufgebaute Form wieder nachvollziehbar sein.

Wenn es das Ziel ist, in der Mitte Berlins an die künstlerische Bedeutung des Schlosses zu erinnern, so kann dies wohl nur durch eine Lösung zwischen diesen beiden Extremen erreicht werden: einen Neubau, der im Hinblick auf seine neue Funktionen auch in neuer Form zu gestalten wäre, verbunden mit darin eingebetteten „Erinnerungen“ an die barocke Vergangenheit. Dabei kann man mehrere Optionen offen lassen, etwa zum rein quantitativen Verhältnis zwischen Alt und Neu, nicht zuletzt, um den gestalterischen Spielraum der planenden Architekten nicht unzulässig einzuschränken.

Die Berücksichtigung der künstlerischen Qualitäten des barocken Schlosses kann – auch dies muss man als Kunsthistoriker nüchtern sehen – nur einer unter mehreren Gesichtspunkten sein, die hier zu bedenken sind. Die Entscheidung etwa, ob Teile vom Palast der Republik konserviert werden, und welche dies sein sollen, ist wohl eher der Kompetenz der Historiker zu überlassen. Der Kunsthistoriker, hoffentlich nicht das schwächste Glied in der Kette der Entscheidungsträger, darf aber Wünsche äußern.

Zunächst, dass die Kubatur eines Neubaus im alten Zentrum die Proportionen seines historischen Umfeldes – so weit noch vorhanden – respektieren möge (ohne dass dabei jeder zufällige Risalit getreulich nachgebaut werden muss). Und wenn an die ästhetischen Qualitäten der gebauten Geschichte erinnert werden soll, so müssten in erster Linie Akzente der Baukunst Schlüters wieder sichtbar gemacht werden: das große Portal zum Schlossplatz, ein Teil der Lustgartenfassade, zumindest eine Fassade des Hofes. Nicht einmal eine intelligent gemachte Nachschöpfung eines Innenraumes wäre prinzipiell auszuschließen, wenn sie sich ehrlich als museale Rekonstruktion ausweist. Als Motto könnte gelten: Nicht alles ist wiederherzustellen, das Wenige jedoch in sorgfältiger Auswahl und prä-

ziser Ausführung. Dabei ist für Ehrlichkeit zu plädieren: das „Alte“ – Originale ebenso wie Rekonstruiertes – wäre in klarer, messerscharfer Deutlichkeit vom „Neuen“ zu trennen. Schlampige Verschleifungen wie am Hotel Adlon, die gerade nur „irgendwie“ vereinfachend an historische Formen erinnern, wären an diesem Ort nicht tolerabel, ebenso wenig wie der einigermaßen absurde Vorschlag einer „stuckbereinigten“ Version der Baukunst Schlüters.

Wie immer die Entscheidung der Kommission aber auch ausfällt, eines sollte klar sein: Als Kunstwerk ist das Berliner Schloss seit 1950 unwiederbringlich verloren. Selbst der zentimetergenaue Nachbau des „Alten“ und die Integration erhaltener Bauteile werden das barocke Schloss als künstlerisches Original nicht mehr zum Leben erwecken. Herstellbar ist lediglich ein Baukörper unserer Zeit, der sein Entstehungsjahr durchaus auch nicht zu verleugnen bräuchte, aber für den künftigen Betrachter in einzelnen Partien eine anschauliche, präzise und korrekt etikettierte Erinnerung an das Barockschloss und seine künstlerische Vergangenheit bereitstellt. Für Berlin, dessen einstige Bedeutung für die barocke Baukultur Europas nach vielen Verlusten heute kaum mehr zu erahnen ist, könnte sich diese Lösung als Gewinn erweisen.

Zur Frage nach der geschichtlichen Bedeutung des Berliner Schlosses

29. Oktober 2001

Möglicherweise ist gerade Berlin ein besonders geeignetes Gemeinwesen, um der Frage nach der Bedeutung von Stätten der Geschichte bis hin zur besonderen Wirkung von Geschichtslandschaften nachzugehen. Dass sich das Bedürfnis der Öffentlichkeit dabei bereits auf der Grundlage eines rein historisch antiquarischen Interesses ergibt, das leicht durch das Empfinden des rein Exzeptionellen oder gar des Sensationell-Einmaligen ausgelöst werden kann, darf grundsätzlich nicht verschwiegen werden, kann in diesem Zusammenhang aber nicht verfolgt werden. Im Kern muss deshalb mit Schwergewicht die Frage nach der Bedeutung von Geschichtsorten und Geschichtslandschaften gestellt werden, sofern sie im Interesse der Allgemeinheit liegen, so wie Schutz und Pflege von Baudenkmalen neben dem fachlichen Votum ihre letzte absichernde Bestätigung auch immer nur durch das Interesse der Allgemeinheit erhalten. Dass die Wirkung solcher Orte und Landschaften von Geschichte – die wissenschaftliche Würdigung vorausgesetzt – in der Regel in Verbindung mit dem kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft gebracht werden können, wenn nicht sogar gebracht werden müssen, macht die besondere Schwierigkeiten der Fragestellung deutlich. Zwar zielt diese auch und möglicherweise vornehmlich auf den vorgebildeten Empfänger solcher Botschaften der Geschichte, wegen der gewollten oder auch notwendigen Wirkung auf das moralische Verhalten einer Gesellschaft, indessen ebenso auch auf jene, die solchen Mitteilungen ohne Aufgeschlossenheit oder gar besonderem Interesse gegenüberstehen. Dass Geschichtsstätten und Geschichtsdenkmale nicht nur generell in ihrer Wirkung auf die Gesellschaft zu bedenken sind, sondern dass sie in den Widerstreit von Ideologien geraten können oder notwendigerweise sogar geraten müssen, darf nicht verschwiegen werden. Und selbstverständlich gibt es auch Debatten über die Gestalt von Erinnerungsmalen oder die Darstellung von oder in historischen Stätten.

Konsens herrscht zum gegenwärtigen Zeitpunkt in weiten Kreisen darüber, dass sich keine Gesellschaft, ohne Schaden zu nehmen, auf Dauer von ihrer Geschichte trennen kann und deshalb trennen darf. Das Verdikt des sozialdemokratischen Baustadtrates von Berlin, Martin Wagner, während der beginnenden Hochblüte der Weimarer Republik aus dem Jahr 1926 „Das Alte macht schwach, lähmt und tötet“ sollte deshalb in der Ausschließlichkeit dieser Verurteilung der Vergangenheit angehören, obgleich diese Haltung immer noch unterschwellig in den Gemütern nachwirkt und besonders in der Polemik fröhlich weiterlebt. Mit der Anerkennung der Wirkungsgeschichte von Geschichte in Gestalt ihrer Sach-

zeugnisse und die mit ihnen verbundenen Sachinformationen, manchmal auch von Legenden, wäre damit auch eine Absage an jegliche Art von Bilderstürmerei verbunden, bei der die Erfordernisse einer neuen Gesellschaftsmoral und einer neuen Gesellschaftsordnung in aller Regel über die Zeugnisse vergangener Epochen zu obsiegen haben, selbst wenn es sich dabei um Beispiele hoher Kunst handelt. Die Anerkennung der Geschichte erfordert ebenfalls und besonders die Anerkennung gerade auch der negativen Seiten der Geschichte oder der Seiten, die in ideologischer Vereinfachung als negativ gelten sollen.

Als Exerzierplatz für die Frage nach der Bedeutung von Geschichtsorten macht besonders Berlin deutlich, dass dieses damit in Gang gesetzte Interesse gleichzeitig auch mit der Frage nach dem Nationalen und dem Schicksal der Nation verbunden ist. Die uneingeschränkte Anerkennung als Geschichtsort gilt im heutigen Verständnis beispielsweise dem Ort der Bücherverbrennung auf der Bebelplatz, auf dem die Nationalsozialisten öffentlich und mit großem inszenatorischen Aufwand die Schriften der von ihnen verfeimten Intellektuellen auf einem Scheiterhaufen verbrannt haben. Nicht das allgemeine gesellschaftliche Wissen um diesen, den freien Geist zerstörenden Vorgang und nicht allein die während der DDR an der Schmalseite des Palais des Prinzen von Preußen angebrachte Tafel verdeutlichen die Bedeutung von Ort und Tat, sondern in der öffentlichen Wahrnehmung in erheblichem Maße das unterirdische Mahnmal der Nachwendzeit. Das Mahnmal ist ein nachdrücklicher Hinweis, dass es der sinnlich erfahrbaren Hinweise und Zeugnisse bedarf, um Erinnerung in Gang zu setzen und – hoffentlich – die Wirkung solcher Erinnerung auszulösen. Dass solche Orte auch Anspruch auf Würde, eine notwendige Ausstrahlung, eine Aura, besitzen und besitzen müssen, macht der – allerdings wirkungslose – Protest der Akademie der Künste und der Humboldt-Universität gegen die Unterminierung des Ortes durch eine Tiefgarage deutlich. Im Konflikt mit scheinbar Notwendigem unterliegt die Bedeutung eines solchen unzweifelhaften Ortes der Geschichte immer Anspruch, aber auch Angriff des Nützlichen. Neben ideologischer Anfechtung ist scheinbare, manchmal auch tatsächliche Nützlichkeit die größte Anfechtung solcher bedeutungsschwerer Orte unserer nationalen Geschichte.

Der Ort der Bücherverbrennung auf dem Bebelplatz beinhaltet im Kern viele in Zusammenhang mit einer Geschichtsstätte auftretende Merkmale – unbezweifelbare Bedeutung als Geschichtsort, das Auslösen der Erinnerung durch sichtbare Deutungshinweise, aber auch das Anfechten und Relativieren durch das Nützliche. Und natürlich kann man auch dem Ullmanschen „tiefsinnigen, tiefensinnigen Schacht“ (Friedrich Diekmann) die Anerkennung als Mahnmal versagen.

Das Haus der Endlösung der Judenfrage am Großen Wannsee ist ein unbestrittener historischer Ort – die Villa ist als Gedenkstätte eingerichtet und die Art, wie an diese Konferenz, in der die technischen Rahmenbedingungen zur Vernichtung der Juden verabredet wurden, durch Möblierung und Exponat erinnert wird, darf als beispielhaft gelten.

Der als ein Geschichtsort ebenso unbestrittene Bendlerblock in der Stauffenbergstraße, einer der herausragenden Orte der Verschwörung gegen Hitler, erweist sich mit dem Hof in Gestalt des Denkmals eines gefesselten Jünglings und durch die Inschriftentafel, die den Ort der Erschießung der Attentäter markiert, anders als die Ullmansche Interpretation des Ortes der Bücherverbrennung als würdig und angemessen noch im Sinne klassischer Denkmalsetzungen. In den, den Hof umgebenden Räumen erinnert indessen nichts mehr an die Dramatik im Ablauf des zusammenbrechenden Aufstands, die in ihnen am 20. Juli 1944 stattgefunden hat. Die Geschehnisse geraten bei allem Verständnis für die in ihnen ausgebreiteten, didaktisch umfassenden Dokumentationen eher in die Abstraktion als in die authentische Wiedergabe eines historischen Ereignisses am ursprünglichen Schauplatz und des tragischen Schicksals der Widerständler. Die dargebotenen Geschichtsinformationen überlagern die Wirkungsmöglichkeiten des historischen Ortes.

Das Gelände der Topographie des Terrors als des Handlungsortes menschenverachtender Staatsgewalt und damit Ursache für den Widerstand gegen die Diktatur wirkt besonders durch die Unvollkommenheit ihres Schauplatzcharakters. Das Kellermauerwerk vermittelt gleichzeitig die eindringliche Mahnung, dass erst durch deren archäologischen Nachweis die in der Nachkriegszeit bedenkenlos abgebrochenen, durch den Krieg zerstörten Gebäude als Geschichtsstätte wiederentdeckt werden mussten.

Dem Haus der Endlösung in Wannsee stellen sich aus dem gleichen Geschichtshorizont weitere Stätten an die Seite – die Sammelstellen für die jüdischen Bürger vor ihrem Abtransport in die Vernichtungslager, beispielsweise in der bescheidenen Form eines kleinen Gedenksteins in der Großen Hamburger Straße, oder in Form des eindrucksvollen Mahnmals an der Stelle der ebenfalls in der Nachkriegszeit erst abgebrochenen Synagoge in der Levetzowstraße über die Statuengruppe der Frauen in der Rosenstraße bis hin zur Gedenkstätte des Bahnhofs Grunewald, dem Ort der Verladung der Opfer in die Waggons der Reichsbahn.

Es gehört zu den hier nicht zu erörternden, aber zur Kenntnis zu nehmenden Fragestellungen, warum es bis heute nicht gelungen ist, diese Orte von Diktatur, Widerstand und Verfolgung zu einer die Ursachen und die Wirkungen von Geschichte vor Augen führenden Geschichtslandschaft in eindringlicher Wirkung am Ort des jeweiligen Geschehens zusammenzufügen, sondern warum zu einem bestimmten Zeitpunkt die zwar eindringliche, aber das Geschehen eher abstrahierende und auf beeindruckende Wirkung abgestellte Idee eines gewaltigen, dem Holocaust gewidmeten Mahnmals Platz gegriffen hat.

Eine Art Schlussstein in dieser Geschichteperle bildet das Gebäude des Reichstags, 1945 erklärtes, weil augenscheinlich für die Rote Armee symbolbeladenes Eroberungsziel. Das Ziel der Restaurierung nach der Wiedervereinigung war es nicht nur, das Wenige des Wallotschen Baus, was nach den Auskernungen des Hauses im Zuge seines Wiederaufbaus zum Parlament im Wartestand hinter den Fassaden übrig gelassen worden war, gewissermaßen im Original zu erhalten, sondern zugleich die Bedeutung des Hauses als Geschichtsdenkmal vor Augen zu führen. Von dem Versuch, das Rednerpult möglichst genau an der Stelle wieder anzuordnen, an dem es seit 1894 seinen Platz gehabt hatte und Ort der parlamentarischen Rede gewesen war, bis hin zum Bewahren möglichst aller Spuren des Endkampfes im Inneren des Gebäudes und der sowjetischen Inschriften, von denen im Vergleich mit dem ursprünglichen Bestand nur noch ein Bruchteil erhalten geblieben ist. Überzeugung war und ist, dass diese Spuren die Wirkung eines Menetekels haben und auch bewahren müssen, dass am Ort, an dem das Parlament über das Schicksal der Bundesrepublik entscheidet, immer die Mahnung als nicht nur im übertragenen Sinne Flammenschrift an der Wand präsent zu sein hat, nie wieder die Existenz des Staates und das Wohl seiner Bürger auf's Spiel zu setzen, wie es von 1933 an geschehen ist. Dass jetzt ein Antrag im

Parlament beraten wird, einen weitgehenden Teil der wenigen erhalten gebliebenen sowjetischen Inschriften zu entfernen, belegt deutlich, wie einseitig sich selbst für Parlamentarier nationale Befindlichkeit ausnehmen kann. Offensichtlich hat im platten nationalen Selbstverständnis Entgegenstehendes im Sturm auf die Bilder unterzugehen. Und das Aufatmen, der Reichstag sei ja Gott sei Dank von den Nazis nicht kontaminiert worden, weshalb die Demokratie ruhigen Gewissens hier wieder einziehen könne, belegt ebenso, dass man sich Geschichte gerne aussuchen möchte, wie sie einem konfliktfrei und möglichst glatt in den Kram passt. „Eine Nation sollte aber der katastrophalen Momente ihrer Geschichte stets eingedenk sein und darum Orte bezeichnen, an denen sich die Erinnerung daran verdichtet“ (Friedrich Diekmann).

In diesem Zusammenhang muss einfach auch an die Generäle im Umfeld der Neuen Wache erinnert werden, deren Rückführung an ihre originalen Standorte, obgleich hochrangige Kunstwerke und Geschichtszeugnisse, auch heute noch an politisch ideologischen Widerständen oder an intellektuellen Bedenklichkeiten scheitert. Das alte Streitmuster der Bilderstürmerei scheint nicht ausrottbar zu sein. An die Stelle der alten Muster neue Formen zu setzen, die einerseits das historische Zeugnis respektieren und andererseits die zeitgenössisch kommentierende „Gegendenkmäler“ hinzufügen, scheint kaum Platz greifen zu können.

Die Möglichkeiten, in Berlin historische Stätten für die kollektive Erinnerung vorzugeben, sind bereits in einer beachtlichen Bandbreite vorhanden. Das Wachhalten von Erinnerung ist deshalb unverzichtbar, weil selbst Orte nationaler Geschichte spurlos und damit wirkungslos untergehen können.

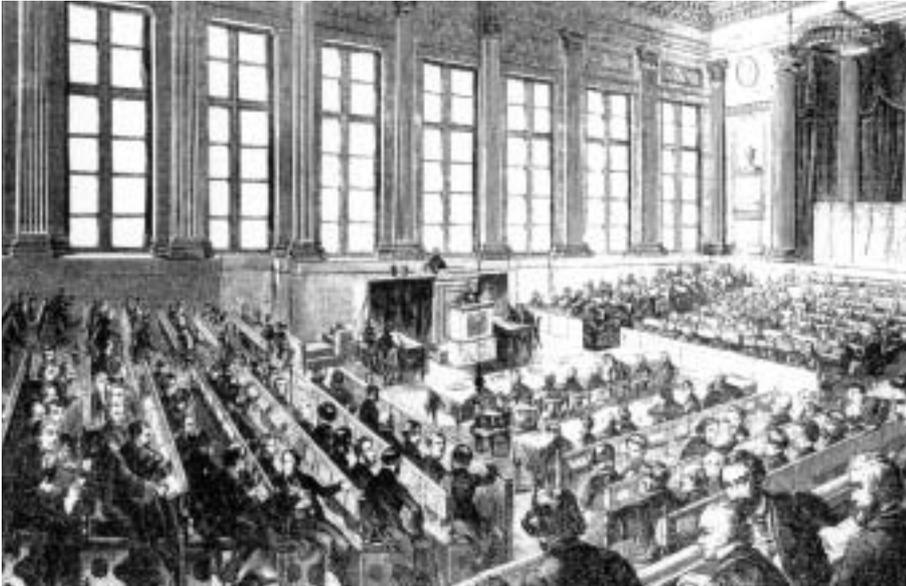
Die Wirkungs- und Lebensstätten Bismarcks und damit die Gründungsstätten des Deutschen Reiches wie auch die Frühgeschichte des Parlamentarismus in Preußen sind in Berlin nahezu sämtlich untergegangen und nicht nur als Bauwerke tatsächlich spurlos verschwunden, sondern selbst in ihren ehemaligen Standorten nicht mehr erkennbar. Die Bauten der Wilhelmstraße und vorrangig das Reichskanzleramt und damit beispielsweise der Ort des Berliner Kongresses von 1878 sind verschwunden, die Stätten der parlamentarischen Debatten und damit die Orte der politischen Konflikte etwa zwischen den Liberalen und den Konservativen im ersten preußischen Abgeordnetenhaus am Dönhoffplatz oder der provisorische Reichstag an der Leipziger Straße existieren nicht mehr. Den provisorischen Reichs-

tag und das alte Herrenhaus des preußischen Landtags mag man sich immerhin als im preußischen Landtag des späten 19. Jahrhunderts und somit im heutigen Abgeordnetenhaus von Berlin sowie im jetzt vom Bundesrat genutzten Herrenhaus aufgegangen vorstellen, wobei die Kontinuität der Zweckbestimmung für Parlamente die entscheidende Brücke bilden würde.

Nur angedeutet werden soll, dass das heutige Abgeordnetenhaus von Berlin seinerseits ebenfalls Ort der Geschichte ist und in seiner wiederhergestellten historischen Raumstruktur nicht nur in der Kontinuität historischer parlamentarischer Zweckbestimmungen des alten Hauses von der Lobby über das Plenum bis zu Bibliothek, Gastronomie und Sitzungssälen immer am gleichen Ort steht, sondern mit dieser Raumfolge sind auch die Ereignisstätten im Haus nachvollziehbar: vom ersten Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918, mit dem die Geschichte der Weimarer Republik begründet wurde, über den Gründungskongress der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Jahreswende 1918/1919 und die Schlacht im Plenarsaal zwischen den Nationalsozialisten und Kommunisten bis hin zu dem Vorhaben, in diesem Haus unmittelbar nach 1949 die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik sowie den Sitzungssaal der Regierung der DDR unterzubringen, was die vor der Haustür verlaufende Staatsgrenze der DDR und der Kalte Krieg mutmaßlich dann schließlich verhindert haben.

Mit der Debatte um das Berliner Schloss sind ebenso nicht nur Fragen von Städtebau und Architektur zu behandeln und natürlich auch die sich an der Gestaltform festmachenden scheinbar ideologischen, letztlich aber aus unterschiedlichen kulturhistorischen Verständnissen abzuleitenden Grundhaltungen aufzurufen, sondern betroffen sind auch Fragen von geschichtlichen Bedeutungen und nicht nur die Würdigung einzelner Ereignisse, über die man notfalls trefflich streiten kann. Bedeutung in diesem Sinne wäre eine Grundaussage über bedeutungsvolle Entwicklungen des nationalen Schicksals – hier: des Überganges aus feudalen Herrschaftssystemen in frühe Formen von Volksvertretungen.

Über die baugeschichtliche und kunsthistorische Bedeutung des Schlosses liegt eine hinlängliche Literatur vor, ebenso zur Bedeutung als Staatsmittelpunkt Brandenburg-Preußens sowie in gewisser Weise auch des Deutschen Reiches. Wenig oder gar nicht bedacht worden ist bislang die Bedeutung als Geschichtsdenkmal, die das Berliner Schloss in einem langen Prozess angenommen hat und die sowohl an Orte seiner



*Nationalversammlung
in der Singakademie*

direkten Umgebung wie auch an bestimmte Räume innerhalb des Schlosses selber gebunden sind. Diese übergreifende Bedeutung liegt für die vorparlamentarische Zeit in der gegenseitigen Bindung und Verpflichtung von Fürst und Volk.

Sie findet nachfolgend in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ihre Fortsetzung in der nur wenige Jahre dauernden Phase kämpferischer Auseinandersetzung zwischen monarchisch-konstitutioneller Staatsverfassung auf der einen und der durch Volkssouveränität bestimmten Demokratie auf der anderen Seite ihren Ausdruck, die schließlich noch unter Friedrich Wilhelm IV. mit dem Verweis des Parlaments aus dem Schlossbezirk in dessen Randlage endete. Nur noch der Staatsakt der Thronrede, Vorläufer der Regierungserklärung, blieb das Bindeglied zu dieser frühen Parlamentsgeschichte, die durch die Einberufung der Vereinigten Landstände als Vorläufer parlamentarischer Versammlungen 1847 geprägt wurde.

Nach dem Auswandern der ursprünglich an den Sitz des Monarchen zu bindenden Vereinigten Ständeversammlung der preußischen Provinzen und nach der Ausweisung von Standorten für den Landtag außerhalb des Schlossbezirks begann in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts – seit 1884 war als unübersehbare städtebauliche Dominante und als Gegengewicht zur bisherigen Vorherrschaft des Berliner Schlosses als dem unübersehbaren Bedeutungsmittelpunkt der Stadt der Reichstag im Bau – schließlich der Versuch, durch einen wesentlichen Umbau des Schlosses dieses für eine vergrößerte Hofgesellschaft neuen Typs zu öffnen. Zeitgleich wurde der Neubau des Domes wieder in Angriff genommen und dessen seit dem Ende der Freiheitskriege

beständig verfolgte Tradition als Fest- und Feiertort der Nation in guten wie in schlechten Tagen erneut zur Begründung des nun endlich fälligen, heute noch stehenden Neubaus gemacht. Die den Hohenzollern entzogene absolute Staatsgewalt sollte augenscheinlich in der Vorstellung Friedrichs III. durch die Bindung der Nation und durch gesellschaftliche Bindungen an Schloss und Dom und damit den Schlossbezirk wettgemacht werden. Es ist später dem Fehlverhalten Wilhelms II. zuzuschreiben, dass dieser sich nur in der Rolle des pseudo-absolutistischen Hohenzollern begreifen konnte – als Fürst des persönlichen Regiments – und folglich die Nation nicht an diesen Ort von Schloss, Dom und die Staatsdenkmäler zu binden vermochte. Aber noch der tiefe Einschnitt, den die neue Staatsform der Republik bewirkte, vollzog sich mit Karl Liebknecht demonstrativ und nicht nur zufällig am Schloss – die neue Staatsform einer sozialistischen Republik sollte mit dem Sturz der Monarchie an deren Hoheitsort ausgerufen werden –, erst die Nachricht, dass Liebknecht auf dem Weg zum Schloss sei, bewog Scheidemann, die parlamentarische Republik am Reichstag auszurufen. Die Nutzung des Lustgartens als politischer Demonstrationsort während der Weimarer Republik – und nachfolgend in der DDR unter anderen Rahmenbedingungen, aber unter Berufung eben auf diese Tradition – war eine Nachwirkung der im 19. Jahrhundert vorgesehenen Zweckbestimmung des Lustgartens. Noch beim Neubau des Palastes der Republik bezog sich Honecker auf eine solche – natürlich sozialistische – Sinnstiftung des Ortes.

Huldigung Friedrich Wilhelm IV im Lustgarten



Die gegenseitige Treueverpflichtung zwischen Fürst und Volk geschah durch die aus Anlass der Thronbesteigung ausgelösten Huldigungen. Deren Orte waren beim Großen Kurfürsten der zur Spree gelegene Schlosshof, bei Friedrich II. der Schlossplatz vor Portal 2 sowie bei Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV. der Lustgarten. Die Festdekorationen, das Erscheinen des Fürsten vor dem Volk und die sich an die Huldigung anschließenden Bewirtungen, die für die Vertreter der Stände im Schloss stattfanden, sollen nur erwähnt, aber nicht behandelt werden. Mit der nach der Revolution von 1848 oktroyierten Verfassung waren die Huldigungen alter Art gegenstandslos geworden. Vorher hatte der Versuch Friedrich Wilhelms IV. begonnen, den von ihm eingeführten Vereinigten Landtag an den Ort des Schlosses als Ausdruck des Primats des von Gott eingesetzten fürstlichen Regiments gegenüber der Vertretung des Volkes zu binden. Mit den Vereinigten Landständen wurde der Weiße Saal im Schloss neben seiner Funktion als Feierort nun auch Ort „parlamentarischer“ Versammlung, deren Eröffnung im Beisein des diplomatischen Corps und nach vorausgegangenen Festgottesdiensten beider Konfessionen im Dom und in der Hedwigs-kathedrale mit dem feierlichen Einzug der Ständevertreter, der königlichen Regierung, der Prinzen des königlichen Hauses und schließlich des Monarchen unter Vorantritt der großen Hofchargen und der Reichsinsignien in ein festgefügtes Zeremoniell eingebettet war. Vom Thron aus verlas der Monarch die ihm vom Ministerpräsidenten überreichte Thronrede.

Wesentlicher Gegenstand dieser Thronreden war seit 1847 die deutsche Einheit, die Friedrich Wilhelm IV. zunächst nur durch die moralische Vorbildwirkung Preußens sowie durch das Bünd-

nis der deutschen Fürsten herbeizuführen trachtete. Dieses spätromantische Staatsverständnis schlug in den sechziger Jahren mit den Thronreden in das Bekunden von Sachpolitik um, die nach den Kriegen von 1864 und 1866 erreichte Lage als Gunst der Stunde und auf der Grundlage des Machbaren zu nutzen und nicht wie in den Jahrzehnten zuvor die greifbaren Möglichkeiten zugunsten des Wünschbaren verstreichen zu lassen. Die Thronreden nach der Reichseinheit von 1871 waren dann der Bewahrung des Friedens und der Sicherung des Deutschen Reiches gewidmet.

Zum Ausdruck der Reichwerdung geriet die Bildergalerie vor dem Weißen Saal, die wohl unter Wilhelm I. wesentliche „Staatsgemälde“ aufnahm, die das Entstehen des Deutschen Reiches von der letzten Huldigung eines preußischen Königs bis zur Proklamation im Spiegelsaal von Versailles vor Augen führten. Der Bildergalerie vorgelagert waren die hochbarocken Staatsgemäcker, die noch im 19. Jahrhundert als Berufungsgrund der Staatsgründung Preußens von 1701 verstanden wurden und zusammen mit der Bildergalerie und dem Weißen Saal eine Bedeutungseinheit bildeten. Von der Gigantentreppe zog sich somit im zweiten Obergeschoss bis zum Weißen Saal über die gesamte Lustgartenfront die Folge der aus feierlichem Anlass immer noch nach bestimmtem Zeremoniell benutzten Festräume hin. Und kennzeichnend wiederum war es, dass Wilhelm II. die Ausstattung der Bildergalerie durch die Wandteppiche mit den Darstellungen der Taten des Großen Kurfürsten ersetzen ließ – die Berufung auf den Großen Kurfürsten schien ihm bedeutungsvoller gewesen zu sein als die Stationen der Reichsgründung.



Eröffnung der vereinigten Landtage im Weißen Saal

Unter den Staatsräumen befand sich der Thronsaal, in dem Friedrich Wilhelm IV. das Angebot der deutschen Kaiserkrone durch die Paulskirchen-delegation entgegennahm, um es später, weil nicht von seinen fürstlichen Bundesgenossen gemacht, abzulehnen. Die keinesfalls als belanglose Episode, sondern als hochsymbolischen Akt einzustufende Ausrufung der sozialistischen Republik durch Karl Liebknecht am 9. November 1918 setzt die Bedeutung als nationalem Ort ebenso fort wie der Akt der Sprengung des Schlosses durch Walter Ulbricht. Und damit gehören ebenso die Regierungserklärung Lothar de Maizières und die Gesetzgebungsverfahren der frei gewählten letzten Volkskammer, mit denen der Weg in die deutsche Einheit geebnet wurde, in die legitime Bedeutungskette des Ortes, selbst wenn sie nach dem Untergang des Berliner Schlosses an ein neues Gebäude gebunden war.

man sich zu bedienen hätte – den Raum, den Ort und die gegenständliche Assoziationsmöglichkeit. Die Wirkung der Botschaft wäre ähnlich der der sowjetischen Inschriften im Reichstag – die Mahnung, dass gegenwärtige Staats- und auch Lebensformen nicht einfach vom Himmel gefallen sind.



Angebot der deutschen Kaiserkrone

Schlussendlich muss die Frage aufgeworfen werden, ob die nur kurz zu skizzierende Bedeutung des Berliner Schlosses als Geschichtsort mit der Sprengung des Schlosses und der Asbestentsorgung des Palastes der Republik in darwinistischer Ergebnisform als nun endgültig begraben zu gelten hat oder ob nicht nach den Erfahrungen mit den eingangs geschilderten historischen Stätten die Botschaft des Ortes gewissermaßen aufgehoben und in die Zukunft transportiert werden sollte. Der Kern dieser Botschaft wäre das Ringen der Frühzeit um die heutige Form der Staatsverfassung und die Frage nach der deutschen Einheit. Über diese Frage hinwegzugehen hieße, den Ort wie die Wilhelmstraße oder das erste preußische Abgeordnetenhaus am Dönhofsplatz schlicht und einfach dem Vergessen auszuliefern. Der Verweis auf bestehende historische Stätten macht das Instrumentarium deutlich, dessen

Vorkonzept für eine künftige Nutzung des Berliner Schlossareals „Humboldt-Forum“

29. Oktober 2001

Die historische Mitte Berlins ist ein geschichtlich – politisch, kulturell und städtebaulich – stark vorgeprägter Ort: Das Erbe Brandenburg-Preußens, Reichshauptstadt in so unterschiedlichen Epochen, wie es Kaiserreich, Weimarer Republik und Drittes Reich waren, Hauptstadt der DDR, Teilung Deutschlands und der Stadt, der Prozess des Zusammenwachsens, die neue kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik, die Gegenwart als Sitz der Bundesregierung; die Zeugnisse Andreas Schlüters und Karl Friedrich Schinkels, die Vermächtnisse von Gottfried Wilhelm Leibniz, von Alexander und Wilhelm von Humboldt und von Hermann von Helmholtz. Die künftige kulturelle Nutzung des Schlossareals und seiner Umgebung kann und muss Elemente dieser Vergangenheit aufgreifen – einschließlich der Rolle, die der Palast der Republik für das Leben der Ostberliner gespielt hat –, sie muss aber zugleich ihren ganz eigenen Ansatz finden. Dieser Ort kann seine neue Identität nicht in der Wiederherstellung einer alten finden, sondern muss sich dem Neuen öffnen, eine eigene Attraktivität entwickeln und sich dabei seiner Traditionen bewusst bleiben.

Im Zentrum der kulturellen und wissenschaftlichen Nutzung soll der Dialog der Kulturen und der Wissenschaften stehen. Die Offenheit für die Kulturen der Welt (Dahlemer Sammlungen u.a.) sollte hier mit der Tradition wissenschaftlicher Forschung und ihren universalistischen Ansprüchen und Traditionen verbunden werden, vor allem indem die Verflechtungen zwischen unterschiedlichen, zwischen westlichen und nicht-westlichen Kulturen, zwischen Kultur und Wissenschaft, zwischen Tradition und Moderne für eine breite Öffentlichkeit erlebbar gemacht werden. Insbesondere soll auch ein Ort der Begegnung von Wissenschaft und Öffentlichkeit entstehen.

Der vorgeschlagene Titel „Humboldt-Forum“ ist in dreifacher Weise treffend: Er verweist auf den Humanismus (res et verba), die große Geschichte deutscher und Berliner Wissenschaft, aber auch auf die Faszination des kulturell Entfernten. Mit der Beteiligung der Zentral- und Landesbibliothek Berlin ist zudem gesichert, dass einem breiten Publikum ein multimedialer Zugang zu tiefergehenden Informationen angeboten wird. Zugleich muss das Schlossareal ein öffentlicher (Außen- und Innen-) Raum für die von kulturellen Interessen getragene Begegnung der Bürgerinnen und Bürger sein. Entsprechend ist sicherzustellen, dass die von den beteiligten Institutionen beanspruchten Flächen hinreichend Raum lassen für Orte der kulturellen Begegnung, für Veranstaltungen aller Art, für Aufführungen darstellender Kunst und für eine vielfältige Gastronomie.

Das „Humboldt-Forum“ als Ort des Dialogs der Kulturen und der Wissenschaften, der kulturellen Begegnung im Raum der Öffentlichkeit, umfasst

a. als Hauptnutzer die außereuropäischen Sammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz (in Korrespondenz zu den Sammlungen der Museumsinsel, dem Ort für die europäische Bildungslandschaft), die Sammlungen der Humboldt-Universität, die wohl bedeutendsten wissenschaftsgeschichtlichen Sammlungen Deutschlands, die Zentral- und Landesbibliothek Berlin,

b. ergänzend weitere Einrichtungen wie das Ibero-Amerikanische Institut der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und Institutionen, die mit – zumal ausländischen – Künstlern und Wissenschaftlern arbeiten, wie die Alexander von Humboldt-Stiftung, die im „Humboldt-Forum“ Teile ihrer Organisation ansiedeln kann,

c. als institutionellen Eigenbereich einen großen Veranstaltungs- und Begegnungssektor mit Möglichkeiten für Theater-, Film-, Musik- und Tanz-Aufführungen und mit vielfältiger Gastronomie.

In unmittelbarem Zusammenhang damit soll auf der Schlossfreiheit – in Verbindung mit dem Wissenschaftskolleg Berlin und anderen wissenschaftlichen Institutionen – ein kulturwissenschaftliches „Humboldt Collège“ entstehen, das Wissenschaft mit Ausstellungen und Veranstaltungen verbindet, das für den reflexiven Bezug und für die kritische Auseinandersetzung zwischen Kunst und Wissenschaft, zwischen allen Weltkulturen, zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit eintritt und Forscher aus aller Welt zusammenführt.

Als ungefähre Flächenrelationen für die Nutzungen auf dem Schlossplatzareal werden angenommen:

• Stiftung Preußischer Kulturbesitz (Dahlemer Museen und Ibero-Amerikanisches Institut)	37%
• Zentral- und Landesbibliothek Berlin	31%
• Humboldt-Universität	9%
• Gemeinsame Flächen	9%
• Saalbereich	3%
• Gastronomie	3%
• Gewerbliche Nutzungen	2%
• Zusätzliche Verkehrsflächen (Hauptfoyer)	6%

Die Zueinanderordnung und das Ineinandergreifen der Bereiche des „Humboldt-Forums“ sollen nicht von den einzelnen Institutionen her, sondern funktional, nicht additiv, sondern integrativ erfolgen. Dabei sollen die jeweiligen Kernkompetenzen der beteiligten Einrichtungen jedoch erhalten bleiben.

Im Sinne einer geistigen – nicht als stereometrische Vorgabe gedachten – Architektur besteht das „Humboldt-Forum“ aus

- dem „Portal der Kulturen“ als Plattform des urbanen Lebens mit Kongress- und Veranstaltungssälen, Auditorien, Kinos, Läden (vor allem Bücher- und Museumshops), Cafés und Restaurants,
- dem „Forum des Wissens“, wo das in den Beständen der Landesbibliothek und den Objekten der Wissenschaftssammlungen gespeicherte Wissen erschlossen und als Mittel zum Weltverständnis inszeniert wird,
- dem Bereich der Kontinente, der auf vier Ebenen die Kulturen der außereuropäischen Erdteile präsentiert, und zwar in jeweils drei „Konzentrischen Kreisen“, wo in völlig neuartiger Zuordnung von „gläserner“ Datenbank und kulturkundlichem Archiv (innerer Kreis), Kulturvergleich (mittlerer Kreis) und Kunst (äußerer Kreis) die außereuropäischen Sammlungen der Dahlemer Museen erschlossen werden,
- einer „Ausstellungsplattform“ als Aktionsebene für Projekte und Sonderausstellungen.

Die Schnittstellen des „Humboldt-Forums“ zur Gesellschaft ergeben sich aus seiner Struktur. Im Zentrum des urbanen und touristischen Lebens der Hauptstadt Berlin gelegen, entwickelt es Attraktivität durch ein breit gefächertes Veranstaltungsprogramm mit Film, Musik, Tanz und Theater bis in die späten Abendstunden, durch eine vielfältige Gastronomie und durch Läden. Als internationaler Veranstaltungsort mit eigenem multifunktionalem Saal für bis zu 2.000 Personen bietet es Möglichkeiten für offizielle und gesellschaftliche Großereignisse von internationalem Rang. Als integrativer und interdisziplinärer Wissens- und Erlebnisraum für die Kommunikation der Kulturen ist das „Humboldt-Forum“ ein Ort des Diskurses der internationalen Wissenschaft und der Wissenschaftler in ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, für den die Einbeziehung der Öffentlichkeit und deren aktive Teilhabe mit konstituierend ist.

Das programmatisch Neue des „Humboldt-Forums“ liegt darin, dass es

- den Dialog der Kulturen der Welt institutionalisiert und vitalisiert,
- sich als Labor und Prozess der Welterkenntnis und des wissenschaftlichen Diskurses organisiert,
- eine Verbindung von Text- und Bildkulturen realisiert,
- sich auf Leibniz, auf die Brüder Humboldt und auf Helmholtz als geistige Väter bezieht, Kunst und Wissenschaft in ihrer unauflösbaren Verbindung vorführt und als gleichberechtigte Wege zur Welterkenntnis vermittelt.

Zur Vorstellung und zur Weiterentwicklung des Nutzungskonzepts für das „Humboldt-Forum“ sollte im Staatsratsgebäude eine Art „DenkBox Historische Mitte Berlins“ eingerichtet werden, wo über die Geschichte des Ortes, die konzeptionelle Entwicklung der Nutzungszusammenhänge auf dem Schlossareal und der umgebenden Stadtbereiche und über die Bauplanungen und den Stand ihrer Ausführungen (einschließlich Museumsinsel) informiert wird. Die DenkBox wäre somit der Ort, an dem nicht nur die Fachwelt, sondern auch die allgemeine Öffentlichkeit unmittelbar an dem Diskurs beteiligt wird.

Denkmalpflegerische Aspekte der Neugestaltung der Historischen Mitte

19. November 2001

Der Standort des vormaligen Berliner Schlosses auf der Spreeinsel repräsentiert einen einzigartigen historischen Ort der deutschen Hauptstadt, die wohl bedeutendste historische Stätte von Berlin. Einen Teil seiner außergewöhnlichen, auf jeden Fall überlokalen, weil bundesweiten oder gar internationalen Bedeutung bezieht dieser historische Ort aus seiner Denkmalbedeutung, genauer aus den Denkmalschichten, die hier materiell überliefert und erfahrbar geblieben sind. Die Denkmaltatsachen vor Ort sind aber nicht nur vielschichtig und auf eine für die deutsche Geschichte charakteristische Weise widersprüchlich – sie sind auch derart fragmentarisch und rudimentär erhalten, dass sie die historische Bedeutung dieses Ortes nur bruchstückhaft vergegenständlichen und einer sinnfälligen Ergänzung oder eben einer interpretierenden Fortschreibung der Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft bedürfen, die über den konservatorischen Erhaltungsauftrag der Denkmalpflege hinausweist.

Denn: Im konservatorischen Verständnis der Bau- und Bodendenkmalpflege sind Denkmale Zeugnisse der Vergangenheit, also materialisierte Geschichte; sie entstammen der Vergangenheit und sind am historisch überlieferten Gegenstand auf die Vergangenheit hin befragbar, also sozusagen authentische Quellen einer Vorgeschichte, die von jeder Generation immer wieder neu interpretiert werden können, ohne diesen einzigartigen Informationswert für zukünftige Fragestellungen einzubüßen. So verstanden sind Denkmale immer mehr als gut gemeinte oder gelungene Illustrationen oder Erklärungsmodelle der Gegenwart für unsere Vergangenheit, sondern materialisierte Geschichte oder eben Geschichte gewordene Erzeugnisse (aus) der Vergangenheit. Denkmale als Geschichtszeugnisse sind zeitlich in Substanz und Form an die Vergangenheit gebunden, bezeugen deshalb unmittelbar Geschichte und spiegeln diese wider – Denkmodelle in Form von Abbildungen oder Nachbildungen verlorener Denkmale liefern als Gegenwartszeugnisse sozusagen zeitgenössische Geschichtsbilder, die sich die gegenwärtige Entstehungszeit nach bestem Wissen und Gewissen von der Vergangenheit macht.

Denkmale sind nur ein spezifisches historisches Medium unter vielen oder stehen nur für einen Ausschnitt unseres materiellen kulturellen Erbes (Archive – Archivalien bzw. Urkunden; Museen – Exponate bzw. Sammlungen etc.). Auch als Medium der historischen Bildung oder Geschichtsvermittlung bieten sie nur einen spezifischen Zugang unter anderen Darstellungs- und Vermittlungsformen (Texte, Bilder, Spiel etc.).

Steine sprechen nicht, auch Denkmale nicht und noch viel weniger stehen sie für die Geschichte schlechthin oder erklären diese gar. Der Bitte der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“, denkmalpflegerische Aspekte einer Neugestaltung der Spreeinsel beizusteuern, also insbesondere konservatorische und archäologische Erhaltungsinteressen im Kontext mit dem Standort des ehemaligen Stadtschlusses vorzustellen, soll deshalb vor allem im Hinblick auf die in die Gegenwart überkommenen Bodendenkmale und Baudenkmalspolien der Schlossvergangenheit, die denkmalrelevanten Aspekte und Schichten des Palastes der Republik sowie die Denkmalumgebung dieses historischen Ortes oder Schauplatzes entsprochen werden.

1. Das Berliner Schloss

Einen reichhaltig illustrierten Überblick über die in Verantwortung des Landesdenkmalamtes verwahrten Bodenfunde (bewegliche Bodendenkmale) und Baudenkmalfragmente bzw. Denkmalbefunde des Berliner Schlosses enthält die dem Vorsitzenden der Expertenkommission, Herrn Dr. Hannes Swoboda, mit Datum vom 9. Juli 2001 zugegangene Dokumentation der im Depot des Landesdenkmalamtes sowie im Depot des Museums für Vor- und Frühgeschichte magazinierten und katalogisierten historischen Bauteile und Fundstücke. Eine Art erster Zusammenschau der archäologischen Untersuchungs- und Grabungsergebnisse liefert die bereits allen Mitgliedern der Expertenkommission vorliegende Veröffentlichung „Geschichtswerkstatt Spree-Insel. Historische Topographie – Stadtarchäologie – Stadtentwicklung“, die 1998 als Tagungsband eines historisch-denkmalpflegerischen Fachsymposiums (1997) unter dem gleichen Titel erschienen ist.

1.1 Bodendenkmal

Die gegen Mitte der 1990er Jahre aufgenommenen archäologischen Voruntersuchungen und Grabungen am Schlossstandort verfolgten zwei Ziele: zum einen dienten sie der stadt- und landesgeschichtlichen Forschung sowie Dokumentation des Schlossstandortes, zum anderen der Vorbereitung oder Vorklärung bodendenkmalpflegerischer Möglichkeiten zur Erhaltung und Einbeziehung in situ befindlicher Denkmalschichten in eine kommende Gestaltung dieses Ortes.

Ermittelt und auf Erhaltungsmöglichkeiten untersucht werden sollten also insbesondere auch solche historisch aussagefähigen Bodendenkmale, die gewissermaßen als untergründige Restbestände bzw. als Keller- und Fundamentschichten des verlorenen Bau- und Kunstdenkmals in ein künftiges Bauvorhaben integriert werden

sollten, um etwa im Sinne eines archäologischen Kellers (Spandau) oder archäologischen Fensters substanziell in situ erhalten oder nach einer Konservierung/Restaurierung gleichsam museologisch als Präparat/Exponat wieder Eingang zu finden und für Nutzer oder Besucher am historischen Standort glaubwürdig die Vorgeschichte des Standortes zu bezeugen. Neben einer allgemein zugänglichen Einbindung von Bodendenkmalteilen des Schlosses oder archäologisch relevanten Funden über die Untergeschosse des neuen Bauvorhabens wären auch eine Erschließung der Fundstellen in Verbindung mit der geplanten U-Bahnführung und -ausgängen sowie Anlagestellen denkbar. Außerdem böte sich als eine historische Ortsmarkierung auch eine interpretierende Dokumentation der seit 1873 in mehreren Grabungsphasen (1873/80; 1928/30; 1960/61; 1971; 1990/1997) ermittelten archäologischen Ergebnisse oder archivalisch bekannter Vorgängerschichten in der Gestaltung der Freiflächen an (Straßen, Platz- und Vorplatzflächen), wie sie etwa zur Kenntlichmachung des ehemaligen Mühlengrabens im Zuge der Uferpromenade am Staatsratsgarten jüngst erfolgte (vgl. auch Bethlehemkirchplatz mit Grundriss in Platzpflasterung).

Den Grabungen voraus gingen geophysikalische Messungen der Schlossgrundfläche und Archivauswertungen, die aufgrund der erkennbaren Störungen im südlichen Schlossareal sowie der Einschränkung von Grabungsfeldern außerhalb der Verkehrsflächen (Straßenland etc.) den Ausschlag für vertiefte archäologische Untersuchungen im Bereich der erkennbaren Schlosskellerflächen sowie von unterkellerten Freiflächen auf der Nordseite des ehemaligen Schlosskomplexes gaben, zumal dort auch Aufschlüsse über die mittelalterliche Stadtbefestigung von Alt-Cölln und sowie das bekanntlich gescheiterte Schlüter-Projekt des Münzturmes (Wasserturmes) erhofft werden konnten. Insgesamt erstreckte sich die Grabung über eine Fläche von rund 2.400 m².

Zu den wichtigsten Ergebnissen der archäologischen Bestandsaufnahme nach dem Mauerfall zählen die im nordwestlichen Bereich ermittelten mittelalterlichen Befunde, darunter auch Abschnitte von Mauerfundamenten der ehemaligen Stadtbefestigung und ein angeschnittenes viertelkreisförmiges Turmfundament, das als Art Pendant zu dem 1971 archäologisch erfassten „Grünen Hut“ (in den Schlossbau einbezogener Stadtmauerturm) gelten könnte. Außerdem ließen sich als neuzeitliche (nachmittelalterliche) Befunde die Fundamente des Münzturmprojektes (1572–1618), des Ballhauses (1572–1659) sowie die Keller der barocken Schlosserweite-

rung (1707–1713) mit dem im ausgehenden 19. Jahrhundert ausgebauten Untergeschoss nachweisen. Obwohl die Grabungen nicht bis auf die anstehenden Böden in Tiefe gehen konnten und auf eine Fundamentunterfahrung verzichtet wurde, darf als gesichert gelten, dass die nachmittelalterliche Schlosserweiterung nach Westen auf dem einplanierten Gelände der Cöllner Stadtbefestigung erfolgte. Die ebenfalls in den letzten Jahren gewonnenen punktuellen archäologischen Aufschlüsse vor dem Staatsratsgebäude bestätigten und ergänzten Ergebnisse von Altgrabungen im Bereich des alten Berliner Domes bzw. des Dominikanerklosters einschließlich Pfeiler- und Mauerfundamente, Gruftbestatungen und Kirchhofbeisetzungen sowie den Verlauf des vormaligen Mühlen-/Schleusengrabens.

Die im letzten Jahrzehnt auf Antrag des Abgeordnetenhauses von Berlin aufgenommenen archäologischen Voruntersuchungen und Grabungen, die als planungs- und bauvorbereitende Maßnahmen angelegt waren, mussten aus Kostengründen nach dem ersten Arbeitsschritt unterbrochen bzw. eingestellt werden; immerhin gelang es, die beiden Grabungsfelder mit dem Bodendenkmal der Schlosskellerabschnitte provisorisch zu sichern und für das interessierte Publikum offen zugänglich zu halten. Als Desiderate für archäologisch verantwortbare Planungsvorgaben zur Neugestaltung des Standortes stehen allerdings immer noch aus:

- eine flächendeckende Vervollständigung der geophysikalischen Messungen zwischen der existierenden Bebauung, also einschließlich Schlossfreiheit, Straßenland und anderen mutmaßlich ungestörten archäologischen Interessensgebieten;
- ein archäologisches Kellerkataster bzw. eine archivalische Bestandsaufnahme der im Boden befindlichen Altersschichten (Bauphasenkartierung) für alle überbauten und nicht überbauten Flächen der Spreeinsel (Museumsinsel, Schlossinsel, Alt-Cölln, Fischerinsel);
- ergänzende Grabungen der geophysikalisch dokumentierten Restflächen des nördlichen Schlossareals (Keller des westlichen Lustgartenflügels, Böhme-Bau; angrenzende unüberbaute Flächen).

1.2 Bewegliche Bodendenkmäler – deponierte Bodenfunde

Aus der Sprengung und Abtragung des Berliner Schlosses fielen etwa 90.000 m³ Trümmerschutt an, die zu diesem Zeitpunkt bereits geräumten Kriegstrümmer nicht eingerechnet. Zwischen 15.000 und 20.000 m³, also vielleicht ein Fünftel der Gesamtschuttmenge der Schlosssprengung, sollen in die nicht tiefenenttrümmerten Schloss-

keller verfüllt bzw. auf den Kellerböden zwischen Kellerwänden zurück gelassen worden sein. Die im archäologischen Eingangsmagazin des Landesdenkmalamtes Berlin verzeichneten und im Depot des Museums für Vor- und Frühgeschichte (Staatliche Museen zu Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz) eingelagerten Bodenfunde der Schlossgrabung umfassen rund 400 Positionen bzw. Katalognummern, die sich auf sehr heterogene kulturhistorische Bestände beziehen. Dabei handelt es sich sowohl um stark fragmentierte Bauteile und Baumaterialreste, als auch um Gebrauchsgegenstände etc., die wohl aus dem Bauwerk stammen. Unterscheiden lassen sich Befundgruppen wie:

- Stein-, Gips-, Marmor- oder Stuccolustrofragmente oder dergleichen;
- Baumaterialien, Baugeräte, Werkzeug, Installationsteile etc.;
- Brennmaterialien, Heizungsrückstände und Werkzeuge, Rohre etc.;
- Kanister, Bestecke oder ähnliche Utensilien des 20. Jahrhunderts;
- vereinzelte kunsthistorisch oder kunsthandwerklich qualitätvolle und als Belege erhaltenswerte Reste von Ausstattungselementen (Offenplatten, Kaminplatten/-verkleidungen, Bauderation etc.).

Andere Schlossbauwürmer bzw. -bauschuttbestände, die teils der Enttrümmerung nach 1945, teils der Beräumung nach der Sprengung 1950/51 entstammen, sind bekanntlich nachgewiesen und grob lokalisiert für Geländeauffüllungen und Trümmerdeponien in und um Berlin, wie Friedrichsfelde, Friedrichshain (ca. 16.000 m³. einschließlich Kriegstrümmer), Seddin-See und Schwanebeck. Weitergehende Hinweise (oral history, archivalisch etc.) auf Schlossreste im Tierpark (Affenfelsen), Stadion der Weltjugend, Bahndämme oder andere Trümmerberge in Berlin ließen sich bisher nicht erhärten oder archivalisch bzw. durch Sondierungen vor Ort bestätigen. Mit Sicherheit ist davon auszugehen, dass die bislang archäologisch nicht erschlossenen und ausgewerteten Kellerbereiche weitere Schlossbefunde, Fragmente der raum- und baukünstlerischen Ausstattung sowie sonstige aufschlussreiche historische Kulturgüter zutage fördern. Eine Fortsetzung bauvorbereitender Grabungen in den bereits geophysikalisch dokumentierten Teilflächen steht weiterhin aus und ist unerlässlich für eine der historischen und städtebaulichen Bedeutung des Ortes angemessene Planung.

1.3 Stadtschlossfragmente

Anlässlich des Schlossabbrisses sind schätzungsweise etwa 2.000 Teile mit dem Ziel der Befunddokumentation, einer musealen Präsentation von Bauschmuck- und Ausstattungselementen oder der Einbeziehung von Spolien in Neubauvorhaben „kontrolliert“ ausgebaut und von unterschiedlichen Kulturdienststellen sowie interessierten Privatpersonen geborgen und eingelagert worden. Gegen 1995 konnte eine von der Berliner Schlösser- und Gärtenverwaltung in Auftrag gegebene Katalogisierung noch rund 200 Schlossbau- und -ausstattungsteile in der Obhut öffentlicher Sammlungen bzw. Depots der Denkmalpflege und der Museen registrieren; ein Vorbericht des Inventarisationsprojektes, das nach 1993 aus Personal- und Finanzierungsgründen zum Erliegen kam, erschien 1992 (Regine Hanemann: Das Berliner Schloss. Ein Führer zu einem verlorenen Bau. Aus Berliner Schlössern, Kleine Schriften XII); eine geplante Fortsetzung und Ausweitung des groß angelegten Vorhabens unter Einbeziehung sämtlicher öffentlicher Einrichtungen sowie privater und halbprivater Sammlungen und der Kunstwerke sowie Möbelstücke etc. des Schlosses kam bisher nicht zustande.

Im Bauteildepot des Landesdenkmalamtes Berlin sind unter den über 350 Katalognummern auch 20 Positionen bestehend aus über 20 Natursteinteilen mit einem Gesamtgewicht von rund 35 Tonnen verzeichnet, also rund 10 bis 20 Prozent der bisher in öffentlichen Kulturinstitutionen ermittelten Schlossspolien. Der vom Kunsthistorischen Institut der Humboldt-Universität unter Leitung von Annette Dorgerloh im Rahmen eines Studienprojektes inventarisierte Schlossbestand des Landesdenkmalamtes lässt sich in vier Komplexe gliedern:

- Bauteilkomplex Portal V mit vier Positionen (11 Einzelteilen), insbesondere den Pilasterhermen „Frühling“ und „Sommer“ aus dem ikonographischen Jahreszeitenprogramm der Lustgartenfront;
- Bauteilkomplex Portal III (Eosanderportal) mit fünf Positionen, darunter dem Kopf der Fama-Figur aus dem Bogenfeld bzw. Zwickelfeld;
- Bauteilkomplex Schlüterhof mit sechs Positionen (ca. 12 Teile), bestehend aus Säulen und Säulenfragmenten und Kapitellen sowie vier Zementsteinabgüssen (für die inzwischen wieder abgerissene Sport- und Kongresshalle von Richard Paulick an der Stalin- bzw. Karl-Marx-Allee) der – im Bodemuseum aufbewahrten – Originalbildwerke der Portalrisalitfiguren;
- Restkomplex mit vier Positionen von Fassaden- und Bauschmuckfragmenten, die bisher nur teilweise identifiziert oder lokalisiert werden konnten.

Als ausgesprochenes Desiderat für alle Gestaltungs- und Nutzungsüberlegungen zum Schlossstandort ist der Mangel einer wissenschaftlich seriösen Erfassung und Dokumentation aller heute in öffentlichen Einrichtungen oder privaten Sammlungen zugänglichen Schlossbauteile und -ausstattungsstücke zu bewerten, die im Hinblick auf eine glaubwürdige architektonische Einbindung in ein Neu- oder Nachbauvorhaben oder auf eine museale Präsentation als Ausstellung oder Besucherdepot im historischen Standortzusammenhang auch restauratorische Voruntersuchungen bzw. Schadenskartierungen einschließen müssten. Es fehlt aber nicht nur ein mit wachsendem Kenntnis- und Forschungsstand fortschreibbarer „virtueller“ Katalog bzw. ein EDV-gestütztes Inventar (Text, Bild, Maß- und Materialangaben, Datierung, Bestimmung, Herkunft, Standort/Verbleib, Dokumente etc.) der im öffentlichen und privaten Besitz sichergestellten Bau- und Ausstattungsteile des Schlosses, sondern mehr noch überhaupt eine qualifizierte gemeinsame Arbeitsstelle, die – ungeachtet aller Eigentumsfragen – zunächst einmal als Erfassungs- und Sammelstelle für potentielle Interessenten und Leihgeber dienen könnte, also ein Befund- und Arbeitsdepot, in dem eine systematisierte Bestandserhebung erfolgen (vgl. Dresden, Potsdam etc.) und das als eine Art provisorische „Geschichtswerkstatt Spree-Insel“ am historischen Ort zugleich vorbereitende Öffentlichkeitsarbeit leisten könnte.

2. Palast der Republik

Die Beurteilung der Bedeutung eines Baudenkmals setzt in der Regel eine gewisse zeitliche Distanz zwischen dem Urteilenden und dem beurteilten Gegenstand voraus. Lange galt der Zeitraum von 30 Jahren – einer Generation – als für die Beurteilung von Baudenkmalen erforderlicher zeitlicher Abstand. Inzwischen hat sich anstelle einer abstrakten Zeitgrenze der Begriff der abgeschlossenen Kulturepoche eingebürgert, dem ein Baudenkmal angehören müsse. Was den Palast der Republik betrifft, so gehört dieser zusammen mit der DDR unzweifelhaft einem mit der Vereinigung abgeschlossen politischen Zeitabschnitt an. Aber bis heute fällt es schwer, diese Nachkriegsphase nüchtern und aus dem gebotenen Abstand zu betrachten. Gerade dies wird aber bei einer Beurteilung der Denkmalbedeutung des Palastes der Republik verlangt.

Bis zu seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wurde die Mitte Berlins vom Berliner Schloss beherrscht, das als der bedeutendste barocke Profanbau in Norddeutschland galt. Vor 50 Jahren wurden die letzten Teile der Schlossruine gesprengt, um einem Aufmarschplatz und einer

sozialistischen Neugestaltung des Berliner Zentrums Platz zu machen. Dennoch blieb das stadträumliche Vakuum, welches das Schloss hinterlassen hatte, zwanzig Jahre ungefüllt. Erst 1973–76 entstand auf einem Teilbereich des alten Schlossbezirks der Palast der Republik, der mit seiner Doppelfunktion als Kulturhaus und Parlamentsgebäude die aus den fünfziger Jahren stammende Idee eines Regierungsgebäudes als sozialistische Stadtkrone ablöste.

Die Wahl des Standortes erfolgte trotz zwischenzeitlicher Planänderungen mit Konsequenz. Sie stellte den Abriss des Schlosses nicht nachträglich in Frage, sie hob den Neubau auf die Bedeutungsebene des historischen Ortes bei gleichzeitiger Formulierung einer sozialistischen Alternative – und sie fand eine bauliche Lösung für das jahrzehntelange Vakuum an diesem wichtigsten Ort im Berliner Stadtraum. Gerade die Wahl des Standorts erschwerte jedoch heute die unvoreingenommene Beurteilung des Bauwerks, da die öffentliche Meinung dieses unausgesprochen der Konkurrenz des nicht mehr vorhandenen Schlosses aussetzt. Stünde der Bau an anderer Stelle, etwa am Alexanderplatz oder an der Friedrichstraße, würde seine Bedeutung nicht derart kontrovers und mit Leidenschaft diskutiert werden, wie dies immer noch der Fall ist. Der Palast der Republik stellt das städtebauliche Gelenk zwischen der „historischen“ Achse Unter den Linden und dem weiträumig konzipierten, von Wohn- und Geschäftshäusern umsäumten öffentlichen Raum des Marx-Engels-Forums zwischen Karl-Liebknecht- und Rathausstraße dar, in dessen stadträumliche Gesamtgestaltung ältere erhaltene Bauten, wie die Marienkirche, das Rathaus und der Marstall einbezogen wurden. Durch seine Lage bildet der Palast der Republik einen nach Osten und nach Westen gerichteten doppelten visuellen Akzent im Stadtgefüge: Als Blickpunkt schließt er die Linden nach Osten hin räumlich ab, gleichzeitig stellt er über die Spree hinweg die westliche Platzwand des Marx-Engels-Forums dar. In diesem Konzept bildet der Fernsehturm mit seiner Umbauung zum Palast der Republik das östliche Gegenstück.

Der Baukörper des Palastes, ein asymmetrisch konzipierter, 180 m langer, 85 m breiter und 36 m hoher blockartiger liegender Quader, ist ein zur Stabilisierung innen mit Betonkernen versehener sechsgeschossiger Stahlskelettbau. Im Erdgeschoss ist das Gebäude – sofern nicht verglast – mit Granit verkleidet und in den Obergeschossen mit weißem Marmor und einer vorgehängten Rasterfassade aus Stahl und Glas versehen. Der Bau wird durch einen querliegenden, nach Norden verschobenen Mittelteil in einen größeren

südlichen und einen kleineren nördlichen Teilbereich unterteilt. Eine den beiden Längsseiten vorgelegte auskragende Terrasse in Höhe des ersten Obergeschosses und die Schattenkante des zurückgesetzten verglasten Erdgeschosses setzen den eigentlichen Kubus vom Erdboden ab. Der Mittelteil beherbergt das Hauptfoyer mit Haupttreppen, Wandelgängen und Garderoben. Hier befindet sich der auf den heutigen Schlossplatz ausgerichtete Haupteingang. Im nördlich daran anschließenden Teil befindet sich der 800 Plätze umfassende Plenarsaal der ehemaligen Volkskammer mit Nebenräumen und darunter befindlichen Bars und Restaurants. Der südliche Teil beherbergt den variablen, großen Kongresssaal mit 5.000 Plätzen. Bei der Grundrissgestaltung fällt auf, dass sowohl die sechseckige Form des multifunktionalen Kongresssaales im südlichen Teilbereich des Gesamtbaues wie auch die geknickte Trapezform des Volkskammersaales im nördlichen Teil jeweils in den festen, rechteckigen äußeren Rahmen des Gesamtbaues eingebettet sind und sich keineswegs auf die äußere Form des Baues auswirken. Die beiden genannten Hauptnutzungen des Baues markieren sich äußerlich nur in den beiden hohen Attikageschossen beiderseits des Foyerbereiches, der im Gegensatz dazu flach gedeckt ist.

Wie andere Bauwerke auch muss der Palast der Republik im Kontext der zeitgenössischen Architektorentwicklung beurteilt werden. Als Bau der siebziger Jahre hält er einem Vergleich mit zeitgenössischen Kongressbauten und Versammlungsstätten durchaus stand. Im Prinzip treten unter ihnen in den sechziger und siebziger Jahren zwei formale unterschiedliche Varianten auf, von denen sich die eine als komplex gestaffelte, geschichtete und geknickte Großform beschreiben lässt, während die andere einen strengen quaderförmigen Umriss aufweist. Vorherrschend ist die erstgenannte Form, die sich auf das organische Bauen, z.B. die Berliner Philharmonie von Hans Scharoun, zurückführen lässt. Beispiele dafür sind das 1972 eröffnete, von Alvar Aalto stammende Konzert- und Kongresszentrum von Helsinki und das 1973 fertig gestellte Hamburger Kongresszentrum von Jost Schramm und Gerd Pempelfort. Seltener wurde als äußere Form für Kongressbauten in den sechziger und siebziger Jahren der lang gestreckte Rechteckkubus gewählt, welcher letztlich auf die klassische Moderne zurückgeht. Hierzu gehört das Kongress- und Ausstellungszentrum von Chicago (1973), das wie der Palast der Republik zwei durch eine Passage getrennte, unterschiedlich gewichtete Hauptnutzungen mit aus der Mitte verschobener Erschließungsachse enthält. Als Vorbild ist hier Mies van der Rohes Entwurf für das Mannheimer

Theater (1953) zu nennen, das aus zwei gegenüberliegenden, trapezförmigen Versammlungsräumen besteht, die in einem lang gestreckten Kubus untergebracht sind.

Für die Grundrissform der Mehrzwecksäle in Kongresszentren, aber auch für Theater- und Konzertbauten hat sich in den sechziger und siebziger Jahren – so auch beim Palast der Republik – aus akustischen Gründen ein Sechseck oder Trapez, seltener ein Fünfeck durchgesetzt. Bereits Paul Baumgartens klassisch streng konzipierter Berliner Konzertsaal der Hochschule der Künste von 1955 weist für den eigentlichen Saal einen lang gezogenen Sechseckgrundriss auf, der in einen Rechteckrahmen eingebettet ist (vgl. Kulturhaus Schwedt). Es erscheint plausibel, dass für die Erbauer des Palastes der Republik als äußere Form die Variante der gestaffelten und geknickten Großform wegen des angestrebten städtebaulichen Zusammenhangs mit der Umgestaltung zwischen Außenministerium und Fernsehturm nicht in Frage kam, und das weitere gestalterische Ziel, den Palast in seine historische Nachbarschaft einzubetten, die strengere Formvariante des liegenden Quaders erzwang.

Bei dem 1973 bis 1979 errichteten, futuristische Weltraumarchitektur assoziierenden Internationalen Congress Centrum in Berlin-Charlottenburg von Ralf Schüler und Ursulina Witte wurde zum ersten Mal die Tragkonstruktion als ein die Gestaltung ganz wesentlich bestimmendes Motiv herausgebildet. Interessant ist, dass beim Palast der Republik die gleiche Konstruktionsart gewählt wurde; wie dort sind auch hier die Obergeschosse an Stahlfachwerkbindern aufgehängt. Beim Palast der Republik hat man jedoch die Fachwerkbinder hinter hohen Attiken versteckt. Es scheint plausibel, dass sich eine ähnliche Herausstellung der Tragkonstruktion wie beim ICC verbot, weil es den Architekten darum gehen musste, eine sichtbare Parallele zum Westberliner Kongresszentrum zu vermeiden.

Im Gegensatz zu den Vorgängerprojekten aus den fünfziger und sechziger Jahren war dem Entwurf offenbar daran gelegen, den mit historischen Bauten, wie dem Zeughaus, dem Alten Museum, dem Dom, dem Marstall und dem Staatsratsgebäude mit Schlüterportal vorgegebenen gestalterischen Rahmen zu wahren. Der Palast der Republik sollte auf der Spreeinsel als „primus inter pares“ eine legitime Weiterentwicklung des Vorhandenen darstellen. Nicht mehr ein dominanter Bruch mit der Vergangenheit war im Stadtbild zu manifestieren, wie noch in den Planungen zwanzig Jahre zuvor, sondern Kontinuität. Ja, fast möchte man von einer Art

verspäteter Stadtreparatur an dem eine Generation zuvor im ideologischen Unverstand begangenen Kahlschlag auf der Spreeinsel sprechen. In der Höhenentwicklung hält sich der Palast der Republik ebenfalls zurück. Mit der Verschiebung des Eingangsbereichs nach Norden nimmt er ähnlich wie die ehemalige Schlossfassade Bezug auf die Sichtachse der Straße Unter den Linden, jetzt aber mit einem um 90 Grad gedrehten Baukörper – einem der Kunstgriffe der Palastarchitekten. Mit der Drehung bezeugten sie an diesem bedeutsamen Ort nicht nur den städtebaulichen, sondern auch den politischen Wandel im zweiten deutschen Staat: Weg vom feudalen Schloss und hin zum Palast des Volkes.

Interessant ist die Tatsache, dass die Erbauer des Palastes mit der Kombination von Parlaments- und Kongresssaal diesen in einen ideengeschichtlichen Zusammenhang mit den Ergebnissen des Wettbewerbs von 1931 zum Bau des Moskauer Sowjetpalastes gestellt haben. Wenn sich auch die damaligen, sehr wirkungsvollen Entwürfe in der vierzig Jahre späteren Gestaltung des Palastes nicht wieder finden, weist dieser doch in der Zuordnung der beiden Funktionsbereiche zueinander und in der verhaltenen Nobilitierung durch die Attikaaufsätze feinsinnige gestalterische Bezüge zu seinen ideengeschichtlichen Vorläufern auf, auf deren große gestalterische Gesten die etablierte Staatsmacht zugunsten der erwähnten Einheitlichkeit mit den benachbarten historischen Bauten, die sie zugleich als Legitimationsmittel vereinnahmte, verzichtete. Mit der Unterbringung des Plenarsaals der Volkskammer im nördlichen Teil des Palastes verfolgte man die Absicht, diesem den historischen Ort zuzuweisen, von dem Karl Liebknecht am 9. November 1919 die sozialistische Republik ausgerufen hatte. Dieser sehr subtile Bezug zu einem politisch weit zurückliegenden, eher marginalen Ereignis wurde inzwischen durch ein handfestes Ereignis, von großer politischer Tragweite, ergänzt: Am 28. August 1990 hat hier die erste frei gewählte Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Palast der Republik in seiner architektonischen Gestaltung und in seinem städtebaulichen Zusammenhang keineswegs das banale Gebilde darstellt, als das er häufig wahrgenommen wird, sondern sich durchaus auf der Höhe der zeitgenössischen Architekturentwicklung befindet. Die Erwartung, dass er wegen seiner Anspruchshaltung mit den Meisterwerken der klassischen Moderne hätte Schritt halten müssen, dürfte unangebracht sein, wie für die meisten prominenten Bauwerke der siebziger Jahre in Ost und

West. Er besitzt jedoch als bauliches Zeugnis für die DDR-Geschichte insgesamt und für die Ära Honecker (Weite und Vielfalt) insbesondere einen geschichtlichen Zeugniswert, wie ihn wohl kein zweiter zeitgenössischer Bau aufzuweisen hat. Diese Bedeutung vermag der Bau durch seine bauliche Gestalt sehr deutlich zu vermitteln.

In den siebziger Jahren stellte der Palast der Republik das zentrale Bauvorhaben der DDR dar, das mit großem Aufwand und Einsatz teuren Materials durchgeführt wurde. Gleichzeitig mit der Erfüllung hoher Ansprüche sollten sich wenigstens an diesem Bau auch die gesellschaftspolitischen Wunschorientierungen der Partei- und Staatsführung ausschnitthaft widerspiegeln: War es schon nicht möglich, dem Staat und seiner Gesellschaftsform das Überleben ohne Abgrenzung nach außen zu sichern, so sollte doch der wichtigste Bau der DDR das utopische Bild einer offenen Gesellschaft vermitteln und ein offenes Haus sein, ein Haus des Volkes, zugänglich für jedermann. Auch wenn das „Volk“ im Palast der Republik nicht zu seinem Recht, sondern nur zu seinem Ausdruck kam, darf man das Prestigeobjekt aus Sicht seiner politischen und architektonischen Urheber als ein Art Gegenstück der DDR zu den bundesdeutschen Olympiabauten in München (1972) beurteilen. Der geschichtliche Bedeutungsinhalt des Palastes der Republik enthält also mehr als der formalästhetische Vergleich zwischen diesem und anderen zeitgenössischen Kongressbauten ergibt. Er ist auch ein architektonisches Dokument, das die DDR in ihren Widersprüchen zwischen utopischen Zielen und realsozialistischer Wirklichkeit gleichnishaft reflektiert.

Wenn eine aufgeklärte Gesellschaft dem Palast der Republik nicht unzulässiger Weise die moralische Hypothek des Schlossabbrisses auferlegt oder ihn als Herrschaftssymbol versteht, das fallen müsse, nachdem der SED-Staat gefallen sei, wird sie den Zeugniswert anerkennen müssen, der diesem Staatsbauwerk der DDR für die deutsch-deutsche Nachkriegsvergangenheit zukommt. Im Unterschied zu Zeitgenossen, die das Zeitzeugnis aus der Perspektive gegenwärtiger Affekte beurteilen mögen, wird von Sachverständigen gerade bei einem relativ jungen Bau, wie ihn der Palast der Republik darstellt, verlangt, dass sie ihr Urteil darüber gleichsam im Rückblick aus einer künftigen Zeit auf die Gegenwart, also als Vorausahnung künftigen öffentlichen Bewusstseins fällen, und damit im Vorwege ein potentielles öffentliches Interesse artikulieren. Die Bedeutung des Palastes als Gegenstand gegenwärtiger, auf ihn projizierter Verwundungen wird abnehmen. Künftige Generationen werden in

ihm die lebendige Anschauung für eine nicht selbst erlebte Vergangenheit suchen.

So hat sich das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz auf seiner Tagung in Magdeburg am 27. November 1995 nachdrücklich für die Erhaltung der spezifischen, für das Staats- und Gesellschaftssystem der DDR charakteristischen baulichen Zeugnisse ausgesprochen. Hans Joachim Meyer (CDU), der sicher unverdächtige Präsident des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz und Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst hat damals in seinem programmatischen Beitrag „Zwischen Palast und Platte“ das Wort Willy Brandts zitiert, wonach seit 1990 zusammenwächst, was zusammengehört, und dafür plädiert, dass dabei nicht „Unterschiede verwachsen, sondern vielmehr im Wachsen sich ändernde Teile des künftigen Ganzen werden.“

2.1 Objekt von denkmalpflegerischem Interesse

Die öffentliche Kontroverse um den (seit 1990 wegen Asbest geschlossenen) Palast der Republik und das (1950/51 zerstörte) Stadtschloss hat im letzten Jahrzehnt ein breites internationales Echo ausgelöst und seinen Niederschlag auch in denkmalwissenschaftlichen und kunstwissenschaftlichen Fachveröffentlichungen gefunden (vgl. Kritische Berichte, Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften, Band 1/1994; vgl. „Areal des Schlossplatzes und Umgebung“, in: Hauptstadtplanung und Denkmalpflege, Berlin 1995, S. 105 ff; vgl. „Staatsbauten“, in: Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert, München/Berlin 1996, S. 113–247; vgl. „Denkmaldiskussion: Palast der Republik“, in: Denkmalpflege nach dem Mauerfall – eine Zwischenbilanz, Berlin 1997, S. 122–135).

Auf der Basis der politischen Beschlusslage des Abgeordnetenhauses von Berlin erfolgte in Vorbereitung der notwendigen Asbestsanierung des Palastes der Republik und im Hinblick auf erste Nutzungs- und Gestaltungsüberlegungen für das Schlossplatzareal Mitte der 1990er Jahre die Übereinkunft zwischen Bund und Land Berlin, den Palast der Republik als „Objekt von denkmalpflegerischem Interesse“ einzustufen und die vorgesehenen Maßnahmen zum Gegenstand konservatorischer Abstimmungen mit dem Landesdenkmalamt Berlin zu erklären. Mit der aus bundesdeutschen Denkmalgesetzen und Denkmalförderrichtlinien übernommenen Definition des Bauwerks als Anlage oder Objekt „denkmalpflegerischen Interesses“ war zweierlei verbunden: zum einen die grundsätzliche Anerkennung und Einbeziehung konservatorischer Belange in Planungs- und Bauvorhaben, zum anderen eine

Rückstellung, Verzicht auf eine rechtsverbindliche und nötigenfalls auf dem verwaltungsgerichtlichen Instanzenweg zu überprüfende Eintragung in die Denkmalliste Berlin, um statt dessen kurzfristig anzuberaumende Maßnahmen an dem Bauwerk in direkter Abstimmung zwischen den zuständigen Bundes- und Landesdienststellen vorbereiten und ausführen zu können. Diese Übereinkunft aus der vergangenen Legislaturperiode des Deutschen Bundestags bildet bis heute die Arbeitsgrundlage für denkmalpflegerische Dokumentations- und Sicherungsmaßnahmen im Zuge der aktuellen Asbestsanierung des Palastes der Republik „sowie für die informelle Beteiligung der Denkmalpflege an bisherigen Gutachter-, Planungs-, Interessenbekundungs- oder sonstigen öffentlichen Verfahren im stadt-räumlichen Kontext des Palastes.“

Gemäß der parlamentarischen Beschlusslage erfolgt die Asbestsanierung nicht „wie von der Baudenkmalpflege präferiert und auch von einigen Bausachverständigen empfohlen“ im Sinne einer konventionellen Versiegelung oder Abkapselung, sondern als ungleich aufwändigere Asbestbeseitigung. Mit diesem Sanierungsziel der Asbestentfernung war eine völlige Freilegung aller nachweislich oder vermutlich mit Asbest beschichteten bzw. behandelten Konstruktionselemente oder sonstigen Bauteile verbunden. Vorzubereiten war also eine Art kontrollierter Rückbau und Ausbau aller Ausstattungselemente einschließlich Fußboden-, Decken- und Wandteile sowie Mobiliar, um die politisch bewusst offen gehaltene Option einer Erhaltung des Bauwerks als Zeitzeugnis und der Wiederherrichtung denkmalrelevanter Merkmale und Schwerpunktbereiche bis zu einer abschließenden parlamentarischen Entscheidung zu wahren.

2.2 Dokumentation und Depot

Neben einer sanierungsvorbereitenden und sanierungsbegleitenden Dokumentation nach denkmalpflegerischen Standards (Raumbuch, Foto- und Plandokumentation, verbale Erfassung einschließlich Material-, Mengen, Herstellerangaben etc.), zu der auch die zirka 500 Akten und rund 13.000 Pläne umfassende Abschlussdokumentation zur Fertigstellung des Bauwerks herangezogen werden konnte, war vor allem die Bergung und Einlagerung von denkmalwerten Originalausstattungsteilen und Bauelementen vorzubereiten und durchzuführen. In den bundeseigenen Hallen eines historischen Kasernenstandorts sind auf einer Fläche von rund 1.200 m² eine systematische Auswahl von Befund- und Belegstücken, mobiles Inventar, wandfeste Ausstattungsteile und Fassadenelemente, Wandplatten (ca. 100 m²), Fußbodenplatten (50 m²), Decken-

elemente etc. eingelagert, darunter auch vollständige Raumausstattungen einzelner Schwerpunktbereiche wie aus dem Plenarsaal. Im Vergleich zum nördlichen Volkskammertrakt wurde der südliche Trakt mit dem Großen Saal, dessen Variationsmöglichkeiten an das Gropius-Projekt eines „Totaltheaters“ für Erwin Piscator erinnert, nur summarisch erfasst und punktuell durch Auslagerungen dokumentiert.

Die vertiefende Erfassung der mobilen und wandfesten Ausstattung sowie Ausbau und Bergung erhaltenswerter Möbel und Bauelemente konzentrierten sich auf der Grundlage einer umfassenden Grobdokumentation auf rund 60 ausgewählte Räume mit folgenden Prioritätensetzungen:

- Fassaden-/Eingangsbereiche einschließlich Außentreppen- und Außengalerien;
- Volkskammertrakt (Volkskammervestibül und -foyer, Büroeinheiten Staatsratsvorsitzender und Volkskammerpräsident; Konferenzsäle, Jugendtreff, Espresso bzw. Milchbar; Restaurantbereiche etc.);
- Foyertrakt (Eingangshallen, Treppen, Haupt- und Rangfoyers, Galerien, Festbeleuchtung etc.) mit Außentreppen- und Außengalerien sowie
- Großer Saal mit Außenfoyers (punktuell).

Ähnlich wie die bodendenkmalpflegerischen und bauarchäologischen Dokumentationen und Sammlungsdepots zum Schloss halten auch die baudenkmalpflegerische Dokumentation und Sammlung zum Palast der Republik Gegenstände der zeitgeschichtlichen und landesgeschichtlichen Forschung vor, stehen für Vermittlungsaufgaben (Ausstellungen, Veröffentlichungen, Filme etc.) einschließlich Presseanfragen zur Verfügung und sollen die Option für einen denkmalgerechten Wiedereinbau von Originalteilen sowie eine ergänzende Wiederherstellung charakteristischer Innenräume bzw. Raumfolgen des sanierten Bauwerks offen halten.

2.3 Volkskammersaal

Für die Geschichte der Demokratiebewegung auf deutschem Boden zählt der Volkskammersaal im Palast der Republik wohl zu den bedeutendsten historischen Stätten überhaupt. Unter den als historische Orte der Demokratiegeschichte in Berlin überlieferten Innenräumen kommt dem Volkskammersaal dank seiner erhaltenen historischen Raumfassung ein besonderer Seltenheitswert zu. Mehr noch als etlichen anderen ebenfalls bis heute erhaltenen Schauplätzen der politischen Wende und der friedlichen Vereinigung Deutschlands (Verhandlungen des Runden Tisches im Schlossensemble Schönhausen; Unterzeichnung des Einigungsvertrags im Kronprin-

zenpalais; ehemaliges Haus der Demokratie etc.) möchte man der Standortentscheidung für die Abstimmung über die deutsche Einheit am 23. August 1990 im Palast der Republik durch die ersten frei gewählte demokratische Volksvertretung der DDR aber eine zutiefst symbolische Bedeutung beimessen. Die Standortwahl hat bewusst einen politischen Hauptschauplatz der deutschen Teilung und eine politische Hauptschaubühne der Selbstinszenierung der SED und der so genannten Blockparteien umgewidmet in einen Ort der deutschen Einheits- und Demokratiebewegung. In keinem anderen Saal dürfte in der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte ein vergleichbar weitreichender und zukunftsweisender Beschluss gefasst worden sein und kein zweiter Saal vergegenwärtigt sinnfälliger die gelegentlich als „friedliche Revolution“ apostrophierte politische Wende:

Die aus den ersten und freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 hervorgegangenen Abgeordneten der DDR, deren Büros im so genannten „Haus der Parlamentarier“, dem als Sitz des Zentralkomitees der SED aufgegebenen ehemaligen Reichsbankerweiterungsgebäude (heute Auswärtiges Amt) lagen, hatten am 31. Mai 1990 den Beschluss zur Abnahme der DDR-Hoheitszeichen an der Stirnwand des Plenarsaals im Palast der Republik gefasst (heute im Haus der Geschichte, Bonn), der unverzüglich in der Nacht zum 1. Juni 1990 in die Tat umgesetzt wurde (Abnahme Eingangsfassade 5. Juni 1990) und als Schattenrand mit Befestigungselementen die Umrisse des Staatseblems zurück ließ; am 21. Juni 1990 verabschiedeten die aus dem „Haus der Parlamentarier“ im Palast der Republik zusammengetretenen Abgeordneten mehrheitlich den Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, der am 1. Juni in Kraft trat, und am 23. August am gleichen Ort den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich der Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes. (Nach der Schließung des asbestverseuchten Palastes der Republik am 19. September 1990 sollte am 20. September 1990 die parlamentarische Zustimmung der Volkskammer zum Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Großen Konferenzsaal des vormaligen ZK-Gebäudes der SED erfolgen, der inzwischen den Umbauten für das Auswärtige Amt zum Opfer gefallen ist).

Für ihre Entscheidungen, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, unterzogen die Mitglieder der Volkskammer den Plenarsaal einem gezielten politischen Bedeutungswandel: an dem Ort, der gewissermaßen als ein Denkmal des historischen

Bruches mit der Vergangenheit des Einheitsgedankens entstanden war (Spaltungsdenkmal), knüpften sie wieder an demokratische Traditionen der deutschen Einheitsbewegung an (Denkmal der Einheit). Wer den historischen Ort des Zusammenbruchs der DDR und der politischen Wende zur deutschen Vereinigung sucht, findet ihn wohl nicht von ungefähr in diesem Staatsbauwerk der implodierten DDR. Die friedliche Revolution fand – nach den Montagsdemonstrationen und der Maueröffnung von 1989 im Folgejahr und – im Vereinigungsjahr 1990 ja vor allem im Saale statt, konkret im Volkskammersaal des Palastes der Republik.

Der Volkskammersaal als Hauptort der politischen Selbstbefreiung des DDR-Parlaments und der Demokratiebewegung der DDR ist systematisch dokumentiert und weitestgehend in Denkmaldepots sowie Museumsdepots archiviert. Die Denkmaldepotliste umfasst elf Positionen mit Originalbau- und -ausstattungssteilen zum Wiedereinbau sowie Befundstücken für eine ergänzende Wiederherstellung, darunter

- vier Positionen mit Originalsegmenten als Belegstücke aller Innenraumbooberflächen, nämlich: des roten Teppichs (Fußboden), der Gipskartondecke, der Ahorn-Melaninbeschichtung der Ost- und Westwand sowie der Glasseiden-Wandbekleidung an der Süd- und Nordseite, einschließlich eines Wandsegments, auf dem sich die Konturen des abgenommenen DDR-Hoheitsblems abzeichnen und noch die Befestigungselemente befinden;

- sieben Positionen der gesamten Originalausstattung und -ausbauten des Plenarsaales, nämlich: Parkettgestühl (228 Arbeitstische und 456 Sessel), Rangbestuhlung (246 Einzelsitze mit Untergestell), Präsidium/Podium (70 Sessel, 81 Pulttische, 2 Mischpulte, 1 Rednerpult), Dolmetscherkabinen (2 mal 10 Kabinen mit Wandbekleidungen einschließlich Fenstern), Uhren (2 vom östlichen und westlichen Eingang), Haupteingangstüren (2 zweiflügelige Türen des nördlichen und südlichen Zugangs), Saaltüren (8 zweiflügelige Türen der West- und Ostseite).

Bergung und Einlagerung des Volkskammersaales erfüllen alle konservatorischen Anforderungen an eine historisch getreue Aufarbeitung und Ergänzung sowie authentische Reintegration der archivierten Bestände, vergleichbar etwa den Vorkehrungen und Sicherheitsverwahrungen von Bau- und Schmuckelementen auf der Museumsinsel während der laufenden Sanierungs- und Umbaumaßnahmen (Alte Nationalgalerie). Angesichts der herausragenden Bedeu-

tung dieses Hauptortes der demokratischen Revolution und der ausgezeichneten Überlieferungsqualität als Erinnerungsort der deutschen Vereinigung wird insbesondere der ergänzenden Wiederherstellung des Saales im kommenden Schlossinselkomplex höchste denkmalpflegerische Priorität eingeräumt. Die ebenfalls geborgenen signifikanten Kunstwerke aus dem Volkskammertrakt sind ebenfalls für einen Wiedereinbau vorgesehen und bieten sich für eine kritische Kommentierung mit Mitteln zeitgenössischer architekturbezogener Kunst an (vgl. Denkmal des 17. Juni 1953 vor dem Wandbild des ehemaligen Hauses der Ministerien der DDR – ehemals Reichsluftfahrtministerium, jetzt Bundesfinanzministerium – an der Leipziger Straße).

3. Denkmalwerte im Standortkontext

Denkmalpflegerische Aspekte der Erhaltung und Gestaltung im stadträumlichen Kontext des Schlossplatzareals und der Spreeinsel hat der Landesdenkmalrat Berlin umfassend beraten und im September 2001 als Empfehlung für die Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ sowie der auch für Denkmalschutz zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung verabschiedet. Dem Plädoyer des Landesdenkmalrates Berlin für die Umgebung des Schlossstandortes schließt sich das Landesdenkmalamt Berlin inhaltlich uneingeschränkt an. Dies gilt insbesondere für die drei nachstehenden Komplexe, die die Bedeutung des verlorenen Schlosses als historische Hoheitsmitte und die vielfältige Bezugnahme bzw. Indiennahme dieses Standortes für die architekturpolitische Selbstdarstellung des „ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden“ sinnfällig widerspiegeln.

3.1 Staatsratsgebäude und Staatsratsgarten

Staatsratsgebäude und Staatsratsgarten sind als Denkmal ausgewiesen. Ihre Nachnutzung als Informations- und Diskussionsforum des Umzugsbeauftragten der Bundesregierung für die Hauptstadtplanung und später als provisorisches Bundeskanzleramt möchte man als einen der produktivsten Beiträge zum aufgeklärten Umgang mit dem baulichen Erbe der DDR überhaupt und zum mentalen Zusammenwachsen von Ost und West in der Nachwendezeit betrachten. Eine der Öffentlichkeit zugängliche Nutzung, etwa im Sinne der politischen und kulturellen Bildungsarbeit, ist aus Gründen der Denkmalerhaltung und Denkmalvermittlung unbedingt Vorrang einzuräumen, nicht zuletzt auch um auswärtigen und ausländischen Besuchern der deutschen Hauptstadt eine unmittelbare Anschauung und kritische Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Nachkriegskultur zu ermöglichen.

3.2 Sockel Kaiser-Wilhelm-Denkmal

Der erhabene und deshalb als Denkmal-Fehlstelle bzw. Markierung einer *damnatio memoriae* (Bildersturm, Denkmalsturm) besonders anschauliche Sockel des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Denkmal (1897, Reinhold Begas), dessen gewölbter Unterbau in den Spreearm auf der südlichen Schlossfreiheit vorgerückt ist, hat seit der Abräumung des, von einer Exedra hinterfangenen, kriegsbeschädigten Reiterstandbildes (1949/50) immer wieder unrealisiert gebliebene Denkmalprojekte als Standort inspiriert – zuerst Entwürfe für ein Marx-Engels-Denkmal, das anstelle des Gründers des Zweiten Deutschen Kaiserreichs den deutschen Gründungsvätern des so genannten „Wissenschaftlichen Sozialismus“ gewidmet werden sollte, zuletzt einer Denkmalsetzung für die deutsche Einheit und Wiedervereinigung Berlins, die gewissermaßen auf den Fundamenten der Einigungsbestrebungen des 19. Jahrhunderts konstituiert oder restituiert worden wäre.

Ein Teil des historischen Skulpturenschmucks, wie die beiden von August Gaul geschaffenen Löwen, sind geborgen und haben in öffentlichen Grünanlagen, wie dem Tierpark Friedrichsfelde, sozusagen eine Überlebensnische gefunden, andere sind nachweislich in der Obhut öffentlicher Museen. Gegen einen Abriss oder eine völlige Überbauung des gewaltigen Sockels mit einem Pavillon oder dergleichen sind bereits in der Vergangenheit grundsätzliche denkmalpflegerische Bedenken geltend gemacht worden, sofern dies zu einer weiteren Dezimierung der Denkmalreste im Schlosskontext führen müsste oder gestalterisch und inhaltlich dem historischen Standort unangemessen wäre.

Eine Einbindung des Sockels in eine Umgestaltung dieses Bereiches, wie beispielsweise in Verbindung mit einer verbesserten Freiraumgestaltung oder mit Kunstprojekten im Stadtraum, erschiene freilich umso eher sinnvoll, wie sie als geschichtsbewusste und geschichtskritische Interpretation dieses Denkmalstandortes zu begreifen wäre. Eine öffentlich-gastronomische Nutzung der unterirdischen Sockelgewölbe wurde bisher von den verantwortlichen Dienststellen des Landes Berlin einvernehmlich abgelehnt. Als attraktive und die Diskussion um die kulturhistorische Bedeutung dieses Ortes befruchtende Zwischenlösung wurde hingegen empfohlen, den Denkmalsockel bis auf weiteres für temporäre Installationen von Skulpturen, Denkmälern, Kunst im öffentlichen Raum etc. zu nutzen, etwa als Kunst- und Diskussionsplattform zur öffentlichen Präsentation eingelagerter Standbilder oder Denkmalspolien, deren Rückführung und Neuaufstellung oder Wiederaufstellung im

Stadtraum erwogen wird (etwa geborgener Reste des Kaiser-Wilhelm-Denkmal selbst oder von Schlossspolien).

3.3 Denkmalort Spreeinsel

Die Definition der mittleren Spreeinsel zwischen Museumsinsel und Fischerinsel als so genannter „Denkmalort“ könnte das spezifische konservatorische Anliegen an diesem Standort charakterisieren, das ja über den bloßen Erhalt der authentischen historischen Substanz und Form hinaus auf eine der immateriellen Bedeutungsüberlieferung angemessene Zukunftsgestaltung an einem herausgehobenen Ort bewusster Diskontinuität zielt. Die Bezeichnung „Denkmalort“ trägt der Einsicht Rechnung, dass historische Bedeutung ja nicht allein an materielle Überlieferung geknüpft ist, sondern womöglich auch substanziiell schwer fassbaren Werten eines immateriellen Erbes zukommen kann.

Das Erbe dieses Denkmalortes soll aber nicht nur Schlossfreunden oder Palastfreunden, nicht nur Ossi oder (Besser-)Wessi gehören, sondern heute und in Zukunft sollen es sich alle aneignen können, die sich auf diesen singulären topographischen Ort und seine wechselvolle Geschichte beziehen, um Kontinuität zu wahren oder neu und nachhaltig zu stiften: Wenn es richtig ist, dass das, was Unrecht war, oder dass diejenigen, die Unrecht taten, nicht Recht behalten sollen, also das geplante Vorhaben auch im Sinne einer moralischen und städtebaulichen Wiedergutmachung wirksam werden und Bestand haben soll, dürfte es die Geschichte, die mit Schlosssprengung und Palastbau sowie mit der demokratisch-symbolischen Aneignung dieser historischen Stätte verbunden ist, natürlich nicht negieren; denn dieser einzigartige Denkmalort bzw. das historische Erbe Spreeinsel erfordert heute und in Zukunft einen möglichst breiten und dauerhaften Konsens oder eben kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe und Teilnahme in einem Umfang, wie sie die Nachkriegsjahrzehnte ganz offenbar nicht gekannt haben.

Nutzung des Staatsratsgebäudes

19. November 2001

1. Vorbemerkung

Die Kommission hat in ihrer Sitzung vom 29. Oktober 2001 empfohlen, dass eine aus drei Teilen bestehende Nutzergruppe einen abgestimmten Vorschlag erarbeitet. Im Staatsratsgebäude sollen drei Akteure ein institutionalisiertes infrastrukturelles Wirkungsfeld erhalten:

- die Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, die das prospektive Vorhaben „Denkbox/InfoVision“ realisieren möchte;
- ein Netzwerk von architekturbezogenen Institutionen und Einrichtungen, die sich mit dem Projekt „Bauakademie“ befassen;
- das Medien- und Kommunikationszentrum der Bundeszentrale für politische Bildung.

Der Saalbau Staatsratsgebäude erfordert eine Mischnutzung, die einen lebendigen Ort der Begegnung und Reflektion kreiert. Einer solitären Nutzung, die nur eine spezifische Zielgruppe anspricht, wird es nicht gelingen, genügend Vitalität an diesem Ort zu entwickeln. Selbst mehrere Nutzer werden ein solches Ziel nur erreichen, wenn Netzwerke dafür mobilisiert werden können.

Von einer überwiegend oder ausschließlich kommerziellen Nutzung des Staatsratsgebäudes (z.B. als Kongresszentrum) wird abgeraten. Bei diesem Gebäude handelt es sich um einen öffentlichen und historischen Ort, dessen zeitgeschichtliche Bedeutung durch die dort präsentierten Angebote (Ausstellungen und Veranstaltungen) wirksam werden sollte. Gleichzeitig kann eine solche öffentliche Nutzung des Gebäudes als Ort intellektueller Kommunikation eine Brückenfunktion zwischen Ost und West in der ehemals geteilten Hauptstadt erfüllen.

2. Die Beziehung Staatsratsgebäude – Schlossbau

Dass der Kommission neben den Empfehlungen für den Schlossbau auch angetragen wurde, Empfehlungen für die Nutzung des Staatsratsgebäudes zu geben, hat seine Gründe. Es gibt durch die Integrierung baulicher Teile des Schlosses (z.B. Balkon, von dem Liebknecht die Räterepublik ausgerufen hat) einen unmittelbaren Bezug zwischen den beiden Baukörpern. Auch wenn das Staatsratsgebäude zunächst einer ideologischen und einseitigen Interpretation der Schlossgeschichte folgte, hat das Gebäude eine eigene Geschichte geschrieben, die es an diesem Platz nicht wegzuleugnen gilt. Das wird umso dringlicher, wenn der Palast der Republik durch einen neuen Bau verdrängt wird, der sich wieder an der Kubatur des historischen Schlosses orientiert.

Staatsratsgebäude und Schlossbau haben politische Bezüge. Nach der Sprengung des historischen Schlosses, das für die DDR vor allem auch einen symbolischen Ort der Vormacht Preußens darstellte, war das Staatsratsgebäude an diesem Platz, auch durch Integrierung baulicher Teile, als historische Antithese gemeint. Die Entscheidung von Bundeskanzler Schröder, das Staatsratsgebäude als Kanzleramt einer demokratischen Regierung zu nutzen, knüpft auf eine originäre Weise an diese politische Dimension an und bereitet mit dem Umzug in das neue Bundeskanzleramt die Rückgabe des Staatsratsgebäudes an die Öffentlichkeit vor.

Hinzuweisen ist auf die, vor allem durch den ehemaligen Bundesbauminister Töpfer seit Anfang der 1990er Jahre initiierte öffentliche Nutzung des Staatsratsgebäudes. Eine Reihe von wichtigen zeitgeschichtlichen, baulichen und stadtpolitisch relevanten Fragestellungen sind hier mit großer öffentlicher Aufmerksamkeit behandelt worden. Im Staatsratsgebäude sind seitdem verschiedene Ausstellungen in den Foyerbereichen präsentiert worden, die ein lebhaftes Echo ausgelöst haben. Bis zur Realisierung eines neuen Schlossbaus bietet sich das Staatsratsgebäude als ideale Plattform für öffentliche Debatten zu zeitgeschichtlichen, politischen und baulichen Aspekten dieses wichtigen Bauvorhabens an, nicht nur im Hinblick auf die Architektur des Gebäudes, sondern auch in Bezug auf die inhaltliche Leitidee des „Humboldt-Forums“.

Die historische Bedeutung des Stadtraumes und seines neu projektierten Gebäudeensembles ruft nach einer signifikanten öffentlichen Nutzung. Insofern ist das Staatsratsgebäude als „gebaute politische Bildung“ (Prof. Klaus-Dieter Lehmann) ein besonders geeigneter Ort für die Diskurse und Reflektionen, die sich mit der Zukunft dieses Stadtraumes befassen.



Berlin, Staatsratsgebäude,
Treppenhaus (mit Glas-
fenster von W. Womacka);
Aufnahme Mai 1966

3. Das Staatsratsgebäude als lebendiger Ort der Begegnung und Reflektion

Das Staatsratsgebäude als Saalbau ist von beträchtlicher Dimension und wirft für jede solitäre öffentliche Nutzung unüberbrückbare Probleme auf. Soll dieser Ort nicht kommerziell verwertet oder von einer Institution jedweder Provenienz allein in Besitz genommen werden, sondern vielmehr ein nutzerorientiertes Angebot bereitstellen, sind eine Leitidee und ein stringenter Nutzungsansatz vonnöten.

Leitidee für die Nutzung des Staatsratsgebäudes sollte es sein, einen lebendigen Ort der Begegnung und Reflektion zu entwickeln. Sie sollte mit der Nutzungsidee des neuen Schlossbaues korrespondieren. Das dort gedachte „Humboldt-Forum“ kann auf diese Weise bereits vor seiner Realisierung öffentlich virulent werden. Einer solchen Idee wird nur ein möglichst optimaler Nutzungsmix durch eine potente Anbietergruppe gerecht werden können. Dabei ist einer Reihe von Gesichtspunkten Rechnung zu tragen:

- Vorausschau.

Die stadträumlichen und baulichen Planungen in der Berliner Mitte interessieren die Öffentlichkeit schon heute. Insofern sind Prospektionen auf das bauliche und nutzerbezogene Geschehen um den neuen Schlossbau, aber auch auf die weiteren Gebäude im unmittelbaren Bereich (z.B. die Schinkelsche Bauakademie) angezeigt. Diese Vorausschau kann unterschiedlich inszeniert werden. Dabei sollen die Fachdiskurse so angelegt werden, dass sie auf ein breites öffentliches Interesse eingehen.

- Besinnung/Reflektion.

Die Bedeutung zeitgeschichtlicher Fragestellungen, die durch den Stadtraum beschrieben werden (also nicht nur DDR-Geschichte) ist möglichst umfassend aufzunehmen. Das Bedürfnis nach Reflektion und Diskurs ist bereits durch die Debatte um die Rekonstruktion des Schlosses bzw. den Erhalt des Palastes der Republik deutlich sichtbar geworden. Es gilt, auf dieses Bedürfnis „überparteilich“ und „unabhängig“ einzugehen und die dafür nötigen Lern- und Bildungsprozesse kompetent zu organisieren. In diesem Zusammenhang ist der historischen Dimension des Schlosses und des Palastes der Republik durch Wechselausstellungen Rechnung zu tragen.

- Aktualität.

Die verschiedenen politischen und kulturellen Dimensionen können nicht nur „historisch bedient“ werden. Dem Moment des Kontemporären muss eine große Aufmerksamkeit gelten. Sowohl Angebote politischer und kultureller Bildung als auch weitergehende Fachdiskurse können darum ihren Ort im Staatsratsgebäude finden. Das Staatsratsgebäude bietet sich deshalb dafür an, weil es Momente der Vorausschau mit dem Rückblick verknüpft und insofern nicht darauf verzichten kann, diese Komponenten in den aktuellen Diskurs einzuweben. In diesem Sinne wäre auch eine weitere Nutzung der räumlichen Infrastruktur durch die Bundesregierung wünschenswert. Dabei ist nicht nur an repräsentative Gelegenheiten gedacht.

- Orientierung.

Bei einem Nutzungsmix ist, vornehmlich im Eingangsbereich auf ein Orientierungsangebot zu achten. Dabei kann die „Angebotsarchitektur“ dargestellt und das Auffinden der verschiedenen Angebote erleichtert werden. Es bietet sich darüber hinaus an, das nutzerorientierte Angebot im Staatsratsgebäude um einen Überblick über verwandte Angebote und ihre Zugänge zu ergänzen (Infopoint).

- Medienzentrum.

Sofern es im Gebäude um zeitgeschichtliche, politische und baukulturelle Orientierungsangebote geht, sollte im Sinne einer interaktiven Informationsstelle die Unterstützung durch eine multimediale Infrastruktur vorgesehen werden. Dabei sind zum Zweck der Recherche und weitergehenden Orientierung auch PC-Arbeitsplätze vorzusehen. Spezielle Onlineangebote können eine attraktive themenbezogene Unterstützung des Nutzungsmixes gewährleisten.

- Publikationserwerb und Merchandising.

Insbesondere die Publikationsangebote der Anbieter, ggf. auch verwandter Anbieter, sollten neben dem klassischen Merchandising berücksichtigt werden. Ein bereits jetzt vorhandenes Buchladengeschäft der Bundeszentrale für politische Bildung kann, getrennt von einer Merchandisingplattform, für das erstgenannte Angebot genutzt und ausgebaut werden.

4. Nutzungsmix

Die vorgeschlagene Nutzung wird eine Reihe von Akteuren zusammenführen, die erst gemeinsam die skizzierte Leitidee eines abgestimmten Nutzungskonzeptes realisieren können. Nur ein sinngebendes Netzwerk der relevanten Anbieter kann einen bei den Besuchern akzeptierten Ort schaffen:

- Nutzung der großen Veranstaltungsräume (Festsaal, Bankettsaal) im 2. OG vornehmlich durch die Bundesregierung und ggf. den Bundestag. Dabei kommen vor allem Konferenzen und großformatige Veranstaltungen sowie repräsentative Anlässe in Betracht.

- Nutzung durch die ständige Nutzer-/Anbietergruppe. Dabei werden die Vorausschau auf den Schlossbau (InfoVision) und die Bauakademie (Netzwerk/gemeinsamer Trägerverein) durch ein breites Informations- und Interaktionsangebot politischer, zeitgeschichtlicher und kultureller Bildung ergänzt (Bundeszentrale für politische Bildung).

- Nutzung durch Kooperationen der Anbietergruppe des Staatsratsgebäudes mit Initiativen (wie „Humboldt-Kolleg“) zur inhaltlich-thematischen Gestaltung des neuen Schlossbaus. Dabei stände die Vermittlung der Idee des „Humboldt-Forums“ im Vordergrund.

- Nutzung durch weitere mit der ständigen Nutzer-/Anbietergruppe kooperierende Partner. Denkbar sind hier einmalige und längerfristige Partnerschaften. Dazu gehören z.B. Partner im Bereich der Wechseleausstellungen, wobei an das „Haus der Geschichte“ (Bonn, Leipzig), die Landesbibliothek Berlin, die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), die „Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur“, die Berliner Festspiele/Berlinale (Kinosaal), Berliner Museen, sowie weitere Einrichtungen aus den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Kultur gedacht werden kann. Diese Kooperationen bedürfen eines sinngebenden Netzwerkes, das durch die Anbietergruppe im Staatsratsgebäude in einem Abstimmungsprozess zu entwickeln und durch einen der Partner zu koordinieren ist.

- Vereinzelt Nutzung durch kommerzielle Anbieter oder „geschlossene Veranstalter“, sofern die Nutzung der Leitidee nicht zuwider läuft. Sollte eine qualitativ hochwertige Auslastung der vorgesehenen Angebote nicht erfolgen können, wäre unter Umständen auch eine teilweise und ergänzende kommerzielle Verwertung denkbar. Damit kann auch ein Beitrag zur Refinanzierung der Infrastruktur erzielt werden.

5. Anbietergruppe

Die Anbietergruppe des Staatsratsgebäudes besteht aus:

- Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Die BpB hat ihren Sitz in Bonn und Berlin. Sie nimmt Aufgaben der politischen Bildung in eigener publizistischer und redaktioneller Verantwortung wahr. Für das Staatsratsgebäude kommt die bisherige Informations- und Kontaktstelle Berlin in Frage, die zu einem Medien- und Kommunikationszentrum weiterentwickelt wird. Für die Nutzung sind Funktionsbereiche und -räume (Buchladen, Medienzentrum, Buchlager) im Erdgeschoss und Büroräume für 14 Mitarbeiter im 1. OG erforderlich. Im Rahmen eines koordinierten Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramms wird die Bundeszentrale darüber hinaus die für Wechseleausstellungen und Veranstaltungen vorhandenen Räume nutzen.



*Berlin, Staatsratsgebäude,
Kinosaal*

- Netzwerk/Trägerverein „Bauakademie“.

In der Zeit bis zum Neubau der Bauakademie soll durch eine gemeinsame Initiative architekturnaher Institutionen die öffentliche Diskussion von städtebaulichen und architektonischen Fragen durch Ausstellungen, Konferenzen und Kolloquien gefördert werden, so wie das beispielsweise das Niederländische Architektur Institut tut. Die in Berlin bereits existierenden Institutionen und Organisationen zum Thema Architektur und Städtebau, zum Beispiel der Bund Deutscher Architekten (BDA) und das Deutsche Architektur Zentrum (DAZ), die Architektenkammer Berlin, sowie die Initiativen zum Wiederaufbau der Bauakademie, zukünftig auch die geplante Stiftung Baukultur, sollten einen gemeinsamen Trägerverein „Bauakademie“ bilden, der im Staatsratsgebäude den Aufbau einer Deutschen Bauakademie in die Wege leitet (Vorschlag von Peter Coradi). In diesem Rahmen plant der Verein der Berliner Bauakademie im Vorgriff auf die wieder entstehende Schinkelsche Bauakademie eigene Konferenzen, Kolloquien und kleinere Ausstellungen im Staatsratsgebäude. Für die Nutzung des Staatsratsgebäudes sind Bürokapazitäten im Erdgeschoss (für vier Personen plus Konferenzraum) und ein Zugriff auf die Bereiche der Wechselausstellungen und Veranstaltungsinfrastruktur nötig.

- Senat von Berlin: Projekt Denkbox/InfoVision (BCL media.)

Das von BCL media entwickelte Projekt „InfoVision“ plant einen umfassenden Ansatz zur Vorausschau auf den Schlossbau. Mit Techniken der neuen Medien soll ein attraktiver Informations- und Interaktionsprospekt unterstützt werden, der interessierte Menschen an dem Baugeschehen teilhaben lässt und ergänzende Informations-

und Veranstaltungsangebote bereitstellt. Für die Nutzung dieser Idee sind vor allem die Bereiche der Wechselausstellung und der Veranstaltungsinfrastruktur sowie eines der Foyers (ggf. 1. OG, vor allem wegen der Raumhöhe) vonnöten. Möglicherweise kann auch der Eingangsbereich (Infopoint/Infosäule) von dem Anbieter gestaltet werden. In den großen Veranstaltungsräumen sollte wegen multifunktionaler Nutzung auf aufwendige immobile Installationen verzichtet werden.

Im Hinblick auf Synergieeffekte sollte geprüft werden, welche Kooperationsmöglichkeiten zwischen der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin bestehen, wobei auch an eine ständige Präsenz der Landeszentrale im Staatsratsgebäude gedacht werden könnte, wenn dies die verfügbare Bürokapazität zulässt.

6. Infrastruktur/Raumprogramm

Das Staatsratsgebäude ist ein Saalbau, vorwiegend für Zwecke der Repräsentation. Er verfügt über eine vergleichsweise geringe, ungünstig dimensionierte Bürokapazität (ca. 24 nutzbare Räume, überwiegend zwischen 40 und 80 m²), zahlreiche Funktionsräume, vor allem aber über vier Veranstaltungssäle (im 1. OG zwei Räume für 80 bzw. 140 Personen; im 2. OG Festsaal für 400 Personen sowie Bankettsaal für bis zu 800 Personen) sowie einen Kinosaal (im 2. OG für 200 Personen). Als Konferenzraum ist außerdem der frühere Kabinettsaal ggf. für alle ständigen Nutzer-/Anbietergruppen geeignet. Für Ausstellungen bieten sich vorrangig die Foyerbereiche an, aber auch das frühere Arbeitszimmer Honeckers (im 1. OG links). Der hier skizzierte Vorschlag geht von der Überlegung aus, die großen Saalbereiche gemeinsam zu nutzen, die Foyerbereiche funktional zuzuordnen, weil sie für die Dramaturgie des Hauses bedeutsam sind, und die Büro- und Funktionsräume zum gegebenen Zeitpunkt (d.h. nach einer erforderlichen Entscheidung des zuständigen Bundesministers der Finanzen) in einem kooperativen Abstimmungsprozess zwischen den ständigen Nutzern/Anbietern zuzuordnen bzw. Kooperationen zur Verfügung zu stellen. Die verfügbaren Kapazitäten könnten wie folgt genutzt werden:

- Die großen Veranstaltungsbereiche im 2. OG: Festsaal, Bankettsaal und Kinosaal sind als gemeinsame Infrastruktur vorzusehen. Für die Bespielung sollte ein Koordinator bestimmt werden, der zusammen mit einem Gebäudemanagement (Erweiterung des Hausmeisterteams) die Voraussetzung für eine optimale Nutzung schafft.

- Die Foyers sollten funktional zugeordnet werden, weil über sie das Profil der Anbieter besonders sinnfällig werden kann. Das Foyer im Erdgeschoss sollte als Eingangssituation gestaltet werden und im Wesentlichen aus einem Orientierungs- und Informationsangebot, sowie dem Buchladen der BpB und einem gemeinsamen Merchandisingbereich bestehen. Die Foyers im 1. und 2. OG sollten von dem Projekt Denkbox/InfoVision bzw. einem Wechselausstellungsbereich genutzt werden. Für Wechselausstellungen kann je nach Umfang und Größe ggf. auch der Wandelgang vor dem Fest- und Bankettsaal genutzt werden.

- Als Funktionsräume werden im Erdgeschoss das Medienzentrum und Lagerkapazitäten für Ausstellungstechnik, Buch- und Merchandisinggeschäft vorzusehen sein.

- Büroräume werden im 1. OG (Bundeszentrale für politische Bildung) und im Erdgeschoss (Bauakademie) benötigt.

- Die Nutzung der Raumkapazitäten sollte sich in das Gesamtkonzept einfügen. Es ist mit zahlreichen Besuchergruppen zu rechnen. Kleine Besprechungskapazitäten werden vorzuhalten sein. Möglicherweise können zeitgeschichtlich orientierte Themenräume geschaffen werden, die sehr spezifische Fragen multimedial entfalten, die im Staatsratsgebäude besonders häufig nachgefragt werden (z.B. DDR-Geschichte, ggf. in Kooperation mit der „Stiftung Aufarbeitung“ zu gestalten; Schlossgeschichte, ggf. in Kooperation mit der Landesbibliothek zu gestalten).

7. Zeitrahmen

Die Nutzung des Staatsratsgebäudes sollte in ihren Grundzügen möglichst kurzfristig im Jahr 2002 konfiguriert werden, sobald eine Grundsatzentscheidung getroffen worden ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Bundesvermögensamt für das Jahr 2002 bereits eine Reihe von Vermietungen vorgenommen hat und bis zum Ablauf des Jahres 2002 eine freie Vergabe vorsieht. Die Kommission sollte daher deutlich machen, dass eine freie Vermietung über das Jahr 2002 hinaus nicht wünschenswert ist. Andernfalls könnte das vorliegende Konzept für eine strategische Nutzung durch öffentliche Anbieter nicht zügig umgesetzt werden.

Für das hier skizzierte Nutzungsvorhaben werden im Wesentlichen drei Phasen zu berücksichtigen sein:

- Interregnumphase: Von dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Empfehlungen bis zu einer Entscheidung der Bundesregierung kann das hier vorliegende Konzept nur punktuell verfolgt werden. Erste Ansätze können quasi als Chiffre sichtbar gemacht werden. Diese Phase sollte bis zur Jahresmitte 2002 abgeschlossen werden.

- Explorationsphase: In Teilen bereits parallel zur Interregnumphase kann die Erarbeitung eines konkreten Konzepts eingeleitet werden. Verbindliche Fortschritte werden aber erst nach einer Entscheidung der Bundesregierung zu erzielen sein. Umsetzbare Ergebnisse sollten bis Herbst 2002 vorliegen.

- Startphase: Sie kann erst mit einer verbindlichen Entscheidung über den hier vorgeschlagenen Nutzungsansatz eingeleitet werden. Sie sollte möglichst Anfang 2003 beginnen.

Es wird dringend empfohlen, dass die Kommission der Bundesregierung anträgt, die Entscheidung über die Nutzung des Staatsratsgebäudes vorzuziehen. Denn es sind alle Voraussetzungen gegeben, das Staatsratsgebäude bereits in Vorausschau und im Sinne der späteren Konfiguration des Schlossbaus zu nutzen. Sollte die Entscheidung an die Entscheidung über den Schlossbau gekoppelt bleiben, bestünde die Gefahr, dass andere, auch sachfremde Nutzungsüberlegungen zunehmend die öffentliche Diskussion bestimmen und einen Sach- und Entscheidungszwang mit ungewissem Ausgang erzeugen.

8. Finanzen

Die finanzielle Basis der Anbietergruppe gibt Anlass, an eine zügige Umsetzung des Konzeptes zu denken. Da im Kern an ein Netzwerk verschiedener Kooperationspartner gedacht ist, kann davon ausgegangen werden, dass interessierte Kooperationspartner auch Mittel einbringen werden. Im Einzelnen stehen zur Verfügung:

- Bundeszentrale für politische Bildung: Mit einem Personalbestand von 14 Personen, die über den Haushalt der BpB (Gesamtbudget ohne Einnahmen und Drittmittel 72 Millionen DM) als nachgeordneter Einrichtung des Bundesministers des Innern finanziert sind, kann die BpB in der Interregnums- und Explorationsphase Koordinationsfunktionen wahrnehmen. Die BpB stellt im Rahmen ihrer Aktivitäten in Berlin (und durch zusätzliche Mittelumrichtungen) einen signifikanten Sachmittelansatz bereit. Die BpB benötigt für ihr Engagement im Staatsratsgebäude keine zusätzlichen öffentlichen Mittel.
- Der zu gründende Verein „Bauakademie“ soll Personal- und Sachkosten überwiegend aus privaten Mitteln bestreiten. Eine zusätzliche Miete im Staatsratsgebäude kann er jedoch nicht aufbringen.
- Das Projekt von BCL media ist bislang nicht finanziert. Es wird geprüft, inwiefern zunächst öffentliche Mittel für einen Eingangsbereich gewonnen werden können. Das Projekt wird ohne öffentliche Bezuschussung kaum realisiert werden können. Durch private Mittel und strategische Kooperationen können jedoch, sofern die Finanzierung im Kern steht, die jährlichen Aufwendungen in überschaubarem Rahmen gehalten werden. Das bisherige Finanzierungskonzept, das auf das gesamte Staatsratsgebäude angelegt war, wird im Zuge des neuen Konzeptes überarbeitet.

Entscheidungsgrundlage für das Nutzungskonzept Schlossplatz gemäß den Vorgaben der Kommission

19. Dezember 2001

Die Arbeitsgruppe Nutzungskonzept war aufgefordert, ein abstimmungsreifes Konzept zur Beratung und Abstimmung für die Sitzung der Kommission am 19. Dezember 2001 vorzulegen.

Folgende Vorgaben waren dafür zu beachten:

1. Realistische Ansetzung von Bruttogeschossfläche und Hauptnutzfläche.
2. Beachtung der Modelle D und E in der Senatsunterlage als mögliche Grundlage für Flächenberechnungen.
3. Ausweisung eines signifikanten Flächenanteils für die Agora.
4. Genauere Flächenabschätzung im Hinblick auf Funktionszuweisung.
5. Möglichkeiten veränderter Gruppierungen im Hinblick auf Zusatzflächen außerhalb des Kubus.
6. Möglichkeiten der Reduzierung von Funktionen bzw. Prioritätensetzung bei der Beteiligung von Partnern.

Die Arbeitsgruppe hat in einer sehr intensiven, teilweise kontroversen Diskussion folgende Empfehlungen getroffen, die sie der Kommission vorlegt.

1. Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, dass die vorgeschlagene Nutzung mit den Hauptpartnern außereuropäische Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Wissenschaftsammlungen der Humboldt-Universität und die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) ein optimales neuartiges Konzept bietet, mit dem die Unteilbarkeit von Kunst und Wissenschaft, die Verbindung von Text- und Bildkultur, der Dialog der Kulturen der Welt, der historische Bezug zum Schlossplatz und das Labor des wissenschaftlichen Diskurses offensiv vermittelt werden können. Die Verflechtung zwischen Kultur und Wissenschaft kann qualitativ voll für eine breite Öffentlichkeit erlebbar gemacht werden.

Die auf diesem Konzept basierende sehr detailliert geführte Diskussion mit den Partnern im Hinblick auf Nutzeranforderungen und Flächenbedarf, die kleinteilig jeweils für Funktionen und dafür benötigte Teil-Hauptnutzflächen, Festlegungen getroffen hat, hat erneut den Flächenbedarf von mindestens 103.000 m² bestätigt. Agora 13.000 m², ZLB 44.000 m²; außereuropäische Sammlungen 38.000 m², Humboldt 8.000 m². Dieser Bedarf ist im Schlosskubus nicht darstellbar.

2. Die Beteiligten einigten sich daraufhin auf folgende Prämissen:

- es wird eine maximale Hauptnutzfläche von 70.000 m² festgelegt (Expertenbefragung)
- es wird eine absolute Flächenzuweisung von 15.000 m² für die Agora festgelegt – verpflichtende Vorgabe des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)
- es wird eine Prioritätenreihenfolge formuliert:
 - Museum
 - Wissenschaft
 - Bibliothek.

3. Als Alternativen werden festgehalten:

3.1 Museum/Wissenschaft/Bibliothek/Agora

• Agora	
Besucherbetreuung als Eventforum,	
Besucherbetreuung, Information	1.500 m ²
Garderobe	350 m ²
Shops (Museum u. Buchshop)	450 m ²
Auditorium, Besucherakademie, Musik	550 m ²

Theater, Tanz einschl. Nebenflächen:

großer Filmsaal mit 860 Plätzen	680 m ²
kleiner Saal (flexible Nutzung)	30 m ²
Lagerbereiche, Personal, WC	730 m ²
Bistro der Kulturen	450 m ²
Restaurant der Kontinente	1.300 m ²
Festsaal	4.500 m ²
Sonderausstellungsbereich	3.000 m ²
Sonstige Nebenbereiche	1.160 m ²
	<hr/> 15.000 m ²

• Außereuropäische Sammlungen	
Ausstellungsflächen für den	
Bereich der Kontinente	
(Kulturvergleich und Kunst)	18.000 m ²
gläserne Depots und kultur-	
kundliches Archiv	14.200 m ²
Fachbibliotheken/wiss. Verwaltung	4.900 m ²
Restaurierungswerkstätten	1.700 m ²
Funktionsflächen	3.600 m ²
(Hausverwaltung, Sicherheit etc)	
	<hr/> 42.400 m ²

• Humboldt-Universität	
Ausstellungsflächen	2.500 m ²
Service und Verwaltung	340 m ²
Studiensammlungen	2.000 m ²
Kustodie	50 m ²
Helmholtz-Zentrum	1.000 m ²
Universitäts Archiv	2.000 m ²
	<hr/> ca. 8.000 m ²

• Zentral- und Landesbibliothek

Die Zentral- und Landesbibliothek sieht einen Grundbedarf von 44.000 m² als unerlässlich an, wobei hier zusätzlich 4.000 m² in einem ausgelagerten Speichermagazin und die gemeinsame Nutzung der Agora hinzukommen. Der Flächenbedarf liegt damit bei 50.400 m² Hauptnutzfläche (HNF) (Teile in der Agora).

Um eine gemeinsame Nutzung des Schlossareals im Sinn des Humboldt-Forums zu ermöglichen, bietet die Zentral- und Landesbibliothek an, nur den öffentlichen Bereich (Lesesäle und Freihandbereich für eine Million Medieneinheiten) in den Schlosskubus zu integrieren. Das entspricht 26.000 m². Die anderen Funktionen sollen in die Breite Straße verlagert werden.

Fachwissenschaftliche Funktionen

mit Magazinen	15.000 m ²
Medienbearbeitung	1.000 m ²
Technische Dienste	1.000 m ²
Zentrale Aufgaben	500 m ²
wiss. Fach- und Servicebereiche	4.900 m ²
Funktionsflächen intern	<u>2.000 m²</u>
	24.400 m ²

Bei dieser Lösung ergibt sich eine Flächenbelegung im Schlosskubus von

Agora	15.000 m ²
Außereuropäische Sammlungen	42.400 m ²
Humboldt-Universität	8.000 m ²
ZLB	<u>26.000 m²</u>
	91.400 m ²

Auch der reduzierte Ansatz im Kubus mit einem Überfließen der Funktionen in die Breite Straße führt erneut zu einer krassen Überbelegung.

Die weitere Reduzierung von Flächen der anderen Partner zugunsten der ZLB kann nur in einem geringen Umfang erfolgen, ansonsten werden Profil und Funktionsfähigkeit des Konzeptes generell in Frage gestellt. Ein Kompromiss in den Flächen darf nicht zu Lasten der Qualität des Konzeptes gehen.

3.2 Museum/Wissenschaft/Agora

	(ungekürzter Ansatz)	
	1.	2.
Museum	42.400 m ²	44.000 m ²
Humboldt	8.000 m ²	8.000 m ²
Agora	<u>15.000 m²</u>	<u>15.000 m²</u>
	65.400 m ²	67.000 m ²

Der Flächenansatz ist erfüllt.

Der Konzeptansatz ist in folgenden Punkten erfüllt:

- Unteilbarkeit von Kunst und Wissenschaft
- Dialog der Kulturen der Welt
- Wissenschaftlicher Diskurs
- Urbanität und Lebendigkeit über Agora.

Die Verbindung von Text- und Bildkultur ist über die Fachbibliotheken gegeben, wenngleich in geringerem, aber fachspezifischem Umfang.

Die geschichtliche Verankerung ist gegeben durch die Tatsache, dass die außereuropäischen Sammlungen und die Sammlungen der Humboldt-Universität aus den Kunstkammern der Könige hervorgegangen sind.

3.3 Bibliothek/Wissenschaft/Agora

		(ungekürzter Ansatz)	
		1.	2.
Bibliothek	44.000 m ²		50.400 m ²
Wissenschaft	8.000 m ²		8.000 m ²
Agora	<u>15.000 m²</u>		<u>15.000 m²</u>
	67.400 m ²		73.400 m ²

Die ZLB sorgt für eine hohe Benutzerzahl und damit für Lebendigkeit, breite Wissens- und Informationsvermittlung. Zusammen mit den Sammlungen der Humboldt-Universität liefert sie Zugänge zum Weltverständnis, sie vereint Ost und West und sie verbindet Tradition mit Moderne (Buch und moderne Medien). Es fehlt die geschichtliche Verankerung, der Dialog der Kulturen (Museumsinsel und Schlossplatz), die Unteilbarkeit von Kunst und Wissenschaft. Es ist letztlich eine traditionelle Lösung. Der Flächenansatz ist erfüllt.

Die Arbeitsgruppe legt die Modelle mit den Berechnungen der Kommission zur Entscheidung vor. Eine Einigung war auf der fachlichen Ebene aus naheliegenden Gründen nicht erreichbar. Mehrheitlich wird das Konzept 3.2 vertreten.

Prof. Dr. Laurenz Demps, Prof. Dr. Helmut Engel,
Thomas Krüger

Zur geschichtlichen Bedeutung von Schloss und Palast der Republik

19. Dezember 2001

Der historische Ort „Schloss“ stellt einen Bezugspunkt erster Ordnung für die Entwicklung der Stadt als Teil der Geschichte des Landes dar. Er war Ausdruck der Macht, der Repräsentation, der politischen Entwicklung sowie der Kunst und Kultur. Am Schloss zeigten sich sowohl die Herausbildung absolutistischer Strukturen, der Aufbau eines für seine Zeit modernen Staates sowie sein Untergang. In abgewandelter Form trifft dies auch auf den Palast der Republik zu, wobei dessen Nutzungsidee in seinem Anknüpfen an die Tradition des Volkshauses einen spezifischen historischen Horizont erschließt.

Schloss und Palast der Republik sind deshalb Orte von besonderer geschichtlicher Bedeutung, weil sich am Schloss die Lösung aus der feudalistischen Bindung von Fürst und Volk und die Entwicklung zur vorparlamentarischen Ständeversammlung vollzogen hat. Nach deren Auszug aus dem Sitz des Herrschers als Folge der Revolution von 1848 verblieb die Eröffnung der parlamentarischen Sitzungsperioden von Landtag und Reichstag mit den Thronreden an das Schloss gebunden. Seit 1847 blieb in den Thronreden einer der beherrschenden Gegenstände die Frage nach der deutschen Einheit, die als kleindeutsche Lösung seit 1866 Gestalt annehmen konnte. Das 1918 durch Liebknecht vom Schloss aus verkündete Ende der Monarchie stellt deshalb einen legitimen Teil in der Geschichtskontinuität des Ortes dar.

Selbst wenn als Folge der Sprengung des Schlosses durch die Verantwortlichen in der DDR und dessen restloser Beseitigung an den Palast der Republik gebunden, setzt die Regierungserklärung de Maizières mit ihrem Bekenntnis zur deutschen Einheit die Traditionslinie des Ortes fort. Sie markiert jedoch auch den Schlusspunkt der Tradition eines in unterschiedlichem Grad domestizierten Stadtraumes und eröffnet seine Perspektive in Freiheit und Demokratie, indem es ihn der Öffentlichkeit zurückgibt.

Die Thronreden waren an den Weißen Saal im Schloss gebunden, die Regierungserklärung des letzten, erstmals frei gewählten Ministerpräsidenten der DDR wurde im Plenarsaal der Volkskammer im Palast der Republik abgegeben. Dort wurden größtenteils auch die den Beitritt zur Bundesrepublik regelnden Gesetzesverfahren beschlossen. Der Weiße Saal ist letztes Glied in der Folge der unter Friedrich I. begründeten Staatsappartements, die sich im zweiten Obergeschoss von der Gigantentreppe über die gesamte Lustgartenfront bis zum Weißen Saal erstreckten.

Es wird die Empfehlung gegeben, den Sitzungssaal der Volkskammer wiederherzustellen und zu prüfen, inwiefern er in den zu realisierenden Bau integriert werden kann, den Weißen Saal in Lage und Dimensionierung festzulegen und im Lichte der vorgesehenen Nutzungen zu prüfen, ihn möglicherweise wieder als Endpunkt einer Folge repräsentativer Räume zu verstehen.

Dem historischen Ort „Schloss“ ist darüber hinaus durch eine angemessene „inszenierte Reminiscenz“ (z.B. Schlossmuseum, Ausstellung, historische und politische Rezeptions- und Bildungsangebote) im unmittelbaren Umfeld Rechnung zu tragen. Dabei wäre neben der Geschichte des Schlosses auch auf Funktion und Rolle des Palastes der Republik einzugehen. Auf diese Weise würde den nur zum Teil (Schloss) oder nicht (Palast der Republik) wiederhergestellten baulichen Gestalten Rechnung getragen werden.

Zum Kunstwert der Stadträume im Umfeld des ehemaligen Schlosses

19. Dezember 2001

1. Nordseite des Areals

• Unter den Linden

Die Nordseite des Areals enthält den räumlichen Anfang oder, wie man will, das Ende von Straße und Stadtraum Unter den Linden. Dies ist der kostbarste Straßen- und Stadtraum Berlins. Die Planfigur war 1647 entworfen von Johann Moritz von Nassau. Damit beginnt die barocke Stadtbau- und Landesplanung in Brandenburg und möglicherweise überhaupt in Deutschland; jedenfalls hat diese Planung höchsten Kunstwert.

Die Raumwand am Anfang oder Ende der „Linden“ (die Nordfassade des Schlosses) war in der Höhe 1697 von Nicodemus Tessin bemessen, 1698–1706 von Schlüter ausgeführt worden. Nach dem Entwurf Tessins ist der Ausgangs- und Angelpunkt der Linden städtebaulich durch das Schloss hindurch mit dem alten Schlossplatz verknüpft gewesen. Auch dieser Disposition kam höchster Kunstwert zu, auch ohne dass das gedachte östliche Ende der Komposition ausgeführt worden wäre. Die Raumwand am Anfang oder Ende der „Linden“ ist schließlich in ihrer Ausdehnung nach Westen, also in der gesamten ausgeführten Breite 1707 von Johann Friedrich Eosander bemessen worden; der von Eosander gedachte östliche Abschluss der Fassade ist wieder nicht realisiert worden. Gleichwohl befriedigte die Komposition im Ganzen völlig und hatte hohen Kunstwert.

Der Palast der Republik funktioniert stadträumlich nach dieser Seite hin nicht. Sein weiter Vorplatz wirkt als Trennung von Ost und West statt als Verbindung. Der Palast der Republik hat daher städtebaulich nach dieser Seite keinen Kunstwert.

• Lustgarten

Zu dem stadträumlich komplexen Areal nördlich des ehemaligen Schlosses gehört auch der Lustgarten. Der Lustgarten hat von ca. 1830 bis 1935 in der städtebaulichen Fassung bestanden, die Karl Friedrich Schinkel ihm gegeben hatte, und ist gegenwärtig annäherungsweise in dieser Form wiederhergestellt. Schinkel hat das in einem Hafenecken erbaute Museum in seinen Maßen genau auf das Schloss gegenüber abgestimmt und das Maß des Lustgartens nach der Höhe des Schlosses festgesetzt. Nicht erst seit der Postmoderne ist Schinkel und ist vor allem sein Museum mit seinem Lustgarten davor weltberühmt geworden. Der künstlerische Weltrang dieser Komposition ist niemals angezweifelt worden.

2. Marx-Engels-Forum

Der Palast der Republik funktioniert stadträumlich zwar nicht an seiner Westseite, sehr wohl aber nach Osten zum Marx-Engels-Forum hin und bildet mit diesem zusammen ein schlüssiges Ensemble. Dabei kommt es auf die Fassade an, weniger auf die darübereckenden Saaldächer.

Eine gewisse Bedrückung, die man beim Passieren des Raums zwischen Palast und Dom empfindet, wird durch den zu weit vorspringenden Kasten des kleinen Saals verursacht; die Fassade könnte an den Enden ein wenig beschnitten werden, ohne ihre städtebauliche Funktion zu gefährden.

3. Schlossplatz

Der Schlossplatz ist in seiner historischen Form das Ergebnis der Verlegung der ehemaligen Klosterkirche der Dominikaner, die seit ca. 1540 als Schlosskirche bzw. Dom fungierte, an den Lustgarten etwa im Jahr 1740. Planungen dafür sind seit ca. 1690 belegt (Domentwürfe von Nering, Schlüter, de Bodt, Stechbahn-Neubau de Bodts um 1710). Weil man die repräsentative Steinbrücke mit dem Denkmal des Großen Kurfürsten auch zum Städtebau rechnen kann, sei hier auf diesen Bestandteil der Komposition wenigstens hingewiesen. Ebenso hatte der von der Stadt der Krone geschenkte Schlossbrunnen städtebauliche Wirkung, indem er den Platz zentrierte, was die noch auf die Domkirche berechnete Schlossfassade nicht leistete. Der historische Schlossplatz war gewiss ein schöner Stadtplatz von beachtlichem Kunstwert.

4. Breite Straße

Die Breite Straße, bis in DDR-Zeiten noch in sanft geschwungenen mittelalterlichen Fluchten, ist von den Barockarchitekten an ihrem nördlichen Ende als barocker Stadtraum definiert worden, indem schon Memhardt, dann Böhme das Vorhofportal (II) des Schlosses in ihre Perspektive gestellt haben. Dies war eine Kunstleistung auf dem besten Niveau der Zeit.

5. Schlossfreiheit

Die Schlossfreiheit ist erst nach dem Dreißigjährigen Krieg bebaut worden, in kleinen Parzellen. Seit etwa dreißig Jahre später der Vorhof des Schlosses viergeschossig ausgebaut worden war, machte die kleinteilige Bebauung der Schlossfreiheit ein im damaligen Sinne kunstgerechtes Repoussoir für den Blick vom Westen auf das Schloss, das Eosander in seiner Ausführungsplanung für den Schlossflügel an der Freiheit eingezeichnet hat. Obwohl der kleinteiligen Bebauung in sich kein Kunstwert zukam, hat sie doch im Blick auf das Schloss künstlerische Bedeutung gehabt. Die Freilegung des Schlosses auf dieser Seite nach dem Geschmack des 19. Jahrhunderts (fast alle Kathedralen des Abendlands haben dasselbe erlitten) war künstlerisch kein Gewinn, auch in Ansehung des aufwendigen Nationaldenkmals für Wilhelm I.

„Zu Kunstwert und Rekonstruktibilität des Berliner Schlosses“

19. Dezember 2001

1. Die Fassaden

Vom Gründungsbau des 15. Jahrhunderts war in späterer Zeit außen nichts mehr zu sehen. Von der Reformationszeit bis zum Dreißigjährigen Krieg war Sachsen in den evangelischen Landen führend. Die Berliner Repräsentationsarchitektur dieser Zeit gehört zur Elbrenaissance. Von dem bedeutenden Bau um 1540 war außen später praktisch nichts mehr zu sehen. Aus der Zeit gegen 1600 stand bis zur Zerstörung relativ wohl erhalten noch das Herzoginnenhaus, ein Miniaturschlösschen, vielleicht der hübscheste Bau dieser Zeit und Stilrichtung. Zu zwei Dritteln stand noch die Hofapotheke, ein Bau guten konventionellen Niveaus. Verstümmelt an einem Ende und verstümmelt an seinen Fassaden stand auch noch das Quergebäude zwischen den Höfen; allein die Befensterung zum Großen Schlosshof hin hatte noch originalen Kunstwert.

Die Renaissancebauten könnten rekonstruiert werden, da ihre Fassaden keine figurale Bauplastik enthielten. Die konventionelle Profilierung hat viele Parallelen in der Elbrenaissance und könnte photogrammetrisch festgestellt werden.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg wird Brandenburg langsam Großmacht und auch führend in der Kunst. Der erste Barockflügel am Schloss, der Kurfürstenflügel, sollte nicht Fassade machen und war unscheinbar. Der zweite Barockflügel, die Verbindungsgalerie, zeigte bestes konventionelles europäisches Niveau. Diese beiden Barockflügel enthielten in ihren Fassaden keine figurale Bauplastik. Sie könnten mit Hilfe der Photogrammetrie in genügender Genauigkeit wiederhergestellt werden.

Der große barocke Um- und Ausbau zum Erwerb der Königskrone, begonnen 1690 und 1698–1706 von Andreas Schlüter geführt, zielte auf höchstes europäisches Niveau und erreichte dies auch. Schlüters Bau gilt der Kunstwissenschaft als Gründungsbau des deutschen Barock, wirkte aber auch über Deutschlands Grenzen, so bis nach Turin und Neapel. Übrigens ist noch nicht systematisch über die Wirkungen geforscht worden. Der Stadtfassade Schlüters ordnet sich das Denkmal des Großen Kurfürsten zu, das bedeutendste nördlich der Alpen erhaltene Reiterdenkmal.

Schlüters Fassaden enthielten außer reicher Profilierung, deren Erneuerung keine Probleme aufwirft, reichlich figurale Bauplastik, die nur teilweise ausgebaut zur Verfügung steht. Aus dem Rang dieser Bauplastik ergibt sich das Problem: Man kann sie nicht nach Fotos kopieren, sondern muss sie, wie das etwa bei Kathedralplastik die Regel ist, abgießen. Daher gilt es, die fehlenden

originalen Stücke durch Ausgrabung zu gewinnen. Die Ausgrabung berührt die Zeitplanung eines Wiederaufbaus nicht, weil Schlüters figurale Plastik nach italienischer Weise dem fertigen Bau appliziert wurde.

Bei der Umbauung des Vorhofes (großer Schlosshof) haben Eosander und Böhme wohlweislich Schlüters Außenfassaden fortgesetzt. Von Eosanders drei selbstentworfenen Fassaden – dem Schulterrisalit am Lustgarten und den Fassaden an der Schlossfreiheit und im großen Schlosshof – hat diejenige an der Freiheit europäisches Niveau. Die Lustgarten-Schulter hat besonders in Preußen stark weitergewirkt; auch die Hoffassade lag im Rahmen Deutschlands über dem Durchschnitt. Der Kunstwert dieser besten Arbeiten Eosanders ist durch Schlüters große Überlegenheit natürlich verdunkelt worden. Auch Eosanders eigene Fassaden enthielten figurale Plastik. Von dieser sind einige Gruppen ausgebaut worden; was fehlt, könnte als Bossen versetzt werden (nach französischer Weise war diese Plastik in Bossen eingemauert). Am alten Schloss gab es einen Giebel Eosanders, in dem die vorgesehene Bauplastik in Gestalt unbearbeiteter Bossen stehen geblieben war.

Die jüngsten Anbauten an das Schloss datierten aus dem Vormärz. Von diesen ist die Kuppel der Schlosskapelle bedeutend. Damals stand der Glaube an das Gottesgnadentum des Königs schon in Zweifel; eben deswegen wurde die Kapelle erbaut. Die Architektur August Stülers vermochte den Zweifel nicht zu heben, sie versuchte ihn zu übertönen. Die Kuppel schadete durch ihre Größe der Monumentalität des Schlosses, ungeachtet ihrer in sich guten Proportionen. Ihr Kunstwert ist daher beschränkt. Zu Kapelle und Kuppel sind die Baupläne erhalten. Die Balustradenfiguren der Kuppel wären im Fall der Wiedererrichtung unter Umständen entbehrlich bzw. ersetzbar. Die die Laterne tragenden Engelsfiguren könnten angesichts der Höhe photographischen Vorlagen nachgebildet oder aber neu modelliert werden, wie beispielsweise die Figur auf der Charlottenburger Schlosskuppel.

Während des Kaiserreiches wurde die Verstümmelung des Apothekenflügels mit einer neuentworfenen Giebelfassade geschlossen. Selbst aus dieser Epoche sind in der Stadtmitte nur selten Bauten erhalten. Der Kunstwert des Giebels war konventionell; die Bauzeichnungen sind erhalten. Schließlich wurde zu dieser Zeit das Portal III an der Schlossfreiheit um bronzene Reliefs und Schrifttafeln von zweifelhaftem Kunstwert bereichert. Dem Portal III wurde in demselben Zusammenhang das Nationaldenkmal Kaiser

Wilhelms I. gegenübergestellt. Das Denkmal war unglaublich, weil die Nation ihren Einiger in Bismarck sah. Daran konnte auch Reinhold Begas, ein erstklassiger Bildhauer, nichts ändern. Der Kunstwert des Nationaldenkmals Wilhelms I. ist gering zu veranschlagen. Zum Schloss gehört aus dieser Epoche der Schlossbrunnen von demselben Reinhold Begas, ein Werk, das keine unglaublichen Ansprüche stellt und zumindest im deutschen Rahmen zum ersten Niveau zählt.

2. Die Innenräume

Vom Gründungsbau des Schlosses waren nur zwei Erdgeschoss-, später Kellerräume übrig. Sie hatten keinen überregionalen Kunstwert. Die Räume sind erst beim Abbruch des Schlosses wiederentdeckt worden; Rekonstruktionsbedarf dürfte hier nicht bestehen.

Vom großen Ausbau der Reformationszeit gab es noch die Erasmuskapelle zu sehen, allerdings in Stockwerke unterteilt und durch Abbruch der Emporen verstümmelt. Die Kapelle hatte das damals in Mitteleuropa verbreitete hohe Kunstniveau. Aus dieser Epoche gab es noch die vermauerte Laube auf dem Grünen Hut und allerhand Reste von Tür- und Fensterrahmen, all dies von regionalem Vorbild- und Kunstwert, in einzelnen Stücken – den Bogengewänden im Eckzimmer der Elisabethkammern – erstes Niveau der Elbrenaissance. Die Räume sind zuletzt mehr oder weniger unkenntlich gewesen; Rekonstruktionsbedarf dürfte hier nicht bestehen. Indessen sind beim Abbruch des Schlosses allerhand im Barockbau verbaut gewesene Stücke mit Profilen und zum Teil mit figürlichen Reliefs zutage getreten. Diese Stücke sollten im Schloss selbst ausgestellt werden.

In den Bauten aus der späteren Elbrenaissance (gegen 1600) waren eine große Zahl gewölbter Räume, ein Treppenhaus und Türrahmen übrig, all dies von beschränktem Repräsentationsanspruch und daher beschränktem Kunstwert. Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurden nach und nach die Staatszimmer modernisiert auf dem damals in protestantischen Ländern üblichen Niveau und mit der zu erwartenden regionalen Vorbildwirkung. Die Räume, die unmittelbar für den Erwerb der Krone von Schlüter teils neu ausgebaut, teils ganz neu gebaut worden sind, hatten den beabsichtigten europäischen Rang und in Deutschland die Spitzenstellung: drei Treppenhäuser, etwa zwei Dutzend Prunkräume. Die auch noch in Zusammenhang mit der Feier der Krone ausgebauten Räume Eosanders blieben in der Qualität zurück, waren aber doch noch im europäischen Kontext präsentabel. Eosanders großes Treppenhaus wirkte unglücklich; es ist,

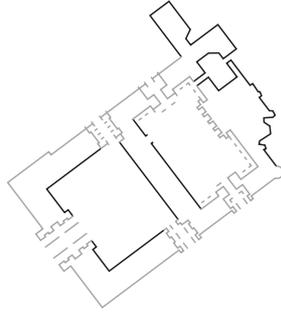
aus welchem Grund immer, niemals zur Repräsentation verwendet worden. Eosanders Passage im Portal IV hatte gutes Niveau der Zeit.

Von Böhme, der den Barockbau vollendet hat, war kaum ein Zimmer übrig. Böhmes später so genannte Marmortreppe war von glänzendem Entwurf und hatte hohen Kunstwert. Ein zweites, schlichteres Treppenhaus von Böhme wirkte ebenfalls vorteilhaft. Böhmes Passage in Portal II hatte gutes Niveau der Zeit. Von den Räumen des großen Barockbaus sind die Passagen und die Treppenhäuser rekonstruierbar, mit Ausnahme von Schlüters großem Treppenhaus. Von diesem können wegen des konstitutiven Anteils figuraler Plastik nur Teilräume wiederhergestellt werden, mit abgegossener plastischer Ausstattung. Von den Prunkräumen Schlüters ist die Plastik des Elisabethsaals zum Teil abgegossen worden, so dass der Eindruck dieses Raums wiedergewonnen werden kann. Weitere Räume können in ihren Umrissen dargestellt werden.

Aus dem Rokoko war nur ein einziger Raum erhalten, von großem Kunstwert. Die erste Generation des Klassizismus, von der außen nur ein paar Gitter zu sehen waren (vor allem dasjenige am Portal IV, dem Liebknecht-Portal), hatte drei große Suiten im Schloss ausgebaut. Je eine war von Gontard, von Langhans und von Erdmannsdorff, ein Bestand, der in Deutschland nicht seinesgleichen hatte. Die Zimmer des alten Erdmannsdorff mit Stücken des jungen Schadow gehörten zu den besten ihrer Zeit in Europa. Einige Langhans-Zimmer wären nicht schwieriger zu rekonstruieren als der Langhans-Saal im Schloss Bellevue. Eine Rekonstruktion der Zimmer von Gontard wäre weniger schwierig als beispielsweise die der Goldenen Galerie im Schloss Charlottenburg. Aus den beiden Sälen Erdmannsdorffs sind Schadows Stücke abgegossen worden, was die Rekonstruktion geradezu erfordert. Das Speisezimmer Erdmannsdorffs – der schönste Raum des ganzen deutschen Klassizismus – könnte mit Hilfe farbfotografischer Vorlagen angenähert werden. Von einem Kabinett Erdmannsdorffs existieren noch originale Teile der Täfelung; sie ermöglichen die Rekonstruktion.

Aus der zweiten Generation des Klassizismus waren einige Räume, leider nicht die bedeutendsten, aus einer Einrichtung von Schinkel erhalten. Diese Räume sind rekonstruierbar. Die Schlosskapelle aus dem Vormärz war an Raumwirkung und Ausstattung ein Kunstwerk von hohem Wert. Sie wäre im Wesentlichen rekonstruierbar.

Von etwa 1860 datierte eine schöne geschlossene Einrichtung, die Hohenzollern-Wohnung, über deren relativen Rang die Kunstgeschichte noch nicht befunden hat. Dies gilt auch für einige wenige weitere Räume aus diesen Jahren. Sie alle sind nicht rekonstruierbar. Die vielen Einrichtungen Wilhelms II. zu Gastwohnungen, für die eigene Wohnung und zu Staatsräumen sind von der Kunstwissenschaft ebenfalls noch nicht bewertet worden. Vermutlich waren sie künstlerisch weniger bedeutend.



II. Dokumentationen

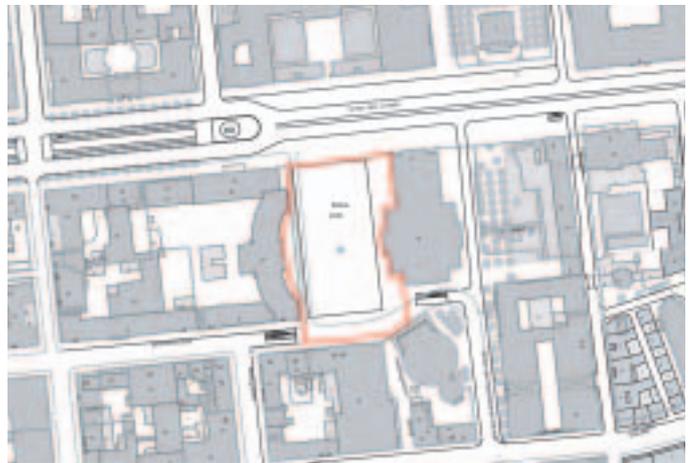
Plätze im Vergleich

M 1: 5.000

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung



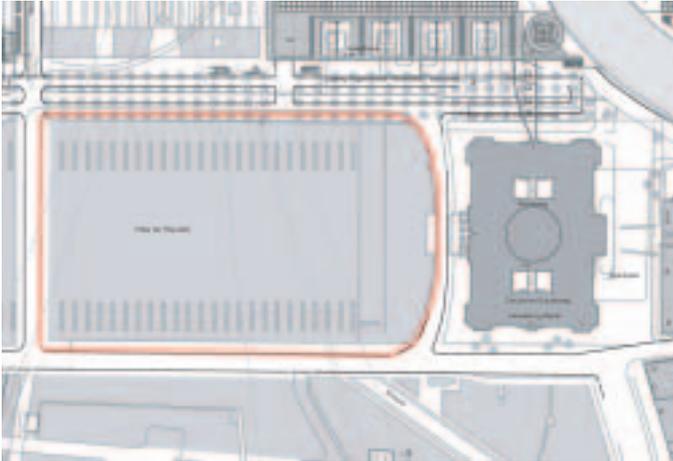
Schlossplatz
Länge: 144 m
Breite: 60 m
Fläche: ca. 8.600 m²



Bebelplatz
Länge: 128 m
Breite: 72 m
Fläche: ca. 9.200 m²



Gendarmenmarkt
Länge: 312 m
Breite: 148 m
Fläche: ca. 46.200 m²



Platz der Republik
 Länge: 280 m
 Breite: 168 m
 Fläche: ca. 47.000 m²



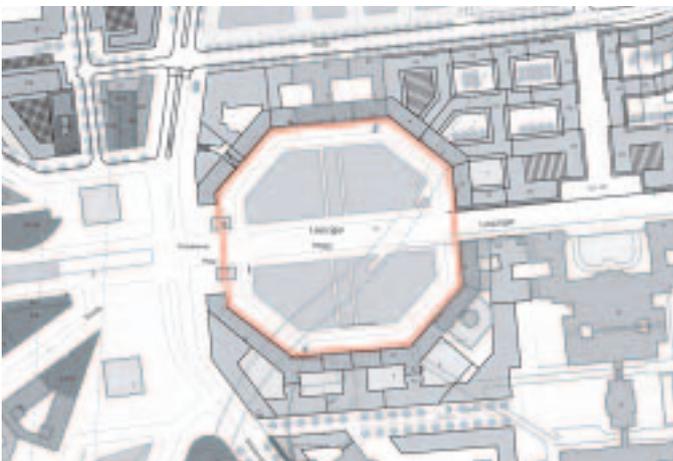
Kollwitzplatz
 Fläche: ca. 17.000 m²



Pariser Platz
 Länge: 120 m
 Breite: 112 m
 Fläche: ca. 13.400 m²



Siena, IL CAMPO
 Länge: ca. 120 m
 Breite: ca. 98 m
 Fläche: ca. 12.000 m²



Leipziger Platz
 Länge: 164 m
 Breite: 164 m
 Fläche: ca. 23.700 m²



Paris, Place des Vosges
 Länge: 135 m
 Breite: 135 m
 Fläche: ca. 18.200 m²

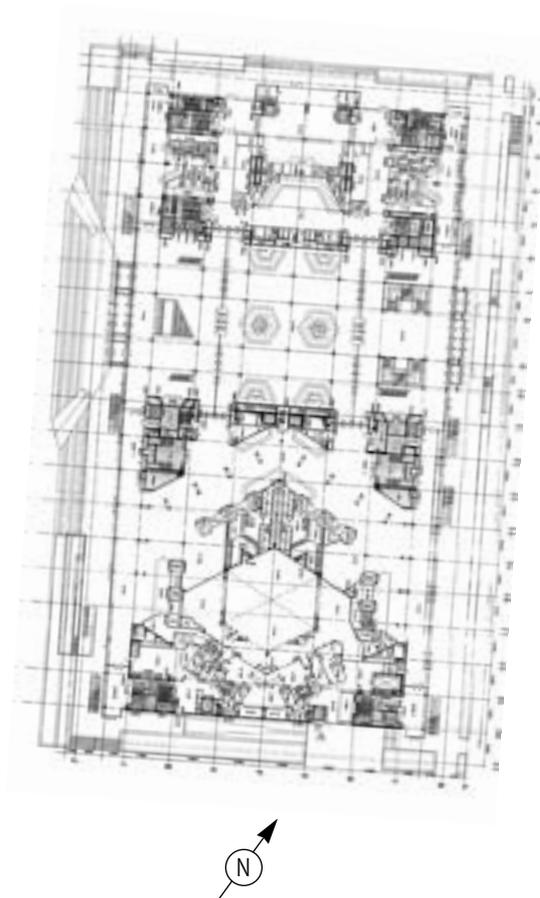
Historisches Stadtschloss/ Palast der Republik

Grundrisse und Schnitte
Dipl.-Ing. Günter Noormann,
Öffentlich bestellter
Vermessungsingenieur

Schloss
Erdgeschoss



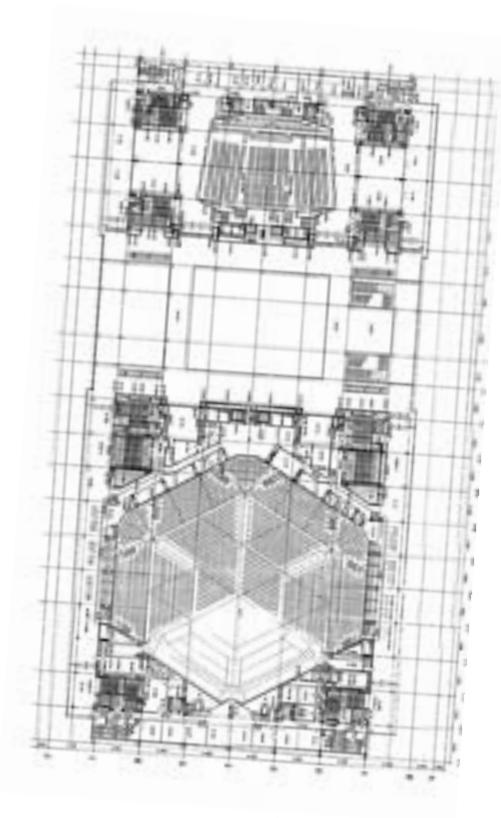
Palast der Republik
Erdgeschoss



Grundriss
von 1^o Stockwerk des Schlosses
zu Berlin.



Schloss
1. Obergeschoss



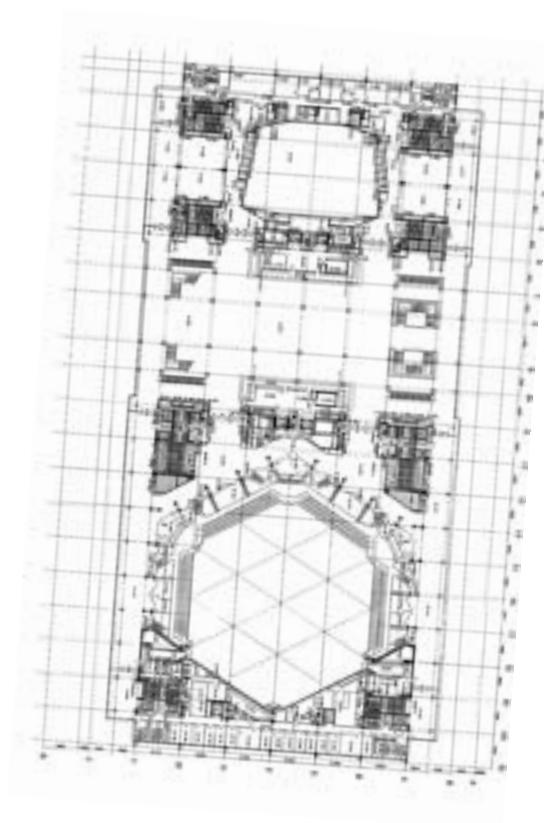
Palast der Republik
2. Obergeschoss

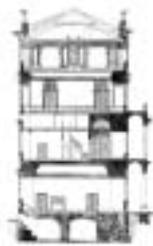


Schloss
2. Obergeschoss

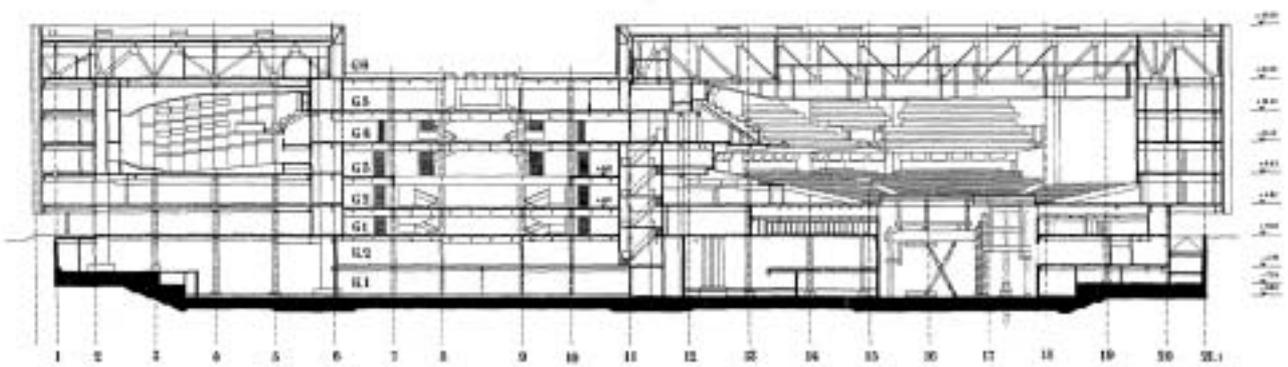


Palast der Republik
3. Obergeschoss





Schloss
Längsschnitt



Palast der Republik
Längsschnitt

Flächenberechnungen Stadtschloss/ Palast der Republik/ Ergänzungsflächen

Marc Jordi,
Dipl.-Architekt



Variante A
Schloss

BGF unterirdisch 13.800 m²
BGF oberirdisch 58.800 m²
BGF gesamt 72.600 m²



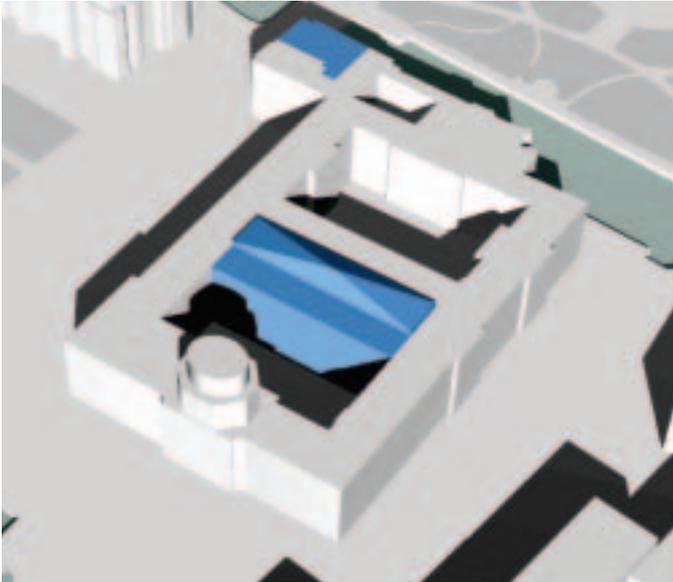
Variante B
Schloss + UGs Palast

BGF unterirdisch 56.200 m²
BGF oberirdisch 58.800 m²
BGF gesamt 115.000 m²



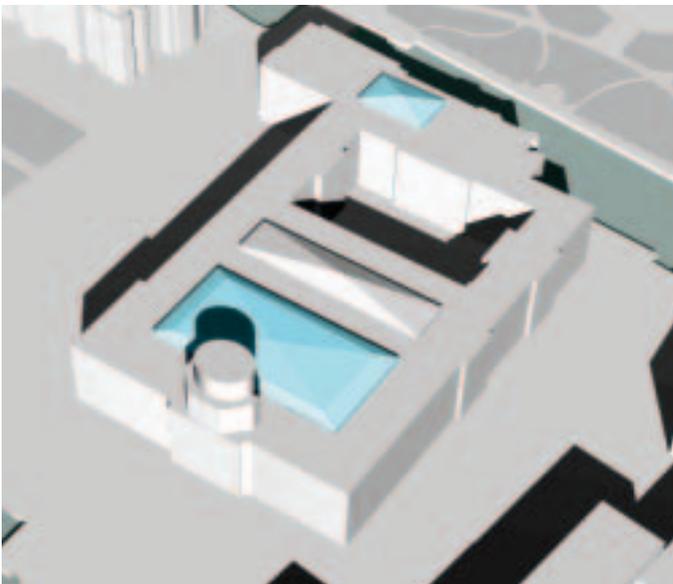
Variante C
Schloss + UGs Palast
+ Entresols
(Zwischendecken)

BGF unterirdisch 56.200 m²
BGF oberirdisch 77.500 m²
BGF gesamt 133.700 m²



*Variante D)
Schloss+ UGs Palast + Entresols
+ Hoftrakt + Nord-Ost-Flügel*

*BGF unterirdisch 57.700 m²
BGF oberirdisch 92.900 m²
BGF gesamt 150.600 m²*



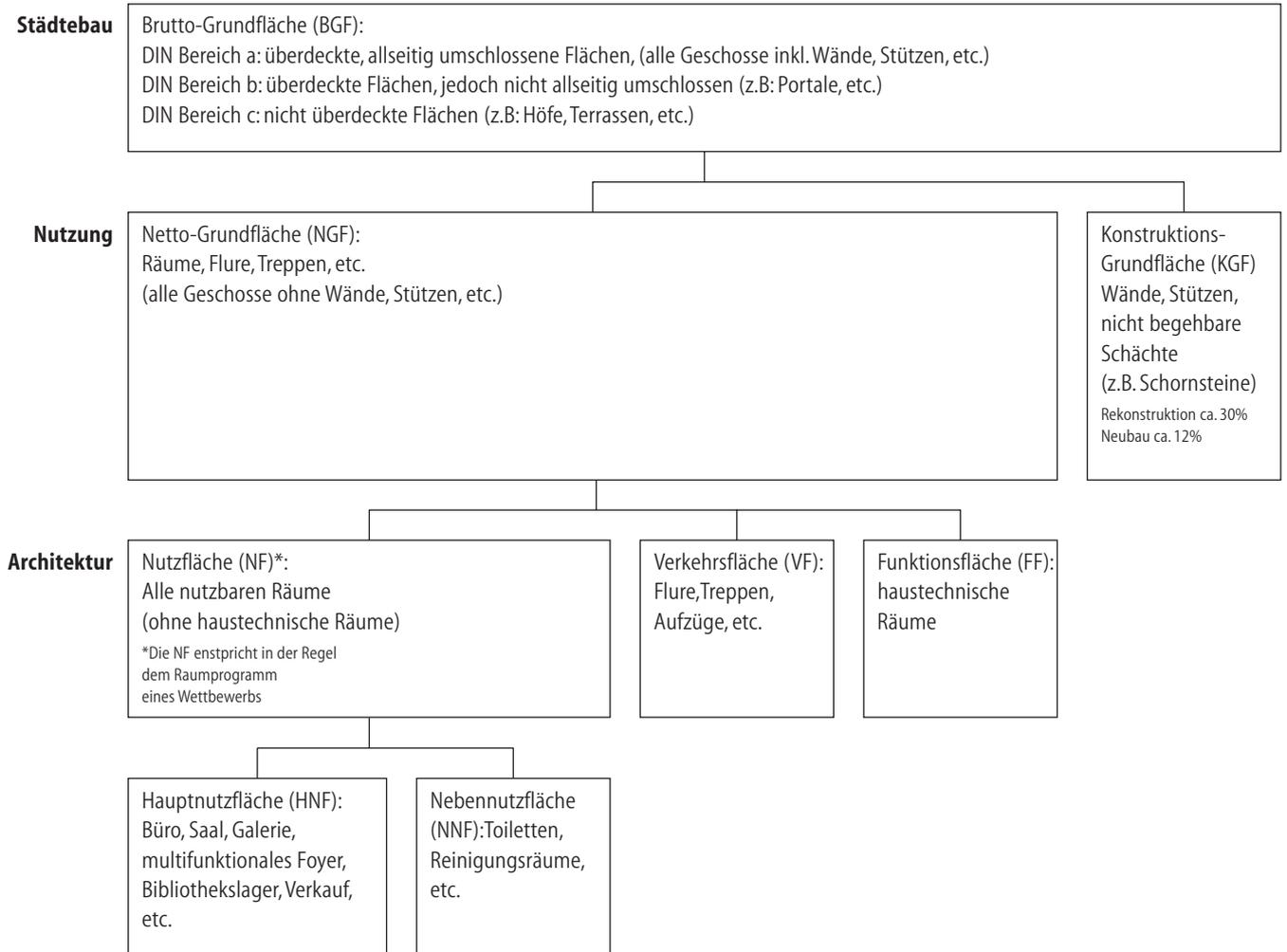
*Variante E
Schloss + UGs Palast + Entresols
+ Hoftrakt + Nord-Ost-Flügel
+ Hofüberdachungen*

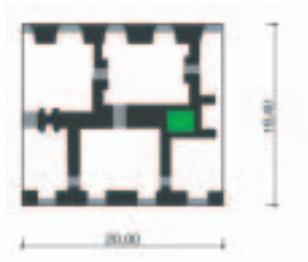
*BGF unterirdisch 60.300 m²
BGF oberirdisch 96.100 m²
BGF gesamt 156.400 m²*

Flächendiagramm nach DIN 277

Zur Flächenermittlung notwendige Grundlagen

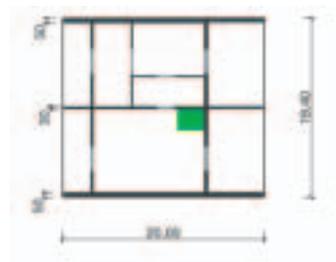
Bereich a und b werden in der Berechnung zusammengefasst.
 Bereich c wird rechnerisch nicht erfasst.





Flächenvergleich Rekonstruktion zu Neubau

Testausschnitt des Erdgeschosses
von 20 m Länge



Rekonstruktion

Erdgeschoss

Brutto-Grundfläche (BGF)	368 m ²	100 %
Konstruktions-Grundfläche (KGF)	123 m ²	33 %
Netto-Grundfläche (NGF)	245 m ²	67 %

Installationsschachtfäche	6 m ²	1,5 %
---------------------------	------------------	-------

Konstruktionsflächen in den einzelnen Geschossen

Kellergeschoss	150 %	50 %
Erdgeschoss	100 %	33 %
1. Obergeschoss	85 %	28 %
2. Obergeschoss	70 %	23 %
3. Obergeschoss	55 %	18 %

Mittelwert		30 %
------------	--	------

Die Konstruktions-Grundfläche bei einer Rekonstruktion liegt zwischen 1/3 und 1/4 der Brutto-Grundfläche.

Die Installationsschachtfäche kann bei einer Rekonstruktion innerhalb der Konstruktion liegen.

Neubau

Erdgeschoss

Brutto-Grundfläche (BGF)	368 m ²	100 %
Konstruktions-Grundfläche (KGF)	48 m ²	13 %
Netto-Grundfläche (NGF)	320 m ²	87 %

Installationsschachtfäche	6 m ²	1,5 %
---------------------------	------------------	-------

Konstruktionsflächen in den einzelnen Geschossen

Kellergeschoss	115 %	15 %
Erdgeschoss	100 %	13 %
1. Obergeschoss	92 %	12 %
2. Obergeschoss	85 %	11 %
3. Obergeschoss	77 %	10 %

Mittelwert		12 %
------------	--	------

Die Konstruktions-Grundfläche bei einem Neubau liegt bei ca. 1/8 der Brutto-Grundfläche. Die Installationsschachtfäche ist bei einem Neubau zur Konstruktionsfläche zuzurechnen.

Resümee

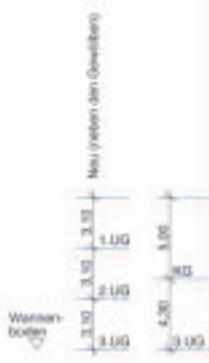
Die Konstruktions-Grundfläche ist bei einer Rekonstruktion gegenüber einem Neubau, trotz Integrierung von Installationsschächten in die Konstruktions-Grundfläche, ca. 3 x größer.

Untergeschosse Palast der Republik nachstehend ‚Wanne‘ genannt

mit Geschosshöhen von
1. UG 5,00 m und 2. UG 4,30 m

Bei Variante B und folgende (Unterkellerung
der gesamten Schlossfläche mit historischen
Gewölben) bleibt in der Wanne:

unterhalb der Gewölbe: Raum für ein
weiteres UG neben den Gewölben:
Raum für drei UGs



Rekonstruktion der Fassade und Räume zum Schlossplatz

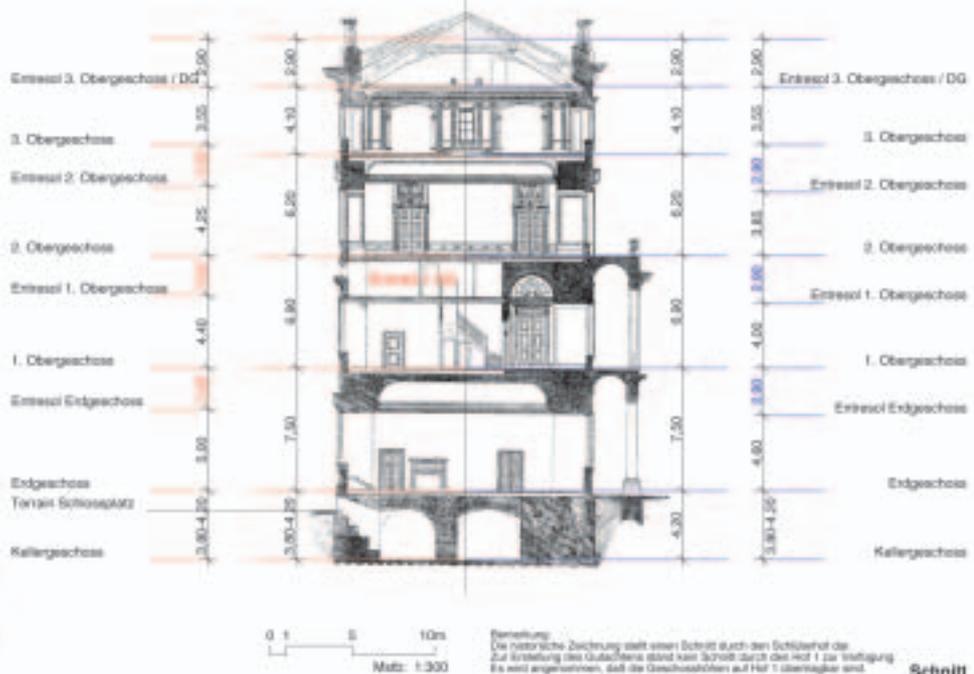
mit originalhohen Entresols RH = 2,20 m
(historische Zwischendecken für das Dienstpersonal)

neue Nutzung: Haustechnik, Toiletten, evtl. Büros

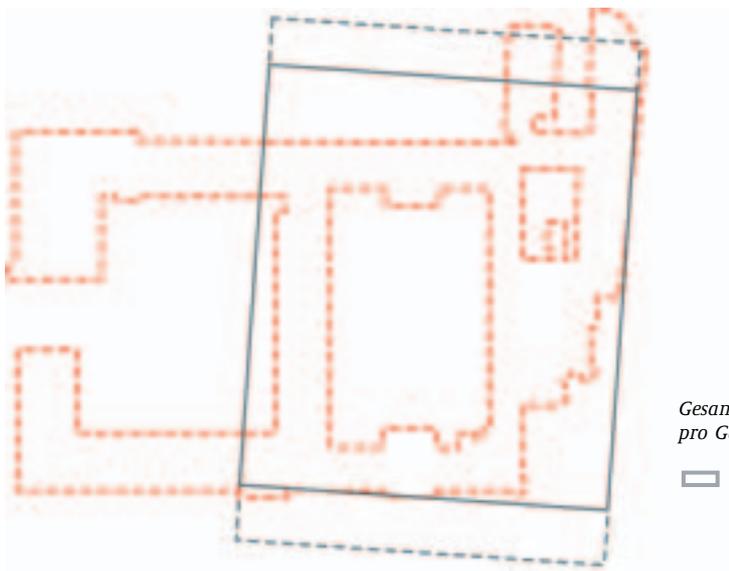
Rekonstruktion der Fassade mit Ergänzungsflächen zum Hof 1

mit erhöhten Entresols RH = ca. 2,60 m

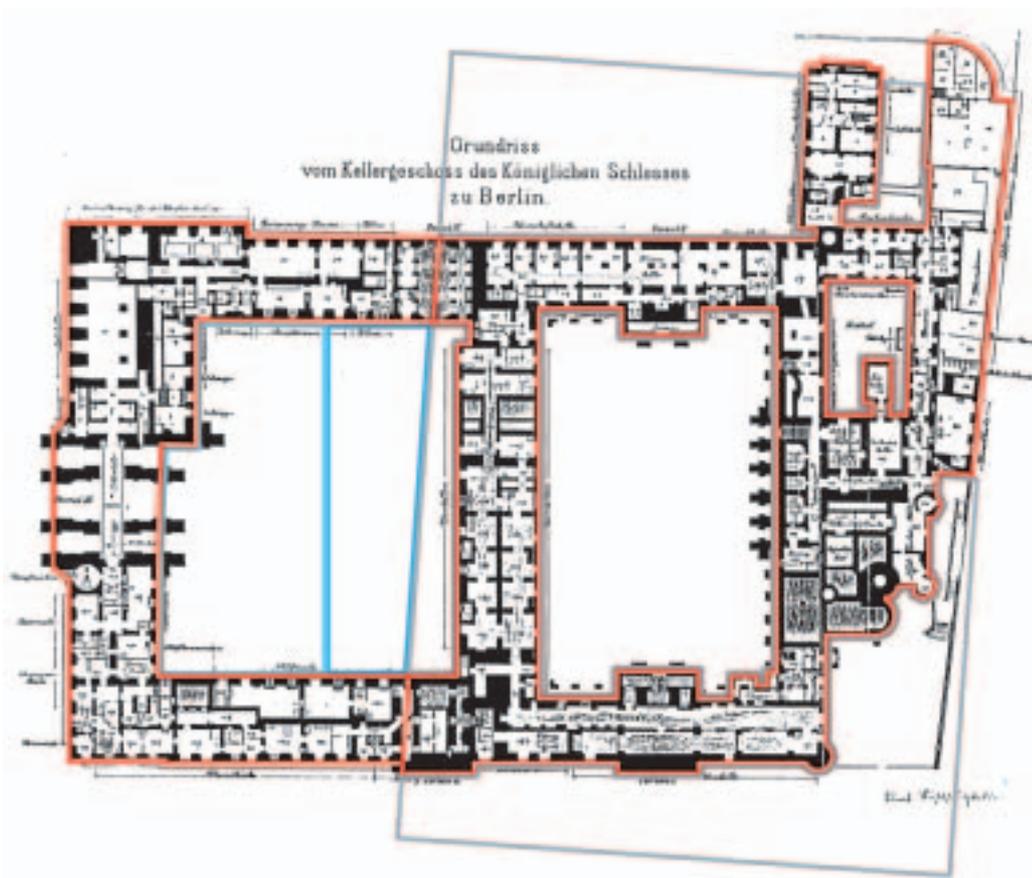
Nutzung: Büros, Mueuseum, Kabinette, Bibliothek, Lesenischen, etc.

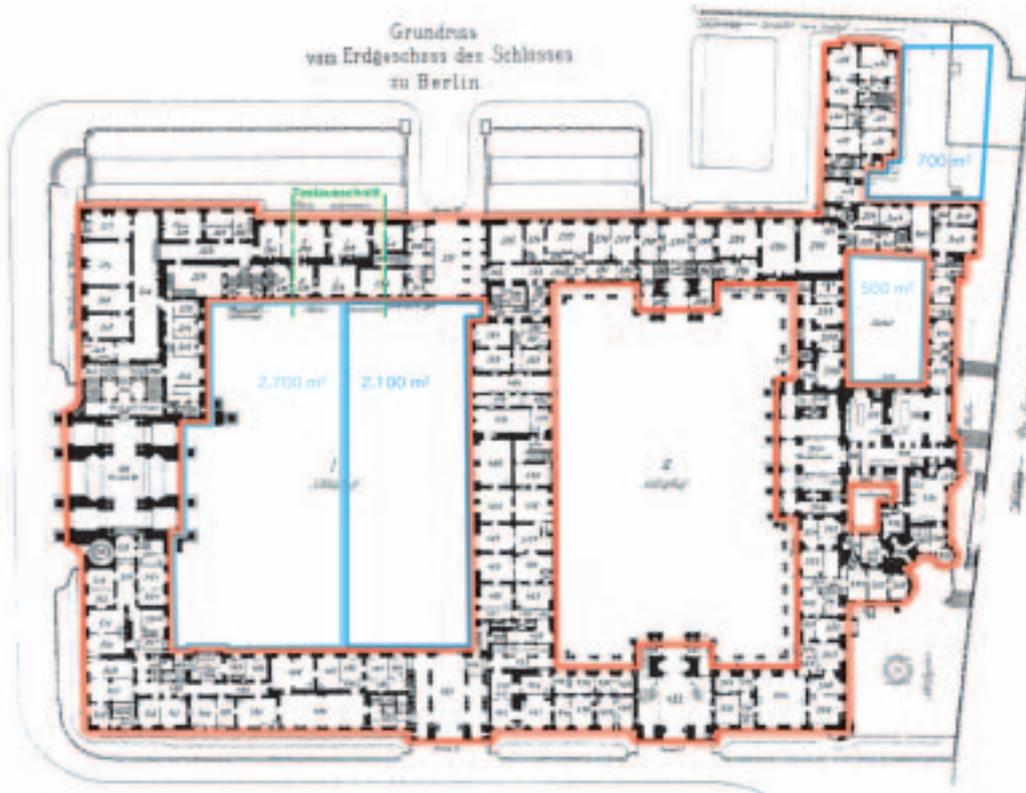


**Legende zu den Plänen
der Flächenberechnung:**



- Untergeschosse
Palast der Republik
- Ehemaliges Schloss
- Erweiterung
der Entresols
(Zwischenebenen)
und Dachgeschoss-
ausbau
- Neuer Trakt in Hof 1
und Erweiterung
Nord-Ost-Flügel
- Überdachung von
Hof 1 und Eishof





Gesamtflächen
pro Geschoss

12.400 m²

0 m²

2.800 m²

3.200 m²

EG



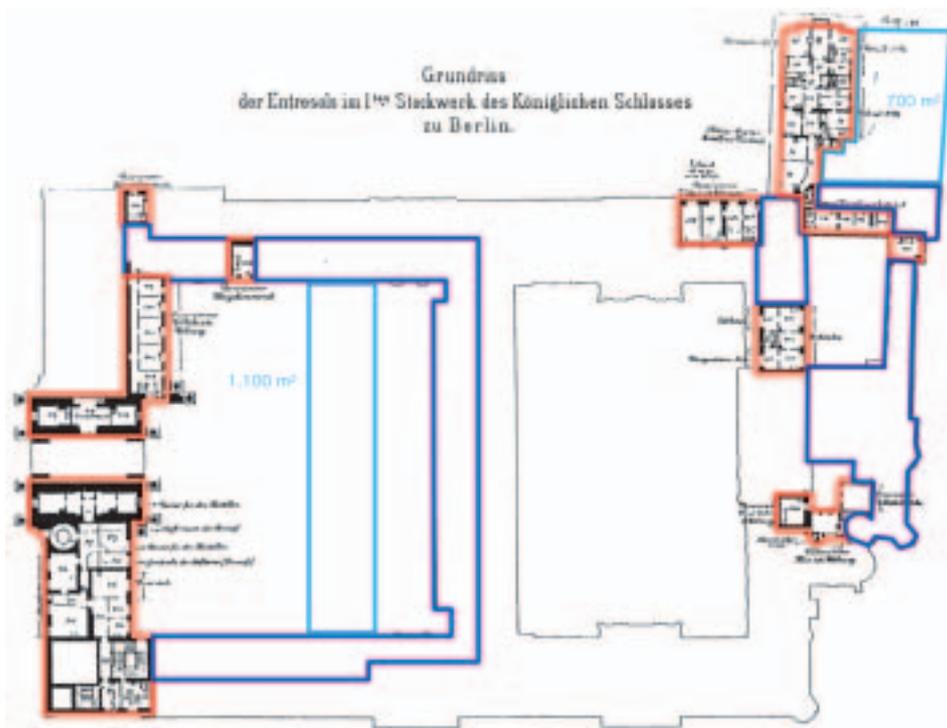
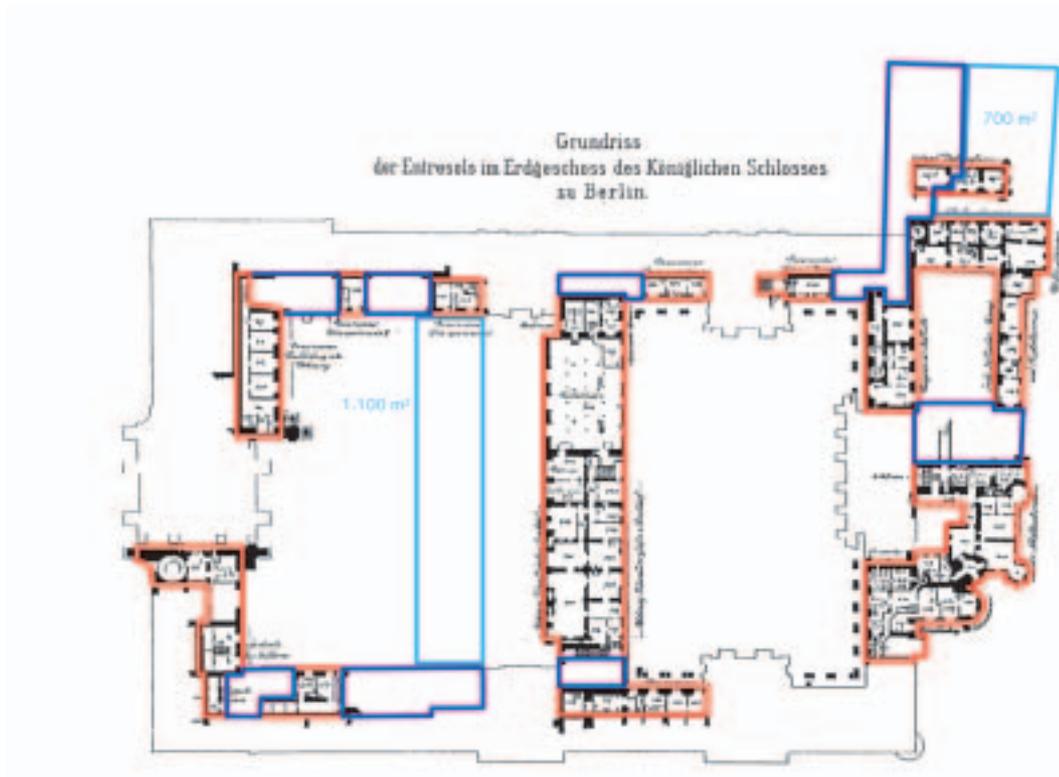
Gesamtflächen
pro Geschoss

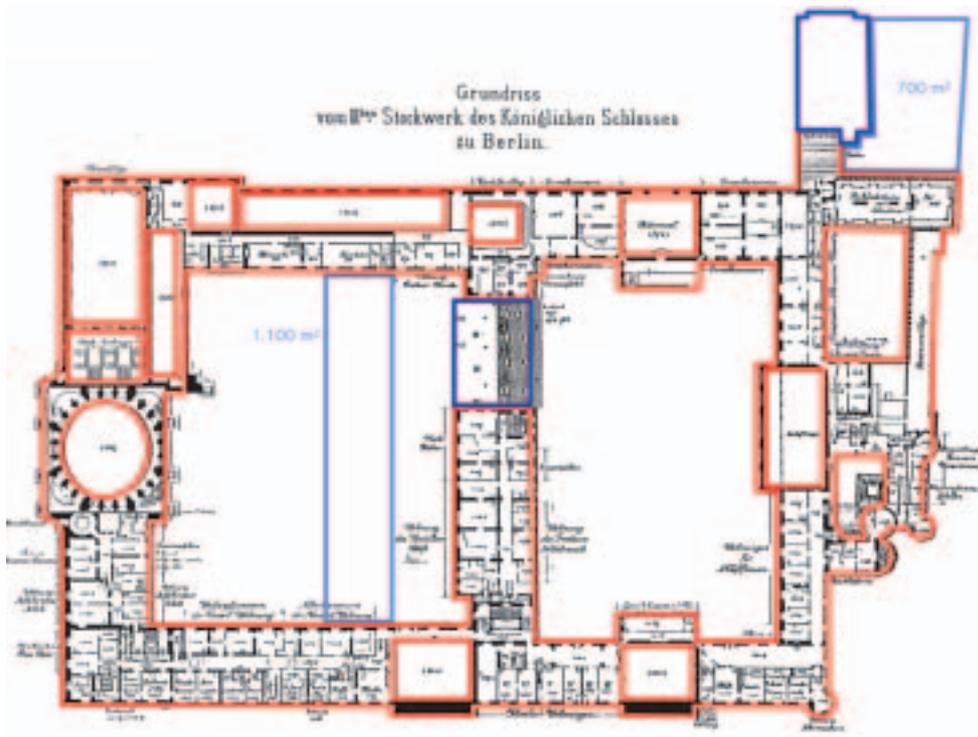
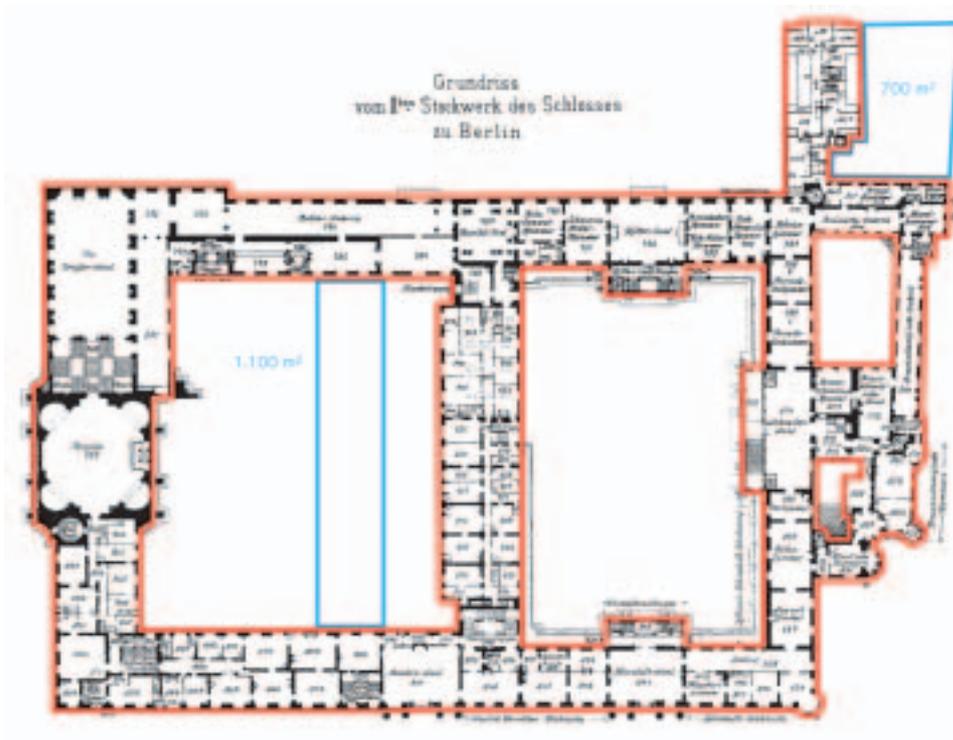
12.400 m²

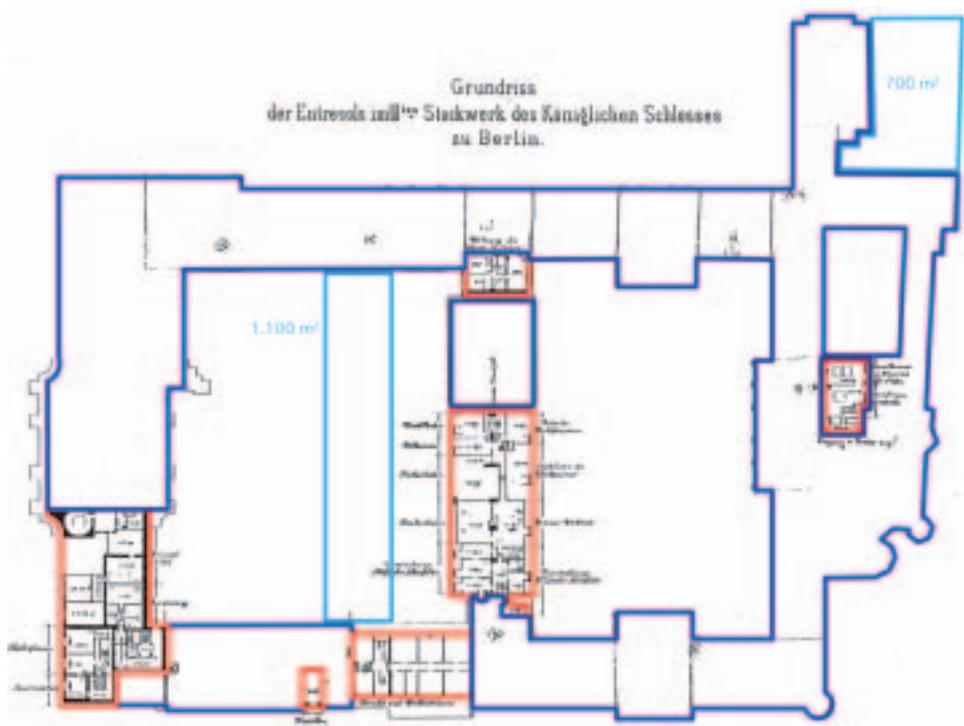
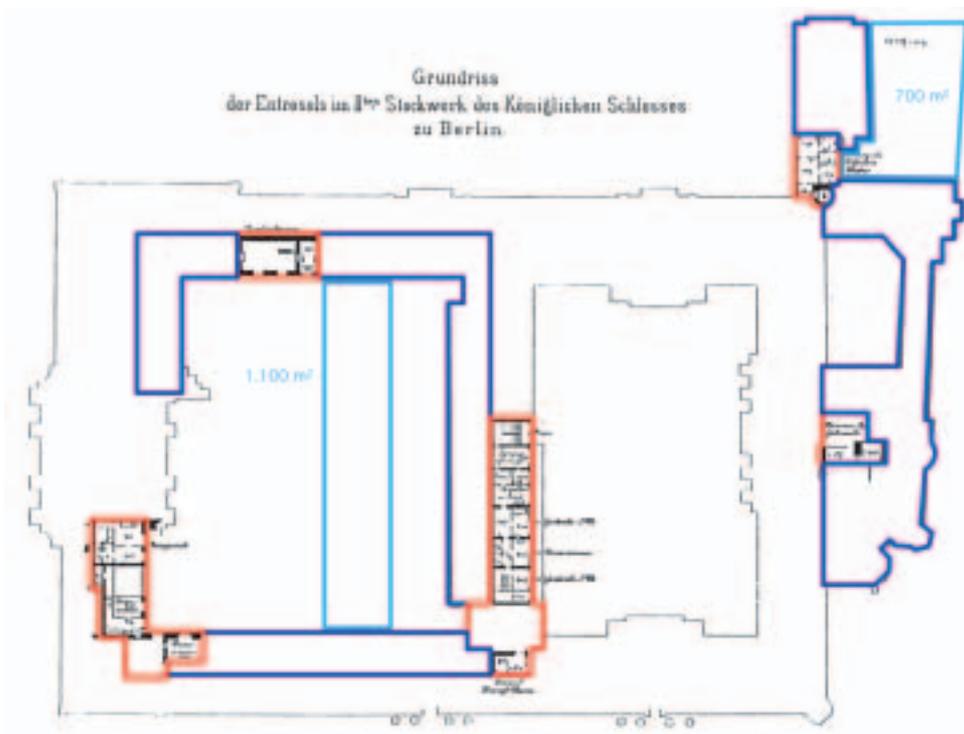
0 m²

1.800 m²

1. OG







Inventar des ehemaligen Berliner Schlosses

In der Expertenkommission wurde mehrfach über die Möglichkeiten einer – zumindest teilweisen – Rekonstruktion des ehemaligen Berliner Schlosses sowie über die potentielle Wiederherstellung der historische Räumen oder Raumfolgen diskutiert. Vor diesem Hintergrund hat ihr Vorsitzender, Herr Dr. Hannes Swoboda, am 02. Mai 2001 die Staatlichen Museen Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg sowie die Stiftung Stadtmuseum Berlin angeschrieben und um Auskunft über die bei den Stiftungen befindlichen Inventarstücke des Schlosses gebeten.

Nachfolgend sind die entsprechenden Antwortschreiben in wörtlichem Zitat abgedruckt.

Schreiben der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Der Generaldirektor
Dr. Thomas Köstlin
Ständiger Vertreter
Allee nach Sanssouci 5
14471 Potsdam

Potsdam, 21. August 2001

Internationale Expertenkommission
„Historische Mitte Berlin“
Inventar des ehemaligen Berliner Stadtschlösses
Ihre Anfrage vom 2. Mai 2001

Sehr geehrter Herr Dr. Swoboda,

bei der Frage nach dem Inventar des ehemaligen Berliner Stadtschlösses ist von seiner letzten Ausstattung bzw. Nutzung auszugehen. Nach der Novemberrevolution 1918 wurde das Gebäude dreißig Jahre lang, d.h. auch noch nach seiner Zerstörung multifunktional genutzt. Eine Vielzahl von Kultureinrichtungen fand darin Platz und einzelne hatten bis zur Spaltung Berlins oder der Sprengung des Schlosses dort ihren Platz.

Die Liegenschaft befand sich seit 1927 in der Obhut der Verwaltung der Schlösser und Gärten in Preußen, die neben ihrer Hauptverwaltung auch den Museumsbereich der „Historischen Wohnräume“ im ersten Stockwerk des Südflügels einschließlich der Erasmuskapelle, also Raumschöpfungen von der Spätrenaissance bis zum Anfang des 20. Jh. dem Publikum darbot. Darunter Schöpfungen von J. A. Nahl, den Brüdern J. M. und J. C. Hoppenhaupt, C. G. Langhans und K. F. Schinkel, z.T. mit ihrer Originalausstattung.

Die Möbel sind fast sämtlich nicht mehr vorhanden und wurden offensichtlich Opfer der Beutenehmung der Sowjetarmee. Eine Reihe von Gemälden ist erhalten und schmückt heute an Stelle ebenfalls der Beutenehmung durch die Sowjetarmee zum Opfer gefallenen Kunstwerken andere Schlösser der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, vor allem Schloss Charlottenburg und Schloss Oranienburg. Auch einige Skulpturen sind erhalten und auf andere Schlösser, die Nationalgalerie (G. Schadow, Prinzessinnengruppe und C. D. Rauch, kranzwerfende Viktoria) und die Skulpturensammlung verteilt. Zu diesen letzteren Kunstwerken gehören auch Plastiken vom Außenbau.

Kleinere museale Nutzer waren das Theatermuseum und das Sportmuseum, über deren Bestände von uns keine Auskunft gegeben werden

kann. Zu den nichtmusealen Nutzern gehörten u. a. die Probephöhne der Staatsoper, die Hauptverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (heute Max-Planck), Ausstellungsräume zeitgenössischer Künstler, Deutscher Verein für Kunstwissenschaft, Mensabereich der Friedrich-Wilhelm-Universität, Dienstwohnungen.

Der größte Nutzer war bis 1950 das Kunstgewerbemuseum der Staatlichen Museen zu Berlin, das von 1920 bis 1950 unter dem Namen Schlossmuseum firmierte. Es umfasste 1939 das gesamte Hauptgeschoss mit den Paradekammern einschließlich der Schlosskapelle und nutzte für seine Studiensammlungen (Textilien, Modemuseum, Abgussammlung) und Depots auch Teile des vierten Geschosses. Zum Museumsbereich gehörten ferner das gesamte erste Stockwerk an der Lustgartenfront und die Hälfte an der Schlossfreiheit bis zum Eosanderportal sowie die Erdgeschossräume zwischen Eosanderportal und Portal IV. Beim Einzug des Kunstgewerbemuseums und in den darauf folgenden Jahren wurde ein großer Teil der Schlossausstattung dieser Räume an die Schlösserverwaltung und das vormalige Königshaus abgegeben und durch Kunstwerke des Museums ersetzt. Abgesehen von Kriegsverlusten, die auch das Kunstgewerbemuseum durch Zerstörung und Beutenehmung erlitten hat, ist der Hauptbestand der Sammlungen des Museums erhalten und heute mehr oder weniger glücklich auf den Gutbrodtbau am Kulturforum und das Schloss Köpenick verteilt.

Die wenigen Kunstwerke der jeweiligen Originalausstattung der vom Schlossmuseum genutzten Räume, die zum Bestand der Schlösserverwaltung gehörten, sind zum großen Teil ebenfalls Kriegsverlust (ein kleinerer Teil wohl zerstört, der größere verschwand mit der Beutenehmung durch die Sowjetarmee). Die erhaltenen Kunstwerke der Schlösserverwaltung füllen heute zum Teil die Lücken der Kriegsverluste in den Berliner, Potsdamer und märkischen Schlössern der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg. Eine genaue Übersicht über erhaltene Kunstwerke, die beim Abriss geborgen wurden und an die Staatlichen Museen bzw. das Märkische Museum gelangten, konnte von uns bisher nicht gewonnen werden.

Angesichts der großen Verluste, die die Schlösserverwaltung in und nach dem Krieg erlitten hat, und angesichts des Stiftungsauftrages, das uns übertragene historische und kulturelle Erbe zu bewahren, zu pflegen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, können wir derzeit kaum ein Stück aus der erhaltenen Ausstattung des

Berliner Schlosses für eine Rekonstruktion herausgeben. Die Ausstattungstücke werden fast sämtliche für die historisch gerechte Präsentation anderer Museumsschlösser in Berlin und Brandenburg benötigt.

Ich hoffe, damit Ihren Fragen so umfassend wie möglich und knapp wie nötig gerecht geworden zu sein und verbleibe

mit freundlichen Grüßen
Dr. Thomas Köstlin
Ständiger Vertreter

Schreiben des Generaldirektors der Stiftung Stadtmuseum Berlin

Generaldirektor
Prof. Reiner Güntzer
Poststraße 13 – 14
10178 Berlin

Berlin, den 15. Januar 2002

Sehr geehrter Herr Dr. Swoboda,

ich bin Ihnen noch eine Antwort schuldig auf Ihren Brief vom 2. Mai 2001 wegen erhaltener Inventarstücke des ehemaligen Stadtschlusses Berlin und bitte Sie zunächst um Verständnis dafür, daß die Ermittlung der von Ihnen gewünschten Informationen – aus den nachstehend aufgeführten Gründen – erhebliche Zeit in Anspruch genommen hat.

Entsprechend Ihrer Bitte um Unterstützung bei der Ermittlung von Inventarstücken aus dem ehemaligen Berliner Schloß haben wir alle infrage kommenden Objekte in Depots und Ausstellungsräumen der Stiftung Stadtmuseum Berlin erfaßt und die aufgenommenen Daten mit den Inventarverzeichnissen und anderen vorhandenen schriftlichen und mündlichen Quellen verglichen.

Als Ergebnis unserer Recherche wollten wir der Internationalen Expertenkommission möglichst präzise Angaben über den Verbleib bzw. aktuellen Standort der o. g. Gegenstände vorlegen und versuchen, diese Objekte konkreten Orten im Ensemble des Schlosses zuzuordnen.

In der nachfolgenden Zusammenstellung haben wir auch diejenigen Objekte berücksichtigt, die der Stiftung Stadtmuseum Berlin im Vorfeld der Ausstellung „50 Jahre Schloßsprengung – eine Spurensuche“ im September 2000 geschenkt wurden.

Bei unserer Recherche bildeten die Inventarbücher des Märkischen Museums aus den Jahren 1950 und 1951 die wichtigste Quelle. Da hier jedoch bis zu 5 Herkunftsbezeichnungen für Inventarstücke aus dem Berliner Schloß angegeben werden, („Berliner Schloß“, „Schloßkeller“, „Schloßdepot“, „Wissenschaftliches Aktiv“ und „Schloßaktiv“) war eine eindeutige Klärung der früheren tatsächlichen Standorte der einzelnen mit dem Schloß in Verbindung gebrachten Gegenstände nur in 13 Fällen möglich.

Eine Begründung hierfür ergibt sich aus der Tatsache, daß die Mehrzahl der identifizierten Objekte den Provenienzen „Schloßdepot“ (gleichbedeutend mit Schloßkeller) bzw. „Wissenschaftliches Aktiv“ (auch „Schloßaktiv“) zuzuordnen sind. Diese Inventarteile waren ab Herbst 1940 bis zum Winter 1940/41 zusammen mit Gegenständen aus dem ehemaligen Schloßmuseum und nach 1945 zusätzlich aus dem Schloß Monbijou und einigen herrschaftlichen Palais der Stadt in den Kellerräumen des Berliner Schlosses gelagert worden. Außerdem muß in Betracht gezogen werden, daß viele unserer Objekte erst in den Tagen zwischen den jeweiligen Sprengungen oder beim Abräumen des Baukörpers geborgen und dann in das Märkische Museum geschafft wurden. All dies jedoch halb offiziell und oft im Dunkel der Nächte auf eigene Verantwortung und mit einfachsten Mitteln. Dem damaligen Museumsdirektor Walter Stengel, seinen Mitarbeitern und Gleichgesinnten ist es zu verdanken, daß überhaupt soviel Inventarteile gerettet wurden.

Die Recherche hat ergeben, daß sich im Bestand der Stiftung Stadtmuseum Berlin insgesamt 93 Objekte befinden, deren Provenienz auf das ehemalige Berliner Schloß verweist. Die zahlenmäßige Diskrepanz zu den in den vorhandenen Inventarbüchern aufgeführten 102 Gegenständen läßt sich insoweit erklären, daß u. a. Eisenteile schon in den 50er Jahren verschrottet oder eingeschmolzen wurden. Eindeutige Beweise für das Fehlen dieser und einiger anderer Objekte können jedoch nicht angegeben werden, da Unterlagen oder Zeugnisse hierzu fehlen.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Reine Güntzer

Datenblatt zur Asbestbesei- tigung im Palast der Republik

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und
Wohnungswesen/Bundesbauamt Berlin II
Allgemeine Angaben zum Bauwerk
Stand: Januar 2002

Nutzung

1973–1976 wurde der Palast der Republik als repräsentativer Bau des sozialistischen Stadt-
zentrums erbaut. Das Gebäude wurde zu etwa
einem Drittel als Sitzungs- und Tagungsstätte
der Volkskammer und zu etwa zwei Dritteln als
geistig-kulturelles Zentrum mit vielfältigen
Einrichtungen für Tagungen, Kunst, Gastronomie
und Service genutzt. Kurz vor der Wiederver-
einigung Deutschlands wurde das Gebäude am
19.09.1990 wegen gesundheitsgefährdender
Asbestkontamination geschlossen.

Gebäudeabmessungen (Cirka-Werte)

Umbauter Raum:	678.000 m ³
Länge:	182 m
Bebaute Fläche:	17.400 m ²
Breite:	90 m
Bruttogrundfläche:	103.000 m ²
Höhe:	32 m

Hauptfunktionsbereiche

Der Palast der Republik gliedert sich in vier
Hauptfunktionsbereiche:

Bauteil I – ehemalige Volkskammer

- Ständiger Sitz der Volkskammer der ehemali-
gen DDR
- Plenarsaal mit 790 Plätzen, davon 540 Plätze im
Parkett und 250 im Rang
- Größte Saalhöhe 11 m, größte Breite 35 m,
größte Länge 29 m

Bauteil II – Foyers

- Zentraler Bereich des Gebäudes, Garderoben
und Restaurants
- ‚Treffpunkt Foyer‘ im 4. Geschoss als Theater der
kleinen Form für ca. 150–200 Personen
- Größte Breite 42 m, größte Länge 86 m

Bauteil III – Großer Saal

- 5.000 Sitzplätze, davon 3.500 im Parkett und
1.500 im Rang
- Größte Saalhöhe 18 m, größte Breite 67 m

Bauteil IV – Keller

- Anlieferung, Küche, Lager, Zentrale Gebäude-
technik

Asbestverwendungen (Cirka-Werte)

Im Palast der Republik wurden u.a. die folgenden
Asbestprodukte eingesetzt:

- Spritzasbest (4500–5000 t,
dies entspricht einer Rohasbest-
menge von 720 t) 172.000 m²
- schwach gebundene
asbesthaltige Platten 3.800 m²
- asbesthaltige Dichtungsschnüre 3.000 lfm

Die Asbestprodukte wurden aus Brandschutz-
gründen in der Rohbauphase verbaut. Der
Spritzasbest befindet sich nicht nur auf den
Stahlträgern, sondern auch als Spritzschatten
auf Decken, Wänden, Böden und Teilen der
technischen Installationen.

Durchführung der Baumaßnahme

Maßnahme A – Inventarerauslagerung

Okt.1997 – Sept. 1998

ARGE Inventarberäumung:

STRABAG Straßen- und Tiefbau AG, Bohr und
Sprengtechnik A. Alexander GmbH & Co.

Maßnahme B – Asbestbeseitigung

Nov. 1998 – Nov. 2002

ARGE Asbestbeseitigung PdR:

Strabag Straßen- und Tiefbau AG, Billfinger +
Berger Bau AG, Gebrüder Kemmer,
E. Schütze GmbH, Bohr und Sprengtechnik A.
Alexander GmbH & Co.

Schutz der Arbeiter und der Umwelt

Durch ihre Lungengängigkeit und Beständigkeit
(gr. asbestos: Das Unvergängliche) können Asbest-
fasern Krebs auslösen. Bei der Durchführung von
Arbeiten ist daher das Einatmen und die Ver-
schleppung von Asbestfasern zu vermeiden.
Der Sanierungsbereich wird daher abgeschottet
und unter Unterdruck gesetzt. Die abgesaugte
Luft wird gefiltert. Innerhalb des so genannten
Schwarzbereiches tragen die Arbeiter Schutzan-
züge und gebläseunterstützte Atemschutzgeräte.
Die Atemschutzgeräte dürfen nur außerhalb des
durch Asbestfasern gefährdeten Bereiches auf-
und abgesetzt werden. Der Aufenthalt im
Schwarzbereich ist auf zwei Stunden beschränkt.

Denkmalschutz

Der Palast der Republik steht nicht unter Denk-
malschutz. Vor dem Beginn der Sanierungs-
arbeiten wurde jedoch eine umfassende denk-
malpflegerische Dokumentation des Bauwerks
angelegt. Wichtige Ausstattungs- und Einrich-
tungsgegenstände sind eingelagert worden.

Historische Mitte Berlin – Schlossplatz – Ideen und Entwürfe 1991 – 2001

Übersicht der in der Ausstellung gezeigten
Entwürfe
Verantwortlich:
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium
für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen



Frank Augustin,
Goerd Peschken, Berlin
1991/93



Arbeitsgemeinschaft
Arzt, Graffunder,
Gericke, Berlin
1992



Wolf R. Eisentraut,
Berlin
1992



Bolles & Wilson,
Münster
1993

Die Initiativen bis zum Spreinselwettbewerb



Hans Kollhoff, Berlin
1993



Ausstellung
„Das Schloss?“
1993/94



Bernd Niebuhr, Berlin
1. Preis



Krüger, Schubert,
Vandrei, Berlin
2. Preis



Rudolf Rast, Bern
3. Preis



Oswald Mathias Ungers
mit Stefan Vieths, Köln
4. Preis

Internationaler Städtebaulicher Ideenwettbewerb Spreinsel 1993/94



Hentrich-Petsching &
Partner, Berlin
5. Preis



Christoph Langhof, Berlin
mit Wolfgang Schäche
und Thomas Hänni
1. Ankauf



Baltin, Bolwin, Müller-
Hertlein, Richter,
Karlsruhe
2. Ankauf



Peter Zlonicky, Kunibert
Wachten, Othmar Ebert,
Dortmund
3. Ankauf



*Laurids und Manfred
Ortner, Berlin
4. Ankauf*



*Wilhelm Holzbauer,
Wien
5. Ankauf*



*Peter Alt, Thomas Britz,
Saarbrücken
6. Ankauf*



*Eduard Drumm,
Wolf-Rüdiger Zahn,
Frankfurt am Main,
7. Ankauf*

**Visionen zur Gestaltung der Berliner Mitte
1996**



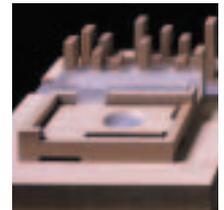
Axel Schultes, Berlin



*Wiel Arets,
Heerlen/Niederlande*



Hinrich Baller, Berlin



*Klaus Theo Brenner,
Berlin*



*Eckert Negwer Sommer
Suselbeek, Berlin*



*Sir Norman Foster,
London*



*Tim Heide, Verena von
Beckerath, Andrew
Alberts, Berlin*



Lèon Krier, Claviers



Rob Krier, Berlin



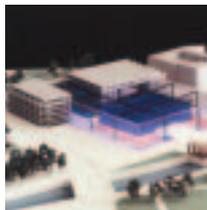
Bernd Kühn, Berlin



Steffen Lehmann, Berlin



*Hilde Lèon & Konrad
Wohlhage, Berlin*



*Johanne und Gernot
Nalbach, Berlin*



Werner Ruhnau, Essen



Jan Störmer, Hamburg



Benedict Tonon, Berlin



**Perspektivenwerkstatt
Schlossplatz-Areal 1997**

*Planungsgruppe 6
Tabula Rasa*



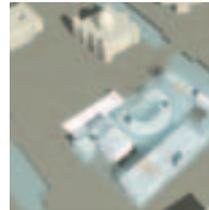
*Deutsche Bank, DIL,
ECE, Hochtief,
Architektur: Wolf
Rüdiger Borchardt*



*Schlossplatz Partnership
Architektur: John
Thompson & Partners*



*Fundusgruppe mit
Patzschke, Klotz &
Partner*

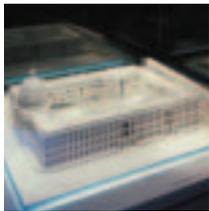


*Unternehmensgruppe
Roland Ernst,
Architektur: Thomas
van den Valentyn/
S. Mohammad Oreyzi*

**Interessenbekundungsverfahren
Schlossplatz Berlin 1997/98**



*Hypo-Real Immobilien-
u. Projektentw. GmbH
Architektur: Heinz Hil-
mer & Christoph Sattler*



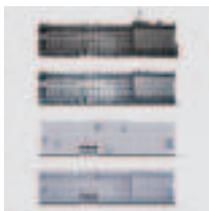
*HPE Hanseatica Property
GmbH
Architektur: Schüler,
Schüler-Witte, Arndt*



*Arge Palast der
Republik/Wolfgang Christ*



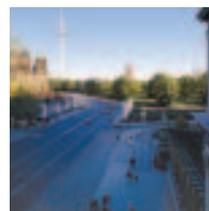
*Verein zur Erhaltung
des Palastes der
Republik e.V.*



*von Gerkan, Marg und
Partner, Hamburg*



*Matthias Sauerbruch &
Louisa Hutton, Berlin*



*Christoph Ingenhoven,
Düsseldorf*

Entwürfe ab 2000



*Stefan Braunfels,
München*

Zur Ausstellung ist unter gleichnamigen Titel ein Katalog erschienen, der über SenStadt Tel.: 9012-1314 oder 9012-6869 gegen eine Schutzgebühr von 10,- € zu beziehen ist.

Im Internet wird die Ausstellung in Kürze unter www.smb.spk-berlin.de abrufbar sein.

Dokumentation des öffentlichen Hearings der Expertenkommission am 18. April 2001

Anhörung der Internationalen Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“
Mittwoch, den 18. April 2001,
9:00 bis 18:00 Uhr
Berliner Rathaus, Festsaal

Die Diskussionsbeiträge sind hier nicht wiedergegeben.

Tagesordnung

9:00

Begrüßung
Volker Kähne
Chef der Senatskanzlei

Einführung
Dr. Hannes Swoboda
Vorsitzender der Expertenkommission

9:05

Gesellschaft zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses e.V.
Prof. Dr. Wolfgang Harms
1. Vorsitzender

9:40

RoC-GmbH
Dr. Dieter Rexroth,
Intendant Rundfunkorchester, Chöre

10:15

Rat für Stadtentwicklung
Helga Schmidt-Thomsen
Vorsitzende
Koreferent: Prof. Dr. Harald Bodenschatz

10:50

Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Jürgen Mlynek
Präsident der Humboldt-Universität Berlin
Koreferent: Prof. Dr. Horst Bredekamp

11:25

Stiftung Preußischer Kulturbesitz
Prof. Dr. Peter-Klaus Schuster
Generaldirektor der Staatlichen Museen

12:00

Gesellschaft Historisches Berlin e.V.
Annette Ahme
Vorsitzende

12:35

Zentral- und Landesbibliothek Berlin
Dr. Claudia Lux
Generaldirektorin

13:00

Pressekonferenz

14:00

Verein zur Erhaltung des Palastes der Republik e.V.
Lieselotte Schulz
Vorsitzende

14:35

Bürgerinitiative „Pro Palast“ und Dr. Rudolf Ellereit
Sprecherrat der ehemaligen Mitarbeiter des Palastes der Republik

15:10

Historische Kommission zu Berlin
Prof. Dr. Gerd Heinrichs
Stellvertretender Vorsitzender

15:45

Förderverein Berliner Stadtschloß e.V.
Wilhelm von Boddien
1. Vorsitzender

16:20

Arbeitskreis Perspektive Schloßplatz
Katrin Lompscher

16:55

Stadtteilvertretung Spreeinsel
Anne Wagner-Junker
Sprecherin

17:10

Hotel und Gaststättenverband Berlin und Umgebung e.V.
Karl Weißenborn
Geschäftsführer

17:35

Schlusswort
Dr. Hannes Swoboda

Volker Kähne

Chef der Senatskanzlei

Begrüßung

Herr Bundespräsident,
Herr Dr. Swoboda,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich darf Sie stellvertretend für den Regierenden Bürgermeister als Hausherrn im Roten Rathaus herzlich begrüßen. Ich will mich kurz fassen, denn Sie haben heute ein sehr gedrängtes Arbeitsprogramm vor sich und ich vermute, wenn Sie nach zehnstündiger Arbeit heute Abend ein Resümee ziehen, werden Sie verwirrter sein, als Sie das möglicherweise im Augenblick sind; allerdings ist die Verwirrung dann auf einem höheren Niveau als zu Beginn dieser Veranstaltung. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in aller Kürze noch einen Hinweis geben als Empfehlung aus diesem Hause für Ihre Vorschläge, die Sie dann dem Senat unterbreiten werden. Orientieren Sie sich an dem Turm des Rathauses, aber gehen Sie davon aus, dass Ihre Vorschläge nicht darauf hinauslaufen, dass das Bauwerk, über das Sie sich hier beraten, heute höher wird als der Turm des Berliner Rathauses mit seinen 99 Metern. Denn nicht nur die, die im Rathaus arbeiten und der Regierende Bürgermeister, sondern die Bürger Berlins sind stolz auf dieses Rote Rathaus, dieses Berliner Rathaus, das sollten Sie auch mit in Ihren Gedanken bewegen. Mehr will ich heute nicht dazu sagen. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Veranstaltung und glaube sagen zu dürfen, dass – wenn auch das Auditorium noch nicht übermäßig besetzt ist – das Interesse der Bürgerinnen und Bürger Berlins, an dem, was Sie heute erarbeiten, deutlich größer ist, als es im Moment den Anschein hat.



*Öffentliche Anhörung
Festsaal*

Dr. Hannes Swoboda

Vorsitzender der Expertenkommission

Einführung

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Kähne, ich danke Ihnen für Ihre Begrüßungsworte und natürlich auch für die Gastfreundschaft, die wir heute im Berliner Rathaus genießen.

Meine Damen und Herren, die Internationale Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ veranstaltet heute ein Hearing, um noch einmal in aller Prägnanz und Kürze – ich betone das – doch möglichst Vielen die Gelegenheit zu geben, ihren Standpunkt hinsichtlich der historischen Mitte Berlins vor den Mitgliedern der Kommission darzulegen. Es ist selbstverständlich, dass sich Einige beschweren oder vielleicht ungut fühlen, dass dies in solch einer Kürze geschehen muss. Wir alle, die wir hier sitzen, wissen um die Fragestellungen und auch um viele Vorstellungen und Vorschläge Ihrerseits und es ist ja nicht das erste Mal, dass wir diese Ideen präsentiert bekommen; aber es sollte doch noch einmal in einer sachlich und präzisen Form geschehen und dann auch in der Kommission dokumentiert werden.

Es spricht nichts dagegen, dass die Kommission bei Bedarf auf den einen oder anderen Vorschlag zurückkommt; und wenn die Kommission der Auffassung ist, da sei etwas interessantes Neues vorgetragen, auf das wir noch im Detail zurückkommen sollten, dann werden wir das so handhaben. Heute wollen wir aber nochmals einen Überblick bekommen über die verschiedensten Vorstellungen und Vorschläge, die es gibt.

Ich möchte nochmals betonen, dass es uns um vier Fragestellungen geht, die wir als Kommission zu beraten haben, zu denen wir Empfehlungen abzugeben haben und auf Grund derer dann hoffentlich die Politik auch eine Entscheidung treffen kann. Entscheiden muss die Politik, das ist Ihre Aufgabe; aber sie soll dies tun auf Grund von machbaren, realisierbaren und logisch nachvollziehbaren Empfehlungen, die diese Kommission abzugeben hat. Die vier Fragestellungen, die wir behandeln werden und zu denen ich Sie bitten darf vor der Kommission Stellung zu nehmen, sind:

1. Vorstellung zur städtebaulichen Struktur
2. Vorstellung zur Nutzung für die Historische Mitte Berlins
3. Soweit vorhanden: Finanzierungsvorschläge
4. Die Frage der Architektur.

Wenn Sie nur zu einer dieser Fragestellungen Vorstellungen haben, dann werden wir diese natürlich auch aufnehmen. Aber ich bitte doch zu bedenken, dass wir diese vier Fragestellungen, die ich genannt habe, mit verschiedenen Verästelungen zu behandeln haben und dass es natürlich günstig wäre, wenn Sie ganz kurz zu den Fragen Städtebau, Nutzung, Finanzierung und Architektur Ihre Meinung und Ihre Position darstellen könnten.

Ich möchte Sie in Ihrem eigenen Interesse bitten, Ihre Präsentation relativ kurz zu fassen. Es ist sogar mehr als relativ kurz, es ist sehr kurz: es sind 15 Minuten vorgesehen, damit wir dann von unserer Seite – dem Mitglieder der Kommission – noch entsprechende Nachfragen stellen können, zu denen Sie dann vielleicht das Eine oder Andere, das unklar geblieben ist, näher erläutern können. Es ist natürlich Ihre eigene Angelegenheit, wie Sie diese Zeit nutzen. Aber ich muss doch darauf pochen, dass wir uns an einen Halbstunden-Rhythmus halten, denn es haben sich sehr viele Teilnehmer gemeldet, die ihre Ideen und ihre Vorschläge präsentieren wollen.

In diesem Sinn darf ich Sie nochmals herzlich begrüßen, darf mich herzlich bedanken, dass Sie gekommen sind, Ihre Ideen, die Ideen Ihrer Organisation oder Ihres Vereins hier vorzutragen. Ich darf Sie angesichts der knapp bemessenen Zeit bitten – falls Sie es nicht schon getan haben – gegebenenfalls auch noch schriftlich entsprechende Unterlagen nachzureichen. Diese werden dann in die Dokumentation der Kommission einfließen und uns auch ein Hilfsmittel in unseren Beratungen sein. Ich darf jetzt, wenn es keine Unklarheiten mehr in dieser Richtung gibt, zur ersten Präsentation schreiten – gemäß der Reihenfolge der vorliegenden Tagesordnung.



Öffentliche Anhörung Kommissionsmitglieder

Prof. Dr. Wolfgang Harms

1. Vorsitzender

Gesellschaft zum Wiederaufbau des Stadtschlusses e.V.

Thesen zur Anhörung am 18.4.2001 vor der Expertenkommission: Nutzung und Finanzierung eines Gebäudes auf dem Berliner Schlossplatz

1. Die Mitglieder des 1991 gegründeten, ältesten der Stadtschlossvereine engagieren sich für den Wiederaufbau des Stadtschlusses als ein Wahrzeichen, das in seiner Bedeutung dem Brandenburger Tor und dem Reichstag kaum nachsteht. Städtebaulich war es Bezugspunkt des berühmten historischen Ensembles und Ausgangspunkt der historischen Meile bis zum Pariser Platz.

Der Hauptnutzen von Wahrzeichen ist ihr Identifikationswert. Je globaler die Architektur und je austauschbarer darum die Stadtbilder, desto wichtiger werden Wahrzeichen für die Identifikation mit der Stadt, für das Zugehörigkeits- und Heimatgefühl der Bürger und für die Attraktivität für Besucher und Zuwanderer. Weltweit werden daher in zunehmendem Maße identifizierende Bauwerke liebevoll erhalten und wieder aufgerichtet, wenn sie durch Brände, Bomben oder Akte der Barbarei zerstört wurden. Das die zusätzliche Nutzung des Gebäudes nachrangig ist, demonstriert z.B. das Brandenburger Tor, das man lange nicht einmal als Tor für den Verkehr nutzen lassen wollte.

Essentiell für die Wahrzeichenfunktion des Berliner Schlosses sind die drei Barockfassaden und die Kuppel. Der Schlüterhof ist ein zusätzliches Desiderat als architektonisches, kunsthistorisches Kleinod.

2. Die Residenzschlösser anderer deutscher Städte wurden nach oft totaler Zerstörung fast vollständig wieder aufgebaut, so in München, Würzburg, Mannheim, Stuttgart, Mainz, Kassel oder Dresden, sogar das Leine- und das Kieler Schloss, ferner die Bischofssitze in Trier oder Münster, die Rathäuser in Augsburg, Lübeck, Münster samt Prinzipalmarkt und Frankfurt samt Römerberg. Potsdam will folgen. Die Frauenkirche in Dresden wird als Symbol, nicht für Gottesdienste, aufgebaut: die Landeskirche wollte sie nicht. In Berlin standen nur noch die Grundmauern von Schauspielhaus und Kronprinzenpalais, vom Charlottenburger Schloss nicht viel mehr. Aus Warschau ist das Schloss zu nennen, aus Danzig und Elbing die ganzen historischen Stadtkerne, aus Moskau sogar der Abriss einer Schwimmhalle für die wiedererrichtete Erlöserkirche, aus Hildesheim der eines Hotels für das Knochenhaueramtshaus. Ausnahmen bilden nur die Schlösser in Braunschweig, Dessau und Berlin.

Die Abrisse zwischenzeitlicher Neubauten signalisieren eine Änderung der Baugesinnung. Unser Verein arbeitet an einem Sammelwerk zur Rekonstruktion zerstörter Profanbauten in aller Welt, das zur Herbstsession der Kommission vorliegen soll.

Berliner, besonders die in anderen Bundesländern leben, empfinden es als Neid oder Missgunst, wenn man ihrer Stadt vorenthält, was den meisten anderen, auch München, ohne Umschweife gewährt wurde. Die Erklärung, einem Schloss der Hohenzollern sei nicht zuzubilligen, was denen anderer Fürstenhäuser recht ist, zeigt eher historische Unkenntnis: „Unwillen“ ihrer Bürger haben andere blutiger brechen lassen, und als Soldaten verkauften Hohenzollern ihre Landeskinder nicht.

3. Der Attraktivitätsnutzen der wieder aufgebauten Schlösser ist schwer messbar, übersteigt aber den aus der Nutzung der Räume meist beträchtlich. Potsdam profitiert von Millionen Besuchern, weil sie Sanssouci sehen wollen. Fraglich ist, wie viele Reisen Wien ohne Hofburg, Belvedere und Schönbrunn noch wert wäre.

Berlin, fernab der Wirtschaftszentren, fast deindustrialisiert und Schlusslicht auf den deutschen Wachstumslisten, braucht Städtetourismus dringender als Boomtowns wie München, Frankfurt oder Stuttgart. Für moderne Bauten bietet Berlin immer noch mehr Platz als jede andere Stadt. Wir haben z.B. nichts gegen Hochhäuser an Alexanderplatz oder Zoo. Da Hochhäuser aber in jeder Großstadt zu finden sind, braucht niemand nach Berlin zu fahren, um sie gerade dort zu sehen. Eine der üblichen Kongress- oder Museumsbauten auf dem Schlossplatz würde der Attraktivität Berlins eher Abbruch tun.

4. Die unmittelbare Nutzung des Gebäudes hinter Fassade und Kuppel ist zwar nachrangig, aber bedeutsam für Effizienz und Finanzierung. Unser Verein hat dafür seit 1994 mehrere Vorschläge gemacht und den erhofften Nutzern unterbreitet.

a) Ideal, aber unbezahlbar und teilweise nicht einmal lohnend wäre die Rekonstruktion auch der Innenräume für Besucher wie in Sanssouci, Windsor oder der Wiener Hofburg. Eine Hand voll besonders wichtiger Säle sollte man aber für mögliche spätere Restaurierungen einplanen.

b) Jahrelang haben wir uns um den Einzug von Staatsorganen, etwa Bundeskanzleramt, Auswärtigem Amt oder Bundesrat eingesetzt – getreu dem Vorbild der Schlösser in Stuttgart, Mainz, dem Leineschloss, Bellevue, dem Quirinals – oder Chigi-Palast. Leider wurden andere Standorte gewählt.

c) Als für Berlin zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (1994/96) weiß ich, wie schwierig es ist, in Berlin geeignete Säle für Veranstaltungen mit Staatsoberhäuptern zu finden. Wir mussten die Gäste jeweils bitten, über Unzulänglichkeiten in Hörsälen, in Schauspielhaus, Kronprinzenpalais, Palais am Festungsgraben oder hier im Rathaus hinwegzusehen. Ungeachtet zahlreicher Kongressräume im ICC und in Hotels besteht in Berlin dringender Bedarf an staatlich, aber auch privat nutzbaren Repräsentations-, Fest- und Veranstaltungsräumen. An der Hauptfront des Schlosses zum Kupfergraben sollten dafür 20 bis 25 % der Gesamtfläche eingerichtet werden. Dann stünde z.B. für G-7-Treffen nicht mehr nur die Münchner Residenz zur Verfügung.

d) An der Spree fehlen Restaurants und Kaffeehäuser für Passanten. Bis zu 20 % der Gesamtfläche könnten sie einnehmen. Klugen Architekten könnte es gelingen, durch Verwendung von Teilen des Palastes und seiner Fassade Kosten zu sparen. Übrigens wurden in vielen Schlössern Restaurant- und Festräume installiert, sogar in die Ruinen von Heidelberg.

5. Für den Mittelteil mit 50 – 60% der Gesamtfläche gibt es inzwischen mehr Bewerber als Flächen. Statt den Neubau zu vergrößern, ist eine Auswahl zu treffen. Kriterien sollten, vom Beitrag zur Finanzierung abgesehen, • die dem hohen Rang des Ortes angemessene Hochwertigkeit der Nutzung, • die Zugangsmöglichkeit für die Bürger – auch um die Tradition des Palastes der Republik insoweit fortzuführen, • die Attraktivität der Nutzung für Berliner und auswärtige Besucher sein. Wir wünschen ein lebendiges Schloss mit vielen Besuchern von weither.

Daher sind menschenleere Archive oder Ämter ebenso unerwünscht wie rein kommerzielle Nutzungen, auch als Hotel. Die Grenze bilden für uns jedermann zugängliche Restaurants und öffentliche Dienstleistungen für das Publikum. Je mehr öffentliche Finanzierung, desto konsequenter kann die Auswahl sein.

a) Am nächsten kommt diesen Kriterien der Verband Deutscher Ingenieure für seine Dauerausstellung Moderne Technik auf ca. 15% der Gesamtfläche. Wie notwendig es ist, besonders die Jugend an die Technik heranzuführen, wurde in der Green-Card-Diskussion deutlich. Der VDI will seinen Anteil selbst finanzieren.

b) Auf den restlichen 40 – 50 % des Mittelteils, etwa 40 – 50.000 m², wären uns Ausstellungen hochwertiger Exponate willkommen, allerdings nur wenn deren Qualität ausreicht, um z.B. auch von Louvre oder Smithsonian akzeptiert zu werden. Thematisch am besten würden zum Genius loci historische Präsentationen passen. Die Neue Gemäldegalerie besitzt Exponate, die allen Ansprüchen genügen würden.

c) Für Sammlungen minderer Qualität ist der Platz zu wertvoll. Nicht attraktiv genug wären Sammlungen, die zwar für Experten von hohem Wert, aber von wenig Interesse beim breiten Publikum sind. Zeugnisse aus der Geschichte der Naturwissenschaften großflächig und gar ohne verständliche Beschreibung auszustellen, würde das zugeordnete Areal bald menschenleer machen. Als Wechselausstellungen – wie in der zukunftsorientierten VDI-Ausstellung – mögen die Stücke auf begrenztem Raum zeitweise dargeboten, im Übrigen in einem der trockenen Tiefkeller des Palastes an der Spreeseite aufbewahrt werden.

d) Museen aller Art, tausendfache Endprodukte der Denkmalspflege in deutschen Städten mit historischen Stadtkernen, bereiten den Kommunen zunehmend Sorgen. Weil sie Bewohner fernhalten und Besucher auszu-bleiben pflegen, machen sie die Stadtkerne selbst zu leblosen Museen. Für museale Nutzungen sollten Hochwertigkeit und Attraktivität besonders gründlich geprüft werden. Das gilt auch für die hochgelobten Kostbarkeiten des Völkerkundemuseums Dahlem. Da dessen Besuch dort zu wünschen lässt, wird sein Umzug den Schlossplatz schwerlich beleben können. Die öffentlich vorgebrachten Bedenken von FU-Kollegen, die sich in den Sammlungen auskennen und ihren Wert eher bescheiden einstufen, sollte man nicht ignorieren. Am vornehmsten Ort der Hauptstadt fremde statt eigener Leistungen zu präsentieren, zeugt von Weltoffenheit und Zeitgeist, aber mehr noch von Selbstverleugnung.

e) Die Berliner Stadtbibliothek hat gegenüber Museen den größeren Publikumszulauf voraus, freilich kaum von außerhalb. Keinesfalls sollte die verfügbare Fläche noch durch Anbauten erweitert werden, um alle Bewerber unterzubringen und einer Auswahl zu entgehen. Der Wiederaufbau nur des Schlosskubus ist groß, teuer und schwierig genug.

6. Die Finanzierung eines Stadtschlusses auf öffentlichem Grund ist öffentliche Aufgabe und obliegt der öffentlichen Hand, zumal wenn es vorwiegend öffentlich genutzt werden soll. Private Vorfinanzierung und Bauleitung mögen erwogen werden, um Kosten zu sparen. Eine Privatisierung des Schlosses selbst ist nur ultima ratio für den Fall, dass es die öffentliche Hand nicht finanzieren kann oder will. Die Mehrkosten von Barockfassaden und Kuppel (Wahrzeichen) durch Spenden aufzubringen, hat sich unser Verein viele Male erboten. Die Zusage könnte später auf Schlüterhof und einige Innenräume ausgedehnt werden. Zum Nachweis der Befähigung heutiger Steinmetze, Figuren zu rekonstruieren, hat der Verein 1993 in der Schlossattrappe ein Kapitel meißeln lassen. In einem Test trugen sich 9.300 Kleinspender gegen einen Obolus von im Schnitt 17 DM in das „Stadtschloss-Ehrenbuch“ ein, das in einem Portal ausgelegt werden und noch den Enkeln ermöglichen soll, ihre Vorfahren als Miterbauer wieder zu finden. Gemessen an der Dresdner Frauenkirche einerseits, dem Außenmi-

nisterium andererseits schätzen wir die Mehrkosten (noch ohne Schlüterhof) auf rund 60 – 80 Mio. DM. Dies ist eine sicher erreichbare Größe. Der Spendenstand in Dresden wird mit 120 Mio. DM angegeben.

7. Eine Vor- oder Refinanzierung kann voll für den Anteil des VDI, teilweise für die privaten Betreibern zu überlassenden Festräume im Westteil und Restaurants an der Spree, also für mehr als die Hälfte der Flächen eingeplant werden. Das Exempel des chronisch defizitären Internationales Congress Centrum deutet darauf hin, dass Zuschüsse nötig sind. Für die Vorhaltung repräsentativer Räume für Staatsempfänge lassen sie sich rechtfertigen. Eine Refinanzierung der Restflächen ist weniger sicher. Die angedachte Umlenkung von 400 Mio. DM, die zur Sanierung der Museumsbauten in Dahlem bestimmt sind, muss Abriss und Rekultivierung der Grundstücke einplanen, sollen dort nicht einfach Ruinen stehen bleiben. Der Verkauf als Bauplatz für Villen ist auch in Dahlem nicht mehr einfach. 100.000 Wohnungen in Berlin stehen leer, die Bevölkerung sinkt. Viele Baustellen auch auf Villengrundstücken stehen verlassen, und während ihre Preise sinken, schwächtelt mancher ihrer Bauträger. Ob vom Land Berlin 300 Mio. DM für die Aufgabe der bisher für die Bibliothek genutzten Räume erwartet werden können, ist ebenso ungeklärt wie die Verwertbarkeit des Marstalls. Es bringt wenig, das Schloss zu bauen und dafür den Marstall nebenan verfallen zu lassen. Der Bund als Bauherr würde über genügend Mittel verfügen, wenn er auf den 4,5 Mrd. DM teuren, inzwischen 10fach überdimensionierten und noch dazu umweltschädlichen Ausbau von Havel und Teltowkanal verzichtete, der nicht zukunftsweisend und mehrfach unwirtschaftlicher ist als die aufgegebene Transrapidstrecke nach Hamburg. Die Investition nur eines Teilbetrages in das Schloss brächte für die ganze Region auch wirtschaftlich weit größeren Nutzen. Zur ange-dachten Belastung der Wiederaufbaukosten mit rund 400 Mio. DM Grundstückswert bleibt anzumerken, dass von keinem Land oder Staat bekannt ist, es habe sich anlässlich von Sanierungen oder Rekonstruktionen eines seiner Schlösser Grundstückskosten erstatten lassen. Sie allein wegen der Zerstörung durch Ulbricht in Rechnung zu stellen, wäre abenteuerlich.

8. Für einen modernen Neubau würde es keine Spenden geben. Nur das Schloss in seiner im wesentlichen unveränderten äußeren Gestalt ist identifikationsfähig. Findet ein Sympathisant in einer Kombination mit Teilen des Palastes oder mit modernen Anbauten sein Schloss nicht wieder, wird er kaum spenden wollen.

Wir haben zu Bürgersinn und Opferbereitschaft nicht nur der Berliner mit dem Wahlspruch aufgerufen: „Bürger wollen ihr Schloss aufbauen.“ Dresden hatte allein von der Spendenaktion für die Frauenkirche mehr Nutzen als die fertige Kirche der Stadt je einbringen wird. Auch darum bitten wir die Kommission: Geben Sie das Objekt frei, an dem sich Bürgersinn fest-machen kann!

Dr. Dieter Rexroth

Intendant Rundfunkorchester, Chöre, RoC – GmbH

Das Berliner Schloss – Ein Ort der Künste

1. Die Wiederherstellung des Berliner Schlosses ebenso wie die Errichtung eines Gebäudes in moderner Architektur gewinnt ihre Sinnhaftigkeit letztendlich durch inhaltliche Definition und die daran geknüpften Funktionen. Eine wahrhafte Bedeutung erlangt das Projekt dadurch, dass es als grundsätzlich „öffentliches“, damit der allgemeinen Öffentlichkeit zugedachtes Projekt konzipiert wird. Damit zusammen hängt auch die Möglichkeit, ein „Ort“ werden zu können, der in den Augen und im Bewusstsein der Öffentlichkeit ein hohes Maß an Symbolik zu entwickeln vermag und folglich auch als symbolischer Ort, in dem sich die Dimensionen Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft kreuzen, wahrgenommen werden kann. Die Bedeutung des Ortes und der ihn markierenden Architektur wird zukünftig – unabhängig von der ästhetischen Qualität des Gebäudes – sehr entscheidend von den Inhalten abhängen, die von diesem Ort ausstrahlen und seine Bedeutung manifestieren.

2. Mein Vorschlag geht dahin, das Projekt „Berliner Schloss“ kulturell zu definieren; d.h. den Ort durch die Künste zu besetzen – im Sinne ihrer öffentlichen Wirkung und der Möglichkeiten für die Öffentlichkeit, an diesem Ort künstlerische Manifestationen und Deutungen von Welt und Existenz zu erleben und wahrzunehmen.

3. Es sollten alle „Künste“ an diesem Ort vertreten sein. Es sollte einen Museumskomplex sowie einen Bereich für Wechselausstellungen geben. Es sollte die musikalische „Übung“ und Präsentation an diesem Ort eine echte Heimstätte finden. Es sollten die theatralischen und literarischen Künste an diesem Ort geprobt und gepflegt werden können. Überaus wünschenswert wären eine Bibliothek und darüber hinaus eine „Musische Volkshochschule“, also eine Bildungseinrichtung, die für alle Menschen zugänglich ist.

4. Die Komplexität einer solchen Konzeption macht in vielerlei Hinsicht Sinn. Nicht zuletzt auch, weil die mit den verschiedenen Künsten verbundenen unterschiedlichen Präsentation- und Darstellungsformen für insgesamt sehr flexible Strukturen sorgen, die in den inhaltlichen und thematischen Konkretionen immer wieder anders besetzt werden können. Gerade für die Profilierung dieses Ortes kann und wird die Entfaltung seiner symbolischen Bedeutung sehr wichtig sein.

5. Ich möchte auf Einlassungen zu allen Bereichen hier verzichten, allerdings mit Nachdruck die Wichtigkeit eines Konzertsaales an diesem Ort betonen: Das Konzert ist im Sinne unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses eine nach wie vor zentrale und öffentlichkeitsrelevante Form der gesellschaftlichen Praxis, in der auf besondere Weise Manifestationen früherer Zeiten vergegenwärtigt werden und stets aufgrund ihrer zeitbezogenen Phänomenologie auf Zukünftiges verweist. Öffentliche musikalische Veranstaltungen haben bei aller Immaterialität ihrer Substanz, nämlich der klingenden Musik, eine eigenartig integrative Kraft und fördern das Bedürfnis nach kollektiver Identität, um aber gleichzeitig dem Individuum, dessen Ansprüchen und Möglichkeiten, Raum und Recht zu lassen. Der Konzertsaal ist im Sinne seiner inhaltlichen Bestimmung optimal geeignet, die „Seele“ dieses Ortes zu sein, ein Pulsschlag im Sinne des festlichen Sich-Ereignens im alltäglichen Fluss des Daseins.

6. Berlin benötigt neben der Philharmonie und dem Konzerthaus dringend einen dritten Konzertsaal von Rang. Die Struktur der Berliner Konzertlandschaft mit vergleichsweise vielen Klangkörpern von höchster Professionalität verlangt das zwingend, da die bestehenden Verhältnisse zu sich steigernden Problemen führen, die einer wirklich künstlerischen Arbeit und Produktivität abträglich sind – soweit sogar, dass daraus gefährliche Auflösungsprozesse entstehen können. Die Größe dieses Konzertsaales sollte so beschaffen sein, dass er auch wirtschaftlich zweckmäßig genutzt werden kann, d.h. in seiner maximalen Kapazität 2.000 bis 2.200 Menschen Platz bieten. Optimal im Sinne künstlerischer Projektplanung wäre zusätzlich ein Kammermusiksaal mit ca. 500 bis 600 Plätzen. Dieser Saal sollte auch als Kongresssaal nutzbar sein. Der große Konzertsaal sollte nicht multifunktional konzipiert werden. Allerdings sollte bedacht werden, inwieweit ein solcher Konzertsaal in seiner Anlage allein durch den Typus des „klassischen“/„romantischen“ Konzerts definiert werden soll, oder ob sich nicht eine Raumform und -struktur realisieren lässt, die auch neuartigen und zukünftigen Formen des Konzerts Rechnung trägt – beispielsweise, dass höchst variable Bühnen und Positionen von Bühnen im Raum realisierbar sind.

Im Kontext der großen Berliner Konzertsäle Philharmonie und Konzerthaus am Gendarmenmarkt hat ein Konzertsaal im „Schloss“ einen eigenen Status. Er ist Teil eines Ensembles und wird damit zugleich definitorisch in der Sicht der Öffentlichkeit durch den besonderen und eben auch symbolisch geprägten Ort überformt. Dieser Saal ist demnach nicht einfach eine Verdoppelung oder Verdreifachung bereits vorhandener Konzerträume. Er wird einen ganz eigenen Charakter haben und ein ganz eigenes Profil entwickeln.

Der Text gibt das Manuskript des Autors wieder.

Helga Schmidt-Thomsen

Vorsitzende Rat für Stadtentwicklung

Koreferat:

Prof. Dr. Harald Bodenschatz

Rat für Stadtentwicklung

Das Schlossareal

Beitrag zur Anhörung der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ am 18.4.2001 im Auftrag des Rates für Stadtentwicklung

Prof. Dr. Harald Bodenschatz

Die Debatte um die künftige Gestaltung wie Nutzung des Schlossareals ist gepanzert mit Argumenten, die sich auf die Geschichte beziehen. Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich schnell, dass es sich dabei um zeitgenössische kulturelle Konstruktionen handelt, die mit der Geschichte des Areal nicht wenig zu tun haben. Das Schloss, so heißt es, sei das Herz Berlins gewesen. Natürlich ist es richtig, dass das Schloss der Angelpunkt der Stadtentwicklung Berlins vom 17. bis zum 19. Jahrhundert gewesen ist. Aber der Vergleich mit dem Herz hinkt: Das Schloss hat nur in eine Stadthälfte frisches Blut gepumpt: in die westliche Stadthälfte. Die östliche Stadthälfte wurde der Stagnation überlassen.

Vor gut 300 Jahren begann bekanntlich die entscheidende Etappe der Geschichte des Areal, das uns heute bewegt. Der internationale Aufstieg Preußens benötigte damals eine architektonische und städtebauliche Symbolisierung: ein repräsentatives königliches Schloss sowie eine Stadt, die sich diesem Schloss unterordnete und zugleich das Ansehen des Königs steigerte. Ein Stadtschloss ohne eine Stadt, die sich dem Schloss unterwarf, war im Absolutismus undenkbar. Diese Unterordnung musste gestalterisch und funktional sichtbar werden. Es gelang Friedrich I., dem ersten König in Preußen, aber nicht mehr, das Verhältnis zwischen Schloss und Stadt zu klären.

Erst unter Friedrich II. wurde das Verhältnis zwischen Stadt und Schloss endgültig geklärt. Nicht östlich, wie noch von Friedrich I. erwogen, sondern westlich des Schlosses lag jetzt der Schwerpunkt der Stadtentwicklung, eine Lösung, die die gesamte weitere Entwicklung Berlins entscheidend prägen sollte. Mit der Reichsgründung verlor allerdings das Stadtschloss erheblich an Bedeutung. Der Schwerpunkt der Mitte Berlins verschob sich nach Westen. Der Bereich um das Schloss war nicht mehr der Angelpunkt Berlins, der die Stadtentwicklung prägte. Die Westorientierung des Schlosses blieb aber bis 1945 erhalten.

Nach 1945 wurden diese Verhältnisse bekanntlich entscheidend verändert. Das im Krieg teilzerstörte Schloss wurde gesprengt. Staatsratsgebäude, Außenministerium der DDR und Palast der Republik bildeten ein symbolisches Herrschaftsforum der DDR. Dieses Forum war aber nicht mehr nach Westen orientiert. Die Scheibe des Außenministeriums der DDR bezeichnete das westliche Ende des modernen städtischen Zentrums der Hauptstadt der DDR. Aus der ehemaligen einseitigen Westorientierung des Schlosses war nunmehr eine einseitige Ostorientierung des Herrschaftsforums der DDR geworden.

Nach dem Fall der Mauer entbrannte sofort ein Streit um die Gestaltung des Schlossareals. Der Aufbau der Schlosskulisse machte deutlich: Die alte Westorientierung sollte wiederhergestellt werden. Was auf der Ostseite des Schlossareals geschehen sollte, war dagegen zweitrangig. Heute darf es aber nicht mehr um eine West- oder Ost-Orientierung des Schlossareals gehen. Die zentrale städtebauliche Botschaft des Blicks zurück lautet: Notwendig ist eine Vermittlung von Ost und West, zum ersten Mal in der Geschichte Berlins. Das Schlossareal darf nicht isoliert entwickelt werden.

Das Schloss, so heißt es weiter, habe den Militarismus Preußens verkörpert. Das mag ja abstrakt zutreffen. Konkret war das Schloss aber ein Produkt diplomatischer, nicht kriegerischer Politik Preußens. Die Kriege, die Preußen führte, wurden in der Regel nicht in diesem Bau beschlossen. Das Schloss war vor allem ein Gebäude der Verwaltung, der noblen, höfischen Unterwelt, der Feierlichkeiten. Und die Suche nach einer angemessenen Nutzung ist keine Verlegenheit von heute, sondern begann bereits nach der Flucht des Kaisers. Schon in der Kaiserzeit hatte sich ein kulturelles Kind des Schlosses stadträumlich und funktional emanzipiert: die Museumsinsel. Dieses Areal hätte nach dem Willen Friedrich Wilhelms IV. eine „Freistätte für Kunst und Wissenschaft“ werden sollen. Heute ist die Museumsinsel zu dem international bedeutendsten Ort des historischen Zentrums geworden. Das Kind hat seine Mutter überlebt. Von daher ist es nicht ganz abwegig, das Schlossareal als Standort von musealen Nutzungen zu diskutieren.

Wünschenswert wäre aber gerade an diesem Standort mehr: Das Schlossareal könnte im Anschluss an die Museumsinsel eine zeitgenössische, heitere, bunte, unterhaltsame, alle Sinne inspirierende Stätte der Wissenschaft werden, sozusagen die symbolische Verkörperung der Stadt des Wissens, eine brandscape der Wissensgesellschaft. Der Präsident der Humboldt-Universität hat eine Verortung der Wunderkammer des Wissens am Schlossplatz ins Gespräch gebracht. In der Tat haben alle drei grossen Universitäten historische Bezüge zu diesem Areal, insbesondere zur ehemaligen Bauakademie. Eine Wunderkammer kann man unterschiedlich verstehen. Sie sollte jedenfalls mehr sein als ein Museum der Wissenschaft, sie sollte Wissenschaft exemplarisch vermitteln und zur Diskussion stellen, sie sollte ein Ort heiterer Wissenschaft werden, möglichst frei von direkter politischer und ökonomischer Einflussnahme. Zusammen mit der Museumsinsel könnte so eine zukunftsgerichtete neue Freistätte für Kunst und Wissenschaft entstehen. Eine solche Freistätte wäre kein Ort von lokaler Bedeutung, auch kein Ort von nationaler Bedeutung, sondern ein Ort von internationaler Bedeutung.

Was wäre die angemessene bauliche Hülle einer solchen Freistätte? Um 1700 benötigte Kurfürst Friedrich III. ein Schloss, um König Friedrich I. zu werden. Brauchen wir aber für eine Wunderkammer des Wissens ein wieder aufgebautes Schloss? Was der Forderung nach einem Wiederaufbau Gewicht verleiht, ist die Tatsache, dass das ehemalige Schlossareal ein durch und durch historisch durchtränkter Ort ist, an dem zugleich nur sehr wenig an diese lange Geschichte erinnert. Ein Neubeginn ohne Geschichtsverarbeitung ist nicht möglich. Ebenso wenig ein Wissen ohne ausdifferenzierte Erinnerung. Der Wiederaufbau einer Schlosskulisse wäre die Comic-Version einer solchen Erinnerung. Eine eindimensionale Schlichtlösung, die Geschichte verspricht, aber Geschichte verdeckt. Ein Beispiel für entdifferenzierte Erinnerung. Wäre eine Freistätte des Wissens in einer eindimensionalen Schlosskulisse nicht ein Widerspruch in sich? Eine bessere Lösung verleugnet die lange Geschichte des Ortes nicht, verarbeitet aber auch die DDR-Geschichte, d.h. das Staatsratsgebäude und Teile des Palastes der Republik.

Zusammengefasst sind meine Botschaften folgende:

- Stadträumliche Ost-West-Vermittlung des Schlossareals statt einseitiger Westorientierung
- Kontinuität einer öffentlichen Nutzung auf dem Schlossareal, etwa in Form einer zeitgenössischen Wunderkammer des Wissens, die zusammen mit der Museumsinsel eine einzigartige Freistätte für Kunst und Wissenschaft bildet
- eine städtebauliche Gestaltung, die an die ganze Geschichte des Schlossareals erinnert, auch an die DDR-Geschichte.

Stellungnahme zur Anhörung der Expertenkommission

Helga Schmidt-Thomsen

Im Rat für Stadtentwicklung haben sich Institutionen, Fachverbände und Initiativen zusammengeschlossen, die für Berlin planen, bauen und forschen. Ihm gehören an:

Akademie der Künste, Abteilung Baukunst – Architektenkammer Berlin – Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin – Baukammer Berlin – Bund Deutscher Architekten Berlin – Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure, Landesverband Berlin – Bund Deutscher Landschafts-Architekten – Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung – Deutsches Institut für Urbanistik – Deutscher Werkbund Berlin – Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung – Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Berlin-Brandenburg – Technische Universität Berlin

Der Rat für Stadtentwicklung hat die Schlussfolgerungen aus Gesprächen und Diskussionen zusammengefasst zu

Sieben Thesen für die Expertenkommission Historische Mitte Berlin

1. Rückblickend bis zum ‚Berliner Unwillen‘ gegen den Bau der fürstlichen Zwingburg stellen wir fest, dass das Schloss niemals das Herz Berlins gewesen ist. Die Bürgergesellschaft soll die Mitte der Spreeinsel wieder besetzen. Durch Lage und Geschichte hat diese Insel symbolische Bedeutung erlangt, die außerordentliche Ideen für Funktionen und Formen herausfordert.
2. Aufbauend auf der Geschichte kann die Mitte der Spreeinsel eine hervorragende Zukunftsaufgabe als Ort der Identifikation, der Kommunikation und Integration übernehmen. Dies kann nicht die Sache privater Investoren sein, sondern muss eine öffentliche Angelegenheit bleiben.
3. Erinnerungskultur braucht das Authentische und die authentische Erinnerung an die Schlossbaugeschichte sind historische Fundstücke und Fragmente. Sie werden aussagekräftiger und wirkungsvoller sein als jede Schlossreplik und sie bedeuten als originale Einzelteile mehr als eine ganze Restauration.
4. Das ehemalige Staatsratsgebäude – zuletzt Bundeskanzleramt – hat seine Tauglichkeit als öffentliches Ausstellungs- und Versammlungshaus bereits bewiesen. Der Palast der Republik bietet auch als bauliches Skelett eine Substanz, die im Sinne des Weiterbaus gründlich zu untersuchen ist.

5. Entscheidungen zum Schlossareal sind unabdingbar verbunden mit Entschlüssen zur Stadtentwicklung der Umgebung: mit Aussagen zu dem Freiraum zwischen Spree und Alexanderplatz, zur Verkehrssituation auf der Insel, auch im Hinblick auf die Breite Straße und die Brüderstraße, mit einer Aussage zum Verhältnis von Bebauung zu öffentlichem Raum.

6. Die Zukunft Berlins soll sich gründen auf Kultur und Wissenschaft, das ist politische Zielsetzung. Diese Zielsetzung könnte in der Mitte der Spreeinsel zur Darstellung gebracht werden. Wenn hier ein zukunftsgerichteter und kommunikativer Ort für die Bürger entstehen soll, dann gehören Information und Wissensvermittlung dazu, dann hat dort die Wissenschaft mit ihren Sammlungen eine Aufgabe als Vermittler und Wissenschaftsforum. Die Präsenz der Kultur in verschiedenen Formen gehört ebenso dazu wie die Möglichkeit zu geselligem und gastlichem Aufenthalt und vielleicht auch ein Wohnen auf Zeit.

7. Eine generalisierende Idee und die Suche nach einer monolithischen Großform passen nicht zu den von uns gewünschten Nutzungen. Restauration ist Resignation – und wäre an diesem Ort kein Beitrag unserer Zeit. Dieser besondere Berliner Ort braucht keinen Entwurf nach historischem Vorbild. Vielmehr brauchen wir einen Rahmenplan, der die Idee des Ensembles als Chance und Angebot im Geiste einer pluralistischen Gesellschaft zur Grundlage macht und geeignete Nutzungen in einen längerfristigen Entwicklungsprozess eingliedern kann. Nur so wird die allmähliche Aneignung gelingen, nur so wird eine dauerhafte Wandlungsfähigkeit erreicht und nur so können wir uns ein vielfältiges Bauensemble als Forum der Republik in der Mitte Europas vorstellen.

Der Text von Frau Helga Schmidt-Thomsen gibt das Manuskript der Autorin wieder.

Der Text von Prof. Dr. Harald Bodenschatz gibt das Manuskript des Autors wieder.

Prof. Dr. Jürgen Mlynek

Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Koreferat:

Prof. Dr. Horst Bredekamp

Humboldt-Universität zu Berlin

„Vom Berliner Schloss zur Humboldt-Universität und zurück“

Prof. Dr. Jürgen Mlynek

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Tagesspiegel überschrieb meinen Artikel letzte Woche mit den Worten: „Die Humboldt-Universität will mit Ihren Sammlungen auf den Schlossplatz!“ Heute möchte ich provozierend fragen: Warum sollte die Humboldt-Universität Ihre „Wunderkammern des Wissens“ an das Stadtschloss zurückgeben?

Hierfür spricht vieles. Dass dabei der historischen Seite eine besondere Rolle zukommt, wird Ihnen mein Kollege, Prof. Bredekamp, darlegen, der Ihnen sicherlich als Kunsthistoriker und Mitinitiator der Ausstellung „Theatrum Naturae et Artis – Wunderkammern des Wissens“ bekannt ist. Ich möchte hierzu nur soviel sagen, dass im Falle der Rückkehr unserer Sammlungen an den Platz ihrer Herkunft eine der historischen Funktionen des Schlosses rekonstruiert werden könnte. Die Idee des Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Prof. Klaus-Dieter Lehmann, die Ethnologischen Sammlungen aus Dahlem ebenfalls auf den Schlossplatz zu bringen, verstärkt unser Angebot insofern, als diese ebenfalls aus den Kunstkammern des Schlosses hervorgegangen sind.

Sie haben richtig gehört: Ich spreche hier und heute von einem Angebot der Humboldt-Universität! Der Schlossplatz, die Stadt Berlin, die Berliner und Berlinerinnen könnten ein wissenschaftsgeschichtliches Museum bekommen, das seinesgleichen sucht. Ein Bruchteil der ungeheuren Sammlungen der Humboldt-Universität – Schätzungen gehen von 30 Millionen Objekten aus – wurde in jüngster Vergangenheit der breiten Öffentlichkeit in der bereits erwähnten Ausstellung im Gropius-Bau präsentiert.

Theatrum naturae et artis – Theater der Natur und Kunst. Unter diesem Titel machten sich über 80.000 Besucher ein Bild von den bisher meist unbekanntem Lehr- und Kunstsammlungen der Humboldt-Universität. Aus mehr als 100 Einzelsammlungen, über die unsere Universität verfügt, waren lediglich 1.200 Exponate aller Art zu sehen: Stimmen aus dem Lautarchiv, archäologische Exponate und Gipsabgüsse des Winckelmann-Institutes, Bücher und Handschriften, alte Instrumente und Karten, medizinische Präparate und biologische Modelle und vieles mehr. Diese Liste könnte schier unendlich fortgeführt werden.

Klar ist, dass ich als Präsident der Humboldt-Universität verhindern möchte, dass diese Schaustücke auf Dauer wieder in der Versenkung verschwinden. Klar ist auch, dass sich für Sammlungen dieser Qualität in Berlin's Mitte – unabhängig vom Schlossplatz – ein angemessener Unterbringungsort finden lässt. Weniger klar ist bislang, warum der Schlossplatz aus heutiger Sicht hierfür ein geeigneter Standort ist. Wer glaubt, hier sollte nach Meinung der Humboldt-Universität ein verstaubtes Wissenschaftsmuseum entstehen, irrt allerdings. Vielmehr hat Berlin die Möglichkeit, diese unglaublichen Schätze als attraktiven Publikumsmagneten zu nutzen.

In der bisherigen Diskussion stand zu Recht immer wieder die Frage im Vordergrund, wie die Berliner und Berlinerinnen, aber auch die Besucher aus aller Welt vom künftigen Stadtschloss angezogen werden können, wie die Lebendigkeit des Stadtschlusses wiederhergestellt werden könnte. Ich kann nur sagen: Die Resonanz auf unsere Ausstellung war unbeschreiblich positiv. Und das lag nicht nur an der Einzigartigkeit der gezeigten Exponate, sondern insbesondere auch an deren Gesamtkonzept. Der Humboldt-Universität ist es im Gropius-Bau gelungen, über die üblichen Öffnungszeiten hinaus Attraktivität und Anziehungskraft auszustrahlen: An den 66 Ausstellungstagen fanden 40 begleitende Veranstaltungen unterschiedlichster Ausrichtung statt: Lesungen, Konzerte, Theateraufführungen sowie zahlreiche Empfänge. Die Humboldt-Universität konnte beweisen, dass sie nicht nur über die kritische Masse an Schaustücken verfügt, sondern auch über die „personellen Ressourcen“: Die Humboldtianer haben gezeigt, dass sie einer Ausstellung den rein musealen Charakter nehmen und ihr statt dessen Eventcharakter geben können!

Wissenschaft war hier nicht nur abstrakt, sondern in jeder Beziehung sinnlich zu erleben – man könnte auch von einer Verführung durch die Sinne sprechen. Mit den abendlichen Veranstaltungen, die integraler Bestandteil unseres Ausstellungskonzeptes waren, gelang der Brückenschlag von der Wissenschaftsgeschichte in die Gegenwart und Zukunft und zwar zu Themen hin, die für unsere Gesellschaft wichtig sind und zunehmend wichtig werden.

Es scheint mir nicht übertrieben zu behaupten, dass dies das „tägliche Brot“ einer Universität ist. An der Humboldt-Universität finden monatlich in unmittelbarer Nähe zum Schlossplatz über 50 Workshops, Symposien, Konferenzen und Ausstellungen statt. Immer häufiger stoßen wir dabei allerdings an die räumliche Grenze des Machbaren. Die Ausstellung im Gropius-Bau hat uns kurzfristig die Bühne zur Verfügung gestellt, die wir uns als eine der Geschichte verpflichtete und zugleich als eine innovative, vorwärtsgewandte und offene Hochschule wünschen, um der Öffentlichkeit, den Berlinern und Berlinerinnen sowie den Hauptstadtbesuchern die „Idee der Universität“ erfahrbar zu machen.

Das Thema der Wissensvermittlung ist heute aktueller denn je. Mit einem Wissenschaftsmuseum könnten hier neue Wege beschritten werden. Mit wechselnden Ausstellungen würde eine statische Präsentation verhindert. Insofern kann der Blick des Besuchers auf die verschiedenen Disziplinen gelenkt werden. Dieser Weg wird auch von der Aktion „Wissenschaft im Dialog“ beschritten, die dieses Jahr – dem Jahr der Lebenswissenschaften – die Berliner Bevölkerung unter anderem an Fragen der Bio- und Gentechnologie heranführen will. Der vielfach beklagte Mangel an hochqualifizierten Fachkräften und Wissenschaftlern im naturwissenschaftlich-technischen Bereich und die zunehmende Bedeutung von „Science literacy“, welche das Verständnis für naturwissenschaftliche Zusammenhänge umschreibt, zeigen, dass Wissensvermittlung eine öffentliche Aufgabe ist, der auch öffentlicher Raum zugestanden werden muss.

Insofern möchte ich die musealen Flächen auf dem Schlossplatz um Konferenzräume, Hörsäle und Bühnen ergänzt wissen. Neben dem soeben erwähnten „Bildungsauftrag“ würde dieses weitere Nutzungskonzept ideale Voraussetzungen für attraktive hochrangige Veranstaltungen im Zentrum der Stadt bieten. Damit könnte ein „Forum für Wissenschaft, Kultur und Politik“ geschaffen und somit auch neue Formen der Interdisziplinarität entworfen werden. Die Humboldt-Universität kann hierfür etliche Themen bieten. Eine Vielzahl der „großen“ Themen der letzten Jahrzehnte sind hier bearbeitet und diskutiert worden: Von Fragen der Steuerreform, über

die Armuts- und Arbeitslosenpolitik, bis hin zu den mit der Einführung der neuen Medien verbundenen kulturwissenschaftlichen Implikationen.

Mit der Wiedererrichtung der Wunderkammern des Wissens auf dem Schlossplatz kann rund um die Uhr den Studierenden, den Regierenden, der Wirtschaft, der Öffentlichkeit ein Informations- und Dienstleistungszentrum unter Zuhilfenahme aller technologischen Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, mit dem wir nicht nur einige veraltete Strukturen der Wissenschaftsorganisation aufbrechen, sondern mit dem wir zugleich auf neue Möglichkeiten und neue Bedürfnisse eingehen können.

Das auf dem Schlossplatz geplante Gebäude wird eine Nutzfläche von etwa 150.000 Quadratmetern umfassen. Ein Drittel dafür würde von den Ethnologischen Sammlungen aus Dahlem benötigt. Siedelt man von den Sammlungen der Humboldt-Universität nur einen repräsentativen Teil an, würden etwa 10.000 – 15.000 Quadratmeter benötigt. Für eine die Qualität der Präsentation sichernde wissenschaftliche Begleitung der Sammlungen wäre das Interdisziplinäre Helmholtz-Zentrum für Kulturtechnik prädestiniert.

Zum Abschluss möchte ich festhalten, dass die Humboldt-Universität der Hauptstadt die einzigartige Möglichkeit bietet, Teile der ehemaligen Kunst-kammern des Schlosses zu rekonstruieren. Schätze, die sonst überwiegend nicht öffentlich zugänglich sind. In unmittelbarer Nähe zur Humboldt-Universität selbst, zum Deutschen Historischen Museum, zur Museumsinsel und zur Staatsoper kann so der Schlossplatz zu einem lebendigen Platz des Wissens werden. Der Erfolg unserer Ausstellung „Theater der Natur und Kunst“ hat gezeigt, wie sehr ein solches Konzept die Menschen in seinen Bann zieht.

Prof. Dr. Horst Bredekamp

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, Berlin besitzt eine in der modernen Museumsgeschichte besondere Rolle. Sie liegt darin, dass die Idee des Universal museums bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts verteidigt wurde in Form der Kunst-kammer, welche sich im dritten Geschoss des Schlüterschen Gebäudes befand.

Die Geschichte dieser Kunst-kammer ist kompliziert:

1789 wurden ihre Bestände mit denen der Akademie der Wissenschaften im Schloss zusammengeführt.

1805 – und ich zitiere dieses als Motto – schrieb Jean Henry, der Direktor dieses im Schloss versammelten Universal museums: „Die neue Pädagogie beruht nur auf Anschauung und auf Naturkunde. Die Kunst-seltenheiten interessieren nur schwach, die Antiken haben nur Wert für die Gebildeten; alle aber ohne Ausnahme verweilen stundenlang bei den Schätzen der Mineralogie, Zoologie und der Insektologie.“ Um so kräftiger verteidigte aber Henry die Einheit des Ganzen – es solle zusammen bleiben bis zur Errichtung eines Musée General, und alle Museumspolitik müsse die Weisheit der Vereinigung befolgen.

1807 befürwortete Alexander von Humboldt ein solch allgemeines Museum unter der Obhut der Akademie, aber 1809 wurden die naturwissenschaftlichen Bestände aus dem Schloss dem Kulturministerium unterstellt und per Verfügung der Universität übertragen.

1810, zur Eröffnung der Universität, befanden sich nur im rechten Flügel des Erdgeschosses dieses riesigen Palais Hörsäle, sonst aber Gipsabgüsse, ein anatomisches Museum, Zimmer für Gemmen und Münzen und 17 Räume für ein zoologisches Museum.

Die heutige Humboldt-Universität war von Beginn an ein Museum mit angeschlossenen Lehrbetrieb. Und Sie werden anhand der Ausstellung „Theater der Natur und Kunst“ sehen, dass dieses Prinzip bis heute gewuchert hat und so geblieben ist.

Die weitere Alimentierung der Berliner Museen habe ich in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von heute morgen zu beschreiben versucht. Schinkels Museum als Kontergebäude zum Schloss, v.a. aber das untergegangene Museum im Schloss Monbijou mit den so genannten „Vaterländischen Beständen“ sowie die Bestände des Stülerschen Neuen Museums – sie alle zehrten von der Kunst-kammer. Zu diesen Beständen gehörten auch die völkerkundlichen Objekte, die über Umwege nach Dahlem kamen, und nun – so der Vorschlag von Herrn Lehmann – in das Schlossgebäude zurückkehren sollten.

Diese Idee ist aus dem Grund so überzeugend, weil mit ihrer Realisierung die Idee des Universal museums eben am Ausgangspunkt reaktiviert werden könnte durch eine Allianz mit der wissenschaftsgeschichtlichen Sammlung der Humboldt-Universität und Berlins. Es wäre das erste wissenschaftsgeschichtliche Museum ganz Deutschlands und es bräuchte keinen Vergleich zu scheuen.

Vor allem würde es der Museumsinsel jene Bindung zurückgeben, die das Schloss historisch bedeutet hat: Über die Strasse Unter den Linden hinweg ergäbe sich jene Achse, die alle städtebaulichen Konzepte dieser Region bestimmt haben. Alle Funktionen des Schlosses sind verschwunden außer denen, die in den Vorschlägen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Humboldt Universität enthalten sind. Das Museum gehört seit Jahrzehnten als Institution zu den aktivsten Posten unserer Kultur, und dies würde um so mehr für ein Wissenschaftsmuseum Berlins gelten, das den Nukleus von Veranstaltungen aller Art bieten müsste, und das damit das Areal tags wie abends beleben würde.

Der ungeheure, ungehobene Schatz der Humboldt-Universität hätte im Verein mit anderen Sammlungen einen auch historisch angemessenen Rahmen. Die Universität, erwachsen, vielleicht auch schon etwas alt geworden, könnte ihrer Amme, der Schatz-kammer, nach 200 Jahren ein Dankes-geschenk machen. Und damit könnte sie Henry's Test von 1805 überprüfen helfen, was eben mehr reizt: die Werke der Naturwissenschaft oder die der Kunst.

Der Text von Prof. Dr. Jürgen Mlyněk gibt das Manuskript des Autors wieder.

Der Text von Prof. Dr. Horst Bredekamp ist eine Transkription der Tonbandaufzeichnung.

Prof. Dr. Peter-Klaus Schuster

Generaldirektor der Staatlichen Museen
Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,
der Vorschlag der Staatlichen Museen zu Berlin in der Formulierung ihres Präsidenten, die außereuropäischen Sammlungen auf dem Areal des einstigen Schlosses in der Mitte Berlins anzusiedeln, verwandelt ein lokales Museumsproblem in eine kulturpolitische Utopie von internationaler Dimension.

Das lokale Problem ist der Museumsstandort Dahlem, der einst die Westberliner Bestände der Staatlichen Museen wie ein kleines Universalmuseum europäischer und außereuropäischer Kunst und Kulturen höchst reizvoll zusammenfasste. Der Charme dieses Provisoriums hat erheblich verloren durch den Ausbau des Kulturforums und die Wiedergewinnung der Museumsinsel als Folge der Vereinigung. So wichtige Sammlungen wie die Gemäldegalerie, das Kupferstichkabinett und die Skulpturensammlung, aber auch das Museum für Islamische Kunst zogen von Dahlem aus in neue Häuser oder in ihre alten Häuser an anderen Standorten. Zurück blieb in Dahlem ein Torso, ein Ensemble aus außereuropäischen Sammlungen der Kunst Asiens und Indiens, sowie die Sammlungen des Ethnologischen Museums, die weltweit als besonders qualitativ gelten, in ihrer abgelegenen Villenvorortlage jedoch nur noch schwer ein Publikum finden.

Zurückhaltender als gedacht ist jedoch auch der Zuspruch des Publikums an den neuen Standorten des Kulturforums. Die alten Meister der Gemäldegalerie wie auch die Schätze des Kunstgewerbemuseums werden in der unmittelbaren Nähe zum Potsdamer Platz als dem wiederaufgebauten Zentrum des modernen Berlin nicht so wahrgenommen wie erhofft, während die Neue Nationalgalerie als Haus der klassischen Moderne dort viel leichter ein Publikum findet.

Aus diesem doppelten Dilemma resultiert der Vorschlag der Staatlichen Museen, sich mit ihren kunsthistorischen Sammlungen ganz auf die seit der Wiedervereinigung wieder zugängliche Museumsinsel mit den dazu gehörigen Kasernengebäuden zu konzentrieren, um dann nach erfolgter Generalsanierung der Museumsinsel für die archäologischen und europäischen Sammlungen ihre gesamten nichteuropäischen Sammlungen gegenüber der Museumsinsel auf dem Schlossareal zu präsentieren.

Mit einer solchen Museumskonzeption – möglich durch den einzigartigen Reichtum ihrer Sammlungen würden die Staatlichen Museen zu Berlin wieder in ihren ausgezeichneten Rang als eines der größten Universal Museen aller Künste und Kulturen der Welt sichtbar werden; und zwar an einem Standort in der Mitte Berlins, wo bereits die Tempelstadt der Museumsinsel ein Kontinuum der Künste ausbreitet, das von der Vor- und Frühgeschichte über Mesopotamien, Ägypten und die Antike, Milet, Pergamon und Byzanz, über das Mittelalter, die Renaissance bis ins Jahr 1900 mit Menzel, Corinth und Liebermann in der demnächst wieder eröffneten alten Nationalgalerie reicht.

Wenn dieser gewaltige europäische Sammlungskomplex auf der Museumsinsel zukünftig jenseits des Lustgartens auf dem Schlossareal sein außereuropäisches Pendant mit dem ganzen Reichtum der Berliner Sammlungen zur Kunst Ostasiens, Indiens, Afrikas, Alt- und Mesoamerikas sowie Ozeaniens finden würde, dann käme die bisher noch auf die Museumsinsel beschränkte Unesco-Auszeichnung zu ihrer wirklichen Erfüllung, dann wäre die Mitte Berlins im komplementären Zusammenspiel von Schloss-

areal und Museumsinsel wirklich der anschauliche Ort des Weltkulturerbes. In dieser grandiosen Komposition seiner einzigartigen Sammlungen könnte Berlin – wie Pierre Rosenberg, der gerade verabschiedete Directeur President des Louvre, formulierte – in der Tat zur international führenden, europäischen Kunst- und Museumsstadt werden. Eine solch grandiose Komposition ist nur in Berlin möglich, weil nur Berlin diesen Reichtum der Sammlungen in einer Museumsinstitution vereint. Nur in Berlin ist eine solche ebenso grandiose wie sinnfällige Komposition möglich, weil einzig hier – als Ergebnis der Dialektik einer verhängnisvollen Geschichte – im zentralen Herzen einer Weltstadt der dafür notwendige Platz vorhanden ist.

Mit dieser einzigartigen Museumskomposition ist nach dem Vorschlag der Staatlichen Museen Berlin und ihres Präsidenten ein entscheidender Impuls weit über das eigentliche Museumsfeld für die Wiederherstellung Berlins und für ein reflektiertes nationales Selbstverständnis getan. Denn der eigentliche Grund und Gegenstand dieser Kommission ist die Reflexion über die angemessene Nutzung eines Areals, das Deutsche in kritischer Auseinandersetzung über Deutschland und seiner Geschichte zu jener Tabula Rasa gemacht haben, als welche sich das Schlossareal uns heute noch zeigt.

Es war nicht der ästhetische Affekt gegen die Barockarchitektur Schlüters, welcher zur Sprengung des kriegszerstörten Schlosses geführt hat; Schlüter war vielmehr auch in der DDR durchaus Gegenstand künstlerischer wie kunsthistorischer Verehrung. Es war vielmehr das Schloss als Staatsmitte des alten Deutschland, die Geburtsstätte des wilhelminischen Preußen, die in einer damnatio memoriae aus radikaler Ratlosigkeit dem Erdboden gleich gemacht wurde. Diese Ratlosigkeit hält aus innerer Notwendigkeit bis heute an, wie der Vergleich mit dem Wiederaufbau der einst weit mehr im Krieg zerstörten Münchener Residenz überdeutlich zeigt. Alles, was man dort wiederaufbaute, wollte man ganz selbstverständlich wiederhaben, den Glanz des geliebten Hauses Wittelsbach, den Glanz Bayerns und auch des Freistaates.

Alles, was man in Berlin hätte aufbauen können, wollte man nicht mehr haben. Die entscheidenden Vertreter des Hauses Hohenzollern hatte man bereits mit dem Ende des 1. Weltkrieges ins Exil geschickt; mit Preußen wollte man spätestens nach dem Ende des 2. Weltkrieges nichts mehr zu tun haben. Damit blieb aber die Ratlosigkeit, und sie wuchs nach der Wiedervereinigung, was man in der alten Staatsmitte des preußisch-wilhelminischen Deutschlands mit innerer oder höherer Notwendigkeit wieder errichten könnte, an der Stelle auf der das Nationaldenkmal stand. Womit – so lautet noch immer die dringende Frage – kann die offene Wunde der deutschen Geschichte in der Mitte der alten und neuen Hauptstadt mit Anstand und innerer Notwendigkeit wieder geschlossen werden.

Kongresseinrichtungen, Hotel und Festsäle – all dies scheint nützlich, machbar und ist privatwirtschaftlich sogar finanzierbar. Aber all dies erscheint nicht mit vordringlicher Priorität als eine angemessene Bauaufgabe für das erste, für das kostbarste und für das symbolbeladene Grundstück der Bundesrepublik. Der Bund als der Eigentümer dieses Grundes kann dort – so scheint es – schicklich nur für eine besondere Bauaufgabe tätig werden, die dem geschichtlichen Rang des Platzes, seiner Würde wie auch seinem Ernst gerecht werden.

Der Vorschlag der Staatlichen Museen, die ja noch immer die Staatlichen Museen Preußens sind, besagt also nichts anderes, als genau jene Stelle, an der die Tilgung jeglicher Erinnerung an Preußen zu einer so brutalen und

schmerzlichen Tabula Rasa der Mitte Berlins geführt hat, nun zu einem glanzvollen Aufführungsplatz für jene so großartigen Sammlungen außereuropäischer Kunst und Kultur werden zu lassen, von Sammlungen, die nirgendwo so umfassend und ausführlich zusammengetragen wurden wie gerade in den so weltoffenen und gelehrten, vom humanen Geist der Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt begründeten und inspirierten Staatlichen Museen zu Berlin.

Mit dem kulturpolitisch so pointierten Vorschlag, den Klaus Dieter Lehmann als Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz für die Staatlichen Museen zu Berlin in die Diskussion eingeführt hat, verwandelt sich das preußische Dilemma plötzlich zu einer glanzvollen Lösung: Genau an jenem Platz, auf dem der Untergang Preußens symbolisch vollzogen wurde, soll nun das Beste von Preußen, der nur in seinen Museen enzyklopädisch gesammelte Reichtum der Kunst und Kulturen der außereuropäischen Welt anschaulich gemacht werden.

Mit diesem geistigen Erbe des anderen, des besseren Preußen als Museumszentrum auf dem Schlossareal definiert sich auch die Bundesrepublik. In diesem so singulären Projekt der Staatlichen Museen zu Berlin, die von allen 16 Ländern und dem Bund gemeinsam finanziert werden, erweist sich die Bundesrepublik Deutschland als Repräsentant in einer anderen deutschen Tradition, die sich wirklich als Hüterin des Weltkulturerbes verstehen darf.

Der kostbarste Platz dieser Bundesrepublik wird vorgehalten für die anschauliche Kenntnis und Vermittlung des Anderen, des Außereuropäischen, das mit dem Vertrauten und dem Eigenen, dem Europäischen in intensive Dialoge tritt. Mit diesem großen Museumsprojekt in der Mitte Berlins werden auch die besten Traditionen jener Architekturpraxis mit samt ihren urbanistischen Konsequenzen fortgesetzt: Bereits Schinkel hat die Mitte Berlins vom Museum aus, von der Antithese seines Museums zum Schloss als einen Ort des Geistes und des Humanen definiert.

Diese einzigartige Chance einer Neudefinition der Mitte Berlins durch die zivilisatorische Macht der Museen wurde auch nach dem 1. Weltkrieg erneut genutzt mit dem Einzug der Museen ins Schloss wie ins Kronprinzenpalais. Aus der Antithese zum Schloss entwickelten sich die Staatlichen Museen zu Berlin schließlich mit dem Rückzug des preußischen Herrscherhauses als dessen Bestes zu deren humanem Substitut, in dem für die Mitte Berlins so typischen Wechsel, in dem die Kultur die Orte der Politik umnutzt, gleichsam unterwandert oder besetzt. Das Wirkungsfeld der Staatlichen Museen – wie meine verehrten Vorredner bereits ausgeführt haben – schließt auch die Wissenschaften und Gelehrtensammlungen stets mit ein, um dieses Berliner Universalienprogramm der Gemeinsamkeit von Kunst und Wissenschaft wieder aufzunehmen, und zwar auf einem Terrain, das vom Schlossareal über die Museumsinsel bis zu den aufgeblasenen preußischen Kasernen gegenüber dem Bodemuseum reicht: genau dies ist die singuläre historische Chance für die Errichtung einer einzigartigen Bildungslandschaft mitten in der wieder aufgefundenen Hauptstadt dieser Bundesrepublik. Mit Hilfe ihres riesigen Museen- und Wissenschaftspotentials wird die Mitte Berlins gleichsam wiedererfunden. „Redesigning Berlin“ – wie man auf englisch sagen würde – als ein enzyklopädischer Versammlungsort der Künste und Wissenschaften.

Auf dem Schlossplatz geschieht dies genau an jenem Ort, an dem die gelehrte Curiositas der barocken Kunstkammer im einstigen Schloss das gesamte Spektrum von Kunst, Ethnologica und Naturwissenschaften zu ihrem ersten wirklich gemeinsamen Standort zusammengeführt hat.

Aus der Dialektik einer verheerenden Geschichte erwächst so für Berlins Mitte die Chance einer glanzvollen Wiederherstellung der allerersten Anfänge dieses Ortes, der seit Leibniz als ein deutscher Quellbereich der Künste und Wissenschaften und ihrer sinnvollen, weil sinnlichen Einheit gelten darf. Eine Einheit, die im komplementären Wirken der Brüder Humboldt schließlich von der Mitte Berlins aus zum Leitbild der deutschen Bildungsgeschichte wurde.

Die Wandlung eines gesprengten Hohenzollernschlosses zu einem Ort der Weltkunst und Weltkultur und ihres Dialoges mit den Wissenschaften hat von daher eine innere, höhere Logik. Man könnte geradezu von einer alchemistischen Verwandlung Preußens durch seine Museen und Universitäten zum Ruhme dieser Bundesrepublik sprechen. Die Beschreibung der Mitte Berlins als dem anspruchsvollsten europäischen Kulturprojekt am Beginn des neuen Jahrhunderts darf jedoch nie aus dem Auge verlieren, dass ihr visuelles und kompositorisches Rückgrat in der klaren Antithese von nichteuropäischen Sammlungen auf dem Schlossareal und europäischen Sammlungen auf der Museumsinsel liegt. Dass die ethnologischen Sammlungen im Unterschied zu London und Paris nicht durch kolonial bedingte Schwerpunkte und mithin Einseitigkeiten, sondern als Ergebnissammelnder Museumsgelehrter von beispielhafter Vollständigkeit sind, wird dieser hier beschriebenen Museumskonzeption zum unschätzbaren Vorteil gereichen.

Um die Größenordnungen nicht aus den Augen zu verlieren, sei hier nochmals erwähnt, dass die etwa 500.000 Exponate des Ethnologischen Museums sowie die über 30.000 Exponate ostasiatischer und indischer Kunst einen Raumbedarf von ca. 50.000 m² haben. Das Gebäude auf dem Schlossplatz wird ca. 150.000 m² verfügbar machen und von Seiten der Museen wird also 1/3 dieses Raumes benötigt. Mithin sind die für das Schlossareal vorgesehenen außereuropäischen Sammlungen der Berliner Museen zu allen nur denkbaren Allianzen mit anderen Einrichtungen befähigt. Zu denken ist an Allianzen mit Phonogrammarchiven, mit dem Haus der Kulturen der Welt, mit dem Museum Europäischer Kulturen wie mit allen nur denkbaren Gelehrten- oder künstlerisch tätigen Vermittlungseinrichtungen inklusive Film, Theater und Musik.

Und von daher wäre das Schlossareal auch der Ort eines globalen Kulturaustausches, der alle historischen Facetten eines solchen Austausches zwischen den europäischen und nichteuropäischen, mit allen nur denkbaren musealen, künstlerischen und wissenschaftlichen Verfahren anschaulich macht. Sehr wohl denkbar ist daher auch die Einrichtung eines in die breite Öffentlichkeit hineinwirkenden Collegè d'Europe, das im Herzen Berlins, der zentralen europäischen Metropole, die entscheidenden Fragen zu Europa, zu europäischen Normen- und Leitvorstellungen im Vergleich mit den nichteuropäischen für alle Bereiche von der Religion, Soziologie und Wirtschaft bis zur Medizin erörtert.

Solch umfassende Dialoge zwischen den Kulturen, auch zwischen Museen und den Universitäten, Bibliotheken und den anderen kulturellen Einrichtungen, solche Dialoge, die in den Instituten und Restaurierungswerkstätten auf dem Kasernengelände eher spezialwissenschaftlichen, und auf dem Schlossareal eher volksbildenden Charakter haben sollten, solch umfassende Dialoge zwischen allen Künsten und Wissenschaften hatte sich erstaunlicherweise bereits der königliche Begründer der Museumsinsel, Friedrich Wilhelm IV, gewünscht. Für eine solche von ihm geforderte Freistätte der Künste und Wissenschaften hat er selbst eine Aula mit Hör- und Festsälen in Gestalt eines hoch auferichteten Tempels im Zentrum der Museumsinsel entworfen. Dieses „Center of the Humanities“ – wie man

es nennen könnte – ist dann zweckentfremdet wirklich als Nationalgalerie gebaut worden. Diese königliche Idee eines allgemein bildenden „Center of the Humanities“ könnte ein wirklich internationales Kollegium zu den vorrangigen Fragen Europas im globalen Dialog sein. Es könnte als Collèges d'Europe zu einem Zentrum dieser Bildungslandschaft auf dem Schlossareal werden, wo die Museen, Universitäten und Bibliotheken einen für die große Öffentlichkeit verständlichen Austausch miteinander pflegen sollten.

Die wegweisende königliche Idee, diese Freistätte der Künste und Wissenschaften mit Festsälen zu versehen, erlaubt – ja fordert geradezu – die Zulassung vieler festlicher Veranstaltungen auch in großem Rahmen. Die Museen als Orte vielfältiger gesellschaftlicher Ereignisse sind ebenso geläufig geworden wie ihre laufende Bespielung und Nutzung durch Restaurants, Buchhandlungen, Filme, Konzerte, Künstlerperformances, Theater usw. Das Museum wird zum urbanen Zentrum des Austausches und der Begegnungen bis in die späten Abendstunden. Es ist kein Geheimnis, dass die Eremitage in St. Petersburg demnächst über ein eigenes Hotel in seinen Mauern verfügen wird.

Abschließend ist zu sagen: Das Museumskonzept für das Schlossareal ist ein integratives Konzept. Es verhindert keine andere Nutzung und Spielarten des urbanen Lebens, es gliedert jedoch die Fülle der Möglichkeiten durch das anschauliche Gewicht seiner Sammlungskonzeption, nämlich das Fremde und das Vertraute in vielfältige künstlerische, kulturelle und wissenschaftliche Dialoge zu verstricken. In der Vorgabe einer anschaulichen Grundstruktur verhindert das Museumskonzept nichts außer der Gefahr bloßer Beliebigkeit. In der Auflösung des preußischen Dilemmas im visuellen Reichtum seiner Sammlungen verleiht das Konzept der Staatlichen Museen dem Schlossareal seine neue Sprach- und Wirkungsmächtigkeit als einem Ort der Humanität und Toleranz – und mithin als Ort eines anderen Deutschlands.

Zum Schluss sei eine Anmerkung zur Architektur gestattet: Wer mit Schinkels Augen die Mitte der Stadt liest, müsste natürlich wünschen, dass gegenüber dem Alten Museum antithetisch wieder das für Schinkel so veraltete Barockschloss steht, damit sein klassizistisches Museum erneut klar und deutlich als Ort der damaligen Moderne hervortreten kann. Auf jeden Fall erscheint im Sinne der erneuten Lesbarkeit der Schinkelschen Disposition auf dem Schlossareal ein Gebäude in historischer Kontur nicht unangebracht.

Der Pariser Platz versammelt in Berlin zahlreiche z.T. mehr aber auch weniger gelungene Beispiele solch neuen Bauens in historischer Kontur. Dass gerade auch die Vertreter der entschiedenen Moderne an diesem Platz sehr wohl bestehen, ist lehrreich. Auch Norman Forsters Behandlung des Reichstages zeigt, dass historisches und modernes Bauen sich nicht ausschließen werden. Auch die Kleinteiligkeit und der sprunghafte Collage-Charakter, die das Schloss an seiner Wasserseite einst säumende Häuserzeile der Schlossfreiheit ausmachte, wird als architektonischer Ausdruck eines bürgerlich-liberalen Bauens und darin als Antithese zum Schlosskubus zu berücksichtigen sein.

Das Plädoyer für eine singuläre Museumskonzeption im Dialog zwischen Schlossareal und Museumsinsel liefert jedoch wenig Antworten auf die Frage: „In welchem Stil sollen wir bauen?“ Vielmehr versucht dieses Plädoyer eine Antwort auf die Grundfrage, was sollen wir dort überhaupt bauen – oder pointierter noch – was wäre für die Bundesrepublik Deutschland angemessen, dort zu bauen.

Annette Ahme

Gesellschaft Historisches Berlin e.V.

Annäherung an den Schlossplatz

Da es heute vor allen Dingen um die Frage der denkbaren Nutzungen auf dem Schlossplatz gehen soll, will ich mich eng an dieses gestellte Thema halten.

Nähert man sich dem Schlossplatz von Osten, so kommt man mitten aus der alten Berliner Stadtgeschichte. Das wirklich alte Berlin ist in der Nachkriegszeit vollkommen zerstört worden und nicht mehr auffindbar. Die ältesten Bereiche Berlins – rund um die Marienkirche, rund um die Nikolaikirche – sind entweder völlig abgeräumt, wie rund um die Marienkirche, oder in einer unbefriedigenden Form dann doch wieder aufgebaut – wie an der Nikolaikirche. Hier sei ein Hinweis erlaubt, dass eine solche „Rekonstruktion“ für das Schloss auf keinen Fall in Frage kommt, sondern nur eine handwerklich sehr korrekte, wissenschaftlich abgesicherte Rekonstruktion.

Nähert man sich dem Schlossplatz von Norden, so kommt man aus dem Bereich der Museen. Was läge näher, als – wie es gerade mein Vorredner in brilliantester Weise getan hat – ein wieder aufgebautes Schloss museal zu nutzen? Die überwiegende Zahl erhaltener oder wieder aufgebauter Schlösser wird heute, wenn sie nicht als Sitz des Souveräns oder der Regierung dienen, museal genutzt, und dies ist auch mit die „originärste“ Nutzung, die in einem wieder aufgebauten Schloss denkbar wäre.

Nähert man sich dem Schlossplatz von Westen, so kommt man aus dem Bereich der Wissenschaft und der Kultur (Opernhaus, Gorki-Theater, Zeughaus, Humboldt-Universität). Daher wäre ein Sich-Schneiden oder Sich-Kreuzen von Museum und Wissenschaft, von Museum und Kultur, alles in einer Hülle, die die Stadtgeschichte zeigt und für den Betrachter herleitbar macht, wohl das Ideale für das Berliner Schloss.

Wir plädieren daher – und in dieser Richtung scheint sich ja das gemeinsame Denken in der Stadt und in der Schlosskommission zu bewegen – für eine museale Nutzung, aber ergänzt durch einen Schwerpunkt der Wissensvermittlung zum Heute und Morgen. Idealerweise wäre dieses Konzept abgestützt durch die Errichtung der Berliner zentralen Bibliothek in diesem Gehäuse, und damit wäre auch die Sehnsucht nach dem „Centre Pompidou“ in der Mitte Berlins erfüllt: hängt doch auch das Centre Pompidou nicht von der modernen Fassade ab, sondern von dem lebendigen Treiben, das diesen Bau jeden Tag wie ein Bienenhaus erfüllt: Auch hier befindet sich im Zentrum der Nutzung eine große Präsenzbibliothek, die ihren ganz besonderen Schwerpunkt auf die Einbeziehung der neuen Medien legt, wie dies die Berliner Zentral- und Landesbibliothek ebenso tut. Diese Nutzung sollte ergänzt sein von einem ausreichend großen Bereich, in dem man sich treffen kann, wo Kongresse und festliche Veranstaltungen stattfinden können.

Um es in Negativbildern auszudrücken: Der Schlossplatz wird kein Platz sein für

• Nutzung als Einkaufsbereich:

Die Straße Unter den Linden unterscheidet sich von der Friedrichstraße stark; hier tritt das Einkaufen in den Hintergrund, die Kultur und das Verweilen tritt in den Vordergrund. Im Schloss haben u. E. Läden und Verkaufsangebote fast nichts zu suchen, sieht man von Postkartenverkauf und ähnlichem ab.

• „Leichte Muse“:

Der Schlossplatz verlangt u. E. nach einer ernsthaften, ja schweren und seriösen Nutzung. Alles andere wäre eine Banalisierung der Geschichte, und insofern ist das ‚Leichte‘ am Palast der Republik auch mit einem Fragezeichen zu versehen. Stand er doch nicht ganz wahrheitsgemäß für ein Abbild der Republik als sorgenfrei, leicht verdaulich, barrierefrei, offen bis hin zu demokratisch. Insofern werden die viel zitierten „schönen Stunden“ dem Ernst der Angelegenheit auch nicht gerecht und müssen auf Dauer auf dem Berg der Zeit langsam abklingen und dann verhallen.

• Religion:

Das Berliner Schloss ist kein Ort der Religion, die religiöse Bindung der jeweiligen Herrscher war sehr unterschiedlich, und grosso modo kann man wohl sagen, dass Berlin eine nicht im besonderen religiös geprägte und beherrschte Stadt (gewesen) ist. Insofern sollte es auf dem Schlossplatz rein weltlich zugehen und vielleicht noch nicht einmal moralisch.

• Politik:

Hier wäre ein Fragezeichen zu setzen. Denkbar ist die Ansiedlung von politischen Institutionen, aber nicht unbedingt „von innerer Notwendigkeit“, wie Herr Schuster das angestrebte Ziel so treffend formuliert hat.

• Gedenken:

Dies wird nur erwähnt, weil uns auch immer wieder vorgetragen wurde, im Schloss ein Gedenken an die Opfer des Krieges oder gar ein Holocaust-Mahnmal einzurichten.

Zu letztem Punkt möchte ich noch etwas ausführlicher Stellung nehmen: Sie wissen, dass wir die Wiederherstellung des Berliner Schlosses hauptsächlich als städtebauliche Vollendung des großen Linden-Forums sehen. Anders als Potsdam stehen wir am Ende der Entwicklung und nicht am Anfang: In Berlin ist alles andere da: der Dom, der Lustgarten, das Alte Museum, das Zeughaus, die königlichen Palais Unter den Linden, die wieder aufgebaute Staatsoper, das wieder aufgebaute Prinzessinnen- und Kronprinzenpalais, die Kommandantur ist gerade in ihrer Wiederentstehung begriffen; die Standbilder am Schinkelplatz konnten zurückkehren, die Bauakademie wird wohl wieder aufgebaut werden; wir setzen uns auch für die Rückkehr der Standbilder Unter den Linden als unverzichtbarer Bestandteil des Forum Fridericianum ein. Es ist einzig und allein das wichtigste Gebäude aus diesem Ensemble, welches fehlt, und ich bitte Sie, sich vorzustellen, welches Erlebnis es sein wird, wenn das wiederhergestellte Schloss am Ende der Linden erscheint. Nur dadurch bekommen doch auch die feierlich inszenierten Schlossbrückenfiguren, die von der DDR in den 80er Jahren wiederaufgestellt wurden, ihren Sinn, bekommt die Reiterfigur Friedrichs II. ihren Sinn etc. etc. Dieses Ensemble, das dann vom Weltkulturerbe Museumsinsel bis zum Standbild Friedrichs II. reicht, wird einzigartig sein auf der Welt, ein Ensemble, das nur Berlin in diesem Reichtum der Bilder und Bedeutungszusammenhänge besitzt.

Und haben wir denn das Recht dazu? Denn diese bange Frage liegt doch immer wieder dem nicht enden wollenden Streit zugrunde, und das hat auch Wolfgang Schäche in seinem bemerkenswerten Artikel im „pro und contra“-Band zum Berliner Stadtschloss so sehr betont. Es kann keinen prinzipiellen Streit geben: Denkmäler darf man – wenn es denn zwingende Gründe gibt – prinzipiell wieder aufbauen. Und darf man es hier, an dieser Stelle? Ich glaube, wir dürfen es: haben wir doch das Glück, dass das Stadtschloss aus der braunen Geschichte unbeschadet davongekommen ist: Hitler hat sich für das Schloss nicht interessiert, hier fanden keine Parteitage oder -kongresse statt, das Schloss wurde nicht instrumentalisiert wie die Potsdamer Garnisonskirche, das Schloss hat seine Unschuld an diesem Geschehen behalten. Dies ist ein ganz besonderer Wert, über den wir glücklich sein dürfen. Die Berliner haben ein Recht, ein Stückchen ihrer historischen Mitte auf diese Weise wiederherzustellen – insofern ist dieser Ort eben nicht „Deutschlands wichtigster Ort“, wie so oft gesagt wird, sondern er ist der Ort Berlins, der noch am wenigsten fertig ist und der doch am meisten gebraucht wird.

Der Text gibt das Manuskript der Autorin wieder.

Dr. Claudia Lux

Generaldirektorin der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) auf dem Schlossplatz – Ein Acht-Punkte-Konzept

1. Die Berliner Landesbibliothek bietet eine allgemeine Belegung des Schlossplatzes.

4.000 bis 6.000 Besucher kommen täglich in die ZLB. Aus Erfahrungen anderer Bibliotheksneubauten kann bei einer Zusammenlegung der beiden Häuser auf dem Schlossplatz mit über 10.000 Besuchern gerechnet werden. Die ZLB bietet einen öffentlichen Raum für städtisches Leben, das heute durch immer stärker werdende Beschleunigung geprägt ist. Sie bietet zur Bewältigung der Beschleunigung sowohl schnelle Information für eine schnelle Stadt, als auch Zonen der Entschleunigung, Raum zum Denken und zur Kreativität. Dazu benötigt sie eine anregende und entspannende Raumqualität.

2. Die Berliner Landesbibliothek bietet ein Symbol für die Vereinigung von Ost und West.

Die Zentral- und Landesbibliothek Berlin ist 1995 durch die Vereinigung der Berliner Stadtbibliothek und der Amerika-Gedenkbibliothek gebildet worden. Die Berliner Stadtbibliothek wurde vor 100 Jahren in Berlins Mitte gegründet. Als die Westberliner dort nicht mehr ausleihen durften, entstand mit Hilfe der Amerikaner 1954 die Gedenkbibliothek, bis zum Mauerbau 1961 attraktiv auch für die Menschen aus Ostberlin. Heute vereinen beide Häuser Menschen und Bestände aus Ost und West. Und die aktive und erfolgreiche Ost-West-Vereinigung hat die ZLB national wie international bekannt gemacht. Ihr sollte nun auch ein äußeres Symbol, ein gemeinsames Haus gegeben werden. Die Bibliothek auf dem Schlossplatz wäre ein dauerhaftes Symbol der Vereinigung von Ost und West, das weit über Berlin hinausstrahlen könnte.

3. Die Berliner Landesbibliothek hat in einem offenen Haus Angebote für alle Berliner und die Gäste der Stadt.

Die ZLB hat Angebote für alle Altersgruppen von Kindern bis zu Senioren und für alle Schichten der Gesellschaft von Romanen bis hin zu medizinischer Fachliteratur. Sie ist ein offenes Haus ohne Schwelle. Jeder kann hier etwas für sich finden. Ein Besuch, z.B. im Haus Amerika-Gedenkbibliothek an einem Montag Nachmittag, zeigt ihr internationales Publikum, dem sie auch mit einem besonderen fremdsprachigen Angebot entgegenkommt. Ziel für dies Konzept der Offenheit ist in einem neuen Haus die Präsentation von mindestens einer Million Medien zur freien Auswahl für die Nutzer. Die ZLB ist nicht nur ein Ort zur Ausleihe von Büchern, sondern ein Marktplatz für Wissen generiert aus allen Medien, ein Treffpunkt und ein Kulturzentrum, eine Aktions- und Ausstellungshalle und ein lokaler Ort für globale Information. Die ZLB hat ein multimediales Konzept, das in einer vereinten Bibliothek mit entsprechenden Räumlichkeiten, noch mehr Besucher anziehen wird. Für die Gäste der Stadt bietet sie heute schon ein Pressecenter mit einem internationalen Zeitungsangebot und Zugang zum Internet, mit E-mail für Touristen und Informationen zu Berlin und Umgebung. Am neuen Ort könnte dies angemessen ausgebaut werden.

4. Die Berliner Landesbibliothek bietet ein Zeichen für eine neue, innovative Mitte.

Die ZLB kann mit ihrem vielfältigen Medienbestand aus Ost und West und mit ihren multimedialen Angeboten in der Mitte Berlins ein Zeichen für eine moderne, innovative Informationswelt setzen. Gegen die Trennung von Buch, Ton, Film und Bildende Kunst, setzt sie die integrierte Nutzung dieser Medien in allen Formen bis hin zum Netz. Neben fast 2 Millionen Bänden an Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, bietet sie fast 90.000 Noten, 116.000 Tonträger, 24.000 Videos und DVDs, 8.000 Dias und über 1.000 Originalgraphiken zur Nutzung an. Daneben stellt sie multimediale Produktionen von mathematischer Lernsoftware bis zu Computerspielen zur Verfügung, bietet E-books zur Ausleihe und stellt eigene Digitalisierungen ins Netz. Die ZLB beteiligt sich an innovativen Projekten und bietet Content für Breitbandübertragung und in 3D-Experimenten. Die Landesbibliothek bietet allen Bevölkerungsschichten die Aneignung innovativer Techniken und den Zugang zu innovativen Medienprodukten. Ein offener Zugang zu diesem großzügigen vielfältigen Medienbestand aus Ost und West auf dem Schlossplatz in der Mitte Berlins setzt an die Stelle, die zuvor durch Zensur und Einschränkung der Meinungsäußerung geprägt war, ein Zeichen moderner Demokratie und spiegelt damit die Offenheit Berlins im internationalen Raum wider.

5. Die Berliner Landesbibliothek bietet einen kulturellen Treffpunkt.

Die ZLB ist heute schon ein Zentrum für kulturelle Veranstaltungen, historische und aktuelle Vorträge und außergewöhnliche Konzerte (wie das Harley-Davidson-Konzert), ein Ort für Konferenzen sowie Ausstellungen. Die Bibliothek einer Metropole ist immer auch ein Kulturzentrum oder wie im Centre Pompidou in Paris Teil eines Kulturzentrums. 398 Veranstaltungen der ZLB im Jahr 2000 mit ihrer Spannweite von Harry-Potter-Nächten mit Internetverbindungen nach Paris bis hin zu Aufführungen moderner Kompositionen neuer Musik, vom Internet-Salon bis hin zu Verlagsveranstaltungen wie Gregor Gysis „Gespräche über Gott und die Welt“ oder die Vorträge zur Geschichte Preußens bieten etwas für die unterschiedlichsten Interessen. In einem größeren Haus wäre es möglich, auch vielen kleineren Interessensgruppen Veranstaltungsräume zur Verfügung zu stellen und in Verbindung damit auch thematische Bestände der Bibliothek aktuell zu bewerben. Dies gilt auch für die Ausstellungen. Traditionell findet die Wettbewerbsausstellung „Die 100 besten Plakate Deutschlands“ in der ZLB statt. Doch auch die neue Ausstellung zum Poeten Yvan Goll in Kooperation mit einem französischen Museum und die erfolgreiche Eröffnung der schweizerischen Faksimile-Ausstellung der Sächsischen Weltchronik in Anwesenheit von Hans-Dietrich Genscher zeigt die Ausstrahlung der ZLB. Immer mehr Botschaften kommen auf die Landesbibliothek zu, weil sie auch zu Hause die Bibliothek ihrer Hauptstadt als ein kulturelles Zentrum kennen, und sie wissen, dass in der ZLB das interessierte Publikum für Ausstellungen schon da ist.

6. Die Berliner Landesbibliothek bietet einen Ort zur Erforschung der Geschichte Berlins.

Die ZLB präsentiert Berliner Geschichte und Gegenwart, wie sie sie in ihrem Zentrum für Berlin Studien und in ihren historischen Sondersammlungen besitzt, die rege von den historischen Vereinen und anderen Berlin-

forschern genutzt werden. Darunter sind die ersten Bibliotheken Berlins, die Bibliothek des Grauen Klosters und des Friedrichwerderschen Gymnasiums. Auch die Sammlung der originalen Revolutionsplakate von 1848, die die ZLB teilweise digitalisiert ins Internet gestellt hat, oder ihre Sammlung der ersten Berliner Drucke, die hier in Mitte entstanden sind, zeigen ihren Wert für die Geschichte Berlins. Die ZLB wird in wenigen Wochen die komplette Digitalisierung des alten Berliner Adressbuchs bis 1945 fertig gestellt haben und bietet damit ein hervorragendes Studienmaterial für Laien und für Forscher mit schnellen Suchmerkmalen an. Historie und Moderne einer Hauptstadt werden in der Landesbibliothek sichtbar.

7. Die Berliner Landesbibliothek bietet eine dauerhafte Trägerschaft für ein Haus auf dem Schlossplatz.

Die ZLB ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts und als Landesbibliothek für die Sammlung und dauerhafte Bewahrung der Pflichtablieferungen aus Berlin gesetzlich verpflichtet. Im Gegensatz zu Internetcafes oder anderen kommerziellen Nutzungen, die vielleicht in fünf Jahren nicht mehr existieren könnten, oder zu Konzernen, die durch Globalisierung ihren Mittelpunkt in eine andere Großstadt verlagern, bleibt sie Berlin und Berlins Mitte treu. Die ZLB ist von ihrer Größe auch in der Lage, andere Institutionen auf dem Schlossplatz mit zu integrieren oder gemeinsame Räume und Konferenzbereiche professionell mit zu verwalten. Der Stiftungsrat unterstützt die ZLB in ihrem Ziel, ein gemeinsames Haus auf dem Schlossplatz zu erreichen.

8. Die Berliner Landesbibliothek bietet eine finanzierbare Lösung.

Für ihre Nutzung von notwendigen 50.000 m² HNF auf dem Schlossplatz könnten zwei Drittel durch den Verkauf der zur Zeit genutzten Immobilien der Berliner Stadtbibliothek und der Amerika-Gedenkbibliothek im Gesamtwert von mindestens 180 Millionen DM erbracht werden. Die Wertanalyse ist von der Grundkreditbank 1999 erstellt worden. Die Immobilien sind Eigentum der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Die restlichen 120 Millionen – geht man von 300 Millionen DM Baukosten aus – könnten in Form eines Mietzinses über den Zeitraum von 10 Jahren in Höhe von 12 Millionen DM jährlich erbracht werden. Ein solcher Mietzins ist zur Zeit im Haushalt der ZLB ausgewiesen.

Für die Zentral- und Landesbibliothek spielt es keine Rolle, ob Schloss oder Palast oder ein anderes architektonisches Gebilde ihr als äußere Hülle dient. Sie ist sicher, dass Architekten immer in der Lage sein werden, die hohen technischen Anforderungen eines Bibliotheksbaus auch ästhetisch angemessen umzusetzen. Die ZLB fordert die zentrale Mitte, da sie durch ihre Offenheit und breite Akzeptanz, ihren multimedialen Bestand und durch innovative Projekte ein vielfältiges kulturelles und informationsspezifisches Angebot hat, das mindestens 10.000 Besucher täglich anziehen kann und weit über Berlin hinaus wirken wird!

Der Text gibt das Manuskript der Autorin wieder.

Lieselotte Schulz

Vorsitzende, Verein zur Erhaltung des Palastes der Republik e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Anwesende, die Mitglieder und Freunde/Sympathisanten des Vereins für die Erhaltung des Palastes der Republik danken Ihnen für Ihre Einladung. Ich bin die Vorsitzende dieses Vereins und wurde von der Leitung beauftragt, den Verein zu vertreten. Da die Redezeit hier verständlicherweise begrenzt ist, haben wir Ihnen eine Tischvorlage erstellt, in der wir nochmals – außerhalb der Ausführungen unseres Konzeptes – auf uns als wichtig erscheinende Details eingehen. Das Konzept ging in diesem Jahr nochmals allen Fraktionen des Deutschen Bundestages zu. Eine Ansicht der gewünschten neuen Mitte ist als Deckblatt der Tischvorlage beigegeben. Als Vision sprach Professor Graffunder über eine solche Symbiose, in seinem Atelier experimentierten wir auch, aber als er 1994 verstarb, gab es nur Skizzen auf Zetteln von mir. Die Tochter Graffunder entwickelte danach mit mir diese Vorlage.

In der Tischvorlage finden Sie weiter noch einen Zeitungsausschnitt der Hamburger Zeitung „Die Zeit“; die Redakteure hatten noch mit Professor Graffunder selbst Gespräche geführt und – auf Wunsch des Professors – dann auch mit mir. Hier schildert der Professor, wie er zu den Unterlagen von Schinkel kam, die ihn zur Entwicklung dieses 1. Volkshauses auf deutschem Boden inspirierten. Entnehmen Sie dem Vorwort bitte alles Weitere sowie dem Grobkonzept – Auszug und dem Bebauungsvorschlag, der ebenfalls der Tischvorlage beiliegt.

Auf dem Gelände stand das ehemalige Berliner Stadtschloss, welches durch Bombenangriffe und Kampfhandlungen stark beschädigt war. Sein Wiederaufbau war aus den allseitig bekannten Nachkriegsgründen zunächst zurückgestellt und es wurde dann auf Beschluss von Ulbricht 1951 gesprengt. Diese Tat ist aus heutiger Sicht nicht nachvollziehbar und abzulehnen. Es sei auch noch ergänzend zu erwähnen, dass mit dem Prinzen Ferdinand noch vor der Sprengung Verbindung aufgenommen wurde, dieser aber zugunsten des Domes auf das Schloss verzichtete. Der Dom wurde äußerlich von der DDR wieder aufgebaut, innen oblag es der Kirche. Sie sehen heute ein prachtvolles Exemplar wieder dortstehen. Bei allem darf aber auch nicht vergessen werden, dass der Deutsche Kaiser 1918 abdankte und das Land verließ (im Gegensatz zu den Habsburgern). Vom Reichstag und vom Schloss wurde gleichzeitig die Republik verkündet; das Schloss sollte vom Volk belebt werden. Wir sagen ausdrücklich, es sollte, denn mit Belebung war das so eine Sache, in den 20er und 30er Jahren klappte dies nicht.

1951 bot sich die große Freifläche zum Bau eines Volkshauses sozialdemokratischer Prägung an; die Bauunterlagen des Schinkelschen Volkshauses waren ein guter Ideenspender für den Konzept- und Projektentwurf. Da Professor Gießke und Professor Graffunder vom Staatsratsvorsitzenden der DDR und Vorsitzenden des ZK mit der Entwicklung eines Kulturhauses und Regierungsgebäudes beauftragt wurden, konnten sie hier wirken. Prof. Graffunder durfte nach seinem Belieben ein Architektenkollektiv zusammenstellen, das unter seiner Leitung projektierte und die Bauleitung übernahm. So entstand der Palast der Republik mit internationaler Beteiligung von 1973–1976 in guter Qualität auf diesem heiklen Untergrund. Der Untergrund ist deshalb so heikel, weil hier das Urstromtal verläuft. Darum eine kleine Berichtigung zu den Ausführungen von Frau Dr. Lux, sie gestattete es, sie meinte nicht eine Fundamentplatte, sondern weiß – weil sie auch mit uns gut zusammenarbeitet – dass der Palast in einer Fundamentwanne erbaut wurde. Unter der Wanne ist es, je nach Witterungsabläufen sehr feucht. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass unsere Idee, im Palast

eine Freihand-Bibliothek unterzubringen, der Unterstützung durch Frau Dr. Lux bedarf.

1976 ging der Palast als „Haus des Volkes“ in Betrieb und wurde sehr stark frequentiert, über 70 Millionen Besucher, jährlich ca. 1.000 kulturelle Veranstaltungen, darüber hinaus fanden eine Vielzahl kleinerer und größerer Veranstaltungen statt. Das Haus wurde vom Volk angenommen.

Noch vor 1989 wurden bis 1990 – man höre bis 1990 – technische Rekonstruktionen vorgenommen (z.B. an der Informationstechnik, Eidophorprojektoren, Fernsehkameras und die gesamte Studioteknik wurden für 15 Millionen Valutamark erneuert). Im August 1990 fand im Plenarsaal des Palastes der Republik die Sitzung der Volkskammer der DDR statt, auf der der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland beschlossen wurde. Ein noch von der Übergangsregierung der DDR in Auftrag gegebenes Gutachten zur Asbestbelastung/-sanierung (an Tepasse) brachte ein recht fragwürdiges Belastungsergebnis, welches von den Fachleuten stark diskutiert wurde und noch wird. Am 19.09.1990 wurde der Palast geschlossen. Sein Ansehen drifet bis heute dahin, es ist trist. Die Asbestsanierung wurde gründlichst vorgenommen, sieht man das Haus heute, sehr gründlich.

Auf dem noch von Prof. Graffunder und seinem Arbeitsstab 1993 einberufenen Kongress zu den Asbestfragen befassten sich die dortigen Vertreter mit der Beseitigung des Asbestes und der Wiederinstandsetzung. Die Vorschläge verhallten ungehört – der Palast wurde zum Politikum. Nur dem großen Widerstand der Bevölkerung und einiger Vertreter aus verschiedenen Arbeitskreisen ist es zu verdanken, dass das Haus überhaupt noch steht. So gehen die Regierenden der Bundesrepublik mit dem eingetragenen Eigentum des Volkes um – unverantwortbar finden wir! Diese Regierung muss das Volk verärgern. Ich denke, weil Herr Thierse hier ist: er hat es eigentlich schon selbst erwähnt, man solle dem Volke aufs Maul schauen.

Etlche Wettbewerbe fanden bereits statt, um den restlichen freien Platz (Platz des ehemaligen Stadtschlusses) zu bebauen. Als letztes fand ein Interessenbekundungsverfahren statt, das jedoch 1999 erstmal ausgesetzt wurde. Vorgesehen wurde ein Gebäude in der Kubatur des Berliner Stadtschlusses, der Palast spielte eine untergeordnete Rolle. Die Wünsche von über 100.000 Unterschriften wurden negiert. Die Parlamentarier akzeptieren immer weniger des Volkes Stimme. Nun gibt es in einem Volk immer verschiedene Strömungen. Uns wurde vom Bundesbauminister ein Kontaktbeamter zugewiesen. Dieser empfahl, einen Kompromiss zu finden. Bundesbauminister Dr. Töpfer (damals arbeitete er noch in Deutschland als Bauminister) erfuhr von unserer Idee und schrieb uns, wir mögen an dem Wettbewerb teilnehmen. Auf Ihrem Tisch liegt der Ideenentwurf und überall, wo wir ihn zeigen und erklären (darüber gibt es im SFB auch Aufnahmen) fanden wir Zustimmung.

Allerdings würden wir aus heutiger Sicht in dem westlichen Schlossteil kein Hotel mehr befürworten, sondern das gesamte Terrain dem Volk und seinen musealen Besitzungen zubilligen. Dem ehemaligen Staatsrat mit seinem Hintergrund bis zur Mühlendammbücke täte der Berliner Landesbibliothek sehr gut, denn das Konzept der Frau Dr. Lux ist sehr gut und eine Bereicherung für dieses Gebiet. So würde man Vielem gerecht werden. Der Palast, das ist Bauherrenpflicht, muss wieder so hergestellt werden, wie er war und sich bewährt hat. Die nun höheren Kosten der Wiederherstellung sind allein Verschulden der durch das Bauministerium eingesetzten Bauleitung. Diese Art des Umgangs mit der ehemaligen DDR-Bevölkerung können wir nicht akzeptieren. Es ging schon zu viel den Berg herunter, an

Betrieben und Einrichtungen, hochqualifizierte Menschen wurden zu Bittstellern oder vorzeitig in den Ruhestand aufs Altenteil gesetzt. Es langt!

Würde man die Menschen mit dem Insiderwissen hinzuziehen, brauchten viele bauliche Missgeschicke im Gebiet nicht zu sein. Wir haben uns wieder und wieder angeboten. Die alte Bundesregierung – und jetzt auch die neue – holten uns sehr spärlich oder gar nicht mehr, denn wir waren in diesem Baugeschehen an diesem Ort involviert. Dadurch stiegen die Kosten immer höher und im Palast der Republik suchte man anscheinend nach Gold, aber da ist keine Goldader und im Fundament ist auch kein Schutt, denn darauf könnte man nicht so ein Haus bauen. Vielleicht sollte es aber auch am Parlament vorbei ein stiller Abriss werden, vollendete Tatsachen schaffen. Das wäre sehr betrüblich und wenig demokratisch, auch nicht in unserem Sinne.

Wir als Verein sind im Internet. Über das Internet haben wir mit der ganzen Welt Kontakt und bekommen Zuspruch von den Medien, Fernsehstationen, Universitäten und Fachschulen verschiedener Kontinente. In den Gesprächen kommt immer wieder das Unverständnis zum Ausdruck, ein solch einmaliges Haus zu vernichten. Der große Saal mit seinen 250 bis 5000 Plätzen und der einzigartigen Technik ist immer noch einmalig auf der Welt. Der Bundesrepublik stünde das Volkshaus gut zu Gesicht. Wir sind ja eine Republik. Das nun zusammenwachsende Europa könnte sich wissenschaftlich und kulturell vorstellen. Internationale Tagungen und Workshops fänden auf dieser neuen Mitte eine neue Heimat. So wächst zusammen, was zusammen gehört, um mir mal die Worte von Willy Brandt auszuleihen, und die Völker der Welt würden es der Bundesrepublik Deutschland auch danken.

Dr. Rudolf Ellereit

Bürgerinitiative „Pro Palast“
und Sprecherrat der ehemaligen Mitarbeiter
des Palastes der Republik

Wer wir sind

Wir sind zwei Bürgerinitiativen, die hier gemeinsam auftreten.
Anliegen beider Initiativen sind sowohl Fragen nach der Perspektive des
Palastes als auch Fragen nach der Neuaneignung des Schlossplatzes.

Die Bürgerinitiative „Pro Palast“ ist entstanden als Antwort auf den im
März 1993 gefassten Beschluss der Kommission Bonn – Berlin zum Abriss
des Palastes der Republik. Spontaner Bevölkerungsprotest, vielgestaltiger
Widerstand und zunehmende Aktionen waren 1993 die eigentliche
Geburtsstunde der Bürgerinitiative. Wir wollten den bedingungslosen
Abriss des Palastes verhindern und nahmen unser demokratisches Recht
wahr, vor allem durch außerparlamentarische Aktionen unsere Ansichten
zu äußern. Die allgemeine Anerkennung der Bedeutung des Palastes der
Republik als offenes Volkskulturhaus, als allgemeine Begegnungsstätte,
als Ort der Kommunikation und der Entspannung ist für uns nach wie vor
der Beweggrund aller unserer Überlegungen und unseres Einsatzes für den
weiteren Umgang mit dem verbleibenden Rohbau des Palastes und dem
Weiterbau auf dem Platz.

Der Sprecherrat der ehemaligen Mitarbeiter des Palastes der Republik
entstand als Initiative von 1.800 Mitarbeitern aus Verantwortungsgefühl
für ihre kulturelle Wirkungsstätte mit dem Ziel, eine schnelle Einlösung der
von der letzten Volkskammer der DDR beschlossenen Asbestsanierung und
die damit verbundene Modernisierung des Hauses einzufordern. Wesentliches
Anliegen des Sprecherrates war es auch, die Öffentlichkeit zu informieren
über die Hintergründe der überhasteten Schließung des Hauses. Er
entwickelte einen umfangreichen Briefverkehr mit der Oberfinanzdirektion
Berlin als dem beauftragten Hausherrn des Palastes, mit den demokratischen
Parteien des Bundestages und den Regierenden in der Stadt und im
Land. Er wandte sich mehrfach an die Parlamente europäischer Länder
und an die UNESCO mit der Bitte, den Palast als interessanten Kulturbau
vor der Zerstörung zu retten und ihn unter Denkmalschutz zu stellen.

Beide Initiativen führten etwa 200 größere und kleinere Aktionen – „Sanfte
Palastbelagerungen“, Mahnwachen, Podiumsdiskussionen, kleine Ausstellungen
u.a. am Palast selbst, auf dem Schlossplatz, im Lustgarten, auf anderen
Straßen und Plätzen und in verschiedenen Räumlichkeiten der Stadt
durch. Wir standen auch immer als Gesprächspartner in Diskussionsrunden
in Rundfunk und Fernsehen zur Verfügung. Wir wurden vor allem durch all
diese außerparlamentarischen Aktionen öffentlich wirksam. In den Jahren
seit 1993 sind unsere Aktivitäten in vielfältiger Weise von großen Teilen der
Bevölkerung unterstützt worden, vor allem von den Menschen, die den Bau
in seiner Funktion erlebt haben. Ausdruck dafür sind wesentlich die über
100.000 Unterschriften zum Erhalt des Palastes, die unterschiedlichen
staatlichen Stellen übergeben wurden (Reg. Bürgermeister von Berlin, Petitionsausschuss
des Bundestages, Bundesbauministerium). Derzeit bringen wir uns aktiv in die
Diskussion zur Nutzung und Gesamtgestaltung des Schlossplatzareals ein.

Die deutlichen Übereinstimmungen im Ziel und in den Formen von
Aktivitäten beider Initiativen sind auch der Grund dafür, dass wir nicht nur
heute hier gemeinsam auftreten, sondern seit Jahren bei allen Aktionen
engstens zusammenarbeiten. Zur Beantwortung ihrer Fragen stehen selbst-
verständlich die Sprecher beider Initiativen zur Verfügung.

Was wollen wir?

Wir wollen, dass der Palast der Republik nach Beendigung der Asbestbesei-
tigung wieder hergerichtet und auf neue Weise genutzt wird, aber im Gei-
ste des Volkshauses, der er einmal war. Und wir wollen, dass der leere Platz
vor diesem Gebäude für erweiterte Funktionen öffentlicher, kultureller
Kommunikation genutzt und baulich gestaltet wird.

Zur Zukunft des Schlossplatzareals

Wir gehen davon aus, dass die künftige Nutzung dieses Areals nicht hinter
die zurück gehen sollte, die im Palast zu DDR-Zeiten bereits verwirklicht
war. Der Palast der Republik war ein multifunktionales Kulturhaus in der
Tradition der Volkshäuser mit einem vielfältigen, verwandelbaren Raum-
angebot und Organisationsprofilen für kulturelle Veranstaltungen – sie
machten 93% aller Veranstaltungen aus – und der ganzen Palette gastro-
nomischer Einrichtungen. Der Veranstaltungsplan umfasste Theater- und
Musikdarbietungen, Konzerte, Revuen, Kongresse, Bälle, Bankette, Kinder-
und Jugendveranstaltungen und vieles andere.

Die Funktionsbereiche des Palastes waren:

- der Eingangsbereich mit flexiblem Trennwandsystem, vielen Dienstleis-
tungen, Jugendtreffs, Bar, kleiner Bühne u.a.;
- das Hauptfoyer mit Palastgalerie, gläserner Blume und großer Pflanzen-
insel, geeignet für Shows, Bälle, Tanzturniere, Ausstellungen und vieles
andere;
- der große Saal als Kernstück des Baues, variabel gestaltbar mit 500 bis
5.000 Plätzen als Zuschauerraum oder Ballsaal, mit 6 Schwenkparketts und
modernster Bühnentechnik, 17 Dolmetscherkabinen einschließlich An-
schlüssen an allen Sitzplätzen, modernster Beschallungstechnik u.a., der
nach Meinung vieler Architekten und Künstler der bestausgerüstete, inte-
ressanteste Saal in Europa war;
- der Plenarsaal der Volkskammer, ebenfalls mit der entsprechenden Dol-
metscheranlage, variabel nutzbar für Konferenzen, Vorträge u.ä.;
- das TIP, Theater im Palast, ein Theater der kleinen Form ohne fest instal-
lierte eigene Bühne, bis zu 250 Plätzen, bei wandelbaren Elementen für
Bühne und Sitzplätze, variabel eingefügt in das Foyer im 4. und 5. Geschoss,
die auch nutzbar waren als Veranstaltungsorte für kleinere Tagungen,
Feiern von Betrieben und anderen Interessenten u.ä.;
- Freizeiteinrichtungen wie die Bowlingbahn (8 Bahnen), verschiedene
Klubräume u.ä.;
- insgesamt 13 gastronomische Einrichtungen mit 1.500 Plätzen, dazu
saisonal 120 Terrassenplätze; dazu gehörten u.a. 3 anspruchsvolle Speise-
restaurants, Eisbar, Mokka-Bar, rustikale Bierstube, Weinstube, z.T. großzügig
ausgestattet mit Gobelins, Wandreliefs aus Meißener Porzellan u.a. (siehe
Anlage 1: PdR – Zahlen und Fakten).

Dieses für jeden Besucher mit Ausnahme weniger Tage im Jahr ständig von
10 bis 24 Uhr offene Haus mit seinen vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten
war ein einmaliger Anziehungspunkt und für viele Bürger quasi die „gute
Stube“ der Stadt. Es ist sehr zu bedauern, dass so wenige Altbundesbürger
und Westberliner es in voller Funktion erlebt haben, die Diskussion über
den Platz und die Frage, Schloss oder Palast hätte heute sicher andere
Akzente.

Wir meinen, dass alle Überlegungen über die künftige Nutzung des Areals
von diesen Erfahrungen ausgehen sollten. Sicher nicht zufällig gibt es
selbst von den Befürwortern der Schlossrekonstruktion Äußerungen, dass
in dem alt-neuen Schloss alles das vorhanden sein müsste, was es einst
im Palast gab.

Was also sollte geschehen?

Wir als Bürgerinitiativen fordern, wenn nach der Asbestbeseitigung 50% des Wertes des Gebäudes erhalten sind, dass es dann – vor allem auch aus ökonomischer Sicht – sinnvoll sein sollte, als ersten Schritt zur Neugestaltung des Platzes den Palast zu reaktivieren. Damit könnte erreicht werden, dass den Bürgern relativ schnell ein vielfältig nutzbares Kulturhaus zur Verfügung stünde. Es käme erstmal wieder Leben in die Mitte der Stadt und die weitere Bebauung des Platzes könnte ohne Zeitdruck vorstatten gehen, was auch eine günstige Streckung des Finanzeinsatzes bedeuten würde. Es ist ja schon von vielen Experten – auch von Politikern – betont worden, dass nicht ganz Berlin von einer Generation gestaltet werden muss!

Wir haben schon früher gefordert: Wir – die Bürger – wollen an diesem wichtigen Ort der Stadt Kultur erleben, wollen Feste feiern und unsere Gäste bewirten! Und wir haben weiter formuliert: es ist viel Platz auf dem Platz zum Weiterbauen! Dass das geschehen muss, darüber dürfte es keinen Zweifel geben und dass sich da ein internationaler Architekturwettbewerb anbietet, wenn die Inhalte feststehen – auch darüber besteht sicher Einigkeit.

Eins muss klar sein: dieses Areal ist kein Ort staatlicher Institutionen und kein Ort für eine Kommerzialisierung. Wir meinen, dass das kulturelle und kommunikative Angebot, das im wieder ausgebauten Palast untergebracht werden könnte, sich mit folgenden Einrichtungen gut ergänzen ließe:

- Das Haus der Kulturen der Welt könnte sich in der Mitte der Stadt zu einem lebendigen Zentrum nationaler, europäischer und außereuropäischer Kultur und Kunst entwickeln. Solange ihm ein Neubau nicht zur Verfügung steht, könnten manche seiner Veranstaltungen auch im Palast stattfinden.
- Eine gute Ergänzung des Angebotes auf dem Platz wären sicher auch die öffentlich zugänglichen Teile der Stadt- und Landesbibliothek: Lesesäle und ein modernes Kommunikationsangebot, die unterirdisch mit den Magazinen der Bibliothek in der Breiten Straße verbunden sein könnten, was wohl technisch und organisatorisch zu lösen wäre.
- Das neuerdings ins Gespräch gebrachte Völkerkundemuseum könnte das Angebot durchaus abrunden und bereichern, wenn man eine städtebaulich verträgliche Lösung für die Unterbringung seiner Depots findet (sie müssen wohl nicht auf dem Platz sein). Es würde zugleich eine ideelle Klammer zur benachbarten Museumsinsel herstellen.

Wir meinen, dass eine solche Kombination von Einrichtungen ein interessantes städtisches Leben auf dem Platz entstehen lassen würde. Es böte dem Besucher jederzeit Möglichkeiten zum Kulturgenuss, zur Wissensaufnahme, zum Verweilen und zur Erholung. Dass eine gute Zusammenarbeit der verschiedenen Einrichtungen für alle zu Steigerungseffekten führen könnte, dürfte dabei außer Frage stehen.

Unsere Vorstellungen zum Umgang mit der anstehenden Aufgabe einer Neugestaltung des Schlossplatzareals machen wohl deutlich, dass eine Rekonstruktion des Schlosses aus unserer Sicht dafür nicht zur Debatte stehen kann. Wir teilen auch nicht die Ängste derer, die Vorbehalte gegenüber der modernen Architektur haben. Wir glauben, dass es möglich ist, die anstehende Aufgabe mit zeitgenössischer Architektur zu lösen.

Dass dieser zentrale Platz den Bürgern gehören muss und nicht dem Staat oder dem Kommerz, darin sind wir uns wohl sogar mit den Schlossbefürwortern einig, bei unterschiedlicher Ansicht über die bauliche Gestaltung. Es bleibt die Feststellung, dass Stadt und Staat meinen, nicht in der Lage zu sein, die finanziellen Mittel für solche Aufgaben bereitstellen zu können, obwohl sie eigentlich in der Pflicht wären. Schließlich sind die Gelder für die überbeurteilten Regierungsbauten auch aufgebracht worden.

In letzter Zeit ist nun viel die Rede davon, dass in den reichen USA die Kultur ausschließlich über privates Sponsoring finanziert wird. Und es wird über ein zu schaffendes Stiftungsrecht diskutiert. Warum sollte es also nicht möglich sein, in Deutschland die große Industrie und andere Inhaber großer Konten anzuregen, den letztlich von allen Bürgern erarbeiteten Reichtum für ein solches kulturelles Zentrum einzusetzen, freilich im Interesse der Gesellschaft und aller Bürger.

Ein letzter Gedanke: Abgesehen von all diesen funktionellen und ökonomischen Problemen, vor denen wir bei der Neuaneignung des Schlossplatzareals allesamt stehen, insbesondere was den Umgang mit dem Palast betrifft, sollten wir uns doch bewusst werden, dass dieses Gebäude den Wert eines Geschichtsdenkmals hat und für den Prozess der deutschen Vereinigung von großer Bedeutung ist, denn hier am Ort früherer Herrschaft waren die Bürger selbst angekommen. In dieser Bestimmung sehen wir auch im vereinten Deutschland die Zukunft dieses Ortes.

Prof. Dr. Gerd Heinrichs

Stellvertretender Vorsitzender, Historische Kommission zu Berlin

Das Berliner Schloss als ‚Historische Stätte‘

An ‚Historischen Stätten‘ verdichtet sich Geschichte in ungewöhnlichem Maße. Wir können sie nicht mehr hinwegdenken, alles vergessen. Die Geschichte hat diese Stätten hinterlassen, damit wir treuhänderisch mit ihnen umgehen.

1. Die Stätte des ersten Schlosses im Staat war von Anfang an ein Ort bedeutender historischer Ereignisse, inmitten der Residenzstadt der Kurfürsten und Könige, mit denen der Schlossbezirk immer verwoben war. Keine Immunitätsmauer, kein hoher Festungswall trennte ihn von der Bürgerschaft der Berliner Alt- und Neustädte. Wie kein anderes Bauwerk hat sich das Cöllner Schloss über die Jahrhunderte hin die Geschichte des Landes, der alten Markgrafschaft Brandenburg, des preußischen Staates, seiner Einrichtungen, der Dynastie, und die Geschichte der großen Zäsuren Preußens dem Bürger der Hauptstadt, der nahen und fernen Provinzen und dann des Reiches nahegebracht. Ein Monument unauslöschlicher Geschichte. Wer nach Berlin kam, aus Ostpreußen oder dem Rheinland, der musste die Linden und das Schloss gesehen haben. Noch 1948/49 konnte man als interessierter Oberschüler oder Student treppauf, treppab durch die Flure und Säle, über Betonstiegen streifen, durch demolierte Räume, in der sicheren Erwartung, dass der Staat, nach der für bald erwarteten Einheit die Lücken schließen würde, damit Behörden und Museen das gewaltige Haus nutzen könnten.

2. Der Historiker und Kunsthistoriker denkt an das Schlossmuseum, welches bis 1945 die Sammlungen des Kunstgewerbemuseums mit den zum Schloss gehörenden Kunstwerken vereinigte. Die Inventarlisten sind vorhanden. Ein nicht geringer Teil der Bestände ist gerettet und befindet sich in der Obhut verschiedener Museen und Stiftungen. Das Schlossmuseum, dessen Bedeutung und Ausstrahlung weit über das Schloss hinausging und europäische Kunstgeschichte darbot, umfasste das Obergeschoss (II. Stock) mit den Schlüßerräumen (Saal 1–37), das Mittelgeschoss mit den Königskammern (Räume 50–70) und das Erdgeschoss bis Portal IV am Lustgarten (Räume 38–49). Die amtlichen Führer von 1921 und 1930 unterrichteten u.a. über die Einzelheiten. Es wird Sache der Museumsfachleute sein, eine Neukonzeption zu finden, die die Geschichte des Schlosses und seines Unterganges und Wiederaufbaues einschließt. Dabei wird man die dem Schloss entnommenen Bestände im Dom ebenso im Blick haben müssen wie beispielsweise die Sammlungen der Humboldt-Universität und andere der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, über die bereits gesprochen worden ist. Unbeschadet sonstiger Teilnutzungen kann der Schlosspalast eine Stätte europäischer Kultur, Geschichte und der Repräsentation auch vor jenem Publikum werden, das aus aller Welt die Mitte Berlins aufsucht.

3. Das Schloss war immer ein Ort politischer und künstlerischer Zentralität: Hof und Regierung, verschiedene Formen der älteren und jüngeren Volksvertretung (bis zum berühmten Vereinigten Landtag von 1847). Die Mischnutzung hat mithin eine lange Tradition. Neben den seit dem späten 17. Jahrhundert wachsenden Amtsfunktionen des modernen Staates standen seit 1701 jene Elemente einer demonstrativen „Staatsbaukunst“, die (mit den Worten von Helmut Lorenz) ein Paradebeispiel dafür sind, „wie ein politischer Status durch repräsentative Bauwerke antizipierend zur Anschauung gebracht werden kann“. Wer in diesem Sinne das Zeughaus und die anderen verbliebenen großen Bauten versteht, muss auch dem Schloss seinen Standort zuweisen. Hier wurde der Staat „gezeigt“ und zugleich regiert, während die Herrscher in der Regel andere Orte und Häuser bevorzugten. Man kann das nachlesen in der Arbeit von Wolfgang Neugebauer (Würzburg) in der Schriftenreihe der Historischen Kommission.

4. Aus der Sicht des Historikers ist der vollständige Wiederaufbau unumgänglich. Bedeutende Geschichte widerstreitet den Beliebigkeiten einer reinen und expansiven Wirtschaftswelt. Sie ist das Gegengewicht, welches die Balance schafft und erhält, in uns allen. Andere sind mit gutem Beispiel vorgegangen, am Frankfurter Hirschgraben oder mit der unvergessenen Arbeit Grete Kühns in Charlottenburg. Berlin hat seine eigene Tradition von geschichtsloser Zerstörung und geglücktem Wiederaufbau. Wenn die SS 1945 die Königspaläste in Krakau oder Prag oder sonst wo gesprengt hätte, sie wären – wie das Schloss in Warschau – längst wieder errichtet.

Wilhelm von Boddien

1. Vorsitzender, Förderverein Berliner Stadtschloß e.V.

Nutzungs-, Architektur- und Finanzierungs-konzept für das Neue Berliner Schloss

Grundlagen

Die öffentlichen Anforderungen an das Nutzungskonzept für das „Neue Schloss“ sind hoch und vielfältig. Die Finanzierung aus Steuergeldern bereitet Probleme. Die Debatte um Rentenkürzungen und eine weitere Leistungseinschränkung im Bereich des Gesundheitswesens bestimmt das Stimmungsbild der Öffentlichkeit. Der Neubau eines „Schlosses“, ausschließlich mit Steuermitteln bezahlt, würde angesichts dieser Einschränkungen bei Teilen der Öffentlichkeit auf Unverständnis stoßen.

Deswegen bietet sich eine privat-öffentliche Mischfinanzierung in Form einer Aktiengesellschaft an. Der Staat bringt in diese das Grundstück ein und nur die Mittel, die er sowieso zur Erfüllung der auf ihn zukommenden Aufgaben im Bereich der Berliner Museen und der Landesbibliothek aufgewendet hätte. Der übrige Bau, im wesentlichen ein öffentliches Gesellschaftszentrum, weniger als die Hälfte des Gesamtvolumens, wird privat finanziert. Damit könnte die Schlossdebatte gerade in Bezug auf die Nutzung ideologiefrei geführt werden, denn der Staat erhält die Kapitalmehrheit in der Schlossaktiengesellschaft und damit das letzte Wort über die anteilig auch gewerbliche Nutzung des Neuen Schlosses.

Über das Nutzungskonzept besteht inzwischen parteiübergreifend weitgehende Einigkeit, auch bei der seit Januar 2001 arbeitenden Kommission „Historische Mitte Berlin“. Sie wird die folgenden, auch in den Medien im Konsens diskutierten Vorschläge weiter ausarbeiten und dann den politischen Gremien zur Entscheidung noch im Jahr 2001 vorlegen.

Rahmen für das Nutzungskonzept des Neuen Schlosses

(Stand Mai 2001)

Das Neue Schloss wird nach dem augenblicklichen Stand der Diskussion drei Hauptnutzungsbereiche erhalten. Diese sind:

I. Gesellschaftszentrum Berlins, Konferenz- und Begegnungszentrum

Das Neue Schloss von Berlin soll das würdige Zentrum der Stadt nicht nur architektonisch, sondern auch von seinem Nutzungskonzept her darstellen. Es soll zu einem Fokus des Gesellschaftslebens unseres Landes und seiner Bürger werden.

Bund und Länder sollen das Neue Schloss für ihre verschiedenen, repräsentativen Anlässe nutzen können: Sie werden unseren föderativen Staat, die Bundesrepublik Deutschland, darstellen, ihr Staatszeremoniell durchführen und nationale und internationale Gäste empfangen. Ihre großen Konferenzen, Empfänge und Banketts können im Neuen Schloss ausgerichtet werden. Die Bundesländer können dort die Vielfalt ihrer regionalen Eigenheiten mit ihren Leistungen in Kunst, Kultur und Wirtschaft darstellen.

Die Wissenschaft erhält ein Forum, in dem interdisziplinär die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft erörtern werden können.

Die Kultur nutzt das Raumangebot des Neuen Schlosses für eine Vielzahl von Veranstaltungen der bildnerischen und darstellenden Kunst sowie der Musik.

Die Wirtschaft wird im Neuen Schloss geeignete Räume für die notwendigen Gespräche zur Gestaltung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen der Zukunft unseres Landes finden.

Die Bürger unseres Landes sehen im Raumangebot des Neuen Schlosses einen Ort der Begegnungen, werden sich austauschen und in der Vielfalt ihrer kulturellen Interessen Neues erleben. Sie werden an den großen Festlichkeiten der Stadt teilnehmen können.

Dies erfordert ein Raumkonzept höchsten Anspruchs an die Qualität und Eleganz der Architektur. Damit wird das Neue Schloss wegen seiner hervorgehobenen Lage in Berlin und wegen seines klassischen Ambientes eine hohe Nachfrage aus aller Welt auf sich konzentrieren. Das Gesellschaftszentrum kann deswegen ausschließlich mit privaten Mitteln finanziert werden.

II. Kulturzentrum in Ergänzung zur Museumsinsel

Ethnologisches Museum

Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, das Ethnologische Museum der Stiftung Preußischer Kulturbesitz aus Dahlem, eine großartige, abgeschlossene Sammlung der außereuropäischen Kunst, in das Neue Schloss zu verlagern. Die Künste Japans, Chinas, Indiens und anderer Länder würde in hervorragender Weise die Sammlungen der Kunst Europas aus 6.000 Jahren ergänzen.

Berlins Museumsinsel wird damit zu einem Zentrum der Weltkunst. Das Weltkulturerbe wird in einer bislang einzigartigen Weise repräsentiert. Dieses Ausstellungskonzept könnte selbst die Sammlungen des Louvre in Paris übertreffen. Die Museen in Dahlem liegen jetzt außerhalb der Besucherströme und müssten außerdem in absehbarer Zeit für 400 Millionen Mark saniert werden. Dieses Geld könnte nun in das Neue Schloss investiert werden. Der Vorschlag des Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Prof. Dr. Klaus Lehmann, stieß auf eine breite Zustimmung bei der Politik, in den Medien und bei der Kommission, so dass man davon ausgehen kann, dass dieses Konzept verwirklicht wird. Der Verkauf der bisher genutzten Grundstücke in Dahlem wäre eine zusätzliche „Morgengabe“. Der Flächenbedarf beträgt 50.000 m² und wurde von uns eingeplant.

Nach Informationen aus Stiftungskreisen sind aber ihre finanziellen Mittel durch die Sanierung und den Ausbau der Museumsinsel für die nächsten zehn Jahre erschöpft, zusätzliche Gelder können nicht eingeworben werden. Um den Zeitraum zu überbrücken, schlagen wir vor, dass das Baukonsortium nach dem Vorbild der Finanzierung der vierten Elbtunnelröhre in Hamburg die Mittel für den Museumsbau vorfinanziert. Die Stiftung wird in ihrer mittelfristigen Finanzplanung das Budget bereitstellen und nach seiner Übergabe in etwa zehn Jahren die bis dahin aufgelaufene Finanzierung übernehmen. Damit wäre ein sofortiger Baubeginn auch für diesen Bereich gesichert.

Wissenschaftliches Museum

Die Humboldt-Universität will ihre wissenschaftlichen Sammlungen aus mehreren Jahrhunderten, deren Ausgangspunkt einst die Kunstkammern des Schlosses waren, in Ergänzung zu diesem musealen Konzept in das Neue Schloss einbringen. Erstmals würde damit in der Welt ein Wissenschaftsmuseum entstehen. Die Sammlungen haben einen Wert von fast einer Milliarde Mark, der Platzbedarf wurde mit 10.000 m² angegeben. Die Finanzierung der hierfür benötigten Räume ist noch nicht diskutiert wor-

den. Eine würdige Unterbringung der Sammlungen wäre auch im Staatsratsgebäude denkbar, da für dieses z.Zt. nach dem Auszug des Kanzleramtes noch kein Nutzungskonzept besteht.

III. Landesbibliothek Berlin

Das Land Berlin will seine Landesbibliothek, die zugleich ein Zentrum moderner Medien ist, in dem Schlosskomplex unterbringen. Ein Flächenbedarf von 50.000 m² wurde eingeplant. Die Baukosten müssen vom Land Berlin aufgebracht werden. Denkbar ist eine Finanzierung z.B. über den Verkauf der Liegenschaften, in denen die Bibliothek bislang untergebracht wurde und weiterer Grundstücke in Landesbesitz, um so die benötigten Mittel freizusetzen.

Integriertes Konzept

Das aus Museum und Bibliothek entstehende Kulturzentrum findet in den Gesellschaftsräumen des Schlosses eine ideale Ergänzung, dort kulturelle Rahmenveranstaltungen im Kontext mit seinem Programm zu veranstalten und Ausstellungen, Konzerte, Theateraufführungen, Lesungen und Kolloquien einem breiten Publikum anzubieten.

Vorübergehende Alternativlösung ohne Bibliothek

Für den Fall, dass das Land Berlin die finanziellen Mittel für die Bibliothek aus Haushaltsgründen nicht einbringen kann, können die vorgesehenen Flächen übergangsweise auch für andere Zwecke (Büroräume) zwischen genutzt werden, da diese relativ schnell wieder verfügbar gemacht werden können und eine ertragreiche Zwischennutzung versprechen. Büros können vollständig privat über Aktien finanziert werden. Die vorgesehenen Räume sollten jedoch langfristig einer öffentlichen, kulturellen Nutzung zugeführt werden. Auch hierfür bietet die Finanzierung über Aktien höchste Flexibilität, da der Staat später die für die Kultur benötigten Aktien zukaufen kann oder aber als Mieter auftritt.

Raum- und Architekturkonzept des Neuen Schlosses

Allgemeines

Das Neue Schloss wird in der vorgenannten, vielfältigen Nutzung das föderalistische Deutschland und den Geist seiner Gesellschaft widerspiegeln. Es wird kein beliebiges Abschreibungsobjekt sein. Seine Architektur und Ausstattung müssen für eine lange Zeit Bestand haben, vielleicht, wie der Vorgängerbau über Jahrhunderte. Da sich unsere Gesellschaft in einem ständigen Veränderungsprozess befindet, müssen die Räume des neuen Schlosses flexibel geplant werden und bis in eine weite Zukunft dem sich verändernden Bedarf und Geschmack der Gesellschaft ohne große Baumaßnahmen anpassen können. Das Innere des Neuen Schlosses soll deswegen in anspruchsvollem, aber nicht modischem Ambiente gestaltet werden.

Nachdem der Streit um die Nutzung nun weitgehend beigelegt erscheint, beginnt die Debatte um die Architektur:

Das Gesellschaftszentrum

Die Ansprüche des Staates und der Bürger insbesondere an das Gesellschaftszentrum sind vielfältig und heterogen. Welche Veranstaltungen und Ereignisse sollen im Schloss stattfinden dürfen, welche nicht? Jeder hält seinen Nutzungsvorschlag für den allein gültigen. Fragt man 100 Leute, bekommt man 100 verschiedene Nutzungsvorstellungen, natürlich stehen dabei häufig persönliche Interessen im Vordergrund.

Ernsthaft diskutiert werden u.a. folgende Konzeptionen: Zentrum für die großen politischen und gesellschaftlichen Ereignisse der Stadt, Bürgerforum, Haus der Kulturen der Welt, Jugendzentrum, Konzerthaus, Haus der Demokratie, Haus des Föderalismus, Gästehaus der Regierung, Sitz einer Europäischen Behörde, World-Engineering-Center, Wissenschaftszentrum, Zentrale für die Kulturstiftungen in Berlin.

Einige fordern, dass das Neue Schloss der vornehmste Ort der Stadt werden solle, ausschließlich für hochkarätige Ereignisse geschaffen. Andere befürchten eine Kommerzialisierung des Schlosskomplexes, man setzt das Jedermanns Haus dagegen, natürlich staatlich betrieben, also ein Subventionshaus. Wieder Andere wollen es vollständig in den Dienst der Künste und der Wissenschaft stellen und bezeichnen Veranstaltungen für die Bürger der Stadt als „seichten Ringelpietz“, der im Schloss nichts zu suchen habe. Schon diese Auswahl zeigt, wie plakativ die Ansprüche sind. Sie beschreiben eigentlich nur die große Messingtafel, die außen angebracht, den Hauptnutzen des Gesellschaftszentrums signalisiert. Aber die Lebhaftigkeit der Debatte zeigt auch, wie interessant das Neue Schloss als Standort für die Bürger schon jetzt ist, wie sehr man sich schon jetzt mit ihm als dem neuen Zentrum der Mitte Berlins identifiziert. Daraus kann man folgern, dass die Nachfrage für Veranstaltungen im Schlosskomplex groß sein wird.

Es empfiehlt sich, alle Anforderungen einmal wertneutral aufzulisten und die dafür benötigten Räume zu benennen. Sehr schnell wird sich herausstellen, dass viele der unterschiedlichen Wünsche in ein und denselben Räumen berücksichtigt werden können. Je kongruenter die Räume für die überwiegende Zahl der Ansprüche geplant werden, desto besser wird das Haus ausgelastet sein. Es kann in seiner Vielseitigkeit lange bestehen und damit das eingesetzte Kapital amortisieren, ohne dass nennenswerte Umbauten schon bald nötig werden.

Dieses universelle Raumkonzept unter Einbeziehung der wichtigsten historischen Raumfluchten stellen wir hier als erste vor: Die Vielfalt der Vorschläge erfordert Räume in verschiedenster Gestalt und Größe, mit repräsentativer Ausstattung, die zusätzlich vollständig miteinander vernetzt werden können: Räume für das Gespräch, für eine Debatte, für eine Verhandlung oder eine große Konferenz, für ein Essen, für ein großes Fest, für die Bälle der Stadt. Räume für Ausstellungen aller Art, für die Darstellung und konzertante Aufführungen. Räume für den täglichen Bedarf in schlichterer Ausstattung ebenso wie Räume für höchste gesellschaftliche Ansprüche. Die Flächen des Gesellschaftszentrums umfassen den Bereich des Quergebäudes, des westlichen Schlosses, den Schlüterhof und die Gewölbekeller. Das Gebäude wird in verschiedene Bedarfsebenen mit normalen und sicherheitsrelevanten Standards aufgeteilt.

Die Museale Nutzung

Die Flächen für die Museen wurden auf den Ostteil des Gebäudes konzentriert, die räumliche Ordnung dort ermöglicht ein Ensemble von großen und kleineren Räumen. Auf eine direkte Planung der Struktur wurde von uns verzichtet, weil diese sammlungsabhängig und nach didaktischen Grundsätzen von Museumsfachleuten durchgeführt werden sollte.

Die Archive der Bibliothek werden in der zu erhaltenden Fundamentwanne des Palastes der Republik untergebracht, wo bis zu 45.000 m² hierfür zur Verfügung stehen. Die Leseräume in den Obergeschossen des Schlosses befinden sich in einer Ruhezone, verbunden mit den Archiven durch moderne Fördertechnik.

Baubeschreibung

Nur das Neue Schloss in der überlieferten äußeren Architektur gibt der alten Mitte Berlins wieder ihren Halt, nimmt die immer noch bestehenden Kommunikationslinien der historischen Gebäude wieder auf, bildet das Gravitationszentrum der alten Mitte der Stadt. Die Straße Unter den Linden führt wieder zu ihrem Ziel. Das Brandenburger Tor, als Nachbildung der Propyläen Athens gestaltet, als Tor zum Schloss, wird nun wieder mehr sein als nur Monument der Deutschen Einheit und gewinnt damit seinen eigentlichen, städtebaulichen Sinn zurück.

Grundlagen der Planung

Die Dokumentation der Architektur des Schlosses in Spolien, Plänen und Fotos ist so detailliert vorhanden wie umfangreich, so dass eine exakte Rekonstruktion in traditioneller handwerklicher Ausführung möglich ist. Im Sommer 2000 wurde dies am Beispiel von zwei Schlüterschen Fensterachsen nachgewiesen. Im Auftrag des Fördervereins Berliner Stadtschloß und gefördert vom Ernst v. Siemens Kunstfonds entwickelte die Technische Universität Berlin in Zusammenarbeit mit den Architekten Stuhlemmer Baupläne auf Basis der computerunterstützten Photogrammetrie unter Nutzung der verschiedensten bislang bekannt gewordenen Quellen. Damit führen wir den Beweis, dass eine zentimetergenaue Rekonstruktion des letzten äußeren Bauzustandes des Schlosses in allen Details möglich sein wird.

Äussere Gestalt des Neuen Schlosses

Die drei Barockfassaden am Lustgarten, an der Schlossfreiheit und am Schlossplatz, mit den fünf Portalen und ihrem plastischen Schmuck werden in traditioneller handwerklicher Arbeit ausgeführt und damit weitgehend archäologisch exakt wiedererstehen. Interpretationen sollten möglichst vermieden werden, um modischer Effekte zu vermeiden und die Würde der umliegenden historischen Bauten in der Reflexion des neuen Zentralgebäudes nicht zu mindern. Die Schlosskuppel soll als Gegengewicht zum Dom dem Platz seinen Maßstab zurückgeben. Jedem Kompromiss in Beton- guss oder maschinell endbehandeltem Sandstein ist zu widersprechen.

Die Ostfassade an der Spree ist in moderner Form geplant, um einer möglicherweise später auf dem Marx-Engels-Forum verwirklichten Bebauung zu entsprechen. Das Neue Schloss wird so wieder eine Gelenkfunktion zwischen dem westlichen barock-klassizistischen Stadtraum und der modern aufgebauten Mitte östlich der Spree einnehmen, so wie es früher das mittelalterliche Berlin im Osten mit dem barocken Teil der Stadt verband. Aber auch die historische Ostfassade könnte wiedererstehen. Sie ist ausführlich dokumentiert, relativ einfach in ihrer Bauausführung in verputztem Ziegelstein.

Der Schlüterhof als bestes Zeugnis der Kunst seines Bildhauer-Architekten soll ebenfalls wiedererstehen. Unter einer gläsernen Überdachung wird er zum schönsten und größten Festsaal Berlins. Will man den Schlüterhof, ist der Palast der Republik auch nicht in Teilen zu erhalten. Der Hof befand sich in Überdeckung von großen Teilen der Volkskammer, dem Foyer und dem großen Saal. Der große Schlosshof wird nicht in alter Form rekonstruiert, der Flächenbedarf im Konzept des Neuen Schlosses lässt dies nicht zu. Er nimmt als Zusatzbau die großen Konferenz- und Veranstaltungsräume des Neuen Schlosses auf, ebenso die für die einzelne Bespielung der Schlossräume notwendigen Foyers. Die Ostseite des Eosanderportals mit der Kuppel kann hier wieder der bestimmende Maßstab des dadurch verkleinerten, ansonsten modern gestalteten Hofes sein.

Innere Gestalt des Neuen Schlosses

Historische Räume

Die wichtigsten historischen Räume und Treppenhäuser sollen nach dem Vorbild des Goldenen Saales im Rathaus Augsburg oder der Würzburger Residenz zentimetergenau an ihrem alten Ort eingemessen werden. In eleganter Ausstattung, ggf. sogar mit dem ursprünglichen Inventar und einer entsprechenden Raumwirkung, werden sie zunächst in schlichter Form eingebaut: Wo sich früher das stark stuckierte Hauptgesims, die Attika und ein mit einem Gemälde gefüllter Deckenspiegel sowie ein künstlerisch gestaltete Parkettfußboden befanden, entsteht zunächst die schlichte Form – Hauptgesims und Attika in ihrem Architekturgrundprofil und das Deckengemälde in abstrakter Ausführung, aber dem Farbenklang des Vorgängers nachempfunden, dazu ein Parkettfußboden im Grundmuster und verwendetem Holz dem Vorbild entsprechend.

Die historischen Räume waren früher, der Dramaturgie barocker Architektur folgend, nur über eine Enfilade miteinander verbunden, also Durchgangsräume, deren Schönheit sich von Raum zu Raum steigerte, um im Thronsaal den Höhepunkt zu erreichen. Dies steht im Widerspruch zur notwendigen Einzelnutzung, die separate Zugänge für jeden Raum erfordert. Im Bereich des Schlüterhofs ist dieses Problem leicht zu lösen: Da er mit einem Glasdach versehen wird, können seine Balkone ohne Witterungsnachteile als Zugänge genutzt werden.

Späteren Generationen bleibt es dann vorbehalten, die völlige Rekonstruktion zu wagen. Diese muss aber schon heute bei der Bauplanung verbindlich vorgesehen werden, damit später keine grundlegenden Umbauten nötig werden, sondern nur der Weiterbau zu erfolgen braucht.

Moderne Räume

Über zwei Drittel der Raumflächen des alten Schlosses waren Schlichträume der preußischen Staatsverwaltung, Dienerkammern und Dienstleistungsräume aller Art sowie Depots für alles, was zum Betrieb des Schlosses nötig war. Sie waren architektonisch wie auch kunstgeschichtlich unbedeutend. Dieser Teil ist unter den Voraussetzungen der neuen Nutzung nicht wiederherstellbar. Hier bietet sich an, mit besten Innenarchitekten neue Raumschöpfungen zu schaffen, die in einer Collage mit den historischen Räumen und Treppenhäusern verbunden werden. So entstehen Raumfolgen voll Spannung und Eleganz und trotzdem pragmatisch dem Nutzungskonzept unterworfen.

Anstelle des früheren, architektonisch unbedeutenden Quergebäudes, das die beiden Schlosshöfe trennte, entsteht das Konferenzzentrum, mit einem kleinen und einem großen Plenarsaal sowie einer Anzahl kleinerer Räume, von dem aus der Blick in den Schlüterhof oder alternativ auf das Eosanderportal ermöglicht wird. So verleiht die historische Außenarchitektur auch diesen Räumen ein unvergleichliches Aussehen. Diese Räume im Verbund mit dem Schlüterhof ermöglichen eine zusammenhängende Saalfolge mit großem Ambiente, die z.B. ein Bankett für bis zu 2.500 Teilnehmer ermöglicht, eine Raumflucht also, wie sie von der Berliner Hotellerie und Veranstaltungsmanagern seit langem für die Stadt gefordert wird.

Das Erdgeschoss und das Souterrain des Westteils mit den wieder eingewölbten, historischen Schlosskellern nehmen den öffentlichen Besucherverkehr auf, erhalten Restaurants und eine Infrastruktur, wie sie z.B. für den Tagesbedarf der Besucher vorgehalten werden muss. Eine rein kommerzielle Nutzung, wie der Einbau eines Warenhauses, ist wegen der Würde des Ortes allerdings undenkbar. Das ursprünglich von der Bundesregierung geforderte Gästehaus für ihre höchsten Staatsbesucher soll dem Verneh-

men nach nun in dem nahe am Schlossplatz liegenden Kronprinzenpalais untergebracht werden. Eine früher dafür vorgesehene Hotelfläche kann somit entfallen.

Bei der Verwirklichung auch der Bibliothek werden die notwendige Tiefgarage und die Versorgungsräume für die Infrastruktur des Schlosses unmittelbar vor dem Westteil des Neuen Schlosses auf der Lustgartenseite unter Flur eingerichtet. Für den Fall, dass die Bibliothek nicht verwirklicht wird, soll die Wanne des Palastes der Republik diese Räume für die Versorgung des Schlosses aufnehmen.

Das Neue Schloss ist für seine anteilige staatliche Nutzung in verschiedene Sicherheitszonen unterteilbar. Durch seinen geschlossenen Block sind weitläufige Absperrungen der umliegenden Strassen ab dem Moment nicht mehr erforderlich, in dem die Staatsgäste das Gebäude betreten haben.

Schloss und Museumsinsel: Oase der Ruhe und Kultur im brodelnden Zentrum Berlins – Das Verkehrskonzept
Museumsinsel und Schloss müssen über den Lustgarten hinweg zu einer kulturellen Einheit zusammenwachsen. Über den an das Schloss wie in früheren Zeiten herangeführten Lustgarten entsteht ein homogenes Ensemble. Deswegen muss der Verkehr aus dem Lustgarten herausgenommen werden und um das Schloss herum über Schlossfreiheit, Schlossplatz, Rathausstrasse und Spandauer Strasse zur Liebknechtstraße umgeleitet werden. Für die Autofahrer ist dies ein Umweg von 300 Metern, für Berlin der Gewinn einer kulturellen Oase mitten im brodelnden Verkehr, vergleichbar mit der Situation von Louvre und Tuilleriesgärten in Paris. Eine Studie in Form einer Diplomarbeit hierzu liegt vor. Danach ist nicht mit größeren verkehrstechnischen Problemen durch die geänderte Verkehrsführung zu rechnen.

Kosten alternative Architekturen weniger als das Schloss?
Die Baukosten der drei Architekturalternativen sind gleich!
Oft wird behauptet, das Schloss würde erheblich mehr kosten als ein modernes Gebäude an seiner Stelle oder der sanierte Palast der Republik. Sorgfältige Kalkulationen haben jedoch ergeben:
1. Der Neuausbau des Palastes der Republik nach seiner Asbestentsorgung und der Erweiterungsbau zur Schließung der großen Lücke auf dem Schlossplatz werden rund eine Milliarde Mark kosten.
2. Ein avantgardistischer Neubau in moderner Architektur z.B. ein „Centre-Pompidou“ an seiner Stelle wird rund eine Milliarde Mark kosten.
3. Die Rekonstruktion des Schlosses in seinem Kernbau wird rund eine Milliarde Mark kosten. Seine Gesamtbaukosten liegen jedoch wegen der aufwendigen, weitgehend in handwerklicher Arbeit herzustellenden Außenfassaden und des Schlüterhofes ungefähr 15% höher als die der beiden Alternativen. Diese Mehrkosten, rund 150 bis 200 Millionen Mark, sollen im Fundraising nach dem Vorbild der Dresdner Frauenkirche als Geschenk interessierter Bürger an ihr Land aufgebracht werden. Sie belasten also nicht die Kalkulation. Das Schloss wird also für den Investor nicht teurer als die beiden Alternativlösungen. Im Kontext dazu haben Bundesregierung und Senat mehrfach eine Subventionierung des Betriebes des Hauses ausgeschlossen, es müsse sich selbst tragen. Dies muss beim Nutzungskonzept für den nicht musealen Teil berücksichtigt werden.

Alle drei alternativen Baukonzepte stehen in Bezug auf das einzusetzende Kapital demnach vor einer völlig gleichartigen Herausforderung, über ein geeignetes Nutzungsmix eine hohe, gleichmäßige Auslastung in allen Bereichen zu erzielen und dadurch die Amortisation des eingesetzten Kapitals zu ermöglichen. Die drei Alternativen sind für den Bauherren in

etwa gleich teuer. Sie unterliegen damit denselben Rahmenbedingungen für die Amortisationsberechnung. Aber nur das Schloss verfügt im Wettbewerb mit anderen, vergleichbaren Angeboten der Stadt über ein besonderes Alleinstellungsmerkmal: Es ist das Schloss. Allein dadurch wird es nach den Erfahrungen anderer Städte eine erheblich größere Nachfrage auf dem Veranstaltungssektor erzeugen.

Finanzierungskonzept für den Wiederaufbaues des Berliner Schlosses über eine Aktiengesellschaft

Für eine privat-öffentliche Finanzierung stehen zwei Modelle zur Verfügung, das Erbbaurecht und die Finanzierung über den Kapitalmarkt in Form einer Aktiengesellschaft oder eines Fonds. Das Erbbaurecht sichert dem Staat nach dem Heimfall das alleinige Eigentum auch an dem Gebäude, hat aber für den Geldgeber Nachteile: Er erwirbt kein Vermögen, sondern einen Schuldtitel mit Tilgung und Verzinsung. Er hat bei Inflation allenfalls über den Zinsanteil einen gewissen Ausgleich, nimmt aber an der Vermögensentwicklung des eingesetzten Kapitals in Form des Gebäudes nicht teil. Für die Finanzierung eines so großen Objektes ist die Beteiligung institutioneller Anleger wie Versicherungsgesellschaften usw. nötig, da sie kaum über den Markt von Kleinanlegern abgedeckt werden kann. Diese lehnen aus den vorgenannten Gründen in der Regel eine Beteiligung an einem Erbbaurecht unter 99 Jahren ab, suchen die mündelsichere Anlage, die einen Wertverlust ausschließt. Diese ist aber nur in Eigentum darstellbar.

Die optimale Alternative zum Erbbaurecht ist die Finanzierung über eine Aktiengesellschaft. Die Vorteile stellen wir in der folgenden Aufstellung dar:

Baukosten

Grundstück	DM	350.000.000,–
Kernbau (Museum 400 Mio., Bibliothek 300 Mio. Gesellschaftszentrum 300 Mio.)	DM	1.000.000.000,–
Mehrpriesschlossfassade	DM	150.000.000,–
Investitionsvolumen:	DM	1.500.000.000,–

Ausgabe von Schlossaktien

Nominalwert:		
750.000 Aktien à DM 500,–	Gesamt DM	350.000.000,–
1.000.000 Aktien à DM 1.000,–	Gesamt DM	1.000.000.000,–

Auch andere Stückelungen sind denkbar, diese sind unter Vermarktungsaspekten zu ermitteln. Der Ausgabekurs kann erst nach Vorlage der endgültigen Kostenkalkulation festgelegt werden und richtet sich nach dem dabei ermittelten hochwertigen Gebäude und seiner Vermietbarkeit.

Streuung der Aktien

Bundesrepublik Deutschland		
175.000 Stück à DM 1.000,–	DM	175.000.000,–
Land Berlin		
175.000 Stück à DM 1.000,–	DM	175.000.000,–
Stiftung Preußischer Kulturbesitz		
400.000 Stück à DM 1.000,–	DM	400.000.000,–
Landesbibliothek Berlin		
300.000 Stück à DM 1.000,–	DM	300.000.000,–
Kleinaktionäre / Institutionelle Anleger		
600.000 Stück à DM 500,–	DM	300.000.000,–
	DM	1.350.000.000,–
Mehrpriesschlossfassaden	DM	150.000.000,–
Gesamtfinanzierungsvolumen	DM	1.500.000.000,–

Die Mittel für die Finanzierung des Mehrpreises der Schlossfassaden im Wert von DM 150.000.000,- sollen nicht über Aktien, sondern über Spenden und Fundraising-Aktivitäten nach dem Modell der Dresdner Frauenkirche aufgebracht werden.

Rechte der öffentlichen Hand

Die Ausgabe der Aktien ist in Stammaktien und Vorzugsaktien denkbar. Die Streuung der Stammaktien kann so erfolgen, dass die öffentliche Hand eine Mehrheit an Stimmrechten erhält. Weitere Aktien werden als Vorzugsaktien ohne Stimmrecht ausgegeben. Diese Version berücksichtigt, dass der Staat wegen der Bedeutung des Ortes darauf besteht, das letzte Wort zur Nutzung zu behalten.

Alternative

Alle Aktien werden als Stammaktien ausgegeben. Bund und Berlin halten über das eingebrachte Grundstück und den Anteil des Preußischen Kulturbesitzes bereits eine Mehrheit am Kapital. Damit bestimmt die öffentliche Hand die Nutzung. Die öffentlichen Anteile könnten von der Dividendenberechtigung ausgeschlossen werden (Zinsfreie Einbringung des Grundstückes und staatlicher Betrieb des Museums und der Bibliothek), so dass die Dividende aus den Gewinnen aus dem privat finanzierten Teil des Neuen Schlosses ausschließlich den privaten Aktionären zugute käme.

Vorteile gegenüber einem Erbbaurecht

Durch Schaffung der Aktien als Besitztzerifikate ergibt sich eine bessere Vermarktungsmöglichkeit, da der Aktionär Schlossanteileseigner wird. Die Finanzierung ist weitgehend über Eigenkapital möglich, daher ergibt sich eine bessere Rendite für die Anteilseigner. Die Aktie ist wertbeständig, langfristig sogar wertgesteigert und handelbar. Der Anteilseigner kann jederzeit über die Börse sein Kapital in Liquidität zurückverwandeln.

Über eine entsprechende Vermarktungskampagne dürfte eine volle Zeichnung des freien Aktienkapitals erreichbar sein. Auch in der letzten Zeit wurde beim Börsengang das Kapital interessanter Unternehmen überzeichnet. Es ist genügend Liquidität am Kapitalmarkt vorhanden. Entscheidend für den Erfolg der Vermarktung ist natürlich ein stimmiges, allen Ansprüchen gerecht werdendes Bau-, Nutzungs- und Amortisationskonzept. Diese Voraussetzung müsste allerdings bei einer Finanzierung über das Erbbaurecht in gleicher Weise geschaffen werden.

Einbindung weiter Teile der Bevölkerung

Die Bevölkerung wird zum Schlossbesitzer. Die Stückelung der Aktien ermöglicht es auch dem „kleinen Mann“, Aktien zu erwerben. Es ist vorgesehen, einen Teil der Aktien in Stücken gedruckt auszugeben. Sie werden in grafisch dekorativer Form gedruckt, so dass sie auch als Wandschmuck eingesetzt werden kann. Damit kann sich der Aktionär in seinen Geschäfts- und Wohnräumen als Schlossanteileseigner ausweisen. Wie am Beispiel des Berliner Zoos sichtbar, wird der Besitz der Schlossaktie dann für viele Bürger zum Beweis ihres Engagements für die Stadt. Man will dabei sein: Die Zooaktien werden kaum gehandelt, sondern in der Regel innerhalb der Familien seit langem weitervererbt. Renditeaspekte stehen dabei nicht im Hintergrund. Man kann den Aktionären statt Rendite auch Privilegien besonderer Art einräumen wie freien Eintritt zu bestimmten Bereichen des Schlosses, eine Raumflucht wird exklusiv für Aktionäre reserviert.

Attraktiv für institutionelle Anleger

Institutionelle Anleger legen Wert auf sichere Anlagen mit langfristiger Wertsteigerung. Über die Aktie können sie für die Anlage gewonnen werden. Die Akquisition institutioneller Anleger ist bei einem Erbbaurecht unter 100 Jahren kaum möglich.

Erhöhung des Anteils der öffentlichen Hand

Die öffentliche Hand wird bei diesem Modell einzelne Gebäudebereiche des Projektes, z.B. die ethnologischen Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz oder die Bibliothek mit öffentlichen Mitteln finanzieren. Darüber hinaus bietet sich die Übernahme weiterer Aktien an, wenn es die Haushaltslage wieder zulässt. Dabei können Zeiten niedriger Börsenkurse genutzt werden, relativ preiswert den staatlichen Anteil zu erhöhen. Hierfür kann der öffentlichen Hand zusätzlich ein Vorkaufsrecht für die Schlossaktien eingeräumt werden. Der öffentlich finanzierte Bereich könnte zunächst aus der Amortisationsrechnung herausgenommen werden. Mietzahlungen hierfür sind dann nicht erforderlich. Auch der Neubau der Museen in Dahlem würde sich einer Amortisationsrechnung entziehen.

Sicherheit für die Geldgeber

Von Fachleuten des Finanzministeriums ist zu hören, dass der Staat befürchtet, durch Einbringung der Grundstücke in die AG bei einem möglichen Insolvenzverfahren diese zu verlieren. Durch die klare rechtliche Trennung der AG als eigenkapitalfinanzierter Holding von den Betreibergesellschaften, an die das Gebäude insgesamt unter Haftungsausschluss der Holding verpachtet wird, können diese Bedenken zerstreut werden: Ein Insolvenzverfahren trifft nur die einzelne Betreibergesellschaft. Die AG wird davon nicht berührt: Sie muss zwar für die Zeit auf Einnahmen verzichten bis eine neue Betreibergesellschaft gefunden wird, verliert aber nicht die Kapitalbasis. Damit haben die Eigner die größtmögliche Sicherheit für das eingesetzte Kapital.

Zukunftsaussichten

Auf dem Schlossplatz wird in absehbarer Zeit in jedem Fall ein Gebäude in der Kubatur des Schlosses gebaut werden. Dies ist seit dem Spreeinselwettbewerb so vorgesehen und hat quasi Gesetzeskraft. Wenn dieser Kubus die äußere Gestalt des Schlosses erhält, wächst das historische Ensemble der Mitte Berlins wieder zu einer Einheit zusammen und erzeugt eine große Besuchernachfrage. Da das Schloss als das Veranstaltungs-, Kultur- und Kommunikationszentrum der Republik per se errichtet wird, ist abzusehen, dass es mittelfristig zu gewinnbringenden Preisen voll ausgelastet sein wird. Seine Toplage in Berlin, die mit keiner anderen vergleichbar sein wird, sein ganz besonderes Ambiente – es gibt nur dieses Schloss – erhebt es weit über vergleichbare, in neuzeitlicher Architektur gestaltete Objekte, garantiert zudem die Wertbeständigkeit der Anlage und seinen Wertzuwachs über die Inflationsrate hinaus. Dadurch, dass die Aktien sowohl im Streubesitz wie auch bei den institutionellen Anlegern langfristig im Depot gehalten werden, ist damit zu rechnen, dass der Markt frei gehandelter Aktien relativ klein sein wird. Dies führt bei entsprechender Nachfrage zu hohen Kursen.

Katrin Lompscher

Arbeitskreis Perspektive Schloßplatz

Vorab: Über uns

Der Arbeitskreis Perspektive Schloßplatz existiert seit dem Sommer 1997. Damals fand im Kronprinzenpalais eine dreitägige Planungswerkstatt zum Schloßplatz statt, initiiert von „THE PRINCE OF WALES INSTITUTE OF ARCHITECTURE“. In verschiedenen Arbeitsgruppen entwickelten Interessierte gemeinsam mit Expert/-innen Ideen für den Schloßplatz. Im Anschluss bildeten engagierte Bürger/-innen mit unterschiedlichen Meinungen und Zugängen zum Thema den Arbeitskreis Perspektive Schloßplatz. Unser Ziel ist es, die Ergebnisse und Forderungen aus der Perspektivenwerkstatt öffentlich zu vertreten und weiterzuentwickeln. Unser wesentliches Anliegen ist eine breite öffentliche Beteiligung an der Planung sowie die Forderung nach einem vielfältigen, niemanden ausgrenzenden Nutzungskonzept.

Wir haben zahlreiche Diskussionen und Veranstaltungen zu Gestaltungs-, Nutzungs- und Beteiligungsfragen durchgeführt. Der Arbeitskreis hat zuletzt im Januar und im März 2001 zusammen mit der Stadtteilvertretung Spreeinsel, dem Verein Stadtzentrum Berlin e.V., der Bürgerinitiative „Lebensraum rund um den Fernsehturm“ und dem Stadtforum von Unten zwei Fachgespräche zu Bürgerbeteiligung und Nutzungsideen durchgeführt. Die wesentlichen Aussagen fließen ebenfalls in diese Stellungnahme ein und werden bis zum Sommer in einer öffentlichen Veranstaltung zur Diskussion gestellt.

1. Der Kontext ist wichtig

Wir gehen davon aus, dass es ohne einen gesellschaftlichen Konsens keine gute Lösung für den Schloßplatz geben kann. Der Bund möchte nach unserer Kenntnis auf dem Schloßplatz keine Regierungsfunktionen ansiedeln. Das finden wir richtig, weil sich im dezentralen Raumgefüge der Regierungs- und Parlamentsstandorte der Spreebogen als herausgehobener Ort des Bundes etablieren wird. Wir finden es auch richtig, dass raum- und platzbildende Gebäude, Freiräume und andere Elemente im Bereich Spreeinsel wie Marstall, Staatsrat, Palast-Rohbau, Rathausbrücke, Marx-Engels-Forum, ehemaliges Nationaldenkmal in die gestalterischen und funktionalen Überlegungen von Anfang an einbezogen werden. Die Spreeinsel als Ganzes mit der Museumsinsel im Norden und dem Wohnort Fischerinsel im Süden muss mitgedacht werden. Eine wichtige Frage ist die künftige Verkehrsgestaltung im Umfeld, weil davon sowohl Zeitplan als auch Nutzungsangebote abhängen. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes und ihren verschiedenen Phasen muss auch im neuen Konzept für den Schloßplatz erlebbar sein.

2. Entscheidungsfindung braucht Beteiligung der Öffentlichkeit

Die bisherige Vorgehensweise von Bund und Berlin war durch fehlende Transparenz und Einbeziehung der Öffentlichkeit gekennzeichnet. Die bestehenden Nutzungsvorgaben sind zu unkonkret, als dass sie als Grundlage z.B. für einen Wettbewerb herangezogen werden können. Auch das Fehlen verlässlicher Aussagen zu den finanziellen Rahmenbedingungen des Projektes verhindert eine qualifizierte öffentliche Debatte. Die Perspektivenwerkstatt vom Sommer 1997 war nach unserer Kenntnis bisher der einzige demokratische Planungsansatz für den Ort. Bisher ist die Debatte über die Zukunft des Schloßplatzes über die Stadtöffentlichkeit und ansatzweise die Kultureliten des Landes nicht hinaus gekommen. Nötig ist jedoch ein breiter bundesweiter, wünschenswert ein internationaler Zugang.

Mit dem Begriff Öffentlichkeit sind im wesentlichen drei Gruppen angesprochen:

- die allgemeine Öffentlichkeit, die v.a. über Medien, Ausstellungen und Veranstaltungen erreicht werden kann,
- die interessierte und aktive Öffentlichkeit in Gestalt engagierter Gruppen und Institutionen, die in die Entscheidungsfindung direkt einbezogen werden sollte,
- die Stadtbewohner und insbesondere die Anwohner, die bereits vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerbeteiligungsverfahren einbezogen werden müssen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit soll über die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung hinausgehen und eine umfassende Information und demokratische Mitwirkung an Entscheidungen ermöglichen.

3. Grundsätze zur Gestaltung des Schloßplatzes

Der Arbeitskreis vertritt weiterhin folgende acht, im November 1997 formulierte Grundsätze für die Gestaltung des Schloßplatzareals:

1.) Bürgerbeteiligung und Transparenz:

Der Prozess der Entwicklung und Planung für den Schloßplatz und dessen Umgebung ist für die Öffentlichkeit transparent zu gestalten.

2.) Stadträumlich denken:

Künftige Entwicklungs- und Baumaßnahmen an diesem Platz haben sich am städtebaulichen Raumgefüge des Schloßplatzareals unter Einbeziehung der angrenzenden Bereiche zu orientieren.

3.) Maximum an Leben:

Es ist eine Mischung aus öffentlicher, politischer und privater Nutzung für die Bereiche Kultur, Bildung und Freizeit zu finden, um damit ein Maximum an Leben und Aktivitäten in die historische Mitte Berlins zurückzubringen. Gewerbliche Nutzungen, die mit einer Zugangsbeschränkung verbunden sind, und dominierende Einzelnutzungen sind ausdrücklich auszuschließen.

4.) Brücken schlagen:

Städtebauliche Maßnahmen, die Beziehungen zwischen den unterschiedlich strukturierten Teilen der Innenstadt herstellen, haben Zusammenhänge über die Spreeinsel hinweg stärker zu betonen und erfahrbar zu machen. Das Ziel muss ein ineinander greifendes System städtischer Räume mit individuellem Charakter, begrüntem und gepflasterten, ruhigen und auch geschäftigen Plätzen und Höfen sein.

5.) Weniger Autos – bessere Erreichbarkeit:

Durch Maßnahmen zur Einschränkung des Individualverkehrs und die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs soll die Erreichbarkeit des Schloßplatzareals und der Stadtmitte von Berlin verbessert werden.

6.) Neue Wege:

Die vorrangig fußgängerfreundliche Erschließung des Schloßplatzareals soll durch Fußgängerbrücken zu den angrenzenden Bereichen Marx-Engels-Forum und Schinkelplatz sowie durch den Rückbau der Karl-Liebknecht-Straße am Lustgarten erreicht werden.

7.) Sichtbeziehungen und Blickpunkte:

Aktuelle und historische Sichtbeziehungen sind zu beachten oder beizubehalten. Weitere Blickpunkte für ein lustvolles Erleben des Stadtraumes sind neu zu schaffen (z.B. Fontäne, Brunnen, Obelisk).

8.) Respekt und Harmonie:

„Egozentrische Architektur“, die derzeit überall in Berlin Konjunktur hat, ist hier zu vermeiden. Statt dessen sollen sich künftige Baukörper an dieser Stelle respektvoll in den vorhandenen Charakter des Gebietes einfügen.

Die gestalterischen Anforderungen haben wir später präzisiert:

- Weil das Schloßplatzareal Teil der herausragenden Zentrumsachse vom Alexanderplatz über Brandenburger Tor und Tiergarten zur City-West ist, muss die künftige Platzgestaltung einen Höhepunkt dieser Achse bilden

und eine Vermittlung zwischen den verschiedenen Stadtbereichen herstellen.

- Die öffentlichen Räume auf dem Schlossplatzareal sollen differenziert gestaltet werden und für alle Bevölkerungsgruppen attraktive Angebote bereitstellen.
- Durch Promenaden, Fußgängerbrücken etc. soll die Verbindung und Öffnung zur Flusslandschaft erreicht werden, durch begrünte Wege, Plätze und Höfe soll ein Pendant zum Lustgarten entstehen.
- Als wichtigste Sichtachsen müssen der Schnittpunkt Unter den Linden – Lustgarten – Karl-Liebknecht-Straße sowie die Beziehung von der Breiten Straße zum Alten Museum gestalterisch betont werden. Die Blickpunkte der Umgebung (Fernsehturm, Rotes Rathaus, Berliner Dom) müssen bei der Gestaltung berücksichtigt werden.

4. Nutzungsvorschläge für den Schlossplatz

Der Arbeitskreis spricht sich bei seinen Nutzungsvorschlägen für eine Mischung von öffentlicher und kommerzieller Nutzung bei überwiegendem Anteil öffentlicher Nutzung aus. An den Volkshauscharakter des Palastes der Republik sollte angeknüpft werden, die Nutzungsvielfalt des Centre Pompidou kann ebenfalls Vorbild sein. Vorschläge, die lediglich vorhandene Nutzungsangebote an diesen Standort verlagern, müssen auch danach geprüft werden, welche Nachteile aus dieser Verlagerung an den bisherigen Standorten entstehen können.

Der Arbeitskreis unterstützt die Ansiedlung einer Bibliothek / Mediathek sowie von Einrichtungen der Humboldt-Universität, weil wir die Auffassung vertreten, dass damit breite Nutzergruppen für diesen Ort gewonnen werden. Wir sind außerdem dafür, ein Bürgerforum und einen vielfältig nutzbaren Festsaal vorzusehen. Als kommerzielle und teilkommerzielle Nutzung können wir uns z.B. vorstellen: Theater, Kabarett, Kino, Galerien, Freizeiteinrichtungen, studentische Jobbörse, Buchläden, Touristeninformation, Sonderpostamt. Folgende Nutzungen möchten wir ausschließen: weiträumige Büroflächen (abends ohne Leben), Hotels (Überangebot), Kongresszentrum (nur teilweise belebt).

Für die Schlossplatzgestaltung stellen wir uns u.a. ein Museum des Ortes mit Teilen der Schlossausgrabungen vor. Der Arbeitskreis unterstützt den Wiederaufbau der Bauakademie mit einer überwiegend öffentlichen Nutzung als Architektur- und Schinkelmuseum. Das Staatsratsgebäude soll ebenfalls öffentlich genutzt werden. Wir begrüßen die Absicht, hier eine Ausstellung zur Spreeinsel einzurichten und hoffen, dass die Kommission hier ihren Sitz nehmen wird und öffentliche Veranstaltungen stattfinden werden.

Allerdings sind wir auch der Meinung, dass die verschiedenen Nutzungen eine gemeinsame Klammer brauchen, die der Bedeutung des Ortes gerecht wird. Als Prämissen halten wir folgende Kriterien für wichtig:

- Ein Ort für alle
- Anspruch auf Internationalität, Weltoffenheit
- geistig progressive Nutzungsmischung
- Profilierung als Kulturraum.

Bisher fehlt ein Konsens über eine „tragende Idee für's Ganze“, an der auch die Eignung einzelner Vorschläge zu beurteilen wäre. Institutionen oder Personen, die neue Nutzungsangebote für den Ort unterbreiten, sollten deshalb darlegen, welchen „gemeinsamen Nenner“ sie vorschlagen. Die von uns unterstützten Nutzungsvorschläge können Bausteine für einen Ort der Kultur und des Wissens sein.

5. Zum Nutzungskonzept gehören Zwischennutzungen

Für eine zeitweilige Nutzung bieten sich die Bereiche entlang des Spreekanals und gegenüber dem Lustgarten an. Gastronomische, kulturelle und evtl. sportliche Angebote sollen dafür sorgen, dass der Platz rund um die

Uhr ein Anziehungspunkt für Jung und Alt wird. Nach unserer Auffassung sollten

- die archäologischen Ausgrabungen geschützt und in das Konzept einbezogen werden,
- Informationen über die Geschichte des Platzes und seiner Bauten, auch über den Palast der Republik, gegeben werden,
- die Gewölbe des Fundamentes des ehemaligen Nationaldenkmales an der Schlossfreiheit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden,
- Stellplätze für Touristenbusse am Rande des Platzes geschaffen werden, um die benachbarten Wohngebiete zu entlasten,
- durch Sitzmöglichkeiten die Aufenthaltsmöglichkeiten auf dem Platz verbessert werden,
- durch die Benennung der Straße am Spreekanal als „Schlossfreiheit“ die historische Erkennbarkeit und die räumliche Gliederung des Bereiches verbessert werden.

Der vom Asbest befreite Baukörper des Palastes der Republik soll in ein Konzept der Zwischennutzung und Belebung des Ortes einbezogen werden. Wir gehen davon aus, dass der Palast als Baukörper nicht für sich bewahrt werden kann, da der Platz vor ihm bebaut werden muss. D.h. es ist zu entscheiden, ob und wie – teilweise oder vollständig – er in ein neues städtebauliches Ensemble einbezogen werden kann. Dafür muss die technische und räumliche Verwendbarkeit des Palastes nach Asbestsanierung relativ sicher bekannt sein.

6. Die Gestaltung eines demokratischen Ortes braucht demokratische Kultur Eine ausführliche gesellschaftliche Debatte über die Zukunft des Schlossplatzes ist wichtiger als schnelle Entscheidungen. Eine schnelle Lösung wäre eine schlechte Lösung weil

- die öffentliche Debatte und die Bürgerbeteiligung zu kurz kommen,
- der Schlossplatz von einem städtischen zu einem übergreifenden Thema werden muss und
- ein sinnstiftender Zusammenhang für den multifunktionalen Ort gefunden werden muss.

Wir gehen davon aus, dass die Expertenkommission ihre Arbeitsweise entsprechend gestaltet und diskussionsfähige Vorschläge erarbeiten wird. Wir schlagen vor, dass Bund und Berlin zu diesen Vorschlägen Veranstaltungen ähnlich den Hearings zur Gestaltung des Reichstagsgebäudes und den Kolloquien zum Holocaust-Mahnmal durchführen. Das ist kein Plädoyer dafür, dass nichts passieren soll. Wir halten aber auch vor diesem Hintergrund ein stufenweise umsetzbares Konzept für notwendig, damit die Umgestaltung des Schlossplatzareals überhaupt in absehbarer Zeit begonnen werden kann.

7. Die Gestaltung eines demokratischen Ortes braucht auch öffentliche Mittel

Aus der Forderung einen überwiegend öffentlichen Ort zu gestalten ergibt sich die Notwendigkeit des Einsatzes öffentlicher bzw. öffentlich kontrollierter Mittel. Von diesem Anspruch kann auch aus Gründen der Finanzknappheit nicht abgewichen werden. Es ist aber zu prüfen, ob und wie jenseits der knappen Haushaltsmittel weitere Finanzquellen erschlossen werden können, z.B. mittels einer Stiftung und von Spendenkampagnen. Die Einbindung privat finanzierter Nutzungen ist dann möglich und sinnvoll, wenn der öffentliche Charakter des Ortes nicht beeinträchtigt wird. Es ergibt sich für uns jedoch auch aus dem finanziellen Argument, dass ein kleinteiliges und stufenweise umsetzbares Entwicklungskonzept für den Ort praktikabler sein dürfte, als der Versuch wenige repräsentative „Großnutzer“ auf dem Schlossplatz anzusiedeln.

Der Text gibt das Manuskript der Autorin wieder.

Anne Wagner-Junker

Sprecherin, Stadtteilvertretung Spreeinsel

„Bürgerzentrum Spreeinsel“ im sog. Staatsratsgebäude und: Bebauung des Schlossplatzes für einen Mix von Öffentlicher Bibliothek, Museen und Medienzentrum auf dem Schlossplatz

Die „Stadtteilvertretung Spreeinsel“ ist die Betroffenenvertretung im hauptstädtischen Entwicklungsgebiet auf der Spreeinsel (Schlossplatz bis Gertraudenstraße) und dem Friedrichswerder gemäß städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen, §§ 136 – 171 des BauGB, Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen vom 19. April 1995 (Berlin, SenBauWohn).

Die Grundlage für meinen Redebeitrag bildet die von der Stadtteilvertretung Spreeinsel am 28. Februar 2001 von den anwesenden Mitgliedern einstimmig als zukünftiges Arbeitsprogramm begrüßte „Projektskizze Bürgerforum Spreeinsel“. Dieser ging voraus eine sehr kommunikative, mehrwöchige Auseinandersetzung über kommunale Defizite und Identifikationsverluste, über bürgernahe Lebensformen, über wissenschaftlich-technische und kulturelle Zielstellungen heutigen und zukünftigen Lebens in Berlin-Mitte, am Entstehungsort Berlins.

Das Spreeinsel-Areal als ein modernes Netzwerk für Bewohner, Gewerbetreibende, für die Kunst und Kultur, die Tourismus-Branche, für Politik, Bildung, Wissenschaft und Forschung

Voraussetzung für die zukünftigen „Umgangsformen“ zum Standort Spreeinsel und Umgebung ist vor allem eins: das Entwickeln einer Planungskultur und das nicht nur in städtebaulicher Hinsicht. Barbara Jakubeit hat im vorigen Jahr formuliert: keine faulen Kompromisse zementieren, sondern Vielfalt erzeugen, besonders an diesem Ort, an dem historische Strukturen zerstört sind – teilweise durch kriegerische Einflüsse, teilweise durch die Auffassungen der nachfolgenden Generationen. Und Vielfalt wollen wir kommunikativ und kommunal anschaulich machen: im „Bürgerzentrum Spreeinsel“. Der Streit der Kulturen miteinander ist unabdingbar und das Kain-Abel-Prinzip ist wohl heute und hier die Metapher für enge Sichtweisen, die Demokratie und Toleranz eher ablehnen als befürworten. Manchmal aber ist es auch der Ausdruck von Macht – von Macht der Stärkeren gegenüber den Schwächeren, wie immer sich soziokulturelle Handlungsweisen analysieren lassen oder wahrnehmbar werden.

Aus unseren Erfahrungen heraus und in Kenntnis zahlreicher Diskussionsbeiträge moderner Stadtentwickler und Soziologen, Künstler, Architekten und Kulturschaffender meinen wir:

Die erfolgreiche, zukünftige Bebauung des Schlossplatzes und angrenzender Gebiete wird entscheidend davon bestimmt werden, wie es gelingt, qualitative Zielsetzungen zu einer Rekulktivierung bürgernahe Lebensformen nach internationalen Kriterien einer lebendigen Stadt zu formulieren, die zur Erschließung der Spreeinsel insgesamt als Basis zukünftiger Nutzungen fungieren. Kurz gesagt: als national und international frequentierter Ort, der als kulturvoller Lebensraum für ca. 4 – 5.000 direkte Bewohner keine Brache wird, sondern als touristisch-kulturelles Zentrum mit internationalem Flair funktioniert – sowohl zum Arbeiten (oder müsste man heute besser „Dienstleistungen“ sagen), als auch zum Flanieren, sich bilden und sich erholen.

Deshalb plädiert die Stadtteilvertretung Spreeinsel dafür, sofort ein Zentrum kommunikativen Austausches zu schaffen. Es darf keine Erzeugung veralteter, zentralistischer Stadtorganisation entstehen. Ein guter Weg wäre unserer Ansicht nach die öffentliche Nutzung des Staatsratsgebäudes einzuleiten und die Nutzung des vorhandenen Parkes am Staatsratsgebäude zu ermöglichen. Auch die Kommission Historische Mitte sollte sich zukünftig direkt an diesem Ort aufhalten. Von hier erschließt sich der Raum, um den es uns geht, nicht nur stadträumlich. Nein auch ideell, im Angesicht des Alten Museums und der Museumsinsel, in der Nachbarschaft der Gebrüder Humboldt – der meistfrequentierten Uni Berlins – und unter der Klangsphäre großer Musiker und Sänger in der Staatsoper Unter den Linden und der großen Landesbibliothek. Raum erschließt sich auch mit Vorstellungen, von denen die entstandene Nord-Ost-Ecke eine eindrucksvolle Realität avisiert: die Rekonstruktion der Bauakademie des bedeutendsten Baumeisters der Stadt, Karl Friedrich Schinkel. Für diese Idee der Rekonstruktion gibt es keinen anderen Ort. In der Nachbarschaft des Kommandantenhauses und im Gegenüber des Ortes, an dem der „Beitritt“ zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen wurde. Nur von hier ist die Dimension unserer zukünftigen geistigen Auseinandersetzungen im wachsenden Europa erfahrbar. Auf dem steinigen Weg in ein vereintes Europa sind wir gut beraten, wenn diese Suche prospektiv auf neue Ziele gerichtet wird und nicht auf die Erzeugung von restitutiven Verengungen. Die Kultur kann dafür das richtige Augenglas bieten. Denn genau an diesem weitreichenden Ort gibt es bereits sehr anschauliches „Material“ – stadt- und kunstgeschichtlich, philosophie-, rechts- und literaturgeschichtlich, archäologisch-wissenschaftlich, kulturell-bildungspolitisch und soziologiegeschichtlich.

Das Ziel des Projektes „Bürgerzentrum Spreeinsel“

Zu vermitteln, zu kommunizieren und öffentlich erlebbar werden zu lassen die Schaffung von stadträumlich-bürgernahen Orten und Strukturen, der Erlebbarkeit der gesamten Spreeinsel als Standort für Kommunal- und Außenpolitik, Museums-, Kunst- und Kulturpolitik, Bildungszentrum und Medienstandort, zunächst in der langen Phase der Bebauung des Schlossplatzes. Thematisiert man dies an bereits vorhandenen Orten so sind die Möglichkeiten der Weiterungen, Ergänzungen und Neuschöpfungen uns schwer erkennbar. Priorität hat die Forderung nach Wohnbebauung auf der Spreeinsel, ausdrücklich auch thematisierbar am Schlossplatz und im gesamten hauptstädtischen Entwicklungsgebiet, wie jetzt auf dem Friedrichswerder. Denn städtische Plätze, seien sie noch so symbolträchtig und bedeutungsreich, werden arm an Leben, wenn vergessen wird, dass die Stadt für Menschen gebaut wird, deren Lebensraum sie ist. Einer stadtgestalterisch noch zu definierenden Wohnbebauung der Breiten Straße und der Schlossfreiheit stimmt die Stadtteilvertretung Spreeinsel zu, ja befürwortet diese nachhaltig. Die Spreeinsel und deren Umfeld muss bewohnbar bleiben und werden. Das nur einen Steinwurf entfernte Kulturforum steht für ein, in dieser Hinsicht, historisches Dilemma des verlorenen Platzes, weil er/es keine Bewohner hat. Das etwaige dortige Stadtgebiet am Tiergarten war bis zur Nazi-Herrschaft reich gesegnet mit Persönlichkeiten der Berliner Stadt- und Kunstgeschichte. Die Museumsinsel im Norden der Spreeinsel verträgt kein Vakuum an Kultur-Stadt-Raum – sie braucht vielmehr den lebendigen Schlossplatz und eine kulturell belebte Spreeinsel insgesamt.

Die Stadtteilvertretung Spreeinsel sieht in den vorhandenen Museen zum Weltkulturerbe der Sammlungen zur Archäologie, Architektur, Bildenden Kunst und Gartenkunst auf der Museumsinsel und auf dem Friedrichswerder mit der Friedrichswerderschen Kirche als maßstabsetzendem Juwel der Kulturgeschichte, der Staatsoper Unter den Linden, der Humboldt-Universität und den weiteren Prachtbauten auf dem Schlossplatz und den angrenzenden Gebieten sowie der Landesbibliothek in der Breiten Straße eine hohe Verantwortung für die Bildung des Geschmacks zukünftiger Generationen. Das Museum sollte – auf dem „Weg“ zum Schlossplatz – europäisch und außereuropäisch neu erkundet werden – als modernes Netz zur Darstellung von Toleranz-, Kunst-, Kultur- und Lebensphilosophie, als „Museum“ Europäischer Kulturen ein identitätsstiftendes Medium.

Die Stadtteilvertretung stellt sich auf dem Schlossplatz ab sofort ein „Bürgerzentrum Spreeinsel“ im sog. Staatsratsgebäude vor und wird – wenn die Entscheidung zur Entwicklung dieses Ortes so gefallen sein sollten – bereit sein mitzuarbeiten an einem Mix von großer öffentlicher Bibliothek, europäisch und außereuropäisch vernetzten Museen und einem modernen Medienzentrum zur öffentlich-rechtlichen und privaten Kommunikation in der Bundeshauptstadt Deutschlands (auch mit weiteren Anrainern der Kommunikationsbranche, einem kompatiblen „Baustein“ mit zukunftssträchtigen Ressourcen);

- Die Stadtteilvertretung Spreeinsel toleriert und begrüßt Leben und Religion an diesem historischen Ort, dem Berliner Dom mit Gottesdiensten und Andacht, in der Ökumene, mit religiösen Gemeinschaften und einem zu bauenden Dom der Weltreligionen.

- Die Stadtteilvertretung Spreeinsel sieht in der Entwicklung von vielfältigem Wohnraum, unter Einbeziehung der unmittelbaren Lebensquartiere im Entwicklungsgebiet mit Hauptstadtfunktion einen großen Gewinn für die Kultur der Zukunft. Wie bilden sich soziale und kulturelle Identitäten? Die Herstellung von Identitäten ist kein gradliniger Prozess, sondern er ist häufig mit starken Konflikten behaftet. Welche Rolle spielt Räumlichkeit, spielen Stadträume bei der Identitätsfindung? Diese Fragen gilt es bei allen Nutzungsüberlegungen zu bedenken.

- Die Stadtteilvertretung Spreeinsel befürwortet kein Moratorium zum Schlossplatz, im Gegenteil. Auch ein sehr anregend grün leuchtender Central Park Berlin ist nur die Umschreibung für mehrfachen Abriss – auch wenn der Zugang zur Spree über eine verbindende, wie in Rom die Spanische Treppe, wirkende breite Freitreppe an der Stelle des Palastes der Republik als ein zeitgenössisches Pendant der Schinkelschen, mit 18 ionischen Säulen geschmückten Freitreppe, aufgefasst werden könnte.

- Die Stadtteilvertretung Spreeinsel sieht die Fischerinsel als Wohnstandort mit höchster Priorität für die Schaffung einer neuen Infrastruktur zur Erhöhung der Lebensqualität auf der Fischerinsel.

- Die Stadtteilvertretung Spreeinsel thematisiert weiterhin die die Insel umgebenden Wasserwege der Spree und des Spreekanals/Friedrichsgracht bis Kupfergraben, um zu behutsamen Tourismusprogrammen und temporären Veranstaltungen im Rahmen des von der Wirtschaftsverwaltung angestrebten Projektes „Wasserstadt Berlin“ anzuregen.

- Die Stadtteilvertretung Spreeinsel sieht die lebensfreundliche Anbindung der Spreeinsel an umliegende Lebensräume und Netzwerke der Stadt Ost-West mittels entschiedener verkehrspolitischer Neukonzipierung als verkehrsberuhigten Stadtteil – die übergreifende Vernetzung der Stadt-Räume muss erfolgen zwischen Alexanderplatz und der ehemaligen Friedrichstadt bis zur Wilhelmstraße mit stadthistorischen Schwerpunkten und Erschließung durch Fahrrad- und Spaziergängerwege, einschließlich und besonders den Stadtraum an der Leipziger Straße. Aber auch in Nord-Süd-Richtung, für die die weitreichende, vor allem historische Uferandbebauung ein deutlicher Hintergrund ist.

- Die Stadtteilvertretung Spreeinsel befürwortet zur Milderung der noch auf lange Sicht zu erwartenden Auswirkungen von Baumaßnahmen und der dadurch massiven Beeinträchtigung der Lebensqualität auf der Spreeinsel und den umliegenden Gebieten Auflagen und Kontrolle zu deren Einhaltung an die Investoren und hier ansässigen Wirtschaftsverbände und Organisationen. Der beispielsweise bei Erteilung der Baugenehmigung als teilweise öffentlich zugängliche Gebäudestruktur ausgewiesene Glaspalast des Deutschen Industrie und Handelstages sowie der Arbeitgeberverbände ist heute für die Öffentlichkeit unzugänglich. Dies steht im direkten Gegensatz zu öffentlicher Bibliothek und Wohnkultur in der direkten Umgebung.

Ganz persönlich möchte ich als Anhängerin neuer Wege zur Behandlung von Krankheit und altersbedingten Erscheinungen die Einrichtung eines medizinischen Zentrums auf der Spreeinsel befürworten, das beispielsweise auf der Basis traditioneller chinesischer Medizin gleichzeitig als lebendiges Museum und als Behandlungszentrum eine neue Behandlungskultur etablieren kann. Die Akademie für Europäisch-Chinesische Medizin und Pharmakologie, die sich bereits in Mitte befindet, könnte diese Rolle beispielsweise übernehmen.

Mit der Bewusstmachung einzelner Defizite und der behutsamen Umsetzung einzelner Ideen, die im folgenden kurz benannt sein sollen, beginnt Gestaltung der Lebenskultur an diesem Ort – mit öffentlicher Kommunikation zu kommunalpolitischen, wirtschaftlichen und stadtsoziologischen Themen ebenso wie zu Kunst, Kultur und Wissenschaft. Öffentliche Kommunikation heißt zuerst umfassende Information und Anschauung vor Ort zu allen Fragen und Problemen. Das bedeutet die Schaffung eines national und international vernetzten „Kommunikations- und Bürgerzentrums Spreeinsel“ mit Service-Funktion für alle Belange der Kultur- und Kommunalpolitik – einschließlich kommunikative Verbindungen mit den Partnerstädten in aller Welt. Aufbau und Einrichtung eines Forums zur stadtgeschichtlichen Agenda „Spreeinsel“ in Form eines kulturgeschichtlich orientierten Vortrags- und Erlebniszentrum zum alten und neuen Berlin.

Abschließend ein kleiner Ausblick auf den ersten Schritt: Damit dies im Zeitalter der wachsenden öffentlichen Kommunikation über das Internet in einem ersten Schritt möglich wird, habe ich als Bürgerin, die auf der Spreeinsel lebt, schon die Domain im world wide web „spreeinsel.de“ mit privaten Mitteln gekauft. Schritt für Schritt wird sich hier die Stadtteilvertretung Spreeinsel darstellen und alle „Spreeinsulaner“ sind eingeladen, dies wahrzunehmen. Für Kritik, Vorschläge, Anregungen und kräftiges Mittun ist die „Stadtteilvertretung Spreeinsel“ dankbar.

Der Text gibt das Manuskript der Autorin wieder.

Karl Weißenborn

Geschäftsführer, Hotel- und Gaststättenverband Berlin und Umgebung e.V.

Stellungnahme des Hotel- und Gaststättenverbandes Berlin und Umgebung e.V.

Seitdem der Bundestag, die Bundesregierung und inzwischen auch der Bundesrat in Berlin ist, hat sich die Anziehungskraft Berlins deutlich verändert. Die großen Verbände sind gekommen, inzwischen mehr als 100 diplomatische Vertretungen, und immer mehr Unternehmen unterhalten eine Repräsentanz in Berlin oder verlegen gar ihre Zentrale in die Hauptstadt. Der Wirtschaftsstandort Berlin hat neue Schubkraft durch den Hauptstadteffekt erhalten, verbunden mit einer sprunghaft gestiegenen touristischen Nachfrage aus dem In- und Ausland und davon profitiert vor allem das Berliner Gastgewerbe, das sind die Hotels und Gaststätten.

Während die Anzahl der Gaststätten in den letzten zehn Jahren tendenziell rückläufig gewesen ist, hat sich die Zahl der Beherbergungsbetriebe und Betten in Berlin äußerst dynamisch nach oben entwickelt. Vor der Wende in 1989 gab es in Berlin ca. 35.000 Betten, per Ende 2000 waren es fast 62.000 Betten und nach dem gegenwärtigen Stand der zu erwartenden Neubauprojekte werden in zwei bis drei Jahren mindestens weitere 10.000 Betten hinzukommen. Der Auslastungsgrad der Betten in Berlin betrug 1991 60,8% und war trotz gesteigener Übernachtungszahlen bis 1998 auf 44% gefallen. Mit dem Umzug der drei Verfassungsorgane nach Berlin kam die Wende, und zwar in 1999 auf 47,1% und in 2000 mit einer weiteren Steigerung auf 51,3%. Dies entspricht einem Tourismusrekord für Berlin im Jahre 2000 mit 5,01 Millionen Gästen und 11,41 Millionen Übernachtungen. Damit konnte Berlin in Europa, nach London, Paris und Rom, auf Platz vier landen und strebt für das Jahr 2001 den dritten Platz an.

Wie die Berliner Häuser nach einem solchen Jahr und angesichts eines weiterhin wachsenden Bettenangebotes ihre Betten-/Zimmerauslastung im Jahre 2001 steigern sollen, ist eine Frage, die einem Hotelmanager, trotz der insgesamt erfreulichen Entwicklung, durchaus Sorgenfalten in die Stirn treiben kann. Um so wichtiger ist für alle mit der touristischen Vermarktung der Stadt befassten Organisationen und Personen die ernsthafte und kontinuierliche Beschäftigung mit der Frage, wie wir gemeinsam die touristische Nachfrage nach Berlin nicht nur konservieren, sondern ebenfalls stimulieren können.

Unterteilt man die Berlin Besucher in Business- und Freizeittouristen, so hat sich nach Aussagen der BTM inzwischen eine Verschiebung ergeben, und zwar beim Typ „Business“ von 60 auf 55% und beim Typ „Freizeit“ von 40 auf 45%. Business-touristen werden angesprochen und angezogen durch profitable Kunden und Märkte, durch politische und geographische Standortfaktoren sowie durch eine attraktive Messe- und Kongressinfrastruktur. Freizeittouristen interessieren sich u.a. für Kunst und Kultur, d.h. Museen, Theater, Galerien und Kleinkunsthöfen, genauso wie für Sportveranstaltungen, große Musikevents, Antikmärkte, besondere Shoppingangebote und/oder multikulturelle Großveranstaltungen wie zum Beispiel die Love Parade.

Zwei Grundbedürfniskategorien sind bei beiden Typen von Berlin Besuchern anzutreffen. Das ist zum einen der Wunsch, möglichst vielfältig schlafen, essen und trinken zu können, und da meine ich auch ohne überzogenen Lokalpatriotismus im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten und erst recht europäischen Metropolen sagen zu können: Man kann in Berlin

zu einem nahezu einmaligen Preis-Leistungsverhältnis in allen Sternekategorien schlafen, essen und trinken. Die andere Grundbedürfniskategorie umfasst das Flair einer Stadt, das einem das Wohlgefühl gibt und die Fremdheit nimmt, und das ist je nach subjektiver Vorliebe und Wahrnehmung die Geschichte einer Stadt, die Offenheit und Internationalität, die Gastfreundschaft der Menschen sowie die Architektur, Gebäude, Straßen und Plätze einer Stadt.

Und damit bin ich dahin gekommen, wo ich auf der Grundlage der Marktgegebenheiten unserer Branche mit Ihrer gedanklichen Begleitung hin will: in die historische Mitte von Berlin. Wenn wir uns anschauen, wo Berlin seine Messe- und Kongressstandorte konzentriert hat, dann fällt der Blick zunächst auf die Messe Berlin mit dem ICC, zweitens auf den Bereich der Budapester Straße mit dem InterContinental und weiteren Hotels mit Angeboten im Tagungsbereich, drittens führt der Weg nach Neukölln zu Deutschlands größtem Hotel mit offensichtlich ständig weiter wachsenden Angeboten in den Bereichen Messe, Kongresse und gesellschaftlichen Events und schließlich zur Landsberger Allee, wo ebenfalls ein Convention Center entsteht.

In der historischen Mitte Berlins haben wir, verglichen mit diesen Größenordnungen, einen weißen Fleck. Wir haben dort, im Gegensatz zu den anderen Standorten, auf engem Raum zur Zeit rund 9.000 Betten im (alten) Bezirk Mitte, vorwiegend im 4- bis 5-Sternebereich, die in spätestens zwei Jahren die 10 Tausender Marke überschritten haben werden. Deshalb möchten wir Ihnen heute schlussendlich für die Nutzung des Schlossplatzareals die Errichtung eines Veranstaltungszentrums für Messen, Kongresse und gesellschaftliche Events ab mindestens 4.000 Teilnehmer vorschlagen. Wir denken dabei an die Verbindung mit einem gastronomischen Angebot auch außerhalb von Veranstaltungen.

Die Gretchenfrage dazu bezieht sich auf das Investitionskonzept einerseits und das Betreiberkonzept andererseits. Denkbar wäre ein öffentlicher Investor sowie ein oder mehrere private Betreiber, die Anreize zur wirtschaftlichen Nutzung haben müssen. Dies könnte auch durch Mischformen erreicht werden, indem man zum Beispiel die Berliner Hotellerie in die Betreiberkonzepte einbindet. Diese Vorschläge stellen einige von mehreren Möglichkeiten dar, die man im Lichte größerer Zeitnähe mit Blick auf Investitionsvolumina und Kosten-Nutzen-Analysen besser abschätzen könnte. Soweit unser Vorschlag zur Errichtung eines Veranstaltungszentrums auf dem Schlossplatzareal mit Nutzungsangeboten für Wirtschaft, Politik, Kultur und schließlich für die Berliner Bevölkerung.

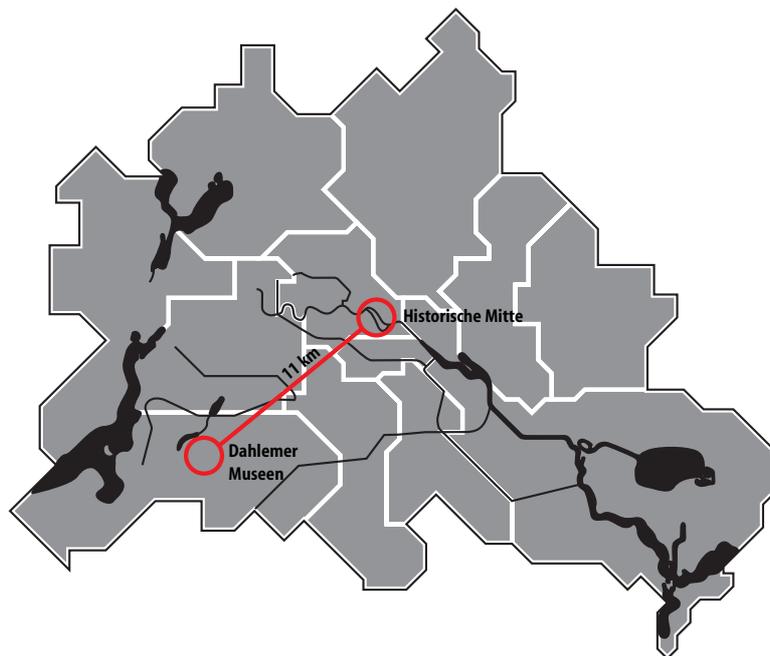
Zum Schluss noch eine kurze Bemerkung zur architektonischen Gestaltung. Ob es zu einem Wiederaufbau des Schlosses nach historischen Plänen oder zu einer modernen Verbindung von Glas, Beton und Stahl kommen soll, erhält auch in unseren Reihen keine eindeutige Präferenz für das Eine oder Andere. Der Entscheidung darüber wird sicherlich ein Architektenwettbewerb vorausgehen, aus dem nach aller Erfahrung der jüngeren Vergangenheit in Berlin möglicherweise Entwürfe herauskommen, die durch ihre Akzeptanz die Befürworter beider Stilrichtungen unter einem Dach vereinen können.

Für weitere Fragen, Ratschläge und Handlungsempfehlungen bei der konkreten Umsetzung stehen wir jederzeit und gern zur Verfügung und bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit, Ihnen hier und heute unsere Gedanken zur Nutzung der historischen Mitte Berlins vorgetragen haben zu können.

Der Text gibt das Manuskript des Autors wieder.

Konzeptpapier zur Nachnutzung der Dahlemer Museen

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung



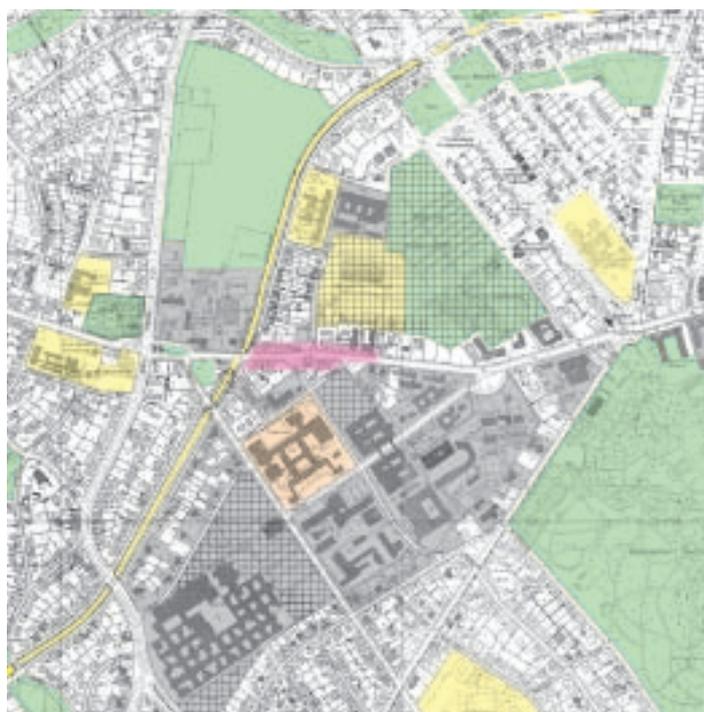
Lage in der Stadt Verkehrliche Anbindung

15 Minuten
von Bahnhof Dahlem-Dorf bis
Bahnhof Wittenbergplatz

25 Minuten
bis Bahnhof Friedrichstraße

35 Minuten
bis Bahnhof Alexanderplatz

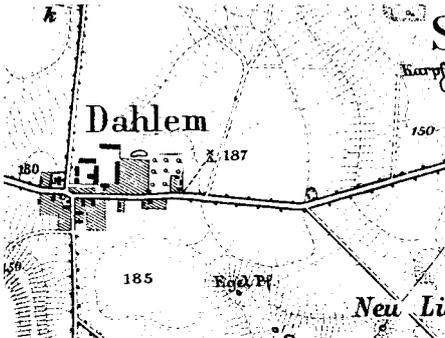
5 Minuten per Auto bis zu den
BAB-Anschlussstellen Steglitz
oder Breitenbachplatz



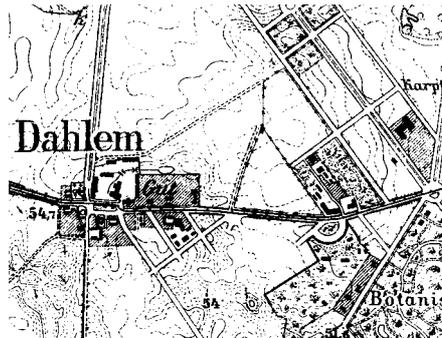
Städtebauliche Strukturen

- Museumsstandort
- von der FU genutzte Gebäude/Forschungsinstitute
- durch Grün geprägte Bereiche
- Erweiterungsflächen
- andere schulische, universitäre, medizinische Einrichtungen
- historischer Ortskern/Nahversorgung
- U1 zwischen Wittenbergplatz und Krumme Lanke

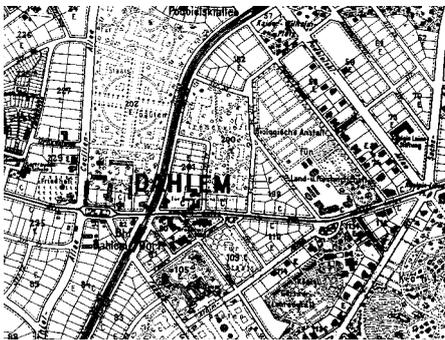
**Historische
Entwicklung des Quartiers**



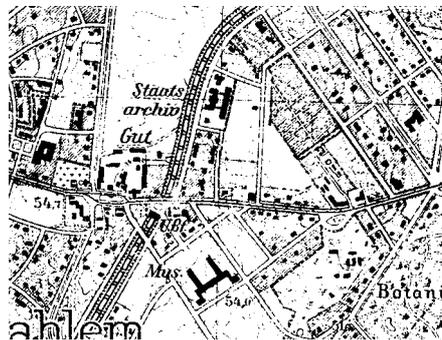
1
Berlin Steglitz und
Umgebung um 1880
(Kartenausschnitt)



2
Berlin Steglitz und
Umgebung um 1907
(Kartenausschnitt)
Auflösung der dörflichen
Baustrukturen
bereits sichtbar, nur in
der Straßenführung ist
der traditionelle Dorf-
fanger noch ablesbar



3
Aufteilungsplan von
der königlichen
Domäne Dahlem 1912
(Ausschnitt)
Sichtbar sind die heute
noch prägenden städte-
baulichen Struktu-
ren: großmaßstäbliche
Gebäude, großzügig
parzellierte Villen-
gebiete, durchzogen
von ausgedehnten
Parkanlagen, eine der
Straßenführung ange-
passte Topographie



4
Berlin Steglitz und
Umgebung um 1927
(Kartenausschnitt)

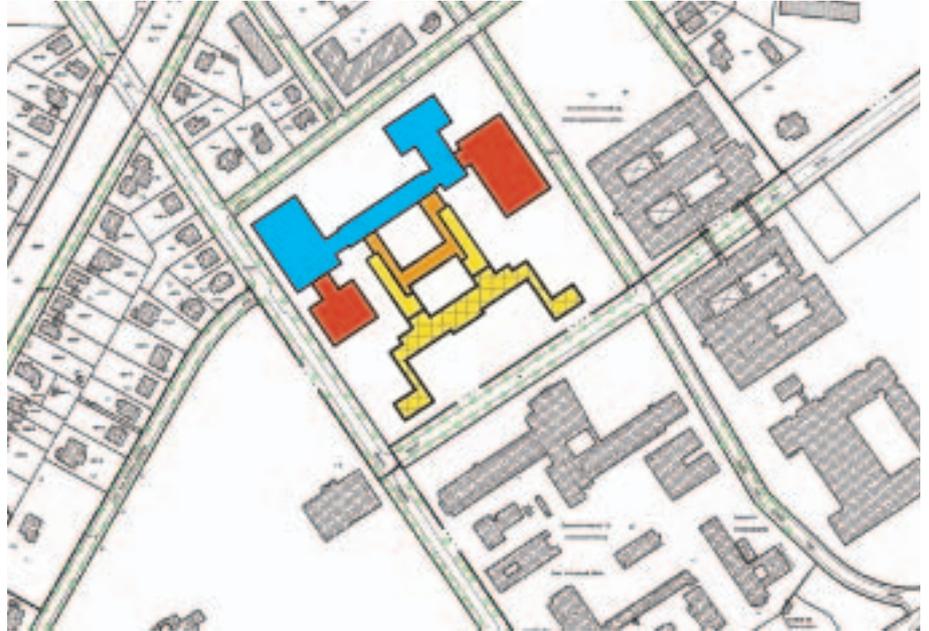


Gebäudeanalyse/Grundstücksdaten

Grundstücksgröße:
4 ha/ 40.000 m²

Planungsrecht:
FNP: Gemeinbedarfsfläche für Kultur
B-Plan: gibt es nicht, es gilt die Baunutzungsplan

GFZ: 1,4
GRZ: 0,32
HNF: 36.000 m²
BGF: 55.000 m²



Gebäudeanalyse/ Bauabschnitte

Planung Asiatisches Museum für den Standort Dahlem (ausgeführt nur der schwarze Baukörper)

Hintergrund

Wilhelm von Bode plante eine große bauliche Anlage für das Asiatische Museum. Hohe Grundstückspreise und die geringe Verfügbarkeit von unbebauten Grundstücken führten zu dem Standort Dahlem.

Konzept

Leitbild für die Museumsanlage sollte eine Anlehnung an die märkische Gutshofanlage des 18. Jahrhunderts sein. Paul entwarf einen Museumsbau, der dem Wunsch seiner Zeit nach Monumentalität und Größe entsprach. Er plante mehr ein Schloss mit cour d'honneur als einen märkischen Gutshof. (Barock-Reminiszenzen verbunden mit der beginnenden Moderne).

Bauabschnitte

Nur ein Teil der Museumsanlage wurde realisiert. (siehe Abbildung)

- 1923 wird die endgültige Fertigstellung des Museums aus Mangel an finanziellen Mitteln vorläufig aufgegeben. Das Gebäude wird ohne den realisierten Innenausbau als Magazin des Berliner Völkerkundemuseums genutzt.
- 1927/28 werden die Pavillons ausgebaut.

 Kerngebäude 1914/21

 1960/61/62

 1965

 1970

 Denkmalschutz

- Nach dem Krieg 1945 – 49 Ausbau der Eingangshalle im Mitteltrakt und im EG des linken Gebäudeteils. Nutzung als Museum.
- 1950 Ausbau des rechten Gebäudeteils von Günter Kottmann.
- 1964/65 Aus- und Umbauten, Neubau eines Querflügels von Bruno Grimmek.
- Ab 1968 Umbauten in Zusammenhang mit Erweiterungsbauten, Prof. Wils Ebert mit Fritz Bornemann.



01



02



03

Gebäudeanalyse/Bruno-Paul-Bau

+
Qualitätsprägend für den Standort ist der Gebäudekomplex von Bruno Paul.

+
Das Gebäude hat eine repräsentative „neutrale“ Form.

Unterschiedliche Nutzungen sind möglich, bedingt durch:

- Raumhöhen (6,50 bis 7,00 m) teilbar durch Galerien auf 3,25 bis 3,50 m
- natürlich belichtbare Gebäudetiefen (15,00 m)
- günstige Raumproportionen.

-
Unpassende Gebäudeüberformung der 50iger Jahre:

- Kratzputz
- sparsame Fassadengestaltung, fehlende Ornamente
- Innenausbau.



04



05



06

Gebäudeanalyse/Außenräume

+/-

Eine repräsentative Geste im Außenraum gibt es nur im Bereich der Arnimallee, jedoch mit sehr einfacher Ausstattung (Beleuchtung, Pflasterung, Außenraummobiliar).

-

Die Außenbereiche sind funktional geprägt, die Verkehrsflächen überdimensioniert.

-

Das Gelände ist an vielen Stellen abgegraben, um zusätzlich natürlich belichtete Räume zu erhalten, dies nimmt zumindest dem Altbau seine Solidität und Eleganz.



07

Gebäudeanalyse/Übergänge Neu – Alt

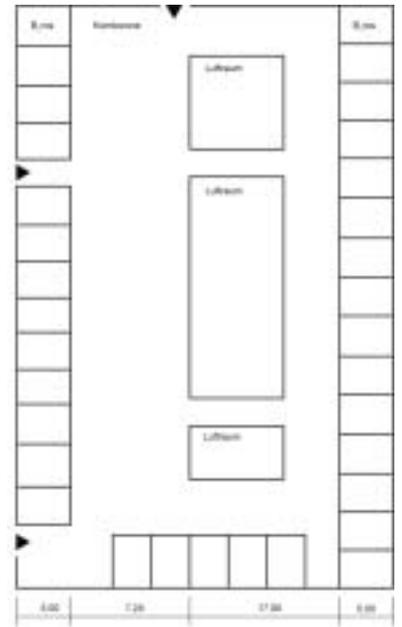
- Die Gebäudeübergänge zwischen neu und alt sind gestalterisch und funktional unbefriedigend.
- Im Gebäudeinneren gibt es keine stufenlosen Übergänge.



08



09



10

Gebäudeanalyse/Gebäude nach 1960 entstanden

+
Stahl-/Stahlbetonkonstruktionen, Fassaden sind austauschbar, Geschossebenen sind ebenfalls variabel.

+/-
Ein Gebäudekörper (siehe Abbildung 10) ist saniert, abgestimmt auf diese spezielle Museumsnutzung (Museum für Indische und Ostasiatische Kunst), vom Architekten Helge Sypereck, Berlin.

-
Die Gebäude, die nach 1960 entstanden sind, sind typische Zeitzeugen: asymmetrisches Ensemble, kein Bezug zum Strassenraster, asymmetrischer Eingang.

-
Alle übrigen Gebäudekörper sind sanierungsbedürftig und weisen die für die Zeit üblichen Bauschäden (undichte Flachdächer, Kältebrücken, angelaufene Isolierverglasung, fehlender Wärmeschutz) auf.

-
Baukörperabmessungen sind so extrem (Gebäudetiefe 35,00 m), dass nur sehr spezielle, in weiten Teilen ohne Tageslicht auskömmliche Nutzungen dort untergebracht werden können. (siehe Abbildung „Unwirtschaftliche Nutzung der Gebäude nach 1960 als Bürogebäude“)

-
Die Verkehrsflächen sind überdimensioniert.

< 50 % der Grundrissfläche ist Verkehrsfläche

Unwirtschaftliche Nutzung der Gebäude nach 1960 als Bürogebäude



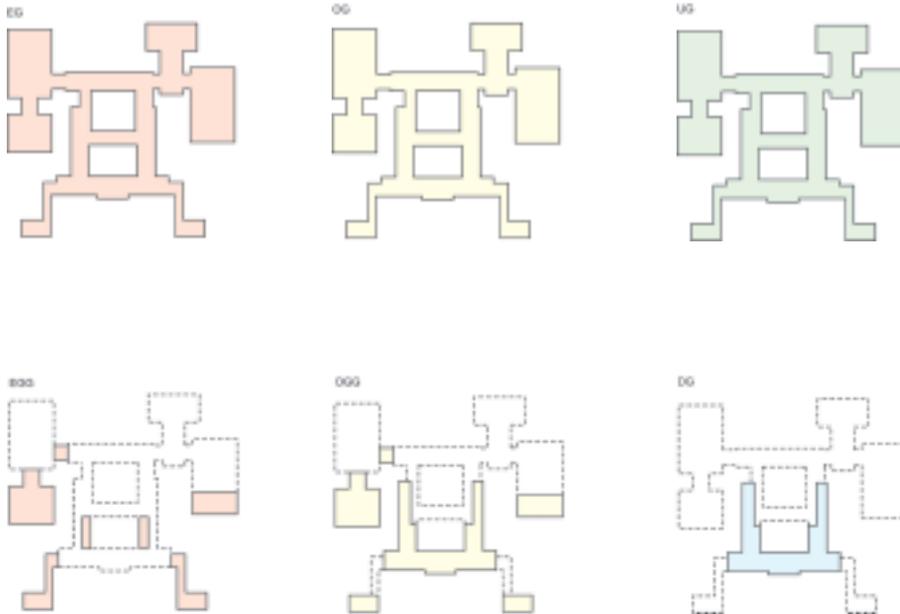
11



12



13



Gebäudeanalyse/Geschossigkeit

Installationsgeschoss

In Teilbereichen des Altbaus, und fast flächendeckend im Bereich der Gebäude, die nach 1960 entstanden sind, Geschosshöhe: ca. 2,90 m.

Untergeschoss

Im Bereich der Neubauten sind teilweise durch Geländemodulation großzügige natürlich belichtete Räume entstanden, Geschosshöhe: ca. 4,30 m.

Erdgeschoss

Innerhalb der unterschiedlichen Gebäudeteile nicht niveaugleich, Geschosshöhe: zwischen 6,50 bis 7,00 m.

Zwischengeschoss

Aufteilung des Erdgeschosses in zwei Ebenen mit ca. 3,25 bis 3,50 m Höhe.

Obergeschoss

Ebenfalls innerhalb der unterschiedlichen Gebäudeteile nicht niveaugleich, Geschosshöhe: zwischen 6,50 bis 7,00 m.

Zusätzliches Obergeschoss

Aufteilung der Obergeschosshöhe in zwei Ebenen mit ca. 3,50 bis 3,80 m Höhe.

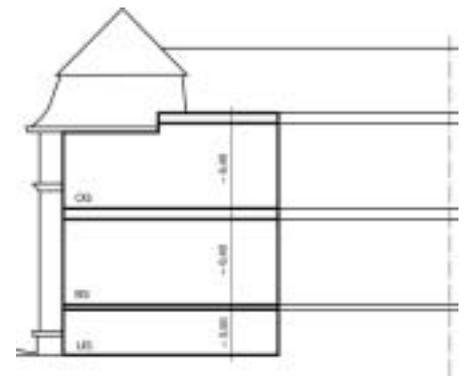
Dachgeschoss

Innerhalb des Spitzgiebels, Altbau.

Zusammenfassung

Die Geschossigkeit der Gebäude ist auf die spezielle Museumsnutzung auch auf die Unterbringung von besonders großen Objekten abgestimmt. Da es sich bei den Gebäuden, die nach 1960 entstanden sind, weitgehend um Stahlbetonskelettkonstruktionen handelt, und es auch von der Treppenanbindung möglich ist, kann durch Zwischengeschosse eine beispielsweise für Büros übliche Geschosshöhe erreicht werden (sieht man von den Belichtungsproblemen ab).

Im Bereich des Altbaus ist es ebenfalls möglich, die Geschosshöhe durch die Unterbringung von Galerien zu verringern. Hierbei muss sensibel auf die Fassadenkonzeption eingegangen werden, um den Gebäudeeindruck nicht zu verfälschen.



Städtebauliche Einschätzung

- attraktiv

Das Grundstück liegt in bevorzugter Lage im grünen Südwesten Berlins im vornehmen Ortsteil Dahlem am Rand des Grunewaldes, in unmittelbarer Nähe des U-Bahnhofes Dahlem-Dorf und in direkter Beziehung zu bedeutenden Einrichtungen der FU Berlin. Die Nähe zu hochwertigen Grünräumen, die Nachbarschaft zur Universität und die hervorragende Verbindung zur Innenstadt stellen besondere Qualitäten des Standortes dar.

- versteckt

Die beiden Achsen Arnimallee und Fabeckstraße, die den Kernbereich der FU an das Hauptverkehrsstraßennetz – Königin-Luise-Straße, Altensteinstraße, Unter den Eichen – anbinden, tangieren das Grundstück lediglich. Allein über die Iltisstraße besteht eine direkte räumliche Beziehung zum Ortskern Dahlem und zur Königin-Luise-Straße, die jedoch durch die Bebauung aus den 60er/70er Jahren nicht genutzt wird.

- unterschiedliche Nachbarschaften

Die Bauweise in der Umgebung ist sowohl von den großvolumigen eher technisch-funktionalen Baukörpern der FU als auch von der Dahlemer Villenbebauung geprägt. Während der Grundstücksanteil an der Arnimallee fast als „Bestandteil“ des Universitätscampus angesehen werden kann, überwiegen an der Lansstraße kleinteilige Strukturen. Die wissenschaftlich/universitäre Nutzung ist jedoch bestimmend für das direkte Umfeld zumal heute noch viele Villen von der FU genutzt werden.

- Verschiedene Gesichter der Staatlichen Museen

Der Block der Staatlichen Museen ist in dieser Umgebung eine weitere Großform, die sich aus Gebäudeteilen unterschiedlicher Bauzeiten und Architekturauffassungen zusammengesetzt und dementsprechend von verschiedenen Blickpunkten eine sehr unterschiedliche Wirkung auf die Umgebung entfaltet (siehe Fotodokumentation).

Veränderungen im Umfeld

- Benachbarte Grundstücke

Für das dem Museumskomplex benachbarte, heute unbebaute Grundstück an der Taku-/Ecke Lansstraße (geschätzte Größe 1 ha) plant die FU laut vorliegenden Informationen ein Investorenauswahlverfahren. Ziel ist es, dort eine wissenschaftliche Einrichtung in Verbindung mit Mischnutzungen mit Bezug zum Ortskern unterzubringen. Veränderungen sind auch auf den heute begrüneten Flächen der FU auf der dem Museum gegenüberliegenden Seite der Fabeckstraße denkbar, auch wenn keine Planungen bekannt sind.

- Aufgabe FU-Villen

Viele Villen, in denen heute noch Einrichtungen der FU untergebracht sind, werden künftig wieder für andere Nutzungen zur Verfügung stehen. Einen Eindruck der damit möglichen Entwicklung kann man im weiteren Umfeld bekommen, wo Villen mit ihren teils herrschaftlichen Gärten zunehmend von Botschaftsresidenzen oder anderen repräsentativen Einrichtungen genutzt werden.

- Wohnstandort Dahlem

Der Wohnstandort Dahlem wird durch den Neubau von ca. 200 Wohneinheiten (WE) nördlich des Ortskerns gestärkt. Weitere 300 bis 350 WE sollen nach dem Umzug der Biologischen Bundesanstalt entstehen.

Entwicklungsmöglichkeiten

Verbesserung der Einbindung

Nach Aufgabe der Museumsnutzung sollte die Eingangssituation verbessert, die Sichtachse zum Ortskern – Iltisstraße – aufgenommen und der Altbau möglichst freigestellt werden.

Teilweiser Abriss denkbar

Der Abriss von Gebäudeteilen aus den 60er und 70er Jahren könnte die Nutzbarkeit des Grundstücks steigern, da diese Gebäude in baulich schlechtem Zustand sind und bedingt durch Gebäudetiefen auf die spezielle Museumsnutzung abgestimmt sind.

Möglichkeiten einer Neubebauung

Aufgrund der vielfältigen Strukturen im Umfeld wären aus städtebaulicher Sicht auf dem nordwestlichen Grundstücksteil sowohl ein wie auch mehrere ergänzende, großvolumige Baukörper verträglich, sowie auch die Realisierung einer kleinteiligeren Bebauung für Wohnzwecke denkbar.

Repräsentativer Altbau

Das eindrucksvolle, denkmalgeschützte Museumsgebäude von Bruno Paul mit seinen umfangreichen Raumpotentialen bietet sich für eine repräsentative Nutzung an.

Freiflächen

Wichtig zur Wahrung des Gebietscharakters ist der Erhalt eines hohen Grünanteils. Die gärtnerische Gestaltung der Freiflächen trägt zur Inszenierung der Gebäude bei.

Standort für FU

Da die geplante Verlagerung der heute in Villen untergebrachten FU-Einrichtungen in das ehemalige American Headquarters nicht zum Tragen

kommt, wären die Gebäude der staatlichen Museen für eine Zusammenführung dieser, heute auf Einzelstandorte verteilten, Nutzungen aus städtebaulicher und gebäudestruktureller Sicht prädestiniert.

Potenzielle Nutzer

Der Standort ist auch für andere Einrichtungen aus Wissenschaft und Forschung, für die die Nähe zu den natur und geisteswissenschaftlichen Instituten und Einrichtungen einen Lagevorteil bedeutet, hervorragend geeignet. Potenzielle Nutzer könnten auch Verbände oder nationale bzw. internationale Großinstitutionen sein, die ein Grundstück in hervorragender Lage suchen, sofern eine gute Verbindung ins Zentrum gewährleistet ist, weiterhin Interessenten, für die Cityfunktionen wie ausgeprägter Einzelhandel und Vergnügungsstätten eine untergeordnete Rolle spielen, dagegen eine kontemplative Lage mit Grün- und Erholungsräumen von hoher Bedeutung sind.

Szenarien

In den folgenden Szenarien werden Beispiele für Nutzungsmöglichkeiten in Verbindung mit verschiedenen baulich-räumlichen Konzepten skizzenhaft dargestellt.

- FU-Institute
- Bibliothek
- Filmstudios/Filmproduktion
- Stiftungen, kirchliche Einrichtungen
- Privatschule mit Internat
- Privatuniversität
- Privatkrankenhaus
- Seniorenresidenz
- Wohnen.

Fazit

Die Szenarien 3 und 4 stellen eine Palette von möglichen Entwicklungen des Museumsstandortes Dahlem da.

Sie unterscheiden sich durch eine bewusste Abstufung der Eingriffe in den Bestand und reichen von einem behutsamen Umgang mit den vorhandenen Gebäuden bis zum Abriss von Gebäudeteilen.

Alle 4 Lösungsansätze sind möglich, beinhalten jedoch sehr unterschiedliche Vermarktungschancen, die nicht nur von wirtschaftlichen Überlegungen geprägt sind, sondern sich auch durch das zur Zeit vorhandene Nutzerpotential bestimmen.

Die Herausarbeitung einer Vorzugsvariante ist zusätzlich geprägt von ideellen und kulturellen Überlegungen, deshalb wird man ohne eine breitgefächerte fachliche Diskussion nicht zu einer Entscheidung kommen.



Nachnutzung Dahlemer Museen Gebäudeanalyse/Szenarien

Szenarium 1

Maßnahme

- Erhalt und Pflege des Bestandes für einen Nutzer
- neue Konzeption der Außenanlagen und Überarbeitung der Fassaden
- Überbauung der Innenhöfe möglich (Glashalle)

Potentielle Nutzer

- FU-Institute *
- Bibliothek (Reduzierung auf zwei Haupteingänge möglich, Einbau von zusätzlichen Ebenen möglich, Leseplätze können im Bereich der Fassade untergebracht werden)
- Filmstudios/Filmproduktionen (Bedarf vorhanden, Raumdimensionen sind geeignet)

BGF 55.000 m²

Innenhöfe 2.100 m²

Grundstück 40.000 m²

*17.000 m² HNF wollte die FU in dem so genannten US Headquarters unterbringen. Dies entspricht einer BGF von ca. 26.000 m². Diese Fläche lässt sich im historischen Altbau unterbringen.

Szenarium 2

Maßnahme

- Abriss von Gebäudeteilen im Bereich der direkten Anbauten zwischen Neu und Alt
- Teilung des Grundstücks für zwei Nutzer möglich
- Überbauung des Innenhofs möglich (Glashalle)

Potentielle Nutzer

- Privatschule mit Internatsnutzung
 - Privatuniversität mit Wohnmöglichkeiten (z.B. ECLA, European College of Liberal Arts)
 - Unterteilung des Gebäudes für kleinere Nutzergruppen: Stiftungen, kirchliche Einrichtungen (z.B. Kolpinwerk)
- (der Altbau ist besonders für temporäre Wohnnutzungen geeignet, die 60er-Jahre-Gebäude im Bereich der Fassade für Büros, die innenliegenden Bereiche für Seminarräume)

BGF

21.161 m² (historischer Altbau)

33.000 m² (60iger-Jahre-Gebäude)

Innenhof 1.053 m²

Grundstück 20.000 m² (historischer Altbau)

20.000 m² (60iger-Jahre-Gebäude)



Szenarium 3

Maßnahme

- Abriss der Gebäude, die nach 1960 entstanden sind
- Ergänzung des historischen Gebäudes durch einen modernen, aber in Anlehnung an den historischen Baukörper für einen Nutzer
- Teilung des Grundstücks für zwei oder mehrere Nutzer möglich

- Überbauung des Innenhofs möglich (Glashalle)

Potentielle Nutzer

- Privatkrankenhaus
- Therapeutische Einrichtungen gehobenen Standards
- Seniorenresidenz mit besonderem Anspruch an die Umgebung

BGF 19.544 m² (historischer Altbau)

12.000 m² (Neubau IV Geschosse)

Innenhof 2.572 m²

Grundstück 24.000 m² (historischer Altbau)

16.000 m² (Neubau)



Szenarium 4

Maßnahme

- Abriss der Gebäude die nach 1960 entstanden sind
- Parzellierung des freiwerdenden Grundstücks für moderne Einzelvillen
- Teilung des Grundstücks für mehrere Nutzer möglich

Potentielle Nutzer

- Privatpersonen für Wohnen evtl. kombiniert mit Büros gehobenen Standards

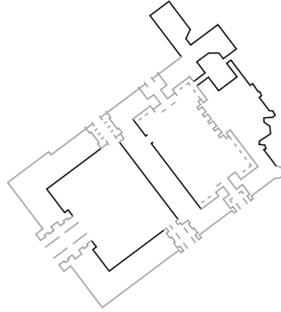
BGF 19.544 m² (historischer Altbau)

200 – 250 m² (pro Villa II – III Geschosse)

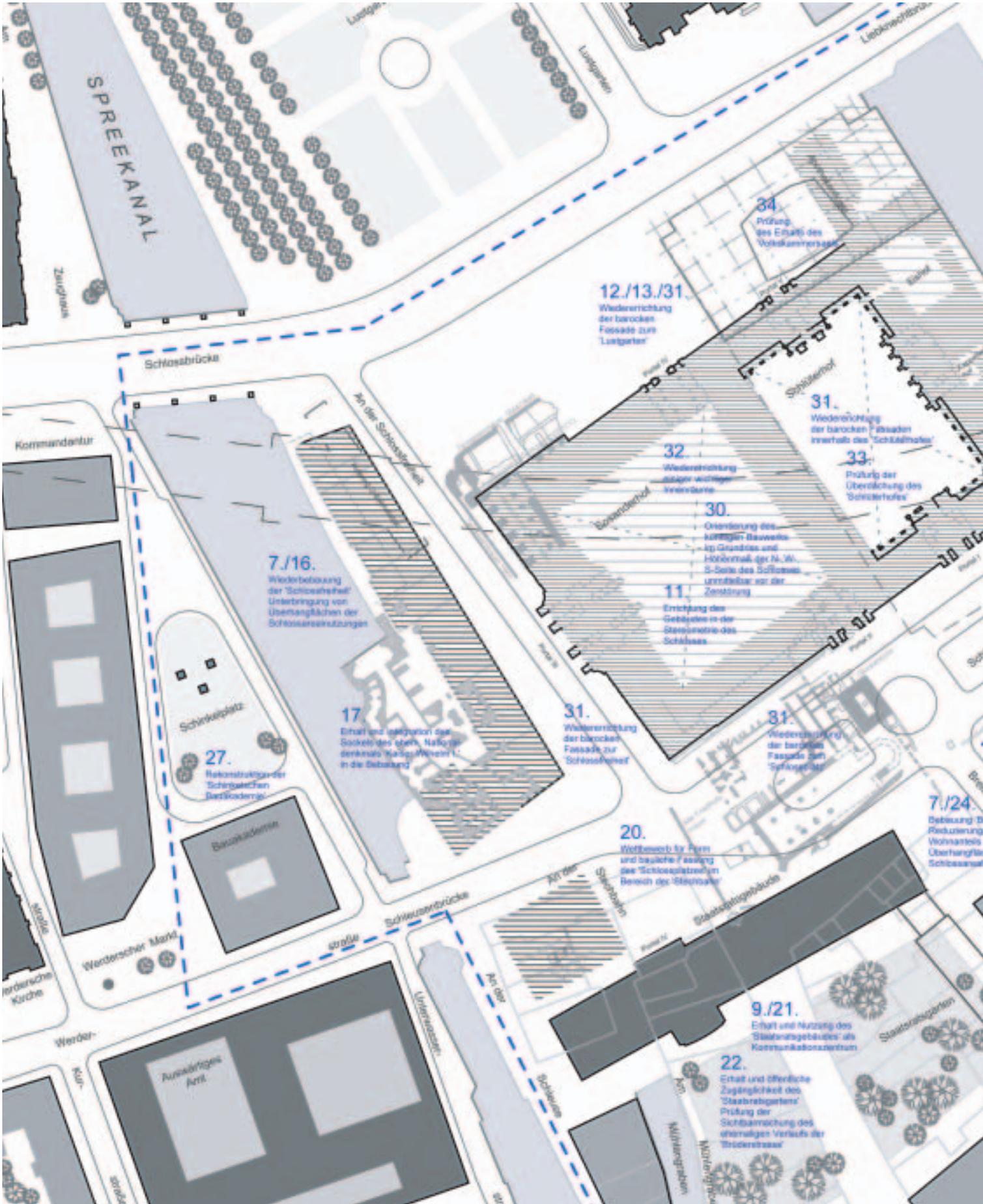
Grundstück 27.000 m² (historischer Altbau)

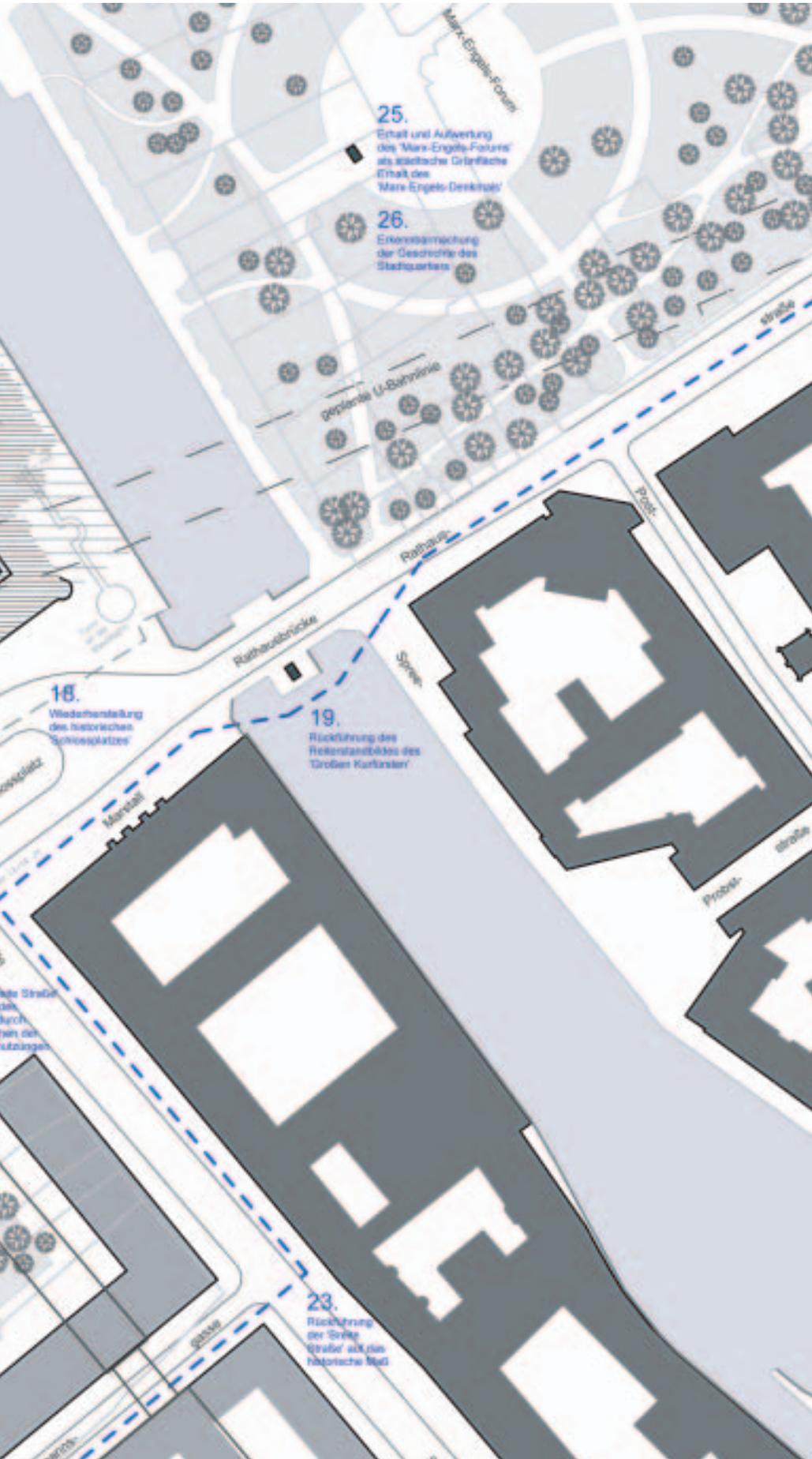
700 – 800 m² (pro Villa)

13.000 m² (bei 17 Villen)



III. Räumliche Darstellung der Empfehlungen

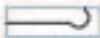




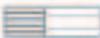
Grundriss

Bearbeitung
Marc Jordi,
Dipl.-Architekt

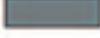
Empfehlungen

-  Rekonstruktion
-  Denkmäler
-  Nummer der Empfehlung

Prüfaufträge

-  Baupotential
-  Überdachung
-  Volkskammersaal

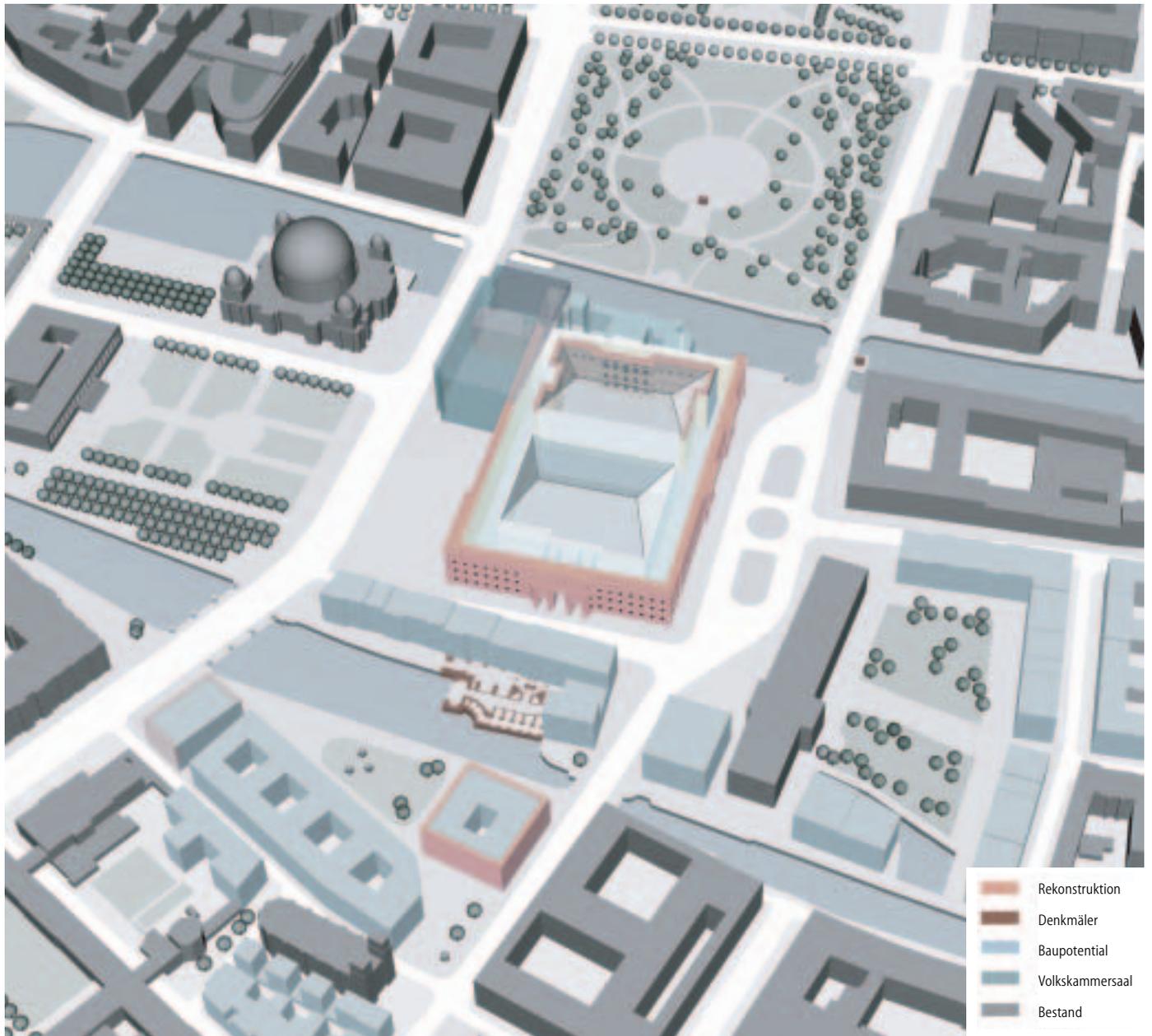
Sonstiges

-  Planungsbereich
-  geplante U-Bahnlinie
-  Kubatur Schloss
-  Historische Straßenführung und Parzellenstruktur
-  Archäologische Funde vorhanden
-  Archäologische Funde nicht mehr vorhanden
-  Geplante Gebäude
-  Bestehende Gebäude
-  Überplante Gebäude

Stadträumliche Einbindung



Perspektive



Impressum

Herausgeber

Internationale Expertenkommission
„Historische Mitte Berlin“

im Auftrag

der Bundesrepublik Deutschland
und des Landes Berlin
vertreten durch
das Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) und
die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
(SenStadt)

Koordination und Bearbeitung

Ellen Mickley, SenStadt
Annalie Schoen, SenStadt
Lutz Jürgens, BMVBW

Layout

Adler & Schmidt GmbH
Kommunikations-Design

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft mbH

Schutzgebühr 10,- €

Berlin, April 2002

Abbildungsnachweis

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz,
S. 61, 63
R. Kruse, S. 113, 114
Landesarchiv Berlin,
S. 30 rechts u. links oben,
31, 33 rechts unten, 37
Landesdenkmalamt,
Foto: W. Reuss, S. 62
P. Meuser, S. 79
Sächsische Landesbibliothek/
Deutsche Fotothek, Dresden, S. 77
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung,
S. 23, 33 links unten

